

Monatsbericht des BMF
September 2002

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	21
Entwicklung der Länderhaushalte	24
Termine	26
Analysen und Berichte	29
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	31
Flutkatastrophe August 2002: Soforthilfe und Wiederaufbau	37
Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2002	47
Der Finanzplan des Bundes 2002 bis 2006 – nachhaltige Finanzpolitik für einen handlungsfähigen Staat	67
Belastung von Gering- und Normalverdiennern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich	77
Kapitalverflechtung Deutschlands mit dem Ausland – Zur Bedeutung, Größenordnung und Entwicklung von Direktinvestitionen	83
Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)	95
Statistiken und Dokumentationen	97
Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	102
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	134
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	154
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage (Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de)	159

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

noch immer haben wir die Bilder der großen Zerstörungen vor Augen, die die Flutkatastrophe im vergangenen Monat in Teilen unseres Landes angerichtet hat. Die Bevölkerung hat durch ihre private Spendenbereitschaft und Nachbarschaftshilfe einen solidarischen Beitrag zur Schadensbeseitigung geleistet. Aber auch die staatliche Gemeinschaft hat schnell reagiert. Bund, Länder und Gemeinden haben eine zweistellige Milliardensumme als Hilfe für die Betroffenen bereitgestellt. Die ursprünglich für das nächste Jahr geplante Steuerentlastung bei der Einkommensteuer wird um ein Jahr verschoben und parallel dazu vorübergehend die Körperschaftsteuer um 1,5 Prozentpunkte angehoben. Die dadurch frei werdenden Mittel werden in einem Fonds „Aufbauhilfe“ gebündelt und stehen zur Beseitigung der Schäden aus der Flutkatastrophe zur Verfügung. Die Verschiebung der Steuerentlastung ist sozial ausgewogen. Sie belastet jeden Bürger entsprechend seiner individuellen Leistungsfähigkeit und bezieht ausdrücklich die Kapitalgesellschaften in die Finanzierung des Gesamtpaketes mit ein.

Die Finanzierung dieses Hilfspaketes ist auch ein Prüfstein für die Solidität der Finanzpolitik. Wir haben es vermieden, die Hilfen zur Beseitigung der Schäden durch zusätzliche Schulden zu finanzieren. Dies hätte für die nächsten 30 Jahre 400 Mio. € an zusätzlichen Zinszahlungen pro Jahr bedeutet. Unser Land ist leistungsfähig genug, diese Last nicht zukünftigen Generationen aufzubürden, sondern den entstandenen Schaden jetzt zu beseitigen.

Der vorliegende Entwurf des Finanzplans 2002 bis 2006 dokumentiert nachhaltig die erfolgreiche Konsolidierungspolitik der Bundesregierung. Er ist die Basis für währungspolitische Stabilität, wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung. Wir müssen weiter konsolidieren und so

die notwendigen Spielräume für wichtige Zukunftsausgaben schaffen.

Zum vierten Mal in Folge legt die Bundesregierung einen Finanzplan vor, der die mit dem Zukunftsprogramm 2000 festgelegten Abbaustufen der Neuverschuldung einhält. Im Haushalt 2003 wird die Nettokreditaufnahme auf 15,5 Mrd. € zurückgeführt und bedeutet damit sowohl die niedrigste Nettokreditaufnahme seit der Wiedervereinigung als auch fast eine Halbierung der Nettokreditaufnahme gegenüber 1998. Die im nationalen Stabilitätsvertrag gegenüber den Ländern eingegangene Verpflichtung, die Ausgabenlinie des Bundes in den nächsten Jahren durchschnittlich um 0,5 % zu senken, wird ebenfalls erfüllt. Dies wird trotz der für 2003 bereits feststehenden Ausgabenerhöhung von 3,5 Mrd. € für die Flutopferhilfen möglich sein.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung veröffentlicht regelmäßig einen internationalen Vergleich der Steuer- und Abgabenentwicklung für bestimmte Haushaltstypen in ihren 30 Mitgliedstaaten. Beim Vergleich der deutschen Position anhand einiger repräsentativer Haushaltstypen mit den übrigen 14 EU-Staaten sowie mit ausgewählten anderen Ländern zeigt sich, dass in Deutschland die Steuerbelastung für die betrachteten Personengruppen gesunken ist. Die effektive Steuerbelastung ergibt eine günstige Position im internationalen Vergleich. Unter Einbeziehung der Sozialabgaben verschlechtert sich diese Position. Unberücksichtigt bleiben bei diesem Vergleich allerdings die Art der Finanzierung und die Leistungen der Sozialsysteme in den einzelnen Ländern, wodurch die begrenzte Aussage solcher Vergleiche deutlich wird.

Der weltweit wachsende Bestand und die wachsenden Ströme an Direktinvestitionen stehen in engem Zusammenhang zur Globalisierung. Den Standort Deutschland betreffend sind Höhe und Entwicklung ausländischer Direktinvestitionen immer wieder Gegenstand wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftspolitischer Diskussionen. Fest

steht: Die Attraktivität des Standorts Deutschland hat sich für ausländische Investoren in den vergangenen Jahren insbesondere durch die Unternehmenssteuerreform deutlich verbessert. Ein international wettbewerbsfähiges Steuersystem wird auch künftig den eingeschlagenen Reformkurs zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft begleiten, und für internationale Investoren eine noch größere Anziehungskraft entwickeln.

Schließlich möchten wir Ihnen den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung als ein wichtiges Gremium zur unabhängigen Politikberatung vorstellen. Die Bundesregierung setzt sich mit der

Meinung dieses Rates aktiv auseinander. Die Analyse der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Lage sowie zu erwartende Entwicklungen finden Eingang in die Gestaltung der künftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die Mitarbeiter in der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar. Die Kontaktaufnahme ist am einfachsten über:
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de



Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	21
Entwicklung der Länderhaushalte	24
Termine	26

Überblick zur wirtschaftlichen Lage¹

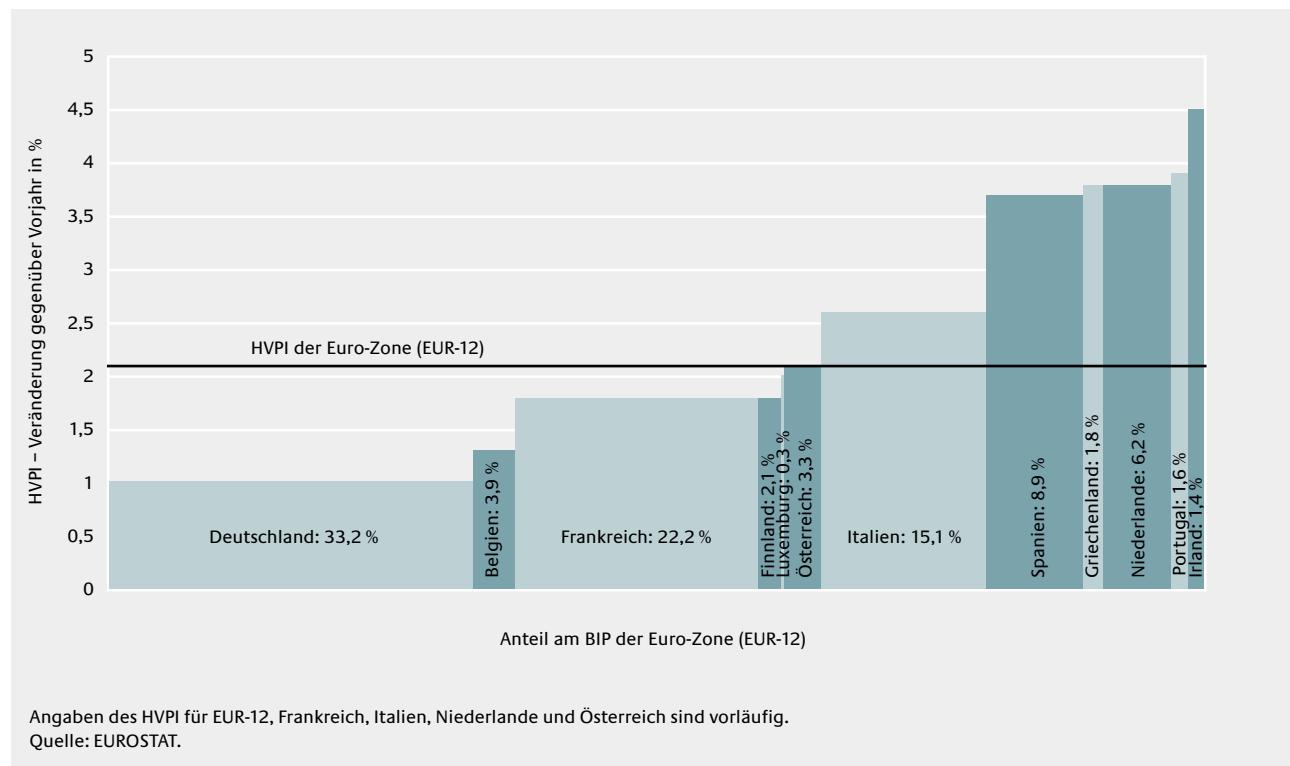
Im Sommer durfte sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung des ersten Halbjahres alles in allem fortgesetzt haben. Allerdings verschlechterten sich einige vorlaufende Indikatoren, sicherlich eine Reaktion auf die gestiegenen weltweiten Unsicherheiten.

- In der Industrie ist die Produktion im Juni und Juli zusammengekommen gegenüber April und Mai saisonbereinigt um 1,1 % gestiegen. Gleichzeitig hat sich jedoch das Volumen der neu hereingekommenen Aufträge um 2,2 % verringert. Dieser Rückgang war vor allem auf eine deutlich schwächere Auslandsnachfrage zurückzuführen, während die Inlandsaufträge annähernd stabil blieben.

- Die Stimmung in den Industrieunternehmen hat sich im August erneut eingetrübt. Hierzu dürften die zunehmenden Spannungen im Nahen Osten und die gestiegenen Erdölpreise sowie die Unsicherheiten über die US-Konjunktur und die weltweit schwachen Aktienmärkte beigetragen haben.
- Im Bauhauptgewerbe verlangsamte sich die Abwärtsbewegung der Produktion (im Zweimonatsdurchschnitt Juni und Juli saisonbereinigt – 0,7 %). Jedoch sind die Bauaufträge weiter deutlich gesunken.
- Der Wert der deutschen Warenexporte erhöhte sich im Juni und Juli durchschnittlich um 1,4 % (saisonbereinigt). Gleichzeitig übertrafen sie ihren entsprechenden Vorjahresstand um 2,5 % (Ursprungszahlen). Die Einfuhren entwickelten sich sowohl in der Verlaufs betrachtung als auch im Vorjahresvergleich schwächer als die Exporte. Im Ergebnis

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 18. September 2002 vorlagen.

Harmonisierter Verbraucherpreisindex Stand August 2002



erhöhten sich die Überschüsse in der Handels- und in der Leistungsbilanz weiter. In den ersten sieben Monaten des Jahres sind die Aktiv-Salden auf 73,8 Mrd. € bzw. 22,9 Mrd. € angestiegen.

- Die Zahl der Arbeitslosen hat sich von Juli auf August saisonbereinigt nicht mehr nennenswert erhöht. Entlastend wirkten die konsequente Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes sowie zusätzliche Maßnahmen zur Beseitigung der Hochwasserschäden. Bundesweit waren im August 4,02 Mio. Arbeitslose registriert, 229 000 mehr als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote belief sich im Westen auf 7,8 % und im Osten auf 17,7 %.
- Die Preisentwicklung in Deutschland verlief im Sommer weiterhin spannungsfrei. Bei den

Einfuhr- und Erzeugerpreisen setzten sich die Rückgänge der vergangenen Monate fort. Die Verbraucherpreise sind im August um 0,1 % gesunken, womit sich die jährliche Inflationsrate auf + 1,1 % belief. Nach dem Konzept des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) betrug die jährliche Veränderungsrate nur + 1,0 %. Damit wies Deutschland erneut die niedrigste Teuerungsrate in der Euro-Zone auf und leistete – dank des hohen Gewichts der deutschen Wirtschaftsleistung im Euroraum und anders als z. B. die Niederlande (+ 3,8 %), Spanien (+ 3,7 %) und Italien (+ 2,6 %) – einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung des Preisziels der Europäischen Zentralbank (vgl. Grafik).

Konjunkturindikatoren im internationalen Vergleich

	Jahr				1999				2000				2001				2002			
	1998	1999	2000	2001	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.		
Bruttoinlandsprodukt real^{1, 2}																				
Deutschland	1,7	1,8	3,1	0,8	2,3	3,3	2,9	4,5	3,0	1,9	1,8	0,7	0,4	0,1	- 0,2	0,1				
Euro-Zone (EUR-12) ⁴	2,9	2,6	3,4	1,4	2,8	3,6	3,6	3,9	3,2	2,8	2,4	1,6	1,4	0,4	0,3	0,6				
Europäische Union (EU-15)	2,9	2,6	3,4	1,5	2,7	3,5	3,5	3,8	3,2	2,8	2,5	1,6	1,4	0,6	0,4	0,7				
Japan	- 1,1	0,8	1,5	- 0,4	2,1	0,4	2,4	1,0	0,3	2,3	1,4	- 0,7	- 0,6	- 1,5	- 2,6	- 0,9				
Kanada	4,0	5,1	4,6	1,1	5,4	5,2	5,1	5,1	4,6	3,5	2,4	1,9	0,4	0,7	2,2	3,2				
USA	4,3	4,1	3,8	0,3	4,2	4,3	4,2	4,9	3,7	2,3	1,5	- 0,1	- 0,4	0,1	1,4	2,1				
Jahresdurchschnitt																				
1999	2000	2001		Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug				
Arbeitslosenquoten in %^{2, 3}																				
Deutschland	8,6	7,9	7,9	7,9	7,9	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,2	8,3	8,3	8,3				
Euro-Zone (EUR-12) ⁴	9,5	8,5	8,1	8,0	8,0	8,1	8,1	8,1	8,1	8,2	8,2	8,2	8,3	8,3	8,3	*				
Europäische Union (EU-15)	8,7	7,9	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	7,5	7,5	7,6	7,6	7,6	7,7	7,7	*				
Japan	4,7	4,7	5,0	5,0	5,3	5,4	5,4	5,5	5,3	5,3	5,2	5,2	5,4	5,4	5,4	5,4	*			
Kanada	7,6	6,8	7,2	7,2	7,2	7,3	7,5	8,0	7,9	7,9	7,7	7,6	7,7	7,5	7,6	7,5				
USA	4,2	4,0	4,8	4,9	5,0	5,4	5,6	5,7	5,6	5,5	5,7	6,1	5,8	5,9	5,9	5,7				
Verbraucherpreise^{1, 3}																				
Deutschland	0,6	2,1	2,4	2,6	2,1	2,0	1,5	1,5	2,3	1,8	1,9	1,6	1,0	0,7	1,0	1,0				
Euro-Zone (EUR-12) ⁴	1,1	2,3	2,5	2,4	2,5	2,4	2,1	2,0	2,7	2,4	2,5	2,4	2,0	1,8	1,9	2,1				
Europäische Union (EU-15)	1,2	2,1	2,3	2,4	2,4	2,2	1,8	1,9	2,5	2,3	2,3	2,2	1,8	1,6	1,8	1,9	*			
Japan	- 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,5	- 0,7	- 0,6	- 0,9	- 1,2	- 1,4	- 1,6	- 1,2	- 1,1	- 0,9	- 0,7	- 0,4	*				
Kanada	1,7	2,7	2,5	2,8	2,6	1,9	0,7	0,7	1,3	1,5	1,8	1,7	1,0	1,3	2,1	*				
USA	2,1	3,5	2,8	2,7	2,6	2,1	1,9	1,6	1,1	1,1	1,5	1,6	1,2	1,1	1,5	*				

Quellen: EUROSTAT, OECD, Statistisches Bundesamt.

¹ Veränderung in % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis.

² Saisonbereinigt.

³ Harmonisiert.

⁴ Bis einschließlich Berichtsjahr 2000 EUR-11.

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Entwicklung des Bundeshaushalts verläuft im Verhältnis zu den Vormonaten etwas günstiger. Die Ausgaben überschreiten mit 172,9 Mrd. € das Vorjahresergebnis (166,6 Mrd. €) um 6,3 Mrd. €. Die Steigerungsrate hat sich damit jedoch von 4,6 % im Juli auf 3,8 % abgeschwächt.

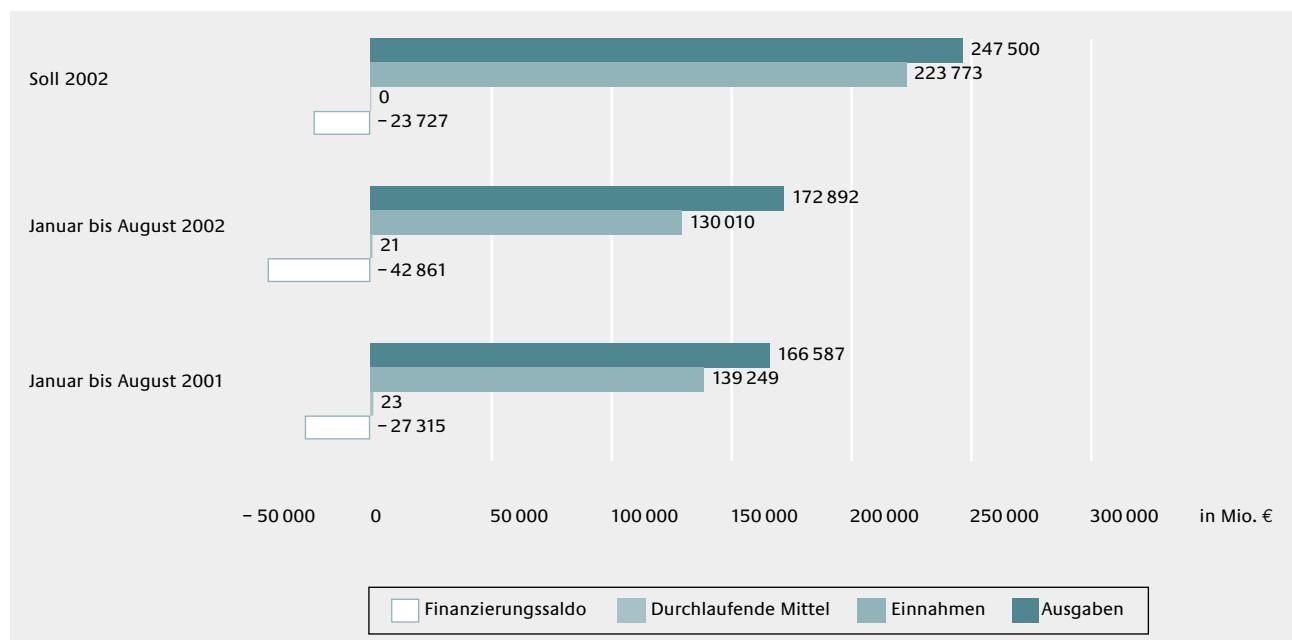
Die Einnahmen des Bundes liegen mit 130 Mrd. € um 9,2 Mrd. € unter dem Vorjahresergebnis (139,2 Mrd. €). Dies bedeutet einen Rückgang von 6,6 %. Dabei haben sich die Steuereinnahmen mit 115 Mrd. € im Vergleich zum Vormonat, der einen Rückgang von 4,8 % zu verzeichnen hatte, etwas positiver entwickelt (-4,3 %). Die Verwaltungseinnahmen (15 Mrd. €)

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2002	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis August 2002
Ausgaben (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	247,5 1,8	172,9 3,8
Einnahmen (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	223,8 1,6	130,0 - 6,6
Steuereinnahmen (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	199,2 2,8	115,0 - 4,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €) Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €) Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 23,7 - - 2,7	- 42,9 - 21,8 - 0,4
Nettokreditaufnahme (Mrd. €)	- 21,1	- 20,7

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



unterschreiten die Einnahmen des vergleichbaren Vorjahreszeitraums um 4 Mrd. € und damit um 21,1 %. Bei diesem Ergebnis ist zu berücksichtigen, dass im Juli 2001 bereits der Finanzierungsbedarf für die Postbeamtenversorgungskasse vereinbart worden ist. In diesem Jahr wird diese Ein-

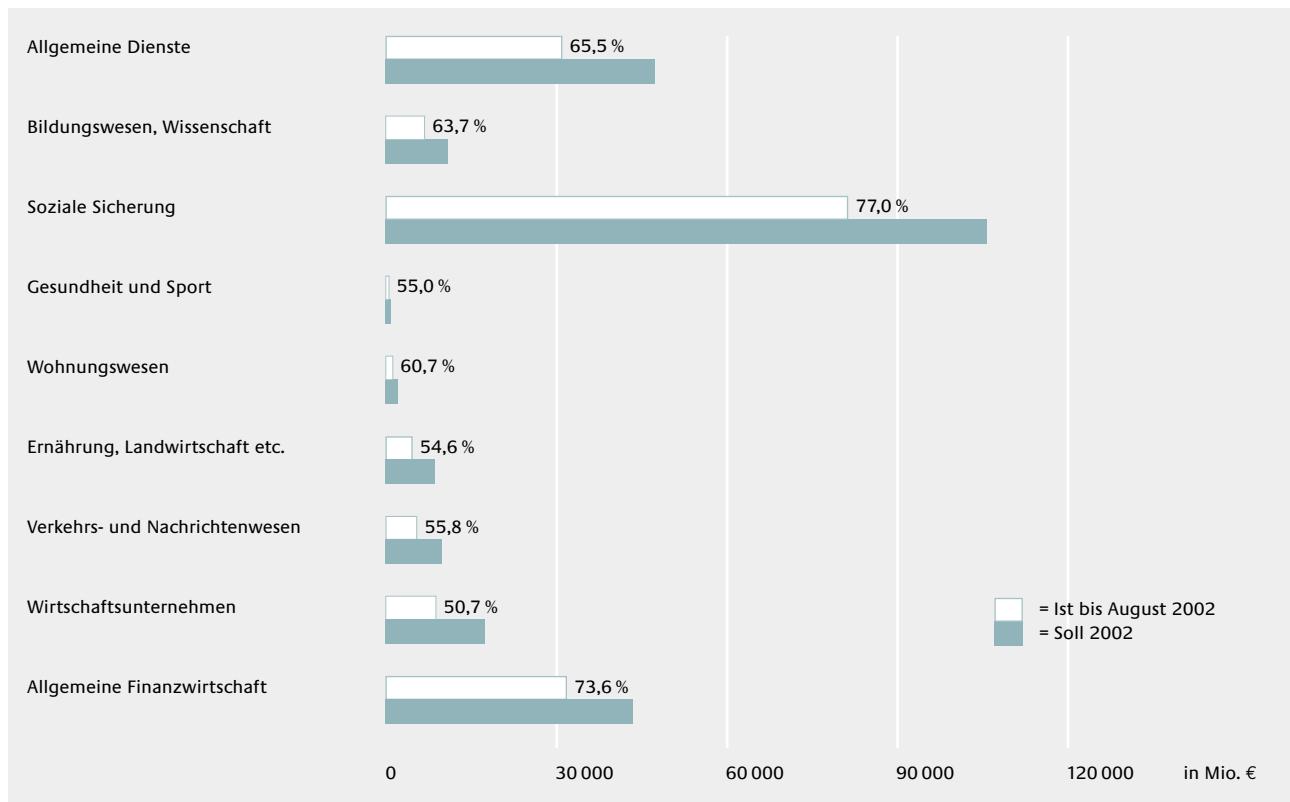
nahme erst im kommenden Monat berücksichtigt werden.

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von 42,9 Mrd. € können keine Rückschlüsse auf den weiteren Jahresverlauf gezogen werden.

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001	Veränderungen ggü.	
	Mio. €	Ist 2002 Januar bis August Mio. €	Anteil in %	Ist 2001 Januar bis August Mio. €	Anteil in %	Vorjahr in %
Allgemeine Dienste	47 634	31 190	18,0	31 195	18,7	- 0,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 621	2 377	1,4	2 485	1,5	- 4,3
Verteidigung	27 485	18 270	10,6	18 247	11,0	+ 0,1
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 898	5 647	3,3	5 797	3,5	- 2,6
Finanzverwaltung	2 970	1 945	1,1	-	-	-
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	10 944	6 973	4,0	6 319	3,8	+ 10,3
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1 100	641	0,4	658	0,4	- 2,6
BAföG	810	630	0,4	494	0,3	+ 27,5
Forschung und Entwicklung	6 778	4 330	2,5	3 906	2,3	+ 10,9
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	105 997	81 604	47,2	75 925	45,6	+ 7,5
Sozialversicherung	70 187	51 496	29,8	49 188	29,5	+ 4,7
Arbeitslosenversicherung	2 000	6 377	3,7	4 396	2,6	+ 45,1
Arbeitslosenhilfe	13 000	9 524	5,5	8 317	5,0	+ 14,5
Wohngeld	2 100	1 500	0,9	1 309	0,8	+ 14,6
Erziehungsgeld	3 458	2 227	1,3	2 228	1,3	- 0,0
Kriegsopfersorgung und -fürsorge	3 764	2 705	1,6	2 958	1,8	- 8,6
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 012	557	0,3	587	0,4	- 5,1
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 075	1 259	0,7	1 407	0,8	- 10,5
Wohnungswesen	1 611	1 058	0,6	1 226	0,7	- 13,7
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserversorgung, Gewerbe, Dienstleistungen	8 775	4 792	2,8	7 934	4,8	- 39,6
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	737	0,4	3 049	1,8	- 75,8
Kohlenbergbau	2 929	2 248	1,3	2 723	1,6	- 17,4
Gewährleistungen	2 200	746	0,4	835	0,5	- 10,7
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9 965	5 557	3,2	5 138	3,1	+ 8,2
Straßen (ohne GVFG)	5 540	3 067	1,8	2 808	1,7	+ 9,2
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	17 510	8 882	5,1	7 137	4,3	+ 24,5
Postbeamtenversorgungskasse	5 423	2 819	1,6	2 393	1,4	+ 0,0
Bundeseisenbahnvermögen	6 211	3 665	2,1	2 266	1,4	+ 61,7
Deutsche Bahn AG	4 682	1 674	1,0	1 726	1,0	- 3,0
Allgemeine Finanzwirtschaft	43 589	32 077	18,6	30 945	18,6	+ 3,7
Fonds „Deutsche Einheit“	2 462	1 640	0,9	2 203	1,3	- 25,6
Zinsausgaben	38 887	29 976	17,3	28 197	16,9	+ 6,3
Ausgaben zusammen	247 500	172 892	100,0	166 587	100,0	+ 3,8

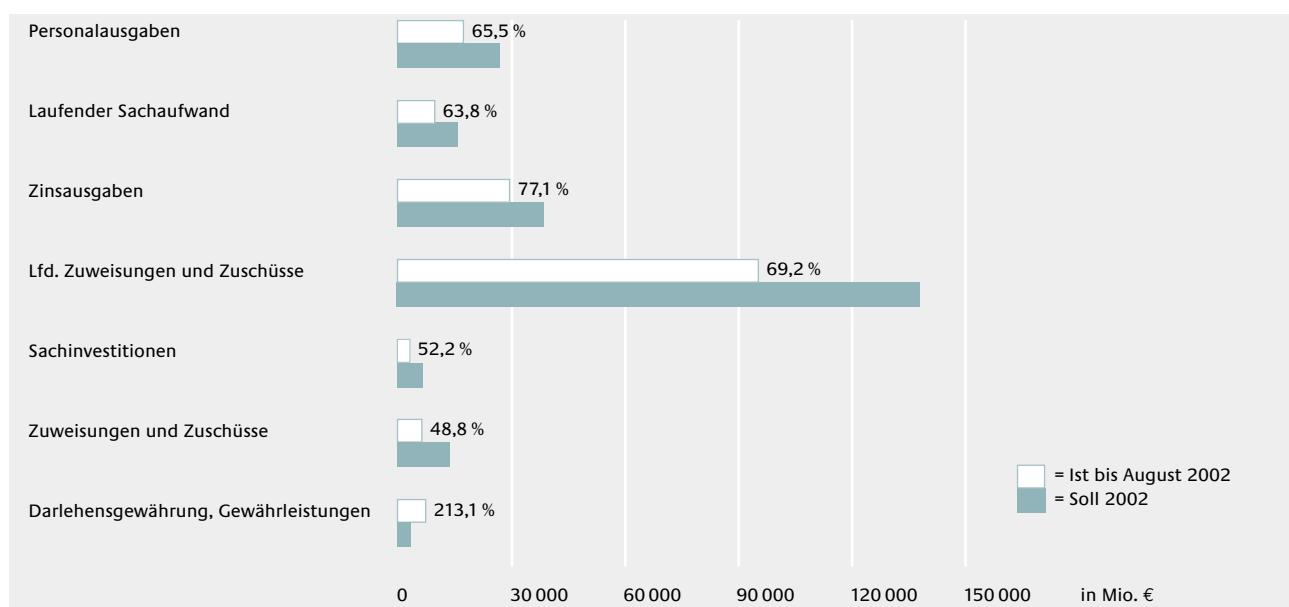
Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis August 2002



Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %
		Januar bis August	Anteil in %	Januar bis August	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €		
Konsumtive Ausgaben	220 978	154 144	89,2	147 140	88,3
Personalausgaben	27 132	17 766	10,3	17 682	10,6
Aktivbezüge	20 620	13 384	7,7	13 378	8,0
Versorgung	6 513	4 382	2,5	4 304	2,6
Laufender Sachaufwand	16 069	10 248	5,9	10 160	6,1
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 592	897	0,5	828	0,5
Militärische Beschaffungen	7 331	4 868	2,8	5 000	3,0
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 147	4 483	2,6	4 332	2,6
Zinsausgaben	38 887	29 976	17,3	28 197	16,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	138 443	95 828	55,4	90 636	54,4
an Verwaltungen	14 859	9 476	5,5	8 296	5,0
an andere Bereiche darunter	123 584	86 317	49,9	82 315	49,4
Unternehmen	16 865	10 347	6,0	10 309	6,2
Renten, Unterstützungen u. a.	20 651	14 843	8,6	13 888	8,3
Sozialversicherungen	82 311	58 568	33,9	55 718	33,4
Sonstige Vermögensübertragungen	446	326	0,2	464	0,3
Investive Ausgaben	25 041	18 748	10,8	19 447	11,7
Finanzierungshilfen	18 238	15 196	9	15 929	9,6
Zuweisungen und Zuschüsse	13 905	6 779	3,9	9 245	5,5
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 699	7 883	4,6	6 126	3,7
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	634	534	0,3	558	0,3
Sachinvestitionen	6 803	3 552	2,1	3 518	2
Baumaßnahmen	5 586	2 867	1,7	2 854	1,7
Erwerb von beweglichen Sachen	787	436	0,3	429	0,3
Grunderwerb	430	248	0,1	236	0,1
Globalansätze	1 481	0		0	
Ausgaben insgesamt	247 500	172 892	100,0	166 587	100,0
					+ 3,8

Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis August 2002



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001	Verän-	
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	derungen gegenüber Vorjahr in %
I. Steuern	199 239	115 017	88,5	120 237	86,3	- 4,3
Bundesanteile an:	150 272	85 506	65,8	89 465	64,2	- 4,4
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	77 229	40 189	30,9	45 008	32,3	- 10,7
davon:						
Lohnsteuer	58 225	34 234	26,3	34 569	24,8	- 1,0
veranlagte Einkommensteuer	3 781	- 1 231	- 0,9	- 730	- 0,5	+ 68,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5 500	5 885	4,5	8 987	6,5	- 34,5
Zinsabschlag	3 973	2 792	2,1	2 926	2,1	- 4,6
Körperschaftsteuer	5 750	- 1 490	- 1,1	- 745	- 0,5	+ 100,0
Umsatzsteuer	50 755	32 103	24,7	29 922	21,5	+ 7,3
Einfuhrumsatzsteuer	20 281	12 316	9,5	13 767	9,9	- 10,5
Gewerbesteuerumlage	2 007	898	0,7	768	0,6	+ 16,9
Versicherungsteuer	8 100	6 691	5,1	6 038	4,3	+ 10,8
Solidaritätszuschlag	11 550	6 432	4,9	7 088	5,1	- 9,3
Tabaksteuer	13 400	8 045	6,2	7 162	5,1	+ 12,3
Kaffeesteuer	1 050	676	0,5	668	0,5	+ 1,2
Branntweinsteuern	2 075	1 201	0,9	1 178	0,8	+ 2,0
Mineralölsteuer	42 500	22 383	17,2	22 097	15,9	+ 1,3
Stromsteuer	4 950	3 180	2,4	2 739	2,0	+ 16,1
Ergänzungzuweisungen an Länder	- 15 715	- 7 785	- 6,0	- 6 497	- 4,7	+ 19,8
BSP-Eigenmittel der EU	- 12 700	- 7 083	- 5,4	- 5 444	- 3,9	+ 30,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 731	- 4 497	- 3,5	- 4 542	- 3,3	- 1,0
II. Sonstige Einnahmen	24 534	14 993	11,5	19 012	13,7	- 21,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 095	3 921	3,0	4 614	3,3	- 15,0
Zinseinnahmen	1 055	683	0,5	1 517	1,1	- 55,0
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	11 296	3 906	3,0	7 898	5,7	- 50,5
Einnahmen zusammen	223 773	130 010	100,0	139 249	100,0	- 6,6

Steuereinnahmen im August 2002

Wie bereits im Juli 2002 entsprachen die Steuereinnahmen des Monats August 2002 fast exakt den Einnahmen des Vorjahresmonats. Erfreulich ist der Zuwachs bei den Steuern vom Umsatz (+2,6 %), die erstmals seit April 2002 wieder zulegten. Auch die Körperschaftsteuer entwickelte sich positiv (+1,2 Mrd. € gegenüber -2,0 Mrd. € im Vorjahresmonat).

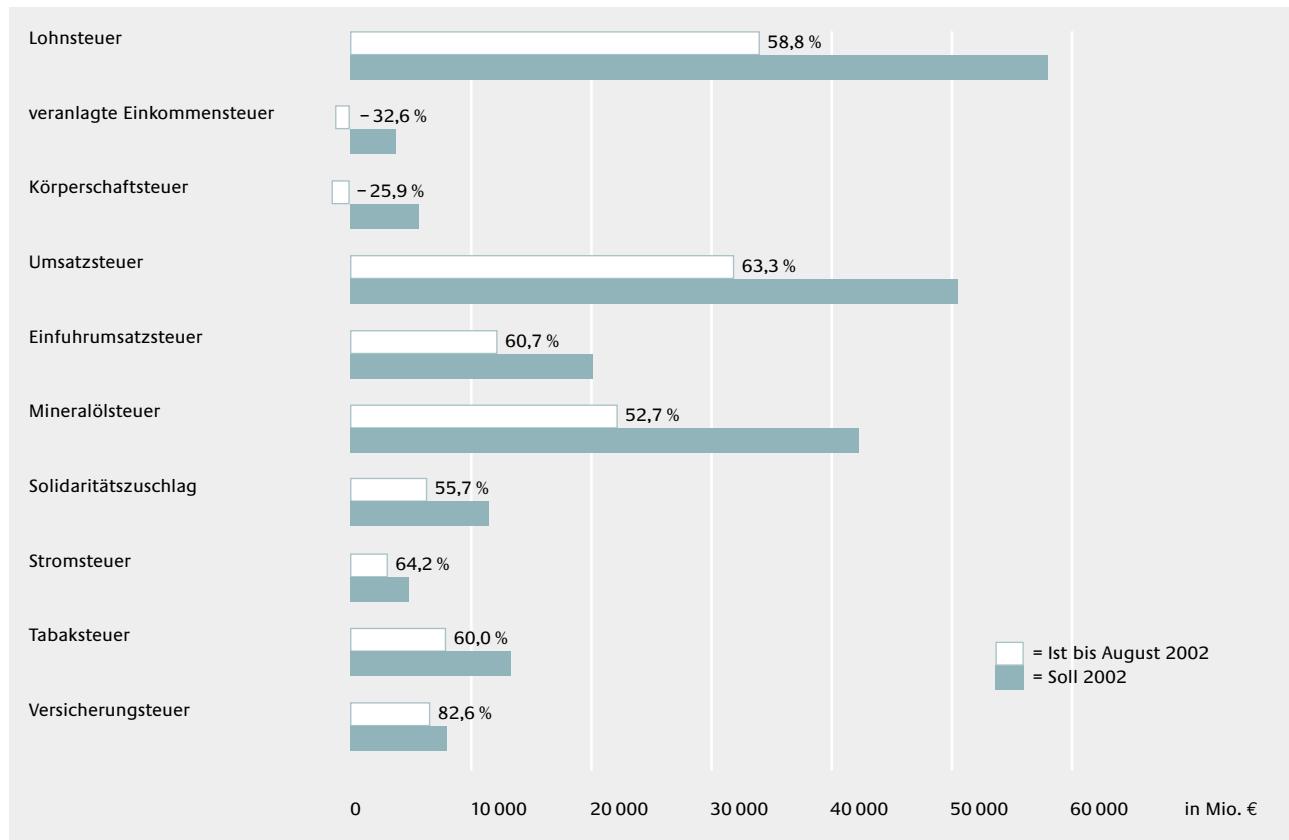
Die **Steuereinnahmen insgesamt** (ohne Gemeindesteuern) stagnierten im August 2002 auf dem vergleichsweise hohen Niveau des Vorjahresmonats. Bei den gemeinschaftlichen Steuern (-2,4 %) und den reinen Ländersteuern (-7,8 %) war eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen. Die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern nahmen hingegen im Vorjahresvergleich um +10,5 % zu.

Die kumulierte Veränderungsrate Januar bis August 2002 der **Steuereinnahmen insgesamt** hat sich mit **-3,9 %** etwas verbessert, liegt aber noch deutlich unter dem für das Gesamtjahr prognostizierten Zuwachs von **+2,1 %** (Steuerschätzung vom Mai 2002).

Die **Steuereinnahmen des Bundes** (nach Bundesergänzungszuweisungen) lagen im August 2002 um **-3,6 %** unter dem Vorjahresergebnis. Insgesamt unterschritten die Steuereinnahmen des Bundes im Zeitraum Januar bis August 2002 die Einnahmen im entsprechenden Vorjahreszeitraum um **-4,7 %**.

Brutto, d. h. vor Abzug des Kindergeldes, nahm die **Lohnsteuer** im August 2002 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,8 % zu. In diesem Zuwachs spiegeln sich die Tariferhöhungen des laufenden Jahres wider, die aber noch nicht ihre volle Wirk-

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis August 2002



samkeit in Bezug auf das Steueraufkommen erreicht haben dürften. Infolge der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Kindergelderhöhung beträgt der Zuwachs beim Kassenaufkommen der Lohnsteuer nur + 1,2 %.

Bei der **veranlagten Einkommensteuer** gab es im Vorjahresvergleich mit – 1,3 Mrd. € ein etwas schwächeres Aufkommensergebnis als im August 2001 (– 1,1 Mrd. €).

Die Einnahmen aus den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** gingen im August 2002 gegenüber dem Vorjahresmonat um – 64,8 % zurück. Dabei ist allerdings die extrem hohe Vorjahresbasis zu beachten: Im August 2001 waren die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag infolge hoher Sonderausschüttungen gegenüber dem August 2000 um + 88,5 % gestiegen.

Bei der **Körperschaftsteuer** wurde im „kleinen Monat“ August, in dem keine Vorauszahlungen zu leisten waren, eine Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr erreicht. Mit – 1,2 Mrd. € wurden rund 0,8 Mrd. € weniger an die Steuerpflichtigen zurückgezahlt als im August 2001.

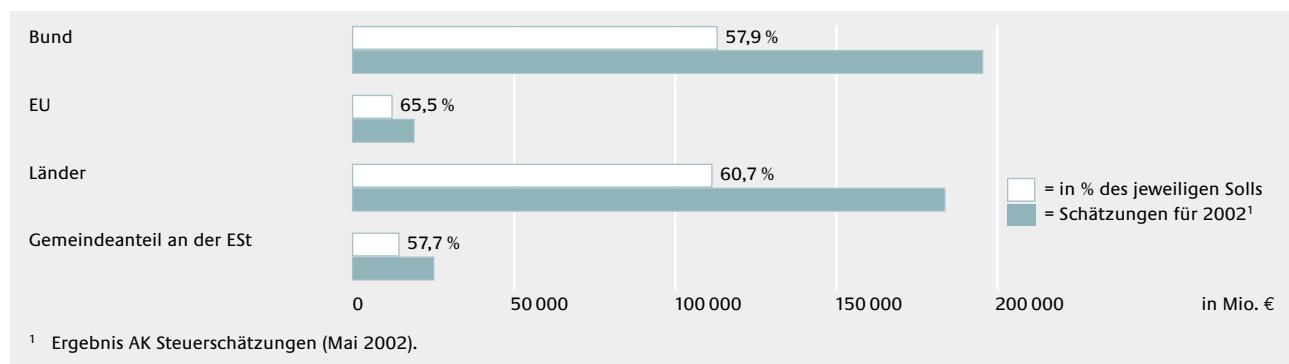
Die Einnahmen aus den **Steuern vom Umsatz** sind im August trotz nach wie vor schwacher Einzelhandelsumsätze erstmals seit April dieses Jah-

res im Vorjahresvergleich wieder gestiegen. Sie nahmen um + 2,6 % zu, wobei die Umsatzsteuer mit + 4,5 % kräftig wuchs, während die Einfuhrumsatzsteuer mit – 3,1 % nach wie vor rückläufig war.

Die **reinen Bundessteuern** legten um + 10,5 % zu. Dieser starke Zuwachs ist jedoch zum Teil auf buchungstechnische Effekte zurückzuführen. So ist etwa der Anstieg des Aufkommens von Tabaksteuer (+ 54,1 %), Branntweinsteuer (+ 38,6 %) und Stromsteuer (+ 44,7 %) nicht allein durch Verbrauchssteigerungen und Steuersatzerhöhungen zu erklären. Mit umgekehrtem Vorzeichen gilt dies auch für die Mineralölsteuer, die um – 5,1 % hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieb. Der Zuwachs bei der Versicherungsteuer betrug + 14,5 %. Das Aufkommen des Solidaritätszuschlages lag um – 11,9 % unter dem Ergebnis vom August 2001.

Bei den **reinen Ländersteuern** stagnierten die Einnahmen bei Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 0,2 %) und Biersteuer (+ 0,1 %) im Vorjahresvergleich. Kräftige Einnahmerückgänge waren bei der Kraftfahrzeugsteuer (– 16,2 %) und der Erbschaftsteuer (– 9,3 %) zu verzeichnen. Auch das Aufkommen der Grunderwerbsteuer (– 3,1 %) war rückläufig. Insgesamt lagen die reinen Ländersteuern um – 7,8 % unter dem Vorjahresergebnis.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis August 2002



Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)¹

2002	August	Verän-	Januar	Verän-	Schätzungen	Verän-
	derung	gegenüber	bis	derung	für 2002	Vorjahr
	gegenüber	Vorjahr	August	gegenüber		Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € ⁴	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10 593	1,2	83 728	- 0,6	135 200	1,9
veranlagte Einkommensteuer	- 1 278	.	- 2 897	.	8 500	- 3,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	883	- 64,8	11 769	- 34,5	11 380	- 45,5
Zinsabschlag	501	- 5,6	6 345	- 4,6	9 040	0,9
Körperschaftsteuer	- 1 184	.	- 3 043	.	7 900	.
Steuern vom Umsatz	11 947	2,6	90 944	- 1,4	142 300	2,4
Gewerbesteuerumlage	322	44,0	1 978	12,6	4 237	24,4
erhöhte Gewerbesteuerumlage	120	- 13,0	966	- 11,9	2 063	- 1,9
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	21 905	- 2,4	189 791	- 5,4	320 620	1,7
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 166	- 5,1	22 383	1,3	42 400	4,2
Tabaksteuer	1 705	54,1	8 045	12,3	13 050	8,1
Branntweinsteuer	219	38,6	1 201	2,0	2 100	- 2,0
Versicherungsteuer	1 029	14,5	6 691	10,8	8 000	7,7
Stromsteuer	516	44,7	3 180	16,1	5 200	20,3
Solidaritätszuschlag	612	- 11,9	6 432	- 9,3	11 100	0,3
übrige Bundessteuern	120	2,5	944	- 1,2	1 536	- 1,1
Bundessteuern insgesamt	7 368	10,5	48 875	3,4	83 387	5,2
Ländersteuern						
Vermögensteuer	42	89,2	186	- 12,0	200	- 31,2
Erbschaftsteuer	273	- 9,3	1 980	- 6,4	3 042	- 0,9
Grunderwerbsteuer	435	- 3,1	3 282	- 2,4	4 720	- 2,7
Kraftfahrzeugsteuer	578	- 16,2	5 461	- 8,8	7 950	- 5,1
Biersteuer	136	0,2	1 250	- 1,6	820	- 1,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	78	0,1	544	- 0,1	1 968	2,6
übrige Ländersteuern	21	6,3	235	- 0,3	496	- 15,0
Ländersteuern insgesamt	1 564	- 7,8	12 939	- 5,8	18 996	- 3,2
EU-Eigenmittel						
Zölle	255	- 9,0	1 900	- 11,4	3 150	- 1,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	223	- 57,0	3 758	- 37,1	6 000	- 29,5
BSP-Eigenmittel	498	.	7 083	30,1	10 300	28,3
EU-Eigenmittel insgesamt	976	.	12 740	- 6,1	19 450	- 1,4
Bund³	15 309	- 3,6	113 796	- 4,7	196 379	1,3
Länder³	13 101	- 0,7	112 193	- 3,1	184 729	3,4
EU	976	.	12 740	- 6,1	19 450	- 1,4
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 706	- 0,6	14 774	- 2,1	25 594	1,7
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	31 092	0,0	253 504	- 3,9	426 152	2,1

¹ Methodik: kassenmäßige Buchung der Einzelsteuern, rechnerische Aufteilung auf die Ebenen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle Entwicklung der Einnahmen des Bundes ist methodisch bedingt.

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2002.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

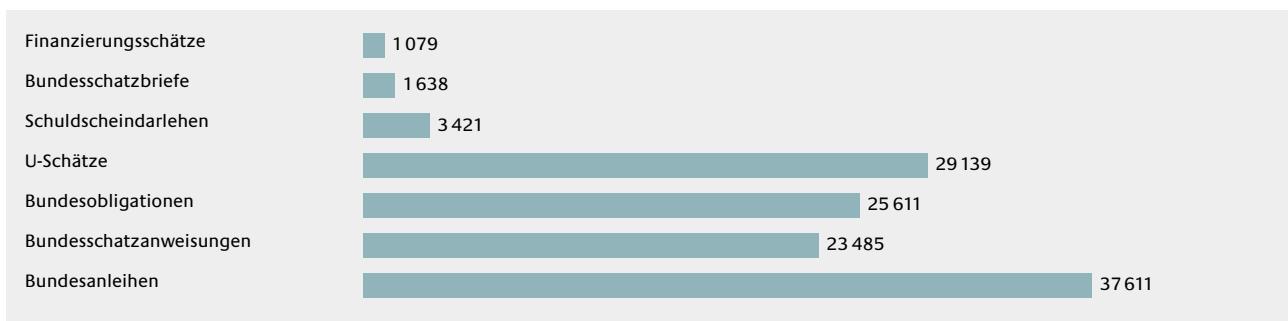
Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug in den ersten acht Monaten dieses Jahres 108,9 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betrugen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 122 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2001 haben sich die Schulden des Bundes einschließlich

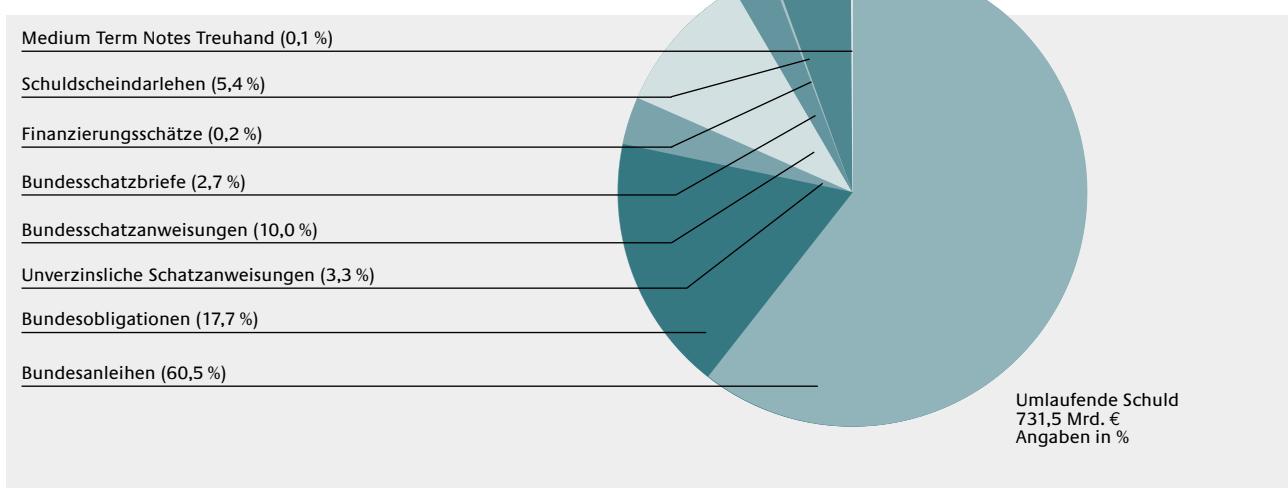
der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. August 2002 um ca. 4,1 % auf 731,5 Mrd. € erhöht. Dieser Betrag umfasst auch die seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundesisenbahnervermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Der Bund beabsichtigt, im dritten Quartal 2002 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen die in der Tabelle dargestellten Emissionen zu begeben (3., 10. und 15. Juli sowie 12. und 14. August 2002 bereits tatsächlich begebenes Volumen).

Kreditaufnahme des Bundes von Januar bis August 2002 in Mio. €



Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 30. August 2002



Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätsslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der Emissionskalender für das vierte Quartal 2002 wird in der dritten Dekade September 2002 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen „Fonds Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP-Sondervermögen belaufen sich im dritten Quartal 2002 auf insgesamt 33,6 Mrd. € (darunter 0,2 Mrd. € für die Sondervermögen).

Emissionsvorhaben des Bundes im dritten Quartal 2002

Wertpapier	Tendertermin	Laufzeit	Volumen
Bundesanleihe („Bunds“) WKN 113 520	3. Juli 2002	10 Jahre fällig 4. Juli 2012 Zinslaufbeginn: 4. Juli 2002 erster Zinstermin: 4. Juli 2003	10 Mrd. €*
Bundesschatzanweisungen („Schätze“) WKN 113 698 Aufstockung	10. Juli 2002	Restlaufzeit: 1 Jahr, 11 Monate fällig 25. Juni 2004 Zinslaufbeginn: 25. Juni 2002 erster Zinstermin: 25. Juni 2003	5 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 445	15. Juli 2002	6 Monate fällig 15. Januar 2003	4,8 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 446	12. August 2002	6 Monate fällig 12. Februar 2003	5 Mrd. €
Bundesobligationen („Bobls“) Anschlussstender der 4,5 Serie WKN 114 140	14. August 2002	Restlaufzeit: 5 Jahre fällig 17. August 2007 Zinslaufbeginn: 20. Februar 2002 erster Zinstermin: 17. August 2003	10 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 447	16. September 2002	6 Monate fällig 12. März 2003	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisungen („Schätze“) WKN 113 699	25. September 2002	2 Jahre fällig 24. September 2004 Zinslaufbeginn: 24. September 2002 erster Zinstermin: 24. September 2003	ca. 7 Mrd. €*
Drittes Quartal 2002 insgesamt			ca. 47 Mrd. €

* Einschließlich Marktpflegequote, bei Bundesobligationen zusätzlich einschließlich Absatz aus der Daueremission.

¹ Einschließlich der seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundesseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Tilgungen im dritten Quartal 2002 (in Mrd. €)

	Juli	August	September	3. Quartal 2002
Anleihen des Bundes	7,7	–	–	7,7
Bundesobligationen	–	7,7	–	7,7
Bundesschatzanweisungen	–	–	5,0	5,0
U-Schätze des Bundes	4,9	–	–	4,9
Bundesschatzbriefe		0,9	0,4	1,3
Finanzierungsschätzte	0,1	0,1	0,1	0,3
Anleihen Deutsche Bundesbahn	3,1	–	–	3,1
Anleihen der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Anleihe ERP	–	–	–	–
Ausgleichsforderungen Ausgleichsfonds Währungsumstellung	1,1	–	–	1,1
Schuldscheindarlehen	1,5	0,2	0,8	2,5
Medium Term Notes der Treuhand	–	–	–	–
Insgesamt	18,4	8,9	6,3	33,6

Entwicklung der Länderhaushalte

Die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Juli 2002 stellt sich wie folgt dar.

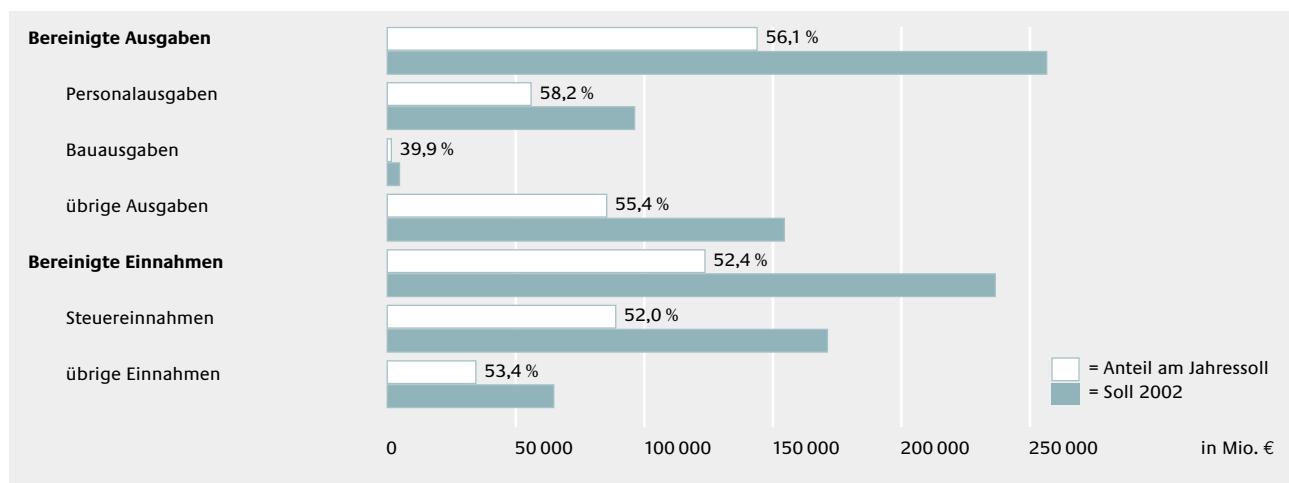
Die bereinigten Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,9 %, während die Einnahmen 3,5 % unter dem Vorjahresniveau blieben. Das Defizit der Länder insgesamt betrug 20,1 Mrd. €, rund 7,2 Mrd. € über dem Defizit im Vorjahreszeitraum 2001.

Die Haushaltsplanungen der Länder gehen für das Jahr 2002 von einem Gesamtdefizit in Höhe von 19,9 Mrd. € aus. Die Ausgaben schöpften den Soll-Ansatz bis zum Ende Juli um 56,1 %, die Einnahmen um 52,4 % aus.

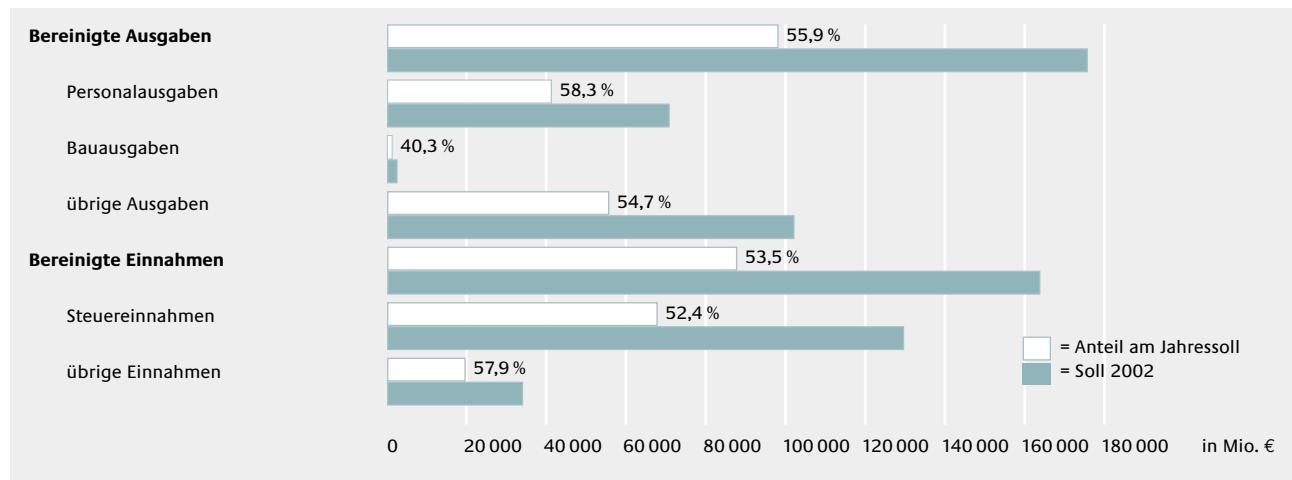
Die gegenüber dem Vorjahreszeitraum geringeren Einnahmen sind im Wesentlichen auf starke Einnahmerückgänge, insbesondere bei den Steuereinnahmen, in den Flächenländern zurückzuführen. Das Defizit belief sich damit in den westdeutschen Flächenländern auf – 10,61 Mrd. € (Soll 2002 – 11,9 Mrd. €), in den ostdeutschen Flächenländern auf – 4,3 Mrd. € (Soll 2002 – 2,8 Mrd. €) und in den Stadtstaaten auf – 5,3 Mrd. € (Soll 2002 – 5,3 Mrd. €).

Bis zum jetzigen Zeitpunkt besitzt die Haushaltsentwicklung allerdings noch wenig Aussagekraft für den tatsächlichen Haushaltsverlauf zum Ende des Jahres. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie zu den Haushaltsplanungen erlaubt daher noch keine weiter gehende Bewertung.

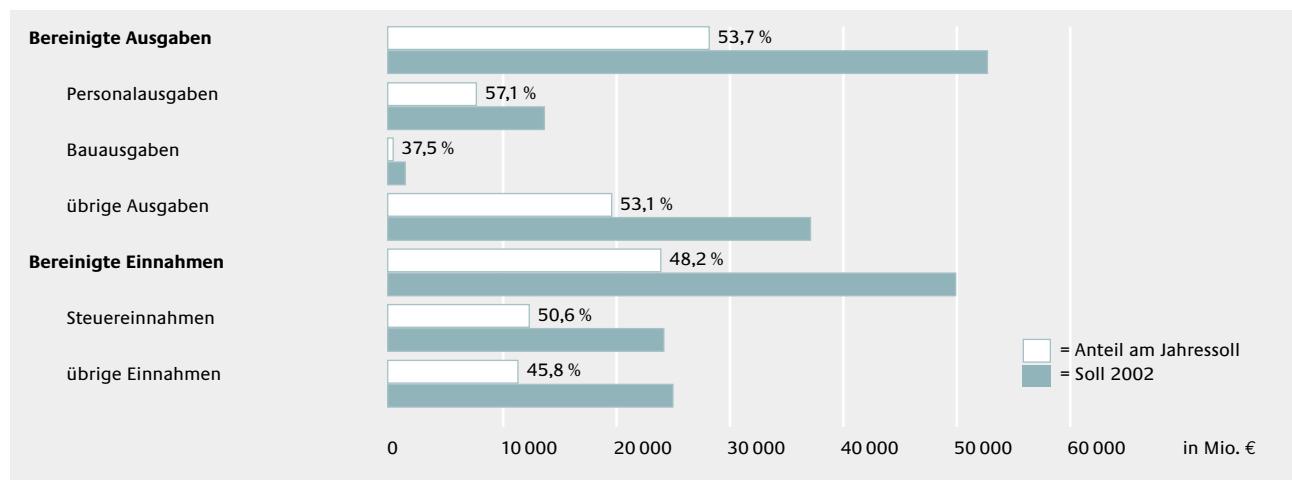
Länder insgesamt



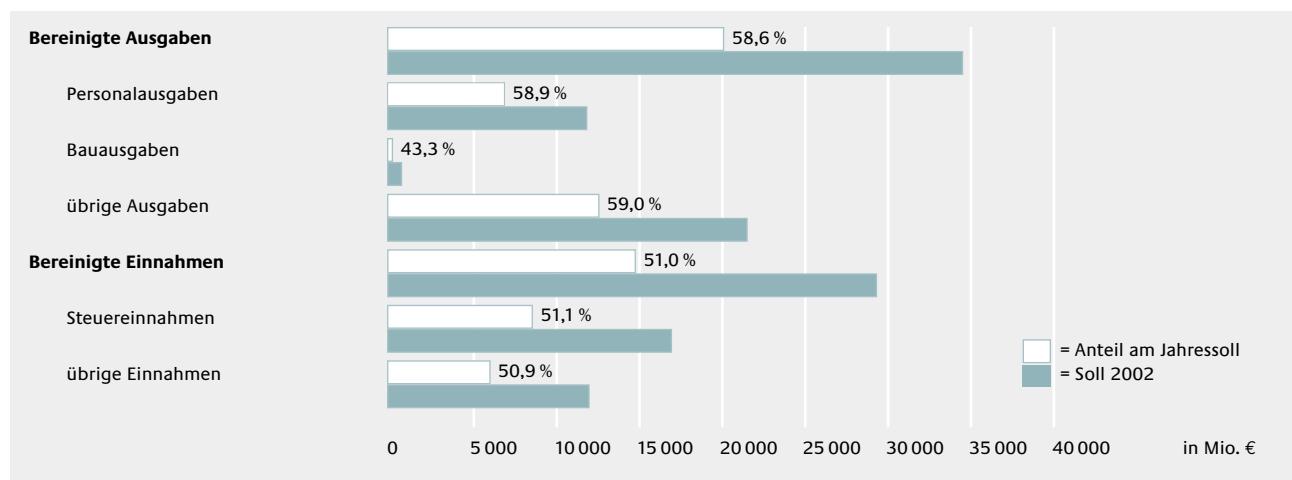
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 8. Oktober 2002 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
- 22. Oktober 2002 – Veröffentlichung des Gemeinschaftsgutachtens der sechs wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zur Wirtschaftslage
- 4. November 2002 – Deutsch-Französischer Finanz- und Wirtschaftsrat
- 5. November 2002 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Innenansichten – **Die Bundesforstverwaltung**
- Innenansichten – **Grundsätze der Finanz- und Wirtschaftspolitik**
- Innenansichten – **Unsere internationale Finanzpolitik**
- Innenansichten – **Finanzplatz Deutschland**
- Innenansichten – **Der Bundeshaushalt – Politik in Zahlen**
- Innenansichten – **Solidarität im Bundesstaat – Die Finanzverteilung**
- Fachblick – **Bundeshaushalt 2003 – Tabellen und Übersichten**
- Fachblick – **Der Finanzplan des Bundes 2002 bis 2006**

Die Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen

– Referat Bürgerangelegenheiten –

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

Telefon 0 18 88 6 82 – 17 96

Telefax 0 18 88 6 82 – 46 29

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten nach IWF-Standard SDDS

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2002	Oktober	September 2002	25. Oktober 2002
	November	Oktober 2002	27. November 2002
	Dezember	November 2002	23. Dezember 2002



Analysen und Berichte

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	31
Flutkatastrophe August 2002: Soforthilfe und Wiederaufbau	37
Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2002	47
Der Finanzplan des Bundes 2002 bis 2006 – nachhaltige Finanzpolitik für einen handlungsfähigen Staat	67
Belastung von Gering- und Normalverdienern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich	77
Kapitalverflechtung Deutschlands mit dem Ausland – Zur Bedeutung, Größenordnung und Entwicklung von Direktinvestitionen	83
Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)	95

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland¹

1 Gesamtwirtschaft	31
2 Produzierendes Gewerbe	31
3 Privater Konsum	32
4 Außenwirtschaft	32
5 Arbeitsmarkt	33
6 Preise	34
7 Zinsen und monetäre Entwicklung	35

1 Gesamtwirtschaft

Im Sommer dürfte sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung des ersten Halbjahres fortgesetzt haben, wobei die Indikatoren derzeit ein gemischtes Bild bieten. Einerseits war in der Industrie die Produktionsentwicklung im Zeitraum Juni/Juli tendenziell aufwärts gerichtet. Auch die deutschen Warenexporte konnten nochmals zulegen. Andererseits verschlechterten sich insbesondere einige vorlaufende Indikatoren, sicherlich eine Reaktion auf die gestiegenen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten. So hat sich die Nachfrage nach deutschen Industrieprodukten, namentlich aus dem Ausland, merklich abgeschwächt. Offenbar unter dem Eindruck der unsicheren US-Konjunktur und der politischen Spannungen im Nahen Osten hat auch der Optimismus bei den Geschäftserwartungen der Industrieunternehmen spürbar nachgelassen. Die Arbeitsmarktzahlen, die als typischer Spätindikator gelten und die weiterhin durch die vorangegangene Konjunkturschwäche belastet sind, haben sich im Juli und August stabilisiert, wobei allerdings auch Sonderfaktoren eine Rolle gespielt haben. Die Verbraucherpreise blieben im Juli und August stabil und stärkten so das Vertrauen und die reale Kaufkraft der Konsumenten. Nicht zuletzt deshalb hat sich das lange Zeit stark eingetrübte Konsumklima in jüngster Zeit

signifikant aufgehellt. Dies verbessert die Aussichten, dass im weiteren Jahresverlauf die Konjunktur durch steigende Konsumausgaben gestützt wird.

2 Produzierendes Gewerbe

In der Industrie ist die **Produktionsentwicklung** zu Beginn des Sommers wieder auf einen leichten Aufwärtspfad eingeschwenkt. Im Juni und Juli zusammengekommen erhöhte sich der Industrieausstoß gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum saisonbereinigt² um 1,1 %. Damit wurde auch das vor dem streik- und feiertagsbedingten Mai-Rückgang erreichte Produktionsniveau wieder übertroffen. Den größten Zuwachs meldeten die Gebrauchsgüterhersteller (+5,2 %), die zuvor erhebliche Produktionseinbußen zu verzeichnen hatten. Folgt man den Angaben zum (nominalen) Industrieumsatz, so hat sich – anders als zuvor – das Inlandsgeschäft etwas belebt, während die Exportumsätze erstmals wieder seit längerem leicht zurückgingen. Seinen entsprechenden Vorjahresstand unterschritt das Fertigungsvolumen der Industrie im Juni und Juli 2002 arbeitstäglich bereinigt um 1,5 %. Somit haben sich die negativen Vorjahresabstände seit dem Jahresbeginn ständig verringert, was aber auch mit einem Basiseffekt zusammenhängt (im Vergleichszeitraum war die Produktionskurve rückläufig).

Die **Nachfrage** nach deutschen Industrieprodukten hat unter dem Eindruck der gestiegenen weltwirtschaftlichen Risiken im Frühsommer merklich nachgelassen. Die Auftragseingänge in den Unternehmen der Industrie verringerten sich im Juni und Juli insgesamt preis- und saisonbereinigt um 2,2 %. Zu diesem Rückgang haben vor allem deutlich sinkende Auslandsaufträge (-4,2 %) beigetragen, während die Bestellaktivität der inländischen Abnehmer annähernd stabil blieb (-0,4 %). Zwar beinhaltet der starke Rückgang der

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 18. September 2002 vorlagen.

² Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den in diesem Bericht verwendeten saisonbereinigten Angaben um Berechnungen nach dem Census-Verfahren.

Exportaufträge zum Teil auch eine technische Reaktion auf den durch eine Häufung von Großaufträgen bedingten ungewöhnlich starken Mai-Anstieg, aber auch ohne diesen Effekt zeigt sich in der Nachfrageentwicklung eine leichte Abschwächung.

Die erhöhten Unsicherheiten machten sich auch im **Stimmungsbild** der Industrie bemerkbar. Das ifo-Geschäftsclima in den westdeutschen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes hat sich im August erneut abgekühlt. Dabei sind die Geschäftserwartungen, die im Mai einen Höchststand erreicht hatten, zum dritten Mal zurückgeschraubt worden. Sie blieben jedoch per saldo optimistisch. Die nachlassende Zuversicht hängt sicherlich auch mit den politischen Spannungen im Nahen Osten und den gestiegenen Erdölpreisen sowie mit den Unsicherheiten über die Konjunktur in den USA und den schwachen Aktienmärkten zusammen. Möglicherweise sehen die Unternehmen ihre künftigen Exportchancen auch durch einen höheren Eurokurs beeinträchtigt.

Im **Bauhauptgewerbe** hat sich die zuvor sehr steile Abwärtsbewegung der Produktion zuletzt merklich abgeflacht. Im Juni und Juli nahmen die Bauleistungen gegenüber den vorangegangenen Zweimonatszeiträumen saisonbereinigt um 0,7 % ab. Die Auftragseingänge beim Bauhauptgewerbe waren aber weiter klar rückläufig. Zuletzt verringerte sich das Auftragsvolumen saisonbereinigt um 1,3 %. Auch die Stimmung in den Unternehmen blieb ausgesprochen frostig. Inwieweit von den geplanten Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden vom August Impulse für das Bauhauptgewerbe ausgehen, wird frühestens aus den September-Daten abzulesen sein.

In **Ostdeutschland** haben sich die Verlaufskurven der Produktion weiter an die Entwicklung im früheren Bundesgebiet angenähert. Zuletzt hat sich die ostdeutsche Industrieproduktion sogar etwas abgeschwächt. Jedoch stellt sich im Vorjahresvergleich in der Industrie der neuen Länder

die Lage weiterhin günstiger dar als im früheren Bundesgebiet. Im Zeitraum Januar bis Juli lag die Industrieproduktion im Osten um 1,5 % über, im Westen aber um 3,5 % unter der des Vorjahrs. Bei der Bauproduktion fällt dieser Vergleich aber weiterhin für den Osten erheblich ungünstiger aus (West – 2,8 %, Ost – 11,2 %).

3 Privater Konsum

Im zweiten Quartal hatte eine leichte Belebung der **Privaten Konsumausgaben** für Wachstumsimpulse gesorgt. Über die Entwicklung zu Beginn des zweiten Halbjahres können substantielle Aussagen kaum getroffen werden. Für den **Einzelhandelsumsatz**, der bislang als kurzfristiger Konjunkturindikator für den privaten Verbrauch genutzt wurde, liegen keine aktuellen Daten vor, die als hinreichend verlässlich gelten könnten. Die vorläufigen Ergebnisse der amtlichen Statistik des Einzelhandelsumsatzes, die bereits in der Vergangenheit stark revidiert wurden waren, sind durch die Vorverlegung des Meldetermins an EUROSTAT noch unsicherer geworden. So beruhen die veröffentlichten Juli-Zahlen nur auf den Stichproben aus drei Bundesländern. Folgt man diesen Angaben, so haben sich die Einzelhandelsaktivitäten im Juli gegenüber dem Vormonat deutlich abgeschwächt. Andererseits weisen die Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests bei der Beurteilung der aktuellen Geschäftslage eine leichte Besserung aus. Auch das von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ermittelte **Konsumklima** hat sich zuletzt aufgehellt. Für eine allmähliche Belebung des privaten Verbrauchs sprechen auch die diesjährigen Tarifabschlüsse sowie die sehr konsumentenfreundliche Entwicklung der Verbraucherpreise.

4 Außenwirtschaft

Die deutschen Warenausfuhren haben im Frühsommer nochmals spürbar zugenommen, obwohl verschiedene andere Indikatoren eher auf eine gedämpfte Exportkonjunktur hindeuten (Auslandsaufträge, Exporterwartungen). Die mo-

natlich stark schwankenden nominalen **Exportumsätze** erhöhten sich im Juni und Juli gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum saisonbereinigt um 1,4 %. Gleichzeitig übertrafen sie ihren entsprechenden Vorjahresstand (nach den Ursprungszahlen) um 2,5 %. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres zusammengekommen wurde aber das vergleichbare Niveau des Vorjahres um 0,6 % unterschritten. Aufgrund von Revisionen der Ergebnisse zurückliegender Monate stellt sich jetzt die Exportentwicklung im bisherigen Jahresverlauf wesentlich flacher dar als zuvor angenommen. Für den konjunkturellen Impuls sind jedoch in erster Linie nicht die nominalen, sondern die realen, d. h. preisbereinigten Zahlen maßgebend. Für die Warenein- und -ausfuhren liegen jetzt Ergebnisse bis Juni vor. Danach stieg das Exportvolumen vom ersten zum zweiten Quartal saisonbereinigt um 2,7 % an, während sich in nominaler Rechnung nur ein geringfügiger Zuwachs (+0,2 %) ergab. Ursache für diese Abweichungen sind die gesunkenen Außenhandelspreise.



Eine ähnliche Konstellation war bei den **Einfuhren** zu beobachten. Jedoch hatte es hier im ersten Quartal sowohl bei realer und noch stärker bei nominaler Betrachtung eine starke Absenkung gegeben. Der folgende Anstieg konnte dies nicht mehr vollständig ausgleichen, sodass die Entwicklung insgesamt auf einem niedrigeren Niveau verlief. Darüber hinaus sind die Einfuhrpreise stärker als die Exportpreise gesunken. In nominaler Rechnung stiegen die Importe im Juni und Juli saisonbereinigt um 0,9 %. Damit lagen sie in diesen beiden Monaten um 3,5 % und in den ersten sieben Monaten um 7,1 % unter ihrem Vorjahresstand.

Die im Verhältnis zu den Exporten schwächere Importentwicklung hatte bereits im bisherigen Verlauf zu steigenden Überschüssen in der Handels- und **Leistungsbilanz** geführt. Diese Entwicklung hat sich auch am aktuellen Rand fortgesetzt. Von Januar bis Juli ist in der Handelsbilanz ein Positiv-Saldo von 73,8 Mrd. € aufgelaufen. Bei der traditionell defizitären Bilanz der „unsichtbaren“ Transaktionen hat sich gleichzeitig der Negativ-Saldo von – 61,1 Mrd. € auf – 50,9 Mrd. € verringert, was ebenfalls der Leistungsbilanz zugute kam. Insgesamt belief sich der Überschuss der Leistungsbilanz in den ersten sieben Monaten auf 22,9 Mrd. €, während ein Jahr zuvor noch ein Defizit von 8,0 Mrd. € registriert worden war.

5 Arbeitsmarkt

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes stand auch im August unter dem Einfluss der vorangegangenen konjunkturellen Abschwächung in Deutschland. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen hat sich jedoch im August gegenüber dem Vormonat bundesweit nicht weiter nennenswert erhöht (+ 2 000), was wohl in erster Linie auf Sonderfaktoren zurückzuführen war.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland beschränkte sich ausschließlich auf das **frühere Bundesgebiet**. Mit einem von Juli auf August **saisonbereinigten Anstieg** um 9 000 Personen blieb der Zuwachs vergleichsweise gering. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres lag der Monatdurchschnitt bei + 16 000 Personen. Der unterdurchschnittliche Anstieg im August hatte jedoch weniger konjunkturelle Ursachen, er war vielmehr auf die konsequente Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes und einer hierdurch bedingten merklich höheren Zahl von Abmeldungen in Nichterwerbstätigkeit zurückzuführen. Auch der zuletzt zu verzeichnende **Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl im Osten** (– 7 000) ist zu einem Teil durch eine deutliche höhere Zahl von Abmeldungen in Nichterwerbstätigkeit zu erklären. Darüber hinaus hatte hier der verstärkte Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente – insbesondere

beschäftigungsschaffender Maßnahmen zur Be seitigung der Hochwasserschäden – günstige Ef fekte. Positiv zu vermerken ist, dass die Arbeits losenzahlen im Osten offensichtlich durch negative Impulse infolge der Flutkatastrophe nicht weiter angestiegen sind. So nutzten insbesondere Unter nehmen in Sachsen verstärkt das Instrument der Kurzarbeit zur Überbrückung hochwasserbeding ter Produktionsausfälle.

Nach den Ursprungszahlen lag die **Zahl der Arbeitslosen** im August bundesweit bei 4,02 Mio. Dies waren 29 000 weniger als im Monat zuvor (4,05 Mio.). Der Vorjahresabstand hat sich von + 248 000 im Juli auf + 229 000 im August verrin gert. Die Arbeitslosenquote ist zuletzt bundesweit leicht auf 9,6 % zurückgegangen, nach 9,7 % im Juli. Allerdings bestehen nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen West (7,8 %) und Ost (17,7 %).

Die konjunkturell zögerliche Entwicklung in den vorangegangenen Monaten drückt sich vor allem auch im fortgesetzten Rückgang der saisonbereinig ten **Zahl der Erwerbstätigen** aus. Diese hat sich nach bereits merklicher Abnahme im Mai (- 36 000) im Juni um weitere 40 000 Personen verringert. Insgesamt wurden zuletzt 38,72 Mio. Erwerbstätig ge (Ursprungszahlen) registriert, 252 000 weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat.

6 Preise

Das Preisklima in Deutschland zeigte sich im Sommer, wie bereits in den vergangenen Monaten, frei von Spannungen. Im Inland sind derzeit keine Entwicklungen erkennbar, die wieder zu einem verstärkten Preisauftrieb führen könnten. Lediglich anhaltende politische Spannungen im Zusammenhang mit der Irak-Krise und damit wei ter steigende Rohölpreise könnten gewisse Inflationsrisiken in sich bergen. Bislang hat sich dies allerdings noch nicht sichtbar in der deutschen Preisentwicklung niedergeschlagen. So waren auch im Juli bzw. August die Preisindizes auf allen Stufen der Preisbildung rückläufig.

Die stärksten Preisrückgänge waren dabei im Bereich der Wareneinfuhren zu beobachten; ge genüber dem vorangegangenen Monat verringerte sich der **Einfuhrpreisindex** im Juli um 0,5 %. Allerdings hat sich hier die rückläufige Ent wicklung im Vergleich zum Juni (- 1,3 %) ab geschwächt. Ausschlaggebend für die jüngste Ent wicklung der Importpreise waren insbesondere Verbilligungen von Nahrungs- und Genussmitteln sowie Preisrückgänge bei Halbwaren. Neben kon junkturrell bedingten Preissenkungen dürfte hier auch der Anstieg des Eurowechselkurses eine Rolle gespielt haben. Der Vorjahresstand wurde bei den Einfuhrpreisen zuletzt deutlich unter schritten (- 4,2 %).



Bei den **Erzeugerpreisen gewerblicher Pro dukte** hat sich die rückläufige Entwicklung im Juli verstärkt fortgesetzt (- 0,3 % nach - 0,1 % im Juni). Preissenkungen bei den Produzenten und Verteilern von Energie sowie zum Teil stark rück läufige Preise bei den Herstellern von Produkten der Informations- und Kommunikationstechnolo gie waren hierfür maßgebliche Faktoren. Das Preisniveau des Vorjahrs wurde bei den gewerbl ichen Produkten im Juni um 1,1 % und im Juli um 1,0 % unterschritten. In noch stärkerem Maße sind die **Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Pro dukte** gesunken. Dieser Preisindex notierte im Juli um 6,8 % unter dem Stand des Vorjahres.

Nachdem die **Verbraucherpreise** im Juli auf grund jahreszeitlich bedingter Einflüsse gegen über dem vorangegangenen Monat vorübergehend angestiegen waren (+ 0,2 %), haben sich diese Saisoneffekte im August umgekehrt und wieder zu einem Rückgang des Preisindexes für die Lebenshaltung um 0,1 % geführt. Ausschlag gebend hierfür waren mit dem Auslaufen der Urlaubssaison übliche Verbilligungen von Pauschal-

reisen, aber auch Preisrückgänge bei Saisonwaren im Bereich der Nahrungsmittel (insbesondere Obst und Gemüse). Binnen Jahresfrist erhöhte sich der Verbraucherpreisindex im August um 1,1 % nach + 1,0 % im Juli.

Nach dem für die Länder der EU **harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI)** hat sich die jährliche Inflationsrate in der Euro-Zone nach den Angaben von EUROSTAT im August auf + 2,1 % erhöht (Juli + 1,9 %). Überdurchschnittliche Jahresteuerungsraten wiesen die Niederlande (+ 3,8 %), Spanien (+ 3,7 %), Italien (+ 2,6 %) sowie verschiedene kleinere Länder auf. In Deutschland war auch nach dem Messkonzept des HVPI im August gegenüber dem Vormonat ein Preisrückgang zu verzeichnen (- 0,1 %); im Vorjahresvergleich ergab sich ein Anstieg des Preisindexes für die Lebenshaltung um 1,0 %. Dies ist innerhalb der Länder der Euro-Zone nach wie vor die niedrigste Preissteigerungsrate (vgl. Grafik im „Überblick zur wirtschaftlichen Lage“).

7 Zinsen und monetäre Entwicklung

Auch in jüngster Zeit hat sich der Trend sinkender nominaler Anleiherenditen im Eurogebiet, der im Mai dieses Jahres eingesetzt hat, fortgesetzt. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Mitte August bei 4,5 % gelegen hatte, notierte nach Schwankungen Mitte September bei

4,38 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich blieben gegenüber Mitte August nahezu konstant – der Dreimonats-Euribor notierte Mitte September bei 3,31 %. Die Leitzinsen der Europäischen Zentralbank blieben unverändert. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt derzeit bei 3,25 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 2,25 % und die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,25 %. Die EZB hatte zuletzt am 8. November 2001 die Leitzinsen um 0,5 %-Punkte gesenkt.

Der Dreimonatsdurchschnitt für das Wachstum der **Geldmenge M 3** verringerte sich im Euroraum von Mai bis Juli 2002 – auf Jahresbasis gerechnet – mit 7,3 % gegenüber dem Vormonatszeitraum leicht (Dreimonatsrate im Juni: 7,4 %; Referenzwert: 4 1/2 %). Das hohe Geldmengenwachstum ist weiterhin zu einem wesentlichen Teil auf Portfolioumschichtungen in liquidere Anlageformen zurückzuführen, die mit der Unsicherheit an den Finanzmärkten zusammenhängen.

Im Euroraum hat sich die jährliche Wachstumsrate der **Kreditgewährung** an den privaten Sektor von 5,4 % im Vormonat auf 4,9 % im Juli 2002 verringert. In Deutschland blieb die Vergabe von Krediten an den privaten Sektor weitgehend konstant (+ 0,86 % im Juli 2002 nach + 0,87 % im Juni). Insgesamt spiegelt sich in dieser Entwicklung die weiterhin geringe wirtschaftliche Dynamik im Euroraum und in Deutschland wider.

Flutkatastrophe

August 2002: Soforthilfe und Wiederaufbau

1	Einleitung	37
2	Soforthilfen	38
3	Aufbauhilfe	38
3.1	Verschiebung der Steuerreformstufe 2003 und befristete Erhöhung der Körperschaftsteuer	38
3.2	Fonds „Aufbauhilfe“	39
3.3	Bundesprogramme im Fonds „Aufbauhilfe“	42
4	Fazit	45

1 Einleitung

Die Hochwasserkatastrophe vom August des Jahres 2002 an der Elbe und ihren Nebenflüssen und an der Donau hat zu verheerenden Schäden in den hauptbetroffenen Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt, aber auch in Bayern und Thüringen sowie in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein geführt. Zerstörungen und Schäden sind vor allem an der öffentlichen Infrastruktur, privaten und öffentlichen Gebäuden, an Hausrat, in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft entstanden. Angesichts des immensen Ausmaßes der Zerstörungen und der damit verbundenen Notwendigkeit, den Menschen rasch, unbürokratisch und wirksam zu helfen, hat die Bundesregierung ein Programm zur Soforthilfe gestartet. Die Hilfen in Höhe von 500 Mio. € werden durch Umschichtungen im Bundeshaushalt 2002 aufgebracht.

Im Anschluss an die von der Bundesregierung und den Ländern unmittelbar eingeleiteten Soforthilfen muss der Wiederaufbau der betroffenen Regionen massiv unterstützt werden. Diese nationale Aufgabe kann nur gemeinsam

von Bund, Ländern und Kommunen bewältigt werden.

Das Bundeskabinett hat am 19. August 2002 entschieden, die Steuerentlastungsstufe (Tarifsenkung) 2003 um ein Jahr zu verschieben und damit einen Fonds für den Wiederaufbau zu finanzieren. Die Ministerpräsidenten aller Länder haben sich in einem Gespräch beim Bundeskanzler am 22. August 2002 bereit erklärt, die Aufbauhilfe durch diesen Fonds zu unterstützen.

Der Fonds „Aufbauhilfe“ wird ein Volumen von 7,1 Mrd. € haben. Der Finanzierungsanteil der Ländergesamtheit einschließlich der Kommunen beträgt 3,593 Mrd. €, der Anteil des Bundes 3,507 Mrd. €. Aus dem Fonds werden **Programme für geschädigte Privathaushalte und Unternehmen sowie zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur** in den vom Hochwasser betroffenen Regionen finanziert. Auf der Grundlage dieses Wiederaufbaus kann der Aufbau Ost in den betroffenen Regionen der neuen Länder fortgesetzt werden.

Die Mittel für den Fonds werden im Wesentlichen durch Verschieben der zweiten Stufe der Steuerreform um ein Jahr auf den 1. Januar 2004 und durch eine auf das Jahr 2003 befristete Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes um 1,5 Prozentpunkte auf 26,5 % aufgebracht.

Über den Fonds hinaus sind weitere Leistungen für die betroffenen Regionen vorgesehen. Bis zu 1 Mrd. € werden im Verkehrshaushalt des Bundes umgeschichtet. Weitere rund 1,2 Mrd. € sollen innerhalb der Mittel der EU-Strukturfonds für Deutschland umgeschichtet werden. Die oben genannte Soforthilfen des Bundes haben ein Volumen von rund 500 Mio. €. Insgesamt werden fast 10 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Private Geld- und Sachspenden, der Einsatz vieler Bürger, Versicherungsleistungen und Umschichtungen in den Haushalten der betroffenen Länder sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Im Folgenden stehen der Fonds „Aufbauhilfe“ und die Programme des Bundes im Rahmen des Fonds im Vordergrund. Zusätzliche Programme der Länder und die Umsetzung können derzeit noch nicht dargestellt werden.

2 Soforthilfen

Bereits am 14. August 2002 hat die Bundesregierung ein 12-Punkte-Programm zur Soforthilfe für die Hochwassergeschädigten verabschiedet. Wesentliche Elemente sind

- der Einsatz von Technischem Hilfswerk, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr unter Verzicht auf einen Kostenersatz für diese Einsatzkräfte des Bundes;
- ein Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 100 Mio. €, für das Zinsverbilligungen über 10 Mio. € im Bundeshaushalt bereitgestellt werden;
- ein Soforthilfeprogramm in Höhe von 100 Mio. € für Privathaushalte und Unternehmen. Erste Zahlungen erfolgten bereits am 16. August 2002. Geholfen wird insbesondere denjenigen, die ihre Häuser verlassen mussten und ihren Husrat verloren haben.
- Sondermittel für die schnelle Behebung von Schäden an Bundesverkehrswegen in Höhe von 25 Mio. €;
- ein Sonderprogramm der Bundesanstalt für Arbeit über 50 Mio. € zum Einsatz von 5 000 zuvor Arbeitslosen für Hilfs- und Aufräumarbeiten;
- steuerliche Erleichterungen wie Herabsetzung von Vorauszahlungen, Sonderabschreibungen beim Wiederaufbau von Gebäuden, Anerkennung existenziell notwendiger Aufwendungen (Wohnung, Husrat, Kleidung) als außergewöhnliche Belastung;
- ein Sonderkreditprogramm der Landwirtschaftlichen Rentenbank über zunächst 100 Mio. €;
- Soforthilfe für landwirtschaftliche Betriebe über 10 Mio. € und
- die Herausgabe einer Sonderbriefmarke mit Zuschlag zugunsten der Flutopfer.

Die Soforthilfen belaufen sich auf rund 500 Mio. €, die durch Umschichtungen im Bundeshaushalt 2002 finanziert werden.

3 Aufbauhilfe

Im Anschluss an die Soforthilfen muss direkt gehandelt werden, um die vom Hochwasser betroffenen Regionen wieder aufzubauen. Je schneller sich das Leben dort wieder normalisiert, desto geringer sind die finanziellen Folgeschäden. Bund und Länder unterstützen den Wiederaufbau durch die **Errichtung eines Fonds „Aufbauhilfe“**, der im Wesentlichen durch die **Verschiebung der Steuerreformstufe 2003 und die befristete Erhöhung der Körperschaftsteuer** finanziert wird. Dies sind die zwei Teile des Flutopferhilfegesetzes. Es wurde vom Bundestag am 12. September 2002 beschlossen, der Bundesrat hat am 13. September 2002 zugestimmt.



3.1 Verschiebung der Steuerreformstufe 2003 und befristete Erhöhung der Körperschaftsteuer

Zur Finanzierung des Fonds „Aufbauhilfe“ wird die zweite Stufe der Steuerreform (Absenkung Eingangs- und Spitzensteuersatz, Anhebung Grundfreibeträge) um ein Jahr auf den 1. Januar 2004 verschoben und befristet auf das Jahr 2003 der Körperschaftsteuersatz von 25 % auf 26,5 % erhöht. Die für 2003 vorgesehene weitere Abschmelzung des Haushaltssreibetrages für Alleinerziehende wird ebenfalls auf 2004 verschoben.

Die Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform bedeutet nach aktueller Schätzung Mehrerinnahmen in Höhe von 6,2 Mrd. € in 2003 (ein-

schließlich der Verschiebung des Wegfalls der Tabellenstufen bei der Berechnung von Einkommen- und Lohnsteuer). Die Aussetzung der weiteren Abschmelzung des Haushaltssreibetrages für Alleinerziehende hat 400 Mio. € Mindereinnahmen zur Folge. Die Anhebung der Körperschaftsteuer führt zu 800 Mio. € Mehreinnahmen in 2003. Die steuerrechtlichen Änderungen lassen insgesamt Mehreinnahmen in Höhe von rund 6,6 Mrd. € in 2003 erwarten. Das Fondsvolumen von 7,1 Mrd. € wird durch Anhebung des Bundesanteils um 471 Mio. € erreicht.

Die Nettokreditaufnahme des Staates und das Maastricht-Defizit werden infolge der Steuerfinanzierung durch den Fonds „Aufbauhilfe“ nicht beeinflusst. Die heutige Generation von Steuerzahlern finanziert den Wiederaufbau. Jeder Bürger leistet dabei einen Beitrag entsprechend seiner Leistungsfähigkeit. Die Kapitalgesellschaften sind einbezogen. Den betroffenen Regionen und Menschen wird damit **Sicherheit über die Finanzierung des Wiederaufbaus** gegeben. Die Konjunktur wird dadurch nicht belastet. Die Verschiebung der nächsten Stufe der Steuerreform und die Verausgabung der Mittel zur Beseitigung der Schäden der Flutkatastrophe werden sich kurzfristig konjunkturell stärker auswirken als die zunächst vorgesehene Entlastung der Einkommen durch die Steuerreform. Mit den Mitteln des Fonds werden Investitionen im Bau- und Infrastrukturbereich und die Nachfrage nach langlebigen Gütern sofort unterstützt.

3.2 Fonds „Aufbauhilfe“

Der Fonds „Aufbauhilfe“ wird zum 1. Januar 2003 als Sondervermögen des Bundes mit einem Volumen in Höhe von 7,1 Mrd. € in 2003 errichtet. Er dient der Leistung von Hilfen in den vom Hochwasser vom August 2002 betroffenen Ländern zur Beseitigung der Hochwasserschäden und zum Wiederaufbau der zerstörten Regionen. Es werden Maßnahmen

- a) für geschädigte Privathaushalte und Unternehmen, soweit nicht Versicherungen oder sonstige Dritte Entschädigung leisten,
- b) zur Wiederherstellung der Infrastruktur der Länder und Kommunen sowie
- c) zur Wiederherstellung der Infrastruktur des Bundes

finanziert. Bund und alle Länder – also auch die nicht von der Flut geschädigten Länder – bringen Festbeträge entsprechend der 2003 erwarteten Steuermehreinnahmen ein, um eine solide finanzielle Grundlage für den Wiederaufbau zu legen. Der Bund leistet zusätzlich einen Beitrag von 471 Mio. €.

Alle Einnahmen und Ausgaben des Fonds werden in einem Wirtschaftsplan veranschlagt. Dieser ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Er wird Anlage zum Bundeshaushalt 2003.

Ab 1. Januar 2003 leistet der Fonds Zahlungen. Im **Vorgriff** auf die Mittel des Fonds können auf der Grundlage außerplanmäßiger Be willigungen von Bund und Ländern **bereits 2002 Zusagen erteilt und Auszahlungen** vor genommen werden. Letztere werden Anfang 2003 aus dem Fonds erstattet. Der Bund hat bereits im August 2002 über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen von 429 Mio. € bzw. 1817 Mio. € bewilligt, die in Tranchen an die Länder weitergeleitet werden.

Die regionale Aufteilung der Mittel erfolgt nach der Betroffenheit der vom Hochwasser geschädigten Länder. Bei den im Vorgriff erfolgten Zuweisungen des Bundes wurde vorläufig folgender Schlüssel zugrunde gelegt:

Sachsen	60 %
Sachsen-Anhalt	20 %
Thüringen und Bayern	je 5 %
Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein	je 2,5 %

Der Schlüssel soll nach einer genaueren Einschätzung der Schäden in einer Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates festgelegt werden.

Der Einsatz der Mittel des Fonds erfolgt entsprechend der Finanzierungsanteile von Bund und Ländern über **Programme des Bundes bzw. der Länder**.

Der **Bundesanteil des Fonds von 3,507 Mrd. € soll zu je einem Drittel** für geschädigte Privathaushalte und Unternehmen, zur Wiederherstellung der Infrastruktur insbesondere von Kommunen und im ländlichen Raum sowie zur Wiederherstellung der Infrastruktur des Bundes eingesetzt werden. Die Mittel der erstgenannten zwei Körbe werden weitgehend durch Bund/Län-

der-Programme umgesetzt. Dies sind überwiegend bestehende Programme wie die Gemeinschaftsaufgaben mit bewährter Organisation und Verfahren, aber auf die Erfordernisse der Aufbauhilfe zugeschnittene Inhalte. Die Länder stellen bei gemeinsam finanzierten Programmen eine Kofinanzierung von grundsätzlich 50 %. Die Bundesprogramme im Fonds „Aufbauhilfe“ sind noch im August 2002 erarbeitet worden.

Der Finanzierungsanteil aller Länder am Fonds von 3,593 Mrd. € wird als **Pauschale an die vom Hochwasser geschädigten Länder** gezahlt. Mit rund 1,9 Mrd. € werden die Länder die Bund/Länder-Programme kofinanzieren. Rund 1,7 Mrd. € verbleiben nach derzeitigem Stand für eigene Programme der Länder, insbesondere für die Landesinfrastruktur.

Fonds „Aufbauhilfe“ und weitere Hilfen

Verschiebung Steuerreformstufe 2003 (Senkung Einkommensteuertarif) um ein Jahr auf 1. Januar 2004 und auf 2003 befristete Erhöhung der Körperschaftsteuer

Mehreinnahmen Bund
3,036 Mrd. € in 2003

Zusätzlicher Beitrag Bund
0,471 Mrd. €

Mehreinnahmen Länder einschließlich Gemeinden
(nach Finanzausgleich)
3,593 Mrd. € in 2003

Finanzierung der Hilfen zum Wiederaufbau der vom Hochwasser betroffenen Gebiete im Anschluss an die Soforthilfe durch Einzahlung von Festbeträgen in einen Fonds

Fonds „Aufbauhilfe“
als Sondervermögen des Bundes
7,1 Mrd. €

- a) für geschädigte Privathaushalte und Unternehmen
- b) zur Wiederherstellung der Infrastruktur von Ländern und Gemeinden
- c) zur Wiederherstellung der Infrastruktur des Bundes

Hilfen im Rahmen bestehender und neuer Bundesprogramme
3,507 Mrd. €

davon je ein Drittel für a), b) und c)

Grundsätzlich Kofinanzierung der Länder und Gemeinden von 50 % bei a) und b).

Pauschalen an die hochwassergeschädigten Länder zur Kofinanzierung der Bundeshilfen und für eigene Programme

3,593 Mrd. €

Leistungen des Fonds ab 1. Januar 2003. Auf der Grundlage außerplanmäßiger Bewilligungen werden bereits 2002 Zusagen erteilt und erste Auszahlungen vorgenommen.

Die regionale Aufteilung der Mittel erfolgt nach der Betroffenheit der vom Hochwasser geschädigten Länder. Vorläufiger Schlüssel:

Sachsen	60 %
Sachsen-Anhalt	20 %
Brandenburg und Bayern	je 5 %
Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein	je 2,5 %

EU-Strukturfonds
rund 1,2 Mrd. €

Umschichtungen im Verkehrshaushalt des Bundes zugunsten der Verkehrsinfrastruktur der betroffenen Länder bis zu 1 Mrd. €

Gesamtumfang der Hilfen des Fonds, der EU, aus dem Verkehrshaushalt des Bundes und Sofortmaßnahmen (rund 0,5 Mrd. €)
(ohne Spenden, Versicherungsleistungen und Umschichtungen in den Länderhaushalten)
9,8 Mrd. €, davon

Bund
5,007 Mrd. €

EU-Strukturfonds
1,2 Mrd. €

Länder und Gemeinden
3,593 Mrd. €

3.3 Bundesprogramme im Fonds „Aufbauhilfe“

Im Fonds „Aufbauhilfe“ sind die nachfolgend dargestellten Bundesprogramme vorgesehen. Für Hilfen zugunsten geschädigter Privathaushalte und Unternehmen, zur Wiederherstellung der Infrastruktur insbesondere der Kommunen und im ländlichen Raum sowie zum Wiederaufbau der Infrastruktur des Bundes sind jeweils rund 1 Mrd. € an Bundesmitteln geplant. Außerdem wurde eine Reserve von 418 Mio. € gebildet, damit nach näherer Erfassung der Schäden eine neue Gewichtung vorgenommen werden kann.

Im Rahmen der dem einzelnen Land zustehenden Mittel können diese frei über die Kofinanzierung der verschiedenen Bundesprogramme entscheiden. Umschichtungen zwischen den Bundesprogrammen sind möglich. Grundlage für die Umsetzung der Programme sind in der Regel Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den vom Hochwasser betroffenen Ländern. Die Bewirtschaftung erfolgt in der Regel durch die Länder.

Hinweis: Alle im Folgenden genannten Beträge beziehen sich auf die Dotierung der Bundesprogramme, soweit nichts anderes gesagt ist. Die Kofinanzierung der Länder erhöht die Mittel für die einzelnen Hilfen.

Hilfen für Privathaushalte und Unternehmen

Für Hilfen für Privathaushalte und Unternehmen werden 1,024 Mrd. € zur Verfügung gestellt.

Das **Soforthilfeprogramm für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freie Berufe** wird mit 200 Mio. € dotiert. Es werden Hilfen für glaubhaft gemachte und nicht versicherte Schäden im verarbeitenden Gewerbe, des Handwerks, des Handels, der Dienstleistungen und der freien Berufe gezahlt. Gefördert werden u.a. Reparaturaufwendungen an Sachanlagen und Immobilien, Ersatzbeschaffung, Schäden an Vorräten, Lagerbeständen, Halb- und Fertigprodukten sowie Aufwendungen zur Vermeidung von Schäden bzw. Verlust von Wirtschaftsgütern. Je Antragsteller kann ein erster Zuschuss in Höhe von 50 % der eingetretenen Schäden, maximal 15 000 €, gezahlt werden.

Ein **Hochwasser-Hilfsfonds** bei der Deutschen Ausgleichsbank mit einem Volumen von 300 Mio. € wird für Maßnahmen eingesetzt, die die Fortführung der vom Hochwasser betroffenen gewerblichen Unternehmen und freiberuflichen Existenz ermöglichen sollen. Er dient zur Wiederherstellung von Betriebsvermögen, das durch das Hochwasser zerstört wurde. Er kann auch zur Entschuldung eingesetzt werden. Voraussetzung für die Hilfen ist, dass sie zur Fortführung des

Bundesprogramme im Fonds „Aufbauhilfe“

Fonds „Aufbauhilfe“	gesamt	Bund	Länder und Kommunen
	in Mio. €		
I. Bundesprogramme davon	5 381	3 507	1 874
1. Hilfen für Privathaushalte und Unternehmen	1 998	1 024	974
2. Infrastruktur insbesondere Kommunen/ländlicher Raum	1 995	1 095	900
3. Infrastruktur des Bundes	970	970	
4. Reserve	418	418	
II. Zur Kofinanzierung derzeit nicht benötigte Ländermittel	1 719		1 719
III. Gesamtmittel des Fonds	7 100	3 507	3 593

Unternehmens und zur Sicherung der Arbeitsplätze unabweisbar erforderlich sind und dass andere Fördermöglichkeiten soweit wie möglich genutzt werden. Von allen Beteiligten wie den Unternehmen selbst, den Gläubigern des Unternehmens und der Kreditwirtschaft werden zumutbare Eigenbeiträge erwartet.

Das **Sonderprogramm „Hochwasser“ im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA)** fördert mit 85 Mio. € arbeitsplatzsichernde Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und wirtschaftsnahe kommunale Infrastrukturmaßnahmen mit modifizierten GA-Förderbedingungen, um die Wiederherstellung von beschädigten Einrichtungen und Wirtschaftsgütern zu erleichtern. Für beschädigte Infrastruktureinrichtungen (z. B. Gewerbegebiete) in betroffenen Gemeinden soll eine bis zu 100%ige Förderung ermöglicht werden. Die GA-Fördersätze für gewerbliche Investitionszuschüsse zur Wiederherstellung oder -beschaffung unbrauchbar gewordener Wirtschaftsgüter sollen deutlich angehoben werden.

Aus dem **Arbeitsmarktprogramm „Hochwasserhilfe zur Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen bei Kurzarbeit“** können Arbeitgeber, die unmittelbar vom Hochwasser betroffen sind und für die vom Arbeitsausfall betroffenen Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld beantragen, vom Arbeitsamt auch die bei Kurzarbeit eigentlich vom Arbeitgeber zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge erhalten. Die Betriebe müssen ihre Arbeitnehmer daher nicht entlassen. 50 Mio. € stehen zur Verfügung, eine Kofinanzierung der Länder ist nicht vorgesehen.

Für die **Übernahme der Kosten für die Fortsetzung einer beruflichen Erstausbildung** stehen 8 Mio. € zur Verfügung. Zahlreiche vom Hochwasser nachhaltig betroffene Unternehmen werden nicht in der Lage sein, begonnene berufliche Ausbildungen fortzusetzen. Die Auszubildenden sollen in anderen Unternehmen untergebracht werden oder ihre Berufsausbildung in

überbetrieblichen Berufsbildungsstätten fortsetzen.

Für das **Soforthilfeprogramm zugunsten land- und forstwirtschaftlicher Betriebe**, bei denen schwere Schäden an Flächen, Vieh, Gebäuden, Maschinen, Anlagen und anderen Wirtschaftsgütern entstanden sind, sind 20 Mio. € vorgesehen. Die Zuschüsse sollen 50 % des nicht versicherten Schadens bis zu einer Obergrenze abdecken.

Für die betroffenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe wird die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern einen **Erlass und Teilerlass von Krediten für zerstörtes Betriebsvermögen** gewähren. Dafür stehen 7 Mio. € zur Verfügung. Dies bedeutet, dass bisher nicht getilgte Darlehensanteile von den Banken nicht oder nur teilweise zurückgefördert werden, sofern trotz Förderung der ersatzweise angeschafften Investitionsgüter nur dadurch das Weiterbestehen des Betriebs gesichert werden kann. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Kreditwirtschaft wie im gewerblichen Bereich auch im Agrarsektor Zinszahlungen und Tilgung für die ausgereichten Kredite geschädigter Betriebe bis auf Weiteres aussetzen wird.

Für eine **Haftungsfreistellung** der Hausbauten bis zu 80 % bei dem neuen Sonderkreditprogramm der Landwirtschaftlichen Rentenbank werden 4,1 Mio. € bereitgestellt. Durch die Haftungsfreistellung wird landwirtschaftlichen Betrieben die Inanspruchnahme der zinsgünstigen Kredite zur Beseitigung der Hochwasserschäden erleichtert.

Für Zuschüsse zur **Beseitigung und Behebung von Hochwasserschäden an Wohngebäuden** an private Eigentümer und Wohnungsunternehmen stehen 250 Mio. € bereit. Versicherungsleistungen, die der Empfänger erhält, sind zu berücksichtigen. Eine Kumulierung mit anderen Förderprogrammen, z. B. KfW-Kredite im Rahmen des Sonderprogramms Hochwasser, ist zulässig.

Es werden kurzfristige **Übergangshilfen für Hochwassergeschädigte**, die sich aufgrund des Hochwassers in einer sozialen Notlage befinden, geleistet. Bis zu 10 000 € Übergangshilfe je Privathaushalt werden gezahlt, insbesondere bei Verlust oder Zerstörung des unmittelbar benötigten Hausrats sowie bei anderweitiger Unterbringung infolge der Unbewohnbarkeit der eigenen Wohnung oder des eigenen Hauses. Die Bundesmittel von 100 Mio. € werden bereits im Haushaltsjahr 2002 den Ländern zugewiesen.



Infrastrukturprogramm insbesondere für Kommunen und den ländlichen Raum

Zur Wiederherrichtung insbesondere der kommunalen Infrastruktur und der Infrastruktur im ländlichen Raum sind Bundesmittel in Höhe von 1,095 Mrd. € vorgesehen.

Zur Wiederherstellung der Infrastruktur in den Gemeinden stehen 600 Mio. € für drei Bereiche bereit. Es geht zum einen um den Wiederaufbau der städtebaulichen Infrastruktur einschließlich der historischen Innenstädte, der Kulturstätten und das Stadtbild prägender Gebäude. Weiterhin kann die technische Infrastruktur wie Straßen, Plätze, wasser- und abfallwirtschaftliche Einrichtungen (Trinkwasserversorgungsanlagen, Abwasseranlagen, Abfallbeseitigungsanlagen, abschwemmggefährdete Altlasten, Hochwasserschutzanlagen) instand gesetzt werden. Schließlich können auch die Hochwasserschäden an den Einrichtungen der sozialen Infrastruktur in den Kommunen wie Kindertagesstätten, Schulen, städtische und private Krankenhäuser und Altenheime einschließlich der entsprechenden Einrichtungen

der Wohlfahrtsverbände beseitigt werden. Die Umsetzung erfolgt über die Länder im Rahmen der eingespielten Verfahren der Städtebauförderung. Ansprechpartner der Gemeinden sind die Regierungspräsidien bzw. für die Städtebauförderung zuständige Landesstellen.

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ werden Hilfen für den Wiederaufbau der **Infrastruktur im ländlichen Raum** in Höhe von 320 Mio. € zusätzlich bereitgestellt. Zu den Maßnahmen gehören die zügige Wiederherstellung der betroffenen Hochwasserschutzanlagen, insbesondere der Deiche, und die umgehende Sicherstellung der Trinkwasserversorgung sowie der Abwasserentsorgung. Auch im Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Wege einschließlich der dazugehörigen Bauwerke wie Brücken werden Investitionen durchzuführen sein. Die Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe werden von den Ländern durchgeführt und von Bund und Ländern im Verhältnis 60 zu 40 gemeinsam finanziert.

Für die **Beseitigung von Hochwasserschäden an vom Bund oder an gemeinsam von Bund und Ländern finanzierten Einrichtungen** sind 20 Mio. € geplant. Damit kann z. B. die Wiederherrichtung von Forschungseinrichtungen, Hochschulbauten oder überbetrieblichen Ausbildungsstätten erfolgen.

Ein Arbeitsmarktprogramm „**Hochwasserhilfe zur Beseitigung der Hochwasserschäden**“ mit 50 Mio. € soll insbesondere den Kommunen ermöglichen, 5 000 zuvor arbeitslose Arbeitnehmer in Strukturanpassungsmaßnahmen zur Beseitigung der Hochwasserschäden einzusetzen. Bund und Bundesanstalt für Arbeit stellen je 25 Mio. € für Zuschüsse zu Lohn- und Sachkosten zur Verfügung.

Für die kurzfristige Instandsetzung von Deichstrecken wird ein Arbeitsmarktprogramm „**Deichbau 2002/2003**“ mit 50 Mio. € aufgelegt. Mit Zuschüssen an öffentlich-rechtliche Arbeitgeber

wird die Einstellung von Arbeitslosen für den Deichbau gefördert.

Für die Beseitigung von Schäden beim straßen gebundenen Öffentlichen Personennahverkehr einschließlich der **Dresdner Straßenbahn** stehen 30 Mio. € bereit.

Das **kulturelle Hilfsprogramm** mit 50 Mio. € soll die massiven Schäden beseitigen, die das Hochwasser an den Kulturstätten verursacht hat. Schwerpunkt sind die Räume Dresden und Dessau/Wittenberg. Andere geschädigte Regionen wie Unter-Elbe und Donau werden ebenfalls nach Schadenslage berücksichtigt. Die notwendigen Sanierungen betreffen vor allem die technischen Einrichtungen (Heizung, Lüftung, Sanitär, Museums- und Bühnentechnik, Elektronik und Fuhr park), die Bauwerke (Reinigung, Trockenlegung, Statik) und die Ausstattung der Kulturstätten.

Infrastruktur des Bundes

Für die Wiederherrichtung der Infrastruktur des Bundes werden 970 Mio. € aus dem Fonds eingesetzt. Insbesondere die Wiederherstellung der Eisenbahnen des Bundes und der Bundesfernstraßen ist Voraussetzung für die Wiederherstellung funktionierender Strukturen in den von der Flut betroffenen Regionen.

Für die Wiederherrichtung der **Bundes wasserstraßen** sind 100 Mio. € eingeplant. Mit diesen Mitteln müssen Maßnahmen zur Erhaltung des normalen Wasserabflusses und der Schiffbarkeit insbesondere der Elbe finanziert werden. Ferner sind Schäden an technischen Anlagen (Wehre, Pegelanlagen, Betriebs-Fernmeldeanlagen, Schifffahrtszeichen) und Strombauwerken (Uferdeckwerke, Buhnen, Längswerke) sowie an Verwaltungs- und Betriebsgebäuden der Wasser straßenverwaltung zu beseitigen. Notwendig ist

ferner die Kostenbeteiligung an der Schadensbe seitigung an Brücken.

Für die vom Hochwasser geschädigten **Bun desfernstraßen** sind 200 Mio. € vorgesehen. Die Straßenkörper sind auf einigen Abschnitten z. T. bis auf den Unterbau durch die Flutwellen zer stört. Zahlreiche Dämme sind unterspült, verbun den mit Hangrutschungen. Teilweise müssen die Entwässerungseinrichtungen und vor allem in Ortsdurchfahrten verschiedene Versorgungsleis tungen erneuert werden. Zerstört oder stark beschädigt wurden ferner Brücken und zum Teil auch ältere Stützmauern.

Für die Wiederherstellung der Schieneninfra struktur der **Eisenbahnen des Bundes** werden im Fonds „Aufbauhilfe“ 650 Mio. €, davon 400 Mio. € in 2003 und 250 Mio. € in 2004 zur Verfügung gestellt. Durch die Fluten sind insbesondere in Sachsen Streckenabschnitte, Brücken und Bahnhofsanlagen vollständig zerstört worden. Vom Hochwasser sind gleichfalls viele Immobilien des **Bundeseisenbahn vermögens** und der DB AG betroffen. Die Schäden haben ein solches Ausmaß, dass sie nicht vor 2004 vollständig beseitigt werden können.

Für **Liegenschaften** und sonstige Vermögens werte des **Bundes** sind 20 Mio. € vorgesehen.

4 Fazit

Die Staatliche Gemeinschaft hat auf die Flut katastrophe rasch reagiert. Es kommt jetzt darauf an, das **10 Mrd. €-Hilfspaket** möglichst ohne Ver zögerung umzusetzen. Da damit viele Investitio nen und Baumaßnahmen verbunden sind, wird dies von allen Beteiligten viele Monate Einsatz erfordern. Eine Bewertung des Erreichten sollte vorgenommen werden, wenn die genannte sub stanzielle Hilfe zu einem großen Teil eingesetzt worden ist.

Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2002

1 Finanzpolitische Ausgangslage	47
2 Die Entwicklung der Ausgaben	51
3 Die Entwicklung der Einnahmen	63

1 Finanzpolitische Ausgangslage

Die Konsolidierung kommt voran. Am 19. Juni 2002 hat das Bundeskabinett den Entwurf des Bundeshaushalts 2003 und den Finanzplan bis 2006 verabschiedet. Zum vierten Mal in Folge legt die Bundesregierung einen Finanzplan vor, in dem die Neuverschuldung gegenüber dem Vorjahr zurückgeführt wird. Im Jahr 2006 wird der Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung auskommen. Zum ersten Mal seit 1970 wird es dann keine höheren Ausgaben als Einnahmen geben.

In einer Zeit des raschen und tief greifenden ökonomischen Wandels muss erfolgreiche Finanzpolitik dazu beitragen, die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven auch für nachfolgende Generationen zu sichern und zu verbessern. Das ist es, was die Bundesregierung mit dem Begriff „Nachhaltige Finanzpolitik“ meint. „Nachhaltige Finanzpolitik“ ist ein wesentlicher Bestandteil der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Für den Bundeshaushalt bedeutet dies, Finanzierungsdefizite zu reduzieren bei gleichzeitiger Qualitätssteigerung der Inhalte. Ausgabeposten werden generell daraufhin überprüft, ob sie für die Zukunft eine länger anhaltende positive Wirkung entfalten können. Eingebettet sind diese Maßnahmen in einer insgesamt verlässlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Die deutsche Wirtschaft steht am Beginn eines Aufschwungs, der sich in der zweiten Jahreshälfte verstärken wird. Die unerwartet starke konjunkturelle Abschwächung des Jahres 2001 hinterlässt noch Spuren im Ergebnis des 1. Halbjahres. Im

2. Halbjahr kommt als zusätzliche Aufgabe die Finanzierung der Soforthilfsmaßnahmen für die Hochwasserregionen hinzu. Erfahrungsgemäß werden aber im Haushaltsvollzug durch eine restriktive Ausgabenbewirtschaftung und die Ausgabendisziplin aller Ressorts Entlastungen erzielt. In den vergangenen drei Jahren konnten erhebliche Belastungen im Haushaltsvollzug aufgefangen werden und dabei die Nettokreditaufnahme sogar gesenkt werden.

Finanzpolitische Leitplanken. Im November 2000 wurde mit den finanzpolitischen Leitplanken ein umfassendes Konzept vorgelegt, das einen verlässlichen, aber auch flexiblen Rahmen für finanzpolitische Entscheidungen bildet. Aufbauend auf den Reformpaketen Zukunftsprogramm zur Sicherung von Wohlstand, Arbeit und sozialer Stabilität sowie der Steuerreform 2000 orientiert sich die Finanzpolitik an folgenden Zielen:

- Schuldenabbau für nachhaltig solide Staatsfinanzen und mehr Generationengerechtigkeit,
- Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch ein tragfähiges Steuer- und Abgabensystem.

Die erfolgreiche Sanierung der Staatsfinanzen mit dem Ziel niedriger öffentlicher Defizite bzw. des Verzichts auf staatliche Kreditaufnahme wirkt sich in niedrigeren Preisen und Zinsen aus. Die wachsenden finanzpolitischen Handlungsspielräume können langfristig für wichtige Zukunftsinvestitionen genutzt werden und tragen zur Erhöhung des Wachstumspotenzials der Wirtschaft bei. Zudem ist der Schuldenabbau der wichtigste Beitrag der Finanzpolitik zur Generationengerechtigkeit.

Konsolidieren und Gestalten. Trotz konjunktureller Wachstumspause mit deutlicher Abschwächung des Steueraufkommens und zusätzlichen Belastungen bei den Arbeitsmarktausgaben wird die Konsolidierung des Bundeshaushalts weiter fortgesetzt. Die Nettokreditaufnahme 2002 beträgt 21,1 Mrd. € und unterschreitet damit die

Neuverschuldung im Bundeshaushalt 2001 um 1,7 Mrd. €. Die Haushaltspolitik des Bundes bleibt damit darauf ausgerichtet – wie im Zukunftsprogramm 2000 vorgesehen – mit dem Bundeshaushalt 2006 erstmals einen Haushalt ohne Nettkreditaufnahme vorzulegen.

Gestalterische Politik und erforderliche Konsolidierung bleiben in einem ausgewogenen Verhältnis. Aufbauend auf den bisherigen Erfolgen verfolgt die Bundesregierung weiter ihren klaren finanzpolitischen Kurs und setzt zukunftsorientierte Akzente sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite.

Anti-Terror-Paket. Als Reaktion auf die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 hat die Bundesregierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Terrorismus beschlossen. Im Bundeshaushalt 2002 werden dafür rund 1,5 Mrd. € zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Steuerreformen. Die von der Bundesregierung umgesetzten Steuerreformen, insbesondere das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung, das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 sowie die Familienförderungsgesetze führen bis 2005 zu einer Gesamtentlastung gegenüber dem Jahr 1998 in Höhe von insgesamt rund 56 Mrd. €. Gemessen an den Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 1998 an direkten Steuern in Höhe von 221,9 Mrd. € ergibt sich eine Entlastung von rund 25 %. Die Eckpfeiler der Steuerreform 2000 sind die Tarifreform und die grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung. Folgende wichtige Maßnahmen sind zum 1. Januar 2001 in Kraft getreten:

- Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf einheitlich 25 % (Übergang vom Vollanrechnungsverfahren zum europäuglichen Halbeinkünfteverfahren ab 1. Januar 2002)¹

- Durch das Vorziehen der dritten Entlastungsstufe des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 um ein Jahr beträgt der Eingangssteuersatz bei der Einkommensteuer seit 1. Januar 2001 19,9 % und der Höchststeuersatz 48,5 %. Der Grundfreibetrag stieg auf rund 7 235 € / 14 470 € (Ledige/Verheiratete).
- Gezahlte Gewerbesteuer wird in Höhe des 1,8fachen des Gewerbesteuer-Messbetrages auf die Einkommensteuer angerechnet. Der Betriebsausgabenabzug der Gewerbesteuer bei der steuerlichen Gewinnermittlung bleibt uneingeschränkt erhalten. Die überwiegende Zahl der mittelständischen Unternehmen wird dadurch vollständig von der Gewerbesteuer entlastet.
- Mit dem Gesetz zur Ergänzung des Steuerentlastungsgesetzes wurde zur weiteren steuerlichen Entlastung des Mittelstandes u. a. der halbe durchschnittliche Steuersatz für Betriebsveräußerungen und -aufgaben ab 2001 wieder eingeführt. Der halbe durchschnittliche Steuersatz wird Unternehmern, die aus dem Berufsleben ausscheiden, einmal im Leben gewährt.

Zu diesen auch in 2002 fortwirkenden Maßnahmen treten in den Jahren 2004² und 2005 weitere Entlastungsschritte:

- Zum 1. Januar 2004 steigt der Grundfreibetrag auf 7 426 €. Der Eingangssteuersatz wird auf 17 % und der Spitzensteuersatz auf 47 % gesenkt.
- Zum 1. Januar 2005 steigt der Grundfreibetrag auf 7 664 €. Der Eingangssteuersatz beträgt 15 % und der Spitzensteuersatz 42 %.

Ökologische Steuerreform. Die auf nachhaltige Wirkung angelegte ökologische Steuerreform wird – wie beschlossen – in insgesamt fünf Stufen bis 2003 fortgeführt. Die 1. Stufe trat am 1. April 1999 in Kraft. Die weiteren Stufen treten jeweils zum 1. Januar eines Jahres in Kraft, letztmalig

¹ Zur Bewältigung der finanziellen Folgen der Hochwasserkatastrophe tragen die Körperschaften durch die Erhöhung der Körperschaftsteuer auf 26,5 % befristet auf das Jahr 2003 bei.

² Zur Bewältigung der finanziellen Folgen der Hochwasserkatastrophe wird die 2. Stufe der Steuerreform nicht wie ursprünglich geplant am 1. Januar 2003, sondern am 1. Januar 2004 in Kraft treten.

zum 1. Januar 2003. Mit den für das Jahr 2002 der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Öko-steuer zur Verfügung gestellten Mitteln kann der Beitragssatz um 1,5 Beitragspunkte niedriger festgesetzt werden, als dies ohne die Mittel aus der Ökosteuer der Fall wäre. Die positiven umwelt- und energiepolitischen Wirkungen werden sich weiter verfestigen.

Familienförderung. Bereits mit dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 wurde das Kinder-geld für das erste und zweite Kind zum 1. Januar 1999 von 220 DM auf 250 DM und mit dem 1. Gesetz zur Familienförderung zum 1. Januar 2000 weiter auf 270 DM erhöht. Mit dem am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Zweiten Gesetz zur Familienförderung sind weitere Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt und ist der Familienleistungsausgleich nochmals verbessert worden. Der bisherige Betreuungsfreibetrag ist um eine Erziehungskomponente ergänzt, der Ausbildungsbedarf eines Kindes in den Familienleistungsausgleich einbezogen und das Kinder-geld für erste und zweite Kinder nochmals spürbar um 16 € angehoben worden. Nunmehr wird für das erste bis dritte Kind 154 €, ab dem vierten Kind 179 € Kinder-geld gewährt. Darüber hinaus wird außerhalb des Familienleistungsausgleichs ein Abzug für nachgewiesene erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten zugelassen und ein Freibetrag zur Abgeltung des Sonderbedarfs bei volljährigen Kindern, die sich in der Berufsausbildung befinden und auswärtig untergebracht sind, eingeführt.

Altersvermögensgesetz. Zum Ausgleich der geringfügigen Absenkung des Niveaus der gesetzlichen Rentenversicherung wird der Aufbau einer zusätzlichen freiwilligen betrieblichen oder privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge zur Sicherung des Lebensstandards im Alter ab 2002 steuerlich durch einen zusätzlichen Sonderausgabenabzug oder eine progressionsunabhängige Zulage gefördert. Der Umfang der Altersvorsorgeaufwendungen, die von der Besteuerung freigestellt werden können, soll sich kontinuierlich von 2002 bis 2008 von 525 € auf 2 100 € aufbauen.

Zukunftsinvestitionsprogramm. Die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (UMTS) wurden in vollem Umfang zur Rück-führung der Staatsschulden eingesetzt. Dadurch konnte die Schuldenstandsquote wieder unter den Maastricht-Grenzwert von 60 % gesenkt werden. Die damit gleichzeitig erreichte Ver-ringerung der Zinsausgaben um jährlich rund 2,6 Mrd. € hat Gestaltungsspielräume zugunsten von Zukunftsinvestitionen eröffnet, die bereits im Bundeshaushalt 2001 zum Tragen gekommen sind. Mit der Verwendung der Zinsersparnisse hat die Bundesregierung die Qualität der Staatsausgaben verbessert. Das Zukunftsinvestitionsprogramm 2001 bis 2003 in den Bereichen Verkehr, Forschung und Bildung sowie Energie hat zusätzliche Investitionsausga-ben in Höhe von 2,1 Mrd. € zur Folge. Die Inves-titionen in die Verkehrsinfrastruktur werden bis 2003 jährlich mit 1,5 Mrd. € und die Ausgaben für Forschung und Bildung mit gut 300 Mio. € gestärkt. Für ein Gebäudesanierungsprogramm stehen 205 Mio. € sowie für Energieforschung 51 Mio. € jährlich zur Verfügung. Bereits zuvor hatte die Bundesregierung jeweils gut 250 Mio. € pro Jahr zur Finanzierung der BAföG-Novelle und zur Verstärkung der Verkehrsinvestitionen vorgesehen.

Wende in der Agrarpolitik. Im Mittelpunkt stehen die Erzeugung von Qualitätsprodukten, die artgerechte Tierhaltung sowie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Dabei ist die Ge-meinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrar-struktur und des Küstenschutzes“ das wesentliche Instrument zur Umsetzung der Agrarwende im Rahmen der Agrarstrukturpolitik. Entsprechend den Anforderungen wurden die Fördergrund-sätze des Rahmenplans neu ausgerichtet. Daneben stellt der Bund in 2002 für ein Sonder-programm zur Förderung des Öko-Landbaus 34,8 Mio. € sowie für die Entwicklung von Modell-regionen 17,9 Mio. € bereit.

Verbraucherpolitik. Für den neuen Politik-schwerpunkt Verbraucherpolitik sind Mittel in

Höhe von 33,2 Mio. € veranschlagt. Dies bedeutet eine Aufstockung gegenüber 2001 um 55 %. Die Mittel werden für den gesundheitlichen Verbraucherschutz, den Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher und die Verbraucherinformation verwendet. Damit ist eine verantwortliche und leistungsfähige Verbraucherpolitik gewährleistet. Darüber hinaus werden zusätzliche Mittel für den Aufbau des neu zu gründenden Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sowie des Bundesinstituts für Risikobewertung, der die Grundlage für die Neuorganisation des gesund-

heitlichen Verbraucherschutzes schafft, bereitgestellt.

Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2002.

Der Entwurf des Bundeshaushaltplanes 2002 wurde den gesetzgebenden Körperschaften am 17. August 2001 zugeleitet. Nach eingehenden parlamentarischen Beratungen wurde der Bundeshaushalt am 30. November 2001 vom Deutschen Bundestag und am 20. Dezember 2001 vom Bundesrat verabschiedet. Am 27. Dezember 2001 wurde das Haushaltsgesetz 2002 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 3964) verkündet.

Die Eckwerte für den Bundeshaushalt im 1. Halbjahr 2002

	Soll 2002 Mrd. € ¹	Januar bis Juni 2002 Mrd. € ¹	Januar bis Juni 2001 Mrd. € ¹	Abweichung Mrd. € ¹
Ausgaben <i>Veränderung in %²</i>	247,5 + 1,8	126,7 + 3,6	122,3 + 1,1	+ 4,4
Einnahmen				
Steuereinnahmen	223,8	93,0	98,4	- 5,4
Verwaltungseinnahmen	199,2	81,6	87,1	- 5,5
Münzeinnahmen	24,5	11,5	11,3	+ 0,2
Nettokreditaufnahme	2,7	0,1	- 0,4	.
Nettokreditaufnahme	21,1	14,8	10,7	+ 4,1
nachrichtlich: Investitionen	25,0	14,3	14,8	- 0,5

¹ Differenzen durch Rundung.
² Jeweils gegenüber Ist des Vorjahres.

Ausgaben. Die Ausgaben im 1. Halbjahr des Jahres 2002 liegen mit 126,7 Mrd. € um + 24,24 Mrd. € über dem Ist-Ergebnis des Vorjahrs.

Die Leistungen für das Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost werden nicht mehr bei den Ausgaben erfasst. Sie wirken sich ab 2002 als Sonderbundesergänzungszuweisung auf der Einnahmeseite aus.

Diese Änderung in der Veranschlagung wirkt sich insbesondere in einem Rückgang der Investitionsausgaben aus. Dagegen verzichtet der Bund auf Steuereinnahmen, die den neuen Ländern direkt zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirt-

schaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums zur Verfügung gestellt werden. Die Investitionsausgaben verlieren damit im Bundeshaushalt nicht an Bedeutung. Dieser Strukturwechsel unterstreicht vielmehr den vielschichtigen Charakter der Förderung öffentlicher Investitionen.

Einnahmen. Die Einnahmen des Bundes (ohne Münzeinnahmen) werden im Zeitraum Januar bis Juni 2002 auf 93,0 Mrd. € veranschlagt und liegen damit um - 5,5 % unter dem Vorjahresergebnis von 98,4 Mrd. €.

Defizit. Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen führt zu einem Finanzierungsdefizit von

33,6 Mrd. €. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im Jahresverlauf die Einnahme- und Ausgabeentwicklungen nicht gleichmäßig verlaufen. Deshalb können noch keine Rückschlüsse auf das Jahresergebnis gezogen werden.

Die Finanzierung des Defizits erfolgt durch eine Nettokreditaufnahme von 14,8 Mrd. € und durch Münzeinnahmen in Höhe von 0,1 Mrd. €. Die sonstigen Kassenmittel belaufen sich auf 18,7 Mrd. €.

2 Die Entwicklung der Ausgaben

Soziale Sicherung

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2002 in Mrd. € ¹	Januar bis Juni 2002 in Mrd. € ¹	2001 in Mrd. € ¹	gegenüber Vorjahr in Mrd. € ¹	in %
Leistungen an die Rentenversicherung	72,2	41,4	39,2	+ 2,1	+ 5,4
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	34,8	20,3	19,7	+ 0,6	+ 2,9
zusätzlicher Zuschuss	14,5	8,4	7,1	+ 1,3	+ 18,9
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,6	5,807	5,766	+ 0,041	+ 0,7
Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,9	0,5	0,6	- 0,1	- 19,6
Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	7,5	4,2	4,3	- 0,1	- 2,0
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,0	1,6	1,2	+ 0,4	+ 29,5
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	4,1	2,01	1,98	+ 0,03	+ 1,4
darunter:					
Alterssicherung	2,3	1,1	1,1	+ 0,02	+ 2,1
Krankenversicherung	1,2	0,6	0,6	+ 0,02	+ 3,1
Unfallversicherung	0,3	0,1	0,1	-	-
Arbeitsmarktpolitik	15,7	13,3	11,2	+ 2,0	+ 18,2
darunter:					
Bundesanstalt für Arbeit	2,0	5,9	4,7	+ 1,2	+ 25,9
Arbeitslosenhilfe	13,0	7,0	6,2	+ 0,8	+ 13,3
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,3	0,2	0,2	+ 0,005	+ 2,8
Erziehungsgeld	3,5	1,7	1,7	+ 0,003	+ 0,2
Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern	0,4	0,3	0,3	+ 0,01	+ 0,2
Wohngeld	2,1	1,1	0,9	+ 0,2	+ 16,8
Wohnbau-Prämiengesetz	0,5	0,3	0,3	- 0,02	- 6,8
Kriegsopfersorgung und -fürsorge, Wiedergutmachung	3,8	2,2	2,3	- 0,2	- 7,0

¹ Differenzen durch Rundung.

Leistungen an die Rentenversicherung. Der allgemeine Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung orientiert sich an der Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigtem Arbeitnehmer im vorvergangenen Jahr sowie an der Veränderung des Beitragssatzes im laufenden Jahr. Dabei wird jeweils der Beitragssatz zugrunde gelegt, der sich ohne Berücksichtigung des zusätzlichen Bundeszuschusses ergeben würde. Gleichzeitig ist das Gesetz zur Bestimmung der Schwankungsreserve in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten berücksichtigt.

Dieses Gesetz sieht die Absenkung der Schwankungsreserve auf 80 % einer Monatsausgabe vor.

Zur pauschalen Abgeltung nicht beitragsdeckter Leistungen zahlt der Bund in jedem Kalenderjahr einen zusätzlichen Bundeszuschuss an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten. Der zusätzliche Bundeszuschuss betrug für das Jahr 1999 15,6 Mrd. DM. Ab 2000 verändert sich der zusätzliche Bundeszuschuss (ohne den im Folgenden beschriebenen Erhöhungsbetrag) jährlich entsprechend der Veränderungsrate der

Steuern vom Umsatz; hierbei bleiben Änderungen der Steuersätze im Jahr ihres Wirksamwerdens unberücksichtigt. Finanziert wird der zusätzliche Bundeszuschuss durch die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes von 15 % auf 16 % ab 1. April 1998. Darüber hinaus zahlt der Bund aufgrund der Regelungen des Haushaltssanierungsgesetzes im Rahmen des zusätzlichen Bundeszuschusses ab dem Jahr 2000 aus dem Aufkommen der weiteren Stufen der Ökosteuerreform Erhöhungsbeträge zur Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten.

Aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte trägt der Bund die Beiträge zur Rentenversicherung für Kindererziehungszeiten.

Ebenfalls aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte erstattet der Bund den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten die Aufwendungen für Auffüllbeträge und Rentenzuschläge entsprechend dem Übergangsrecht für Renten nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets sowie für Leistungen nach dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligung für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet.

Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben der knapschaftlichen Rentenversicherung im Kalenderjahr und sichert somit ihre dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Bund erstattet der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die Aufwendungen, die ihr aufgrund der Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen der neuen Länder erworbenen Ansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung entstehen. Die neuen Länder erstatten dem Bund rund zwei Drittel seiner Aufwendungen (Soll 2002 = 1,2 Mrd. €).

Landwirtschaftliche Sozialpolitik. Die Beiträge für die soziale Absicherung der Landwirte

dienen der Verbesserung der Lebensverhältnisse der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen durch Absicherung gegen soziale Risiken wie Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Unfall. Außerdem wird der fortschreitende Strukturwandel in der Landwirtschaft sozialpolitisch begleitet.

Die Finanzierung der Alterssicherung der Landwirte wurde im Rahmen des Agrarsozialreformgesetzes 1995 neu geordnet. Die nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeckten Aufwendungen übernimmt der Bund (Defizitdeckung). Der im Jahr 2002 erhöhte Ansatz für die Alterssicherung beruht auf einer erhöhten Anzahl von Rentenempfängern bei gleichzeitig starkem Rückgang der aktiv Versicherten. Aufgrund des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit werden Vergütungen an ältere Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitnehmer gewährt, die ihre landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit aufgegeben haben. Die Frist für Neubewilligungen ist zum 31. Dezember 1996 ausgelaufen, was sich in tendenziell rückläufigen Aufwendungen auswirkt. Der freiwillige Bundeszuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung dient der Senkung der Unternehmensbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe.

Arbeitsmarktpolitik. Der Ansatz für den Bundeszuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit (BA) berücksichtigt die nach den aktuellen gesamtwirtschaftlichen Eckwerten zum Zeitpunkt der Haushaltaufstellung zu erwartende Arbeitsmarktentwicklung. Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere Förderung der beruflichen Weiterbildung, berufliche Eingliederung Behindeter, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Eingliederungszuschüsse, Strukturanpassungsmaßnahmen, Langzeitarbeitslosen- und Jugendsofortprogramm, obliegt der Bundesanstalt für Arbeit. Mit dem Zuschuss des Bundes wird die Fortführung dieser Maßnahmen auf hohem Niveau sichergestellt. Bei

den Quartalszahlungen für die Bundesanstalt für Arbeit handelt es sich um vom Bund nach § 364 SGB III unterjährig gewährte Betriebsmitteldarlehen. Nur soweit die Darlehen bis zum Schluss des Haushaltsjahres von der Bundesanstalt für Arbeit nicht zurückgezahlt werden können, werden diese in einen Bundeszuschuss umgewandelt (§ 365 SGB III).

Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums hat sich deutlich am Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht. Aufgrund der prognostizierten Entwicklung der Arbeitslosenzahl wird der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger an allen Empfängern von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe auch weiterhin auf hohem Niveau liegen. Im Bundeshaushalt 2002 mussten deshalb umfangreiche Mittel für die Arbeitslosenhilfe vorgesehen werden.

Neben den umfangreichen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit sind im Bundeshaushalt weitere Mittel veranschlagt, mit denen das Ziel verfolgt wird, passive Lohnersatzleistungen langfristig zu vermeiden. Dazu zählen u. a. Mittel für Sprachkurse zur Integration von Zuwanderern und innovative Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Erziehungsgeld. In den ersten sechs Lebensmonaten eines Kindes wird das Erziehungsgeld für Mütter oder Väter grundsätzlich in voller Höhe (307 €/Monat) gewährt. Jedoch entfällt der Anspruch auf Erziehungsgeld, wenn die Einkommensgrenzen bei Eltern mit einem Kind 51 130 €, bei Alleinerziehenden 38 350 € überschreiten. Ab dem siebten Lebensmonat des Kindes wird das Erziehungsgeld einkommensabhängig gewährt. Die hier zugrunde zu legenden Einkommensgrenzen sind mit der Erziehungsgeldnovelle bei Kindern, die ab dem 1. Januar 2001 geboren wurden, für Eltern mit einem Kind um rund 10 % – von 15 032 € auf 16 470 € – und für Alleinerziehende mit einem Kind um rund 11 % – von 12 118 € auf 13 498 € – deutlich erhöht. Für jedes weitere Kind erhöht sich die Einkommensgrenze um 2 454 € für die Geburtsjahrgänge in 2001 und um 2 797 €

für die Geburtsjahrgänge in 2002 (ab Geburtsjahrgang 2003: 3 140 €). Bei Überschreiten dieser Einkommensgrenzen vermindert sich das Erziehungsgeld in Abhängigkeit von der Höhe des Einkommens bis hin zum völligen Wegfall.

Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern. Entsprechend dem Pflegeversicherungsgesetz gewährt der Bund den neuen Ländern in den Jahren 1995 bis 2002 Finanzhilfen in Höhe von rund 3,3 Mrd. € zur Förderung von Investitionen in Pflegeeinrichtungen. Dieser Betrag wird von den neuen Ländern durch Komplementärmittel um rund 0,8 Mrd. € aufgestockt. Damit wird die pflegerische Versorgung in den neuen Ländern zügig dem Standard im übrigen Bundesgebiet angepasst.

Wohngeld. Zur Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens in einem grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Wohnungswesen wird seit mehr als 30 Jahren die Sozialleistung Wohngeld – in der Regel auf Antrag als Miet- oder Lastenzuschuss – gewährt. Ab dem Jahr 2001 wurden die Leistungen im Rahmen der Wohngeldleistungsnovelle erhöht. Die Leistung für die Empfänger des allgemeinen Wohngeldes wurden familienfreundlich verbessert, die bisher unterschiedlichen Regelungen für die neuen und alten Länder vereinheitlicht. Aufgrund von Anlaufeffekten wirken sich diese Leistungsverbesserungen erst in 2002 in vollem Umfang aus.

Bund und Länder tragen das Wohngeld je zur Hälfte.

Kriegsopfersorgung und -fürsorge. Der größte Teil der Ausgaben entfällt mit 1,1 Mrd. € auf Leistungen für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz. Zu den Ausgaben gehören auch die Leistungen an Wehrdienstbeschädigte der Bundeswehr sowie Zivilbeschäftigte. Die insgesamt sinkenden Ausgaben lassen sich überwiegend auf einen kontinuierlichen Rückgang der Leistungsempfänger zurückführen.

Allgemeine Dienste

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2002 in Mrd. € ¹	Januar bis Juni 2002 in Mrd. € ¹	2001 in Mrd. € ¹	gegenüber Vorjahr in Mrd. € ¹	in %
Versorgung	6,5	3,4	3,3	+ 0,1	+ 1,6
Ziviler Bereich	2,6	1,3	1,3	- 0,01	- 0,6
Militärischer Bereich	3,9	2,1	2,0	+ 0,1	+ 3,1
Verteidigung	23,6	11,3	11,7	- 0,4	- 3,3
Militärische Beschaffungen	7,3	3,5	3,9	- 0,3	- 8,6
Beteiligung der Bundeswehr im internationalen Rahmen	0,7	0,4	0,4	+ 0,1	+ 16,2
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	3,6	1,6	1,8	- 0,2	- 8,9
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,5	0,6	0,7	- 0,1	- 17,0
Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA)	0,3	0,3	0,3	+ 0,01	+ 7,5
Europäischer Entwicklungsfonds	0,5	0,208	0,244	- 0,036	- 14,9
Politische Führung und zentrale Verwaltung	4,7	2,0	2,1	- 0,1	- 3,0
Zivildienst	1,0	0,4	0,5	- 0,04	- 7,9
Finanzverwaltung	2,2	1,1	1,0	+ 0,04	+ 4,1
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,4	1,1	1,0	+ 0,1	+ 7,5

¹ Differenzen durch Rundung.

Versorgung. Die Aufwendungen des Bundes für Versorgung umfassen die direkten Pensionszahlungen einschließlich der Beihilfen an ehemalige Beamte, Richter und Soldaten des Bundes und deren Hinterbliebene.

Verteidigung. Mit den für den Verteidigungsbereich veranschlagten Mitteln wird die umfangreiche Erneuerung der Bundeswehr gesichert. Ziel dieser Umgestaltung ist eine moderne, leistungsfähige und für qualifizierten Nachwuchs attraktive Bundeswehr, die ihren Auftrag auch künftig erfüllen kann. Der Ansatz für das Jahr 2002 ist den aktuellen finanzpolitischen Erfordernissen angepasst. Ergänzend können ab 2002 bis zu 0,6 Mrd. € durch Erlöse aus der Veräußerung beweglichen und unbeweglichen Vermögens für die Erfüllung der Aufgaben genutzt werden. Darüber hinaus sollen in erheblichem Umfang Mittel zur Modernisierung der Bundeswehr durch Einsparung von Betriebskosten mobilisiert werden, die sich zum Teil aus der intensivierten Kooperation mit der Wirtschaft ergeben.

Unter den Ausgaben für militärische Beschaffungen werden insbesondere die Aufwendungen für Wehrforschung und militärische Entwicklung

und Erprobung, für Materialerhaltung, für den Erwerb von militärischem Gerät sowie für Baumaßnahmen erfasst. Im Einzelplan 14 – Verteidigung – stehen der Bundeswehr, für internationale – humanitäre und sonstige – Einsätze rund 0,7 Mrd. € zur Verfügung, insbesondere für Einsätze in Südeuropa und zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Als Reaktion auf die Terroranschläge in September 2001 hat die Bundesregierung beschlossen, zusätzlich im Bundeshaushalt 2002 Ausgaben für Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bereitzustellen. Von diesen zentral veranschlagten Ausgaben werden im Haushaltsvollzug Mittel in Höhe von rund 0,8 Mrd. € in den Verteidigungshaushalt umgeschichtet.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung leistet einen Beitrag, dass die Menschen in allen Teilen der Welt die Chancen, die sich durch die Globalisierung bieten, zu ihrem Vorteil nutzen können. Trotz der Konsolidierungsbemühungen hat die Entwicklungshilfe einen hohen Stellenwert. Die Mittel aus dem Bundeshaushalt werden eingesetzt, um Maßnahmen der weltweiten Krisenprävention und gewaltfreien Konfliktbewältigung, des Klima-

Umwelt- und Ressourcenschutzes und der Bekämpfung von Fluchtursachen zu unterstützen. Die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit wird regional und sektorale konzentriert. So wird sichergestellt, dass in bestimmten Schwerpunktländern die entwicklungspolitischen Instrumentarien gezielt zum Einsatz kommen.

Einen erheblichen Anteil an den Ausgaben haben auch die Finanzierungsmechanismen zur multilateralen Unterstützung der Entwicklungsländer (z. B. IDA, Europäischer Entwicklungsfonds).

Politische Führung und zentrale Verwaltung. Bei den Ausgaben für den Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung handelt es

sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden. Darin enthalten sind Baumaßnahmen zur Unterbringung des Deutschen Bundestages und Bundesrates sowie der Bundesregierung im Zuge der Verlagerung von Parlaments- und Regierungssitz nach Berlin enthalten.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Der Bundeshaushalt stellt Mittel zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bereit. Dazu zählen insbesondere die in der Verantwortung des Bundes liegenden Leistungen für den Bundesgrenzschutz, für das Bundeskriminalamt und für das Bundesamt für Verfassungsschutz. In diesem Bereich werden auch zusätzlich Mittel aus dem Anti-Terror-Paket eingesetzt.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2002 in Mrd. € ¹	Januar bis Juni 2002 in Mrd. € ¹	2001 in Mrd. € ¹	gegenüber Vorjahr in Mrd. € ¹	in %
Deutsche Bahn AG	4,7	1,0	0,9	+ 0,2	+ 18,6
Bundeseisenbahnvermögen	6,2	2,7	1,4	+ 1,2	+ 86,0
Straßen (ohne Gemeindeverkehrsförderungsgesetz)	5,5	1,9	1,7	+ 0,2	+ 8,8
Bundesautobahnen	3,1	1,1	1,1	- 0,005	- 0,5
Bundesstraßen	2,3	0,8	0,6	+ 0,2	+ 25,2
Wasserstraßen und Häfen	1,4	0,5	0,4	+ 0,1	+ 7,8
Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsförderungsgesetz	1,7	0,6	0,4	+ 0,1	+ 28,0

¹ Differenzen durch Rundung.

Im Haushaltsjahr 2002 sind 45,8 % der investiven Ausgaben des Bundes (25,0 Mrd. €) Verkehrsinvestitionen. Im Jahr 2001 betrug ihr Anteil 39,5 %. Damit entfällt auf den Verkehrsbereich der größte Teil der Investitionen des Bundes. Das Zukunftsinvestitionsprogramm sieht in den Jahren 2001 bis 2003 jährlich 1,5 Mrd. € zusätzliche Mittel vor. Trotz des notwendigen Konsolidierungsbedarfs können damit die „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“, notwendige Bestandsinvestitionen und gezielte Investitionen

zur Verbesserung des Gesamtverkehrsnetzes realisiert werden.

Deutsche Bahn AG. Der Ansatz für das Jahr 2002 enthält 4,4 Mrd. € an Investitionsausgaben. Die Schienenwegeinvestitionen werden im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms um 1,0 Mrd. € erhöht. Diese Mittel sind Bestandteil eines insgesamt rund 7,7 Mrd. € umfassenden Programms zur Sanierung und Modernisierung des bestehenden Netzes. So sollen Langsamfahrstellen

beseitigt, Leit- und Sicherungstechnik modernisiert sowie Brücken- und Tunnelbauten saniert werden, was die Leistungsfähigkeit des Verkehrsträgers Schiene hinsichtlich Schnelligkeit und Pünktlichkeit erheblich verbessern wird.

Bundeseisenbahnvermögen. Für folgende Positionen des nach der Ausgliederung der Deutschen Bahn AG verbliebenen Bundeseisenbahnvermögens (BEV) stellt der Bundeshaushalt Mittel bereit:

- Der Bund erstattet die Verwaltungsausgaben, die das BEV nicht durch eigene Einnahmen decken kann.
- Der Bund erstattet dem BEV die Kosten, die für den erhöhten Personalbedarf im Bereich der ehemaligen Deutschen Reichsbahn aufgrund des technisch-betrieblichen Rückstandes entstehen.

Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz). Nach Artikel 90 des Grundgesetzes verwalten die Länder die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen. Der Bundeshaushalt stellt daher in der Hauptsache die Haushaltsmittel für die betriebliche Unterhaltung, die Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie den Neubau der in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) bereit. Im Vordergrund steht dabei aufgrund der Altersstrukturen und der Verkehrsbeanspruchung der wachsende Bedarf an Erhaltungsinvestitionen. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“, die als wichtige

Bestandteile einer verbesserten Verkehrsinfrastruktur in den neuen Ländern anzusehen sind. Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms werden die Straßenbauinvestitionen für ein zusätzliches Programm von 125 Ortsumgehungen um knapp 0,5 Mrd. € aufgestockt. Insgesamt entfallen auf den Bereich Straßen 40,5 % der investiven Ausgaben des Verkehrswesens.

Wasserstraßen und Häfen. Mit den für die Wasserstraßen veranschlagten Mitteln können die laufenden Ausbaumaßnahmen im Wesentlichen fortgeführt werden. Dabei werden die Mittel auf Projekte konzentriert, die für den Erhalt und die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Wasserstraßennetzes von besonderer Bedeutung sind. Wichtige Schwerpunkte sind der Ausbau des westdeutschen Kanalnetzes sowie das Projekt 17 der „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ – Bundeswasserstraßenverbindung Rühen-Magdeburg-Berlin.

Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Entsprechend dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ist ein Betrag bis zu 1,677 Mrd. € des Mehraufkommens an Mineralölsteuer zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden zu verwenden. 80 % der Mittel verwalten die Länder in eigener Kompetenz. Der Gesetzgeber hat die Verantwortung für das Programm – außer bei größeren Vorhaben des Öffentlichen Personennahverkehrs (über 51 Mio. €) – ganz auf die Länder übertragen. Der Bund hat auf die Gestaltung der Länderprogramme keinen Einfluss.

Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2002 in Mrd. € ¹	Januar bis Juni 2002 in Mrd. € ¹	2001 in Mrd. € ¹	gegenüber Vorjahr in Mrd. € ¹	in %
Regionale Förderungsmaßnahmen	1,2	0,5	2,2	- 1,8	- 79,4
Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“	1,0	0,4	0,5	- 0,1	- 15,8
Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost	0,0	0,0	1,6	- 1,6	.
Maßnahmen zugunsten des Steinkohlenbergbaus	3,0	1,8	2,2	- 0,4	- 17,2
Absatz- und Stilllegungshilfen	2,9	1,8	2,0	- 0,2	- 10,9
Hilfen zur Kapazitätsanpassung	0,0	0,0	0,2	- 0,2	.
Hilfen für die Werftindustrie	0,1	0,049	0,067	- 0,018	- 26,5
Mittelstandsförderung	0,8	0,3	0,2	+ 0,1	+ 35,3
Förderung erneuerbarer Energien	0,4	0,1	0,1	+ 0,04	43,1
Gewährleistungen	2,2	0,5	0,6	- 0,1	- 8,9
Landwirtschaft	1,3	0,2	0,4	- 0,2	- 41,2
Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,87	0,1	0,1	- 0,01	- 12,1

¹ Differenzen durch Rundung.

Regionale Förderungsmaßnahmen. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die von Bund und Ländern je zur Hälfte finanziert wird, ist das wichtigste Bund-Länder-Instrument zur Förderung der Schaffung und Sicherung von dauerhaft wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen. Die Förderung erstreckt sich auf Investitionszuschüsse an Unternehmen und für die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Die Verantwortung für die Durchführung der Aufgabe liegt bei den Ländern.

Im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost erhielten die neuen Länder ab 1995 bis 2001 Mittel in Höhe von 3,4 Mrd. € jährlich zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums. Diese für einen Zeitraum von zehn Jahren angelegte Förderung wird ab 2002 als Sonderbundesergänzungszuweisung ausgewiesen.

Förderung des Kohlenbergbaus. Der Ansatz für das Jahr 2002 berücksichtigt die Festlegungen des Kohlekompromisses vom 13. März 1997, mit dem sich der Bund mit den Bergbauunternehmen, der IG Bergbau und Energie und den Landesregierungen Nordrhein-Westfalens und des

Saarlandes auf einen bis zum Jahre 2005 reichen den Finanzrahmen zur weiteren Unterstützung der Steinkohle geeinigt hatte.

Der Bund leistet Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie. Daraus dürfen auch Zahlungen zum Ausgleich von Stilllegungsbelastungen der Bergbauunternehmen geleistet werden.

Die Unternehmen des deutschen Steinkohlenbergbaus erhielten außerdem von 1997 bis 2001 konzeptgebundene Hilfen zum Ausgleich von bilanziellen Belastungen infolge der kohlepolitischen Beschlüsse vom Herbst 1991. Die Unternehmen mussten demnach ihre Kapazitäten den nachhaltig verringerten Absatzmöglichkeiten anpassen. An diesen Hilfen beteiligte sich Nordrhein-Westfalen mit einem Drittel und das Saarland mit 26 %.

Hilfen für die Werftindustrie. In Deutschland wird der Schiffbau durch Zinszuschüsse zur Absatzfinanzierung (so genannte Werfthilfe) und durch Produktionskostenzuschüsse (so genannte Wettbewerbshilfe) gefördert. Werfthilfen werden vollständig vom Bund finanziert, Wettbewerbs-

hilfen zu $\frac{1}{3}$ vom Bund und zu $\frac{2}{3}$ von den Ländern.

Mittelstandsförderung. Zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen setzt die Bundesregierung ihre erfolgreichen Fördermaßnahmen für den Mittelstand fort. Dabei handelt es sich insbesondere um Maßnahmen zur Förderung der Leistungssteigerung und zur Erhöhung der Innovationsfähigkeit. Darüber hinaus werden Mittel zur Schulung und Weiterbildung bereitgestellt. Die gegenüber dem Vorjahr rückläufige Entwicklung der Ausgaben beruht auf der Tatsache, dass das Eigenkapitalhilfeprogramm seit 1997 aus dem ERP-Sondervermögen finanziert wird. Im Bundeshaushalt werden nur noch die Beträge für die Abwicklung früherer Förderjahrgänge veranschlagt.

Die Stärkung der Zukunftsinvestitionen in Forschung und Entwicklung bildet mit einem Anteil von 0,6 Mrd. € einen wesentlichen Schwerpunkt. Hier haben z. B. die Forschungszusammenarbeit und Unternehmensgründungen sowie Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern großes Gewicht.

Förderung erneuerbarer Energien. Mit dem Ziel einer sicheren, umweltverträglichen und kostengünstigen Energieversorgung fördert die Bundesregierung die Technologie im Bereich der nicht nuklearen Energieforschung mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen und Studien. Diese dienen der Erschließung bzw. Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien, der rationellen Energieverwendung sowie der umweltfreundlichen Verbrennungstechnik. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung den Einsatz regenerativer Energien. Schwerpunkte sind dabei die Strom-

erzeugung aus Sonnenenergie, die durch das auf fünf Jahre angelegte „100 000 Dächer-Solarstrom-Programm“ gefördert wird, und ein Marktanzelprogramm zugunsten erneuerbarer Energien.

Gewährleistungen. Durch die Übernahme von Gewährleistungen ermöglicht die Bundesregierung die Finanzierung von außen- als auch binnengewirtschaftlichen Vorhaben. Von den im Jahr 2002 erwarteten Ausgaben entfällt der überwiegende Teil auf den Außenwirtschaftsbereich. Dabei handelt es sich insbesondere um Entschädigungen für Ausfuhrgeschäfte mit der ehemaligen Sowjetunion, die die Bundesregierung vor Jahren vor allem zur Unterstützung von Unternehmen in den neuen Bundesländern im Interesse der Beschäftigungssicherung verbürgt hat. Im binnengewirtschaftlichen Bereich ist vor allem Vorsorge für Schadenszahlungen im Zusammenhang mit dem Eigenkapitalhilfeprogramm und für Gewährleistungen in den neuen Ländern getroffen.

Landwirtschaft. Im Bereich der Landwirtschaft liegt der finanzielle Schwerpunkt der Agrarpolitik bei der Europäischen Union. Im nationalen Bereich nimmt – neben den Hilfen des Bundes für die landwirtschaftliche Sozialpolitik – die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ einen großen Anteil ein. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft geleistet. Grundlage der Förderung ist der von Bund und Ländern gemeinsam erstellte Rahmenplan, der jährlich den aktuellen Erfordernissen entsprechend überarbeitet wird. Der Bund erstattet den Ländern die entstandenen Ausgaben zu 60 % bei Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zu 70 % bei Küstenschutzmaßnahmen.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2002 in Mrd. € ¹	Januar bis Juni 2002 in Mrd. € ¹	2001 in Mrd. € ¹	gegenüber Vorjahr in Mrd. € ¹	in %
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6,8	2,9	2,6	+ 0,3	+ 11,5
gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2,5	1,1	1,0	+ 0,1	+ 6,0
Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofergesellschaft	0,8	0,28	0,25	+ 0,03	+ 11,9
Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,4	0,65	0,62	+ 0,03	+ 5,3
Weltraumforschung	0,6	0,31	0,25	+ 0,06	+ 23,7
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	0,8	0,5	0,4	+ 0,1	+ 29,7
Hochschulen	2,2	0,88	0,85	+ 0,03	+ 2,9
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1,1	0,47	0,50	- 0,03	- 5,2
Berufliche Weiterbildung	0,3	0,08	0,06	+ 0,02	+ 38,8
Kunst- und Kulturförderung	1,4	0,8	0,9	- 0,1	- 5,8

¹ Differenzen durch Rundung.

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen. Auf Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen entfällt der größte Teil der Ausgaben dieses Bereiches.

An den Vorhaben der Europäischen Weltraumorganisation beteiligt sich die Bundesrepublik wie im Vorjahr mit rund 0,6 Mrd. €.

Zusätzliche Mittel werden in den Jahren 2001 bis 2003 aus dem von der Bundesregierung initiierten Zukunftsinvestitionsprogramm für ein nationales Genomforschungsnetz zur Krankheitsbekämpfung durch Genomforschung sowie zur Förderung innovativer Wachstumskerne in den neuen Ländern bereitgestellt.

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz. Mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass junge Menschen den Bildungs- und Berufsweg, der ihrer Neigung und Eignung entspricht, möglichst unabhängig davon wählen können, ob sie selbst oder ihre Eltern die dafür erforderlichen Mittel aufbringen können. Der den einzelnen Auszubildenden hierfür zustehende Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt

und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die Aufwendungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Ab 2000 wird der Darlehensanteil des BAföG über die Deutsche Ausgleichsbank bereitgestellt. Die im Frühjahr 2001 in Kraft getretene BAföG-Strukturreform brachte deutliche Verbesserungen der Ausbildungsförderung.

Hochschulen. Der Hochschulbau ist seit 1970 nach Artikel 91a Grundgesetz Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Der Bund erstattet 50 % der jedem Land nach Maßgabe des jährlich aufzustellenden Rahmenplans entstandenen Ausgaben. Damit trägt der Bund im Rahmen seiner begrenzten finanziellen Möglichkeiten der bildungspolitischen Bedeutung des Hochschulbaus für den Standort Deutschland Rechnung. Der Schwerpunkt des Ausbaus liegt hierbei in den neuen Ländern.

Hervorzuheben ist die im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung gestartete „Zukunftsinitiative Hochschule“, die zentralen Herausforderungen an die Hochschulpolitik (Förderung des virtuellen Studiums und virtueller Hochschulprojekte, Steigerung der Attraktivität deutscher Hochschulen für die „besten Köpfe“ im In- und Ausland, Förderung

von Forschungszentren an besonders leistungsfähigen Hochschulen als „Centers of Excellence“, Förderung eines bundesweiten Netzes für Patentierung, Verwertung von Forschungsergebnissen zur zielgerichteten Gründung von Unternehmen) aufgreift.

Berufliche Weiterbildung. Angesichts des nicht ausreichenden Ausbildungsplatzangebots in den neuen Ländern fördert der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur ergänzenden Ausbildung die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Das Sonderprogramm wird je von Bund und Ländern zur Hälfte finanziert.

Für die Förderung der beruflichen Fortbildung zum Meister, Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen stellt der Bund seit 1996 Mittel (das so genannte „Meister-BAföG“) bereit, um die Teilnehmer an entsprechenden Maßnahmen finanziell zu unterstützen. Die Aufwendungen werden zu 78 % vom Bund und zu 22 % von den Ländern getragen.

Überbetriebliche Ausbildungsstätten ergänzen mit ihrem Lehrangebot die betriebliche Ausbildung solcher Klein- und Mittelbetriebe, die aufgrund ihrer Größe oder Spezialisierung nicht in der Lage sind, die geforderten Ausbildungsinhalte in ihrer Gesamtheit zu vermitteln. Erst durch die ergänzenden Lehrangebote der überbetrieblichen Ausbildungsstätten werden diese Betriebe in die Lage versetzt, ausbilden zu können.

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms wird mit der „Zukunftsinitiative für Berufliche Schulen“ dem bestehenden Handlungsbedarf hinsichtlich der Modernisierung der beruflichen Bil-

dung durch Investitionen in moderne Informations- und Kommunikationstechnologien an den beruflichen Schulen Rechnung getragen.

Kunst- und Kulturpflege. Zur besseren Förderung der Kultur trägt die Bündelung der kulturpolitischen Zuständigkeiten und Kompetenzen des Bundes bei. Mit den veranschlagten Mitteln können neue Akzente gesetzt und zielgerichtete Impulse für die kulturpolitischen Aktivitäten der primär zuständigen Bundesländer gegeben werden. Wichtige Bausteine bilden dabei die kulturelle Förderung der Hauptstadt Berlin sowie die Unterstützung von kulturellen Einrichtungen und Projekten in den neuen Ländern. Darüber hinaus ist im Januar 2002 die Einrichtung einer im politischen Raum seit langem geforderten Bundeskulturstiftung erfolgt. Sie hat im 1. Quartal 2002 ihre Arbeit in Halle/Saale aufgenommen. Im Rahmen der unstreitigen Bundeskompetenz soll sie innovative Programme und Projekte aus Kunst und Kultur insbesondere im internationalen Kontext fördern. Auch unterstützt der Bund Religionsgemeinschaften und Maßnahmen für religiöse Zwecke.

Außerdem sind im Bundeshaushalt 2002 Mittel veranschlagt, die sich nicht ausschließlich dem Kulturbereich zuzuordnen lassen. Dabei handelt es sich insbesondere um Ausgaben im Zusammenhang mit Leistungen an die UNESCO, internationaler Jugendarbeit, internationalem Berufstätigengenaustausch, beruflicher Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer sowie im Zusammenhang mit der institutionellen Förderung von Einrichtungen im Bereich von Bildung und Forschung in Geisteswissenschaften und Bildungswesen.

Übrige Ausgaben

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2002 in Mrd. € ¹	Januar bis Juni 2002 in Mrd. € ¹	2001 in Mrd. € ¹	gegenüber Vorjahr in Mrd. € ¹	in %
Zinsen	38,9	19,4	18,2	+ 1,2	+ 6,7
Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“	2,5	1,2	1,7	- 0,4	- 25,6
Wohnungswesen	1,6	0,9	1,0	- 0,1	- 10,9
Sozialer Wohnungsbau	0,7	0,4	0,5	- 0,1	- 14,2
Wohnraummodernisierungsprogramm	0,6	0,26	0,30	- 0,04	- 14,3
Städtebauförderung	0,41	0,089	0,087	+ 0,002	+ 1,9
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,0	0,41	0,42	- 0,01	- 2,9
Zuschuss an die Postunterstützungskassen	5,4	1,7	1,4	+ 0,4	+ 25,9
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,5	0,176	0,174	+ 0,002	+ 1,3

¹ Differenzen durch Rundung.

Zinsen. Beginnend mit dem Bundeshaushalt 1999 wurde der Schuldendienst der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Verstromungsfonds in den Bundeshaushalt integriert. Durch die Übernahme der Schulden in Höhe von rund 200 Mrd. € wurde die bereits faktisch und rechtlich bestehende Verantwortung des Bundes für die Abdeckung des Schuldendienstes dieser Sondervermögen im Bundeshaushalt offen gelegt. Die Verwendung der Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen wurden voll zur Schuldentilgung verwendet. Daraus ergeben sich Zinsersparnisse für den Bundeshaushalt.

Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“. Mit Ablauf des Jahres 1994 endeten die Leistungen des Fonds „Deutsche Einheit“ an die Haushalte der neuen Länder zur Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs. Sie erreichten ein Volumen von insgesamt 82,2 Mrd. €, wovon 48,6 Mrd. € kreditfinanziert waren. Ab dem Haushaltsjahr 1995 sind die neuen Länder voll in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einbezogen. Der Fonds befindet sich seitdem in der reinen Zins- und Tilgungsphase. Zur Abdeckung seiner Schuldendienstverpflichtungen erhält er jährlich einen Zuschuss in Höhe von 10 % der insgesamt aufgenommenen Kredite zur Finanzierung seiner Leis-

tungen. Der Betrag von 4,86 Mrd. € wird je zur Hälfte vom Bund und von den alten Ländern aufgebracht. Ab 1995 entlasten die alten Länder den Bund bei den Annuitäten zusätzlich mit 1,07 Mrd. € als pauschalen Ausgleichsbetrag im Zusammenhang mit der Änderung des Verteilungsschlüssels für die Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern. Wegen der seit Jahren günstigen Zinsentwicklung auf dem Kreditmarkt wurde die Schuld des Fonds schneller als erwartet abgebaut. Entsprechend den Änderungen des Gesetzes über die Errichtung des Fonds „Deutsche Einheit“ vom 16. Juni 1998 und vom 21. Dezember 2000 wurde deshalb für die Jahre 1998 bis 2001 der Zuschuss auf 3,3 Mrd. € reduziert. Im Rahmen der Einigung zwischen Bund und Ländern vom 23. Juni 2001 wurde über die weitere Zukunft des Fonds entschieden. Die künftigen Annuitäten betragen 2,46 Mrd. € in 2002, 2,27 Mrd. € in 2003 sowie 2,26 Mrd. € in 2004. Der Bund übernimmt die Annuitäten für die Jahre 2005 bis 2019 sowie eine Restschuld von bis zu 6,54 Mrd. € am 31. Dezember 2019. Für die Jahre 2005 bis 2019 erhält der Bund jährlich einen Festbetrag an der Umsatzsteuer in Höhe von 1,32 Mrd. €. Weist der Bund nach, dass der Restbetrag des Fonds Ende 2019 aufgrund der tatsächlichen Zinsentwicklung 6,54 Mrd. € übersteigt, erhält er von den alten Bundesländern 53,3 % des übersteigenden Betrages.

Wohnungswesen. Für die soziale Wohnraumförderung gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen gemäß Artikel 104a Grundgesetz. Mit In-Kraft-Treten der Wohnungsbaureform zum 1. Januar 2002 ist der „soziale Wohnungsbau“ von der „sozialen Wohnraumförderung“ abgelöst worden. Vor dem Hintergrund einer durchweg guten Wohnungsmarktlage wird anstelle der bisherigen Ausrichtung auf die Neubauförderung künftig der vorhandene Wohnungsbestand zur Wohnraumversorgung besser genutzt. Daneben können die zur Verfügung stehenden Mittel aufgrund flexibler Fördermethoden effektiver eingesetzt werden.

Das Wohnraummodernisierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) diente der Kreditfinanzierung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie von Aus-, An- und Umbaumaßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Mietwohnungen in bestehenden Gebäuden in den neuen Ländern. Die Kredite werden aus dem Bundeshaushalt über einen Zeitraum von zehn Jahren um bis zu 2 % jährlich verbilligt. Das Programm wurde 1990 mit einem Volumen von 10 Mrd. DM gestartet und wegen der großen Nachfrage mehrfach und letztmalig 1999 auf nunmehr insgesamt 40 Mrd. € aufgestockt. Die Ausgaben des Bundes in Form von Zinszuschüssen werden für die gesamte Laufzeit insgesamt über 7 Mrd. € betragen.

Wegen des nach wie vor hohen Modernisierungsbedarfs insbesondere bei Altbauten, denkmalgeschützten Gebäuden und Hochhäusern wurde ein Nachfolgeprogramm im Jahr 2000 mit einem Kreditvolumen von 5,1 Mrd. € für drei Jahre aufgelegt. Dabei tragen Bund und Länder die Zinssubventionen je zur Hälfte.

Städtebauförderung. Der Bund beteiligt sich gemäß Artikel 104a Abs. 4 Grundgesetz an der Förderung des Städtebaus. Im Hinblick auf den enormen Erneuerungsbedarf in den neuen Ländern werden die Fördermittel schwerpunktmäßig dort eingesetzt. Daneben startete ab dem Jahr 2002 das neue Programm „Stadtumbau Ost“. Unter anderem werden hiermit Kommunen und

Wohnungswirtschaft bei Maßnahmen zur Aufwertung von Stadtquartieren und bei unvermeidlichem Rückbau leer stehender, langfristig nicht mehr benötigter Wohngebäude unterstützt.

Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden insbesondere Maßnahmen zur Drogenbekämpfung, zur Krebsbekämpfung sowie zur Bekämpfung von Aids und neuer Infektionskrankheiten unterstützt.

Auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes wendet der Bund Mittel für Förderprogramme zur Verminderung von Umweltbelastungen und zum Klimaschutz auf. Die Ausgaben für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit werden zum großen Teil von den Leistungen für dieendlagerung radioaktiver Abfälle einschließlich der Erkundung alternativer Standorte geprägt.

Zuschuss an die Postunterstützungskassen. Ehemalige Postbeamte erhalten Versorgungs- und Beihilfeleistungen von den Postunterstützungskassen. Die Finanzierung der Gesamtleistungen tragen der Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Dabei trägt der Bund die weitaus größere Finanzierungslast. Aufgrund der Gewährleistungspflicht des Bundes gemäß § 16 Abs. 4 Postpersonalrechtsgesetz besteht die Verpflichtung zum Ausgleich des Defizits der Postunterstützungskassen. Bislang erfolgte eine Ausgleichsfinanzierung unmittelbar aus dem Treuhandvermögen „Postnachfolgeunternehmen“ bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation, das u. a. Geldvermögen aus Dividendeneinnahmen und aus Privatisierungserlösen umfasst. Seit 1999 werden die Ausgaben des Bundes für die Postunterstützungskassen unmittelbar im Bundeshaushalt veranschlagt. Das den Bundeshaushalt belastende Defizit der Postunterstützungskassen steigt, weil durch den Eintritt weiterer Beamter in den Ruhestand zum einen die Versorgungs- und Beihilfeleistungen steigen und sich zum anderen die Bemessungsgrundlage für die Finanzierungsbeiträge der Postnachfolgeunternehmen reduziert.

Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt. Die Treuhandanstalt hat Ende 1994 ihre Kernaufgabe, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen, weitgehend abgeschlossen. Die veranschlagten Ausgaben stellen sicher, dass ihre Nachfolgeeinrichtungen die verbliebenen Aufgaben fortführen können. Die Zuwendungen sind in erster Linie für die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH und für die Energiewerke Nord GmbH bestimmt.

Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Als Reaktion auf die Anschläge in

New York und Washington stellt die Bundesregierung im Bundeshaushalt 2002 1,5 Mrd. € für Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bereit. Die Maßnahmen sind Teil einer langfristig angelegten, Ressortgrenzen überschreitenden Gesamtstrategie, die polizeiliche, nachrichtendienstliche, diplomatisch-präventive, humanitäre wirtschaftliche und militärische Elemente sinnvoll kombiniert. Die veranschlagte Gesamtsumme wird im Rahmen des Haushaltsvollzugs den konkreten Vorräten der jeweiligen Aufgabenbereiche zugeordnet.

3 Die Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2002 in Mrd. € ¹	Januar bis Juni 2002 in Mrd. € ¹	2001 in Mrd. € ¹	gegenüber Vorjahr in Mrd. € ¹	in %
Einnahmen darunter:	223,8	93,0	98,4	- 5,4	- 5,5
Steuern	199,2	81,6	87,1	- 5,5	- 6,4
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	150,3	62,3	68,5	- 6,2	- 9,1
Lohn- und veranlagte Einkommensteuer	62,0	24,6	25,6	- 1,0	- 3,9
Körperschaftsteuer	5,8	- 0,6	1,1	- 1,7	.
Steuern vom Umsatz	71,0	31,1	32,4	- 1,3	- 4,0
Zinsabschlag	4,0	2,3	2,4	- 0,1	- 3,6
Bundessteuern	84,4	34,8	33,6	+ 1,2	+ 3,6
Solidaritätszuschlag	11,6	5,0	5,6	- 0,6	- 10,5
Versicherungsteuer	8,1	5,3	4,8	+ 0,5	+ 9,6
Mineralölsteuer	42,5	15,8	15,3	+ 0,6	+ 3,7
Stromsteuer	5,0	2,1	1,8	+ 0,2	+ 12,2
Tabaksteuer	13,4	5,1	4,6	+ 0,6	+ 12,5
Branntweinsteuer	2,1	0,798	0,813	- 0,016	- 1,9
Ergänzungzuweisungen an Länder	- 15,7	- 7,8	- 6,5	- 1,3	+ 19,8
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen	- 6,7	- 2,9	- 3,4	+ 0,5	- 14,1
Zuweisungen an die EU nach BSP-Schlüssel	- 12,7	- 4,8	- 5,1	+ 0,3	- 5,9
Sonstige Einnahmen	24,5	11,5	11,3	+ 0,2	+ 1,6
Ablieferung Bundesbank	3,5	3,5	3,6	- 0,1	- 2,2
Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	11,3	3,0	2,0	+ 1,1	+ 54,2

¹ Differenzen durch Rundung.

Steuern. Die veranschlagten Steuereinnahmen basieren auf dem Ergebnis der letzten Steuerschätzung vom 8./9. November 2001. Grundlage dieser Schätzung ist das geltende Steuerrecht. Die finanziellen Auswirkungen folgender Steuerrechtsänderungen wurden erstmals berücksichtigt:

- Zweites Gesetz zur Familienförderung
- Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe
- Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes
- 12. Euro-Einführungsgesetz.

Ebenfalls berücksichtigt wurden die Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen und die finanziellen Auswirkungen des Solidarpaktfortführungsgesetzes. Die Ergebnisse der Steuerschätzung wurden ergänzt um die finanziellen Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen, die zum Zeitpunkt der Steuerschätzung noch nicht beschlossen waren: Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung; Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz; Steueränderungsgesetz 2001; Gesetz zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts.

Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage. Die Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern (Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Umsatzsteuer, Einfuhrumsatzsteuer, Gewerbesteuerumlage und Zinsabschlag) bilden auch weiterhin die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes. Das Kindergeld, das ab 1996 aus dem Aufkommen der Lohnsteuer finanziert wird, wurde für das erste und zweite Kind ab 1. Januar 2002 von 138 € auf 154 € angehoben.

Der Umsatzsteuersatz wurde zum 1. April 1998 von 15 % auf 16 % zur Finanzierung des zusätzlichen Zuschusses zur Rentenversicherung angehoben. Die Steuern vom Umsatz enthalten noch den Anteil der Länder zum Schuldendienst des Ende 1994 ausgelaufenen Fonds „Deutsche Einheit“, den die Länder aus ihrem Umsatzsteueranteil mitfinanzieren. Ihr Anteil beträgt 2,2 Mrd. €. Vom Umsatzsteueraufkommen stehen dem Bund seit 1999 vorab 5,63 % (1998: 3,64 %) als Ausgleich für die Belastungen aufgrund eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung zu. Vom verbleibenden Aufkommen stehen den Gemeinden ab 1998 2,2 % zum Ausgleich des Wegfalls der Gewerbekapitalsteuer zu. Vom danach verbleibenden Aufkommen standen dem Bund in den Jahren 2000 und 2001 50,25 % und den Ländern 49,75 % zu, da der Länderanteil wegen Belastungen aus dem Familienleistungsausgleich um 0,25 % erhöht wurde. Damit ergab sich für den Bund ein Anteil von rund 52,0 % an den Steuern vom Umsatz. Mit

dem Ausgleich der Belastungen der Länder durch das Zweite Gesetz zur Familienförderung ab 2002 erhalten die Länder 50,4 % und der Bund 49,6 %. Der Anteil des Bundes an den Steuern vom Umsatz verringert sich damit auf 51,4 %.

Das Aufkommen aus dem seit 1993 geltenden Zinsabschlag erhalten Bund:Länder:Gemeinden im Verhältnis 44:44:12.

Bundessteuern. Seit dem 1. Januar 1995 wurde der Solidaritätszuschlag als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 7,5 % erhoben. Mit Wirkung vom 1. Januar 1998 wurde er auf 5,5 % abgesenkt. Der Solidaritätszuschlag dient der teilweisen Kompen-sierung der Belastungen des Bundes aus der Neu-regelung des Finanzausgleiches.

Mit der auf nachhaltige Wirkung angelegten ökologischen Steuer- und Abgabenreform wird der Energieverbrauch stärker besteuert. Gleichzei-tig werden die erwarteten Einnahmen zur Sen-kung bzw. Stabilisierung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung verwendet. Die ökologische Steuerreform wird seit 1999 in meh-reren Stufen bis zum Jahr 2003 fortgesetzt. Die jährliche Anhebung der Mineralölsteuer um 3 Cent je Liter Kraftstoff führt deshalb auch im Jahr 2002 zu steigenden Einnahmen.

Auch die ab 1. April 1999 erhobene Strom-steuer wird in den Jahren 2000 bis 2003 um jährlich 0,26 Cent je Kilowattstunde angehoben. Im Jahr 2002 werden 1,79 Cent je Kilowattstunde erhoben.

Ergänzungszuweisungen an Länder. Durch den seit 1995 geltenden neugeordneten Finanz-ausgleich sind die neuen Länder nach dem Aus-laufen der Leistungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ vollständig und gleichberechtigt in einen gesamtdeutschen Finanzausgleich einbezogen. Grundlage dafür ist das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 977).

Durch die Neuregelung wurde das Gesamtvolume der Bundesergänzungszuweisungen erheblich ausgeweitet und zusätzliche Sonderbedarfe wurden anerkannt. Im Haushalt 2002 werden die Sanierungshilfen für Bremen und das Saarland fortgesetzt. Die Hilfen werden in Form von Sonderbundesergänzungszuweisungen vergeben. 2002 erhalten Bremen und Saarland zusammen 1,0 Mrd. €. Ebenfalls als Sonderbundesergänzungszuweisungen werden ab 2002 die Leistungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost ausgewiesen. Die Mittel in Höhe von 3,4 Mrd. € jährlich wurden bisher als Ausgabe im Rahmen der Wirtschaftsförderung veranschlagt.

Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen. Im Rahmen der Bahnstrukturreform ist ab 1996 die Aufgaben- und damit die Ausgabenverantwortung für den Schienennahverkehr der Deutschen Bahn AG vom Bund auf die Länder übergegangen. Der Bund verzichtet zugunsten der Länder auf einen Teil des Mineralölsteueraufkommens.

Zuweisungen an die EU nach BSP-Schlüssel. Neben den Zöllen, den Agrarabschöpfungen und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die BSP-Eigenmittel zu den Eigenen Einnahmen der EU. Der Ansatz für das Jahr 2002 beruht auf dem neuen Eigenmittelbeschluss vom 29. September 2001. Im Jahr 2002 beträgt die Obergrenze der Eigenen Einnahmen der EU 1,27 % des BSP der Union.

Sonstige Einnahmen. Der Bund hat im April 2002 einen Betrag in Höhe von 3,5 Mrd. € am Bundesbankgewinn erhalten, den er zur allgemeinen Finanzierung seiner Aufgaben einsetzt. Der überschließende Teil des Bundesanteils am Bundesbankgewinn in Höhe von 7,7 Mrd. € wird gemäß § 4 des Haushaltsgesetzes 2002 zur Tilgung von Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds verwendet.

Die Einnahmen aus Darlehensrückflüssen und aus der Veräußerung von Beteiligungen beinhalten in Haushaltssoll Privatisierungserlöse in Höhe von 2,75 Mrd. €. Weitere 5,4 Mrd. € sind geplant zur Refinanzierung des Zuschussbedarfs bei den Postunterstützungskassen.

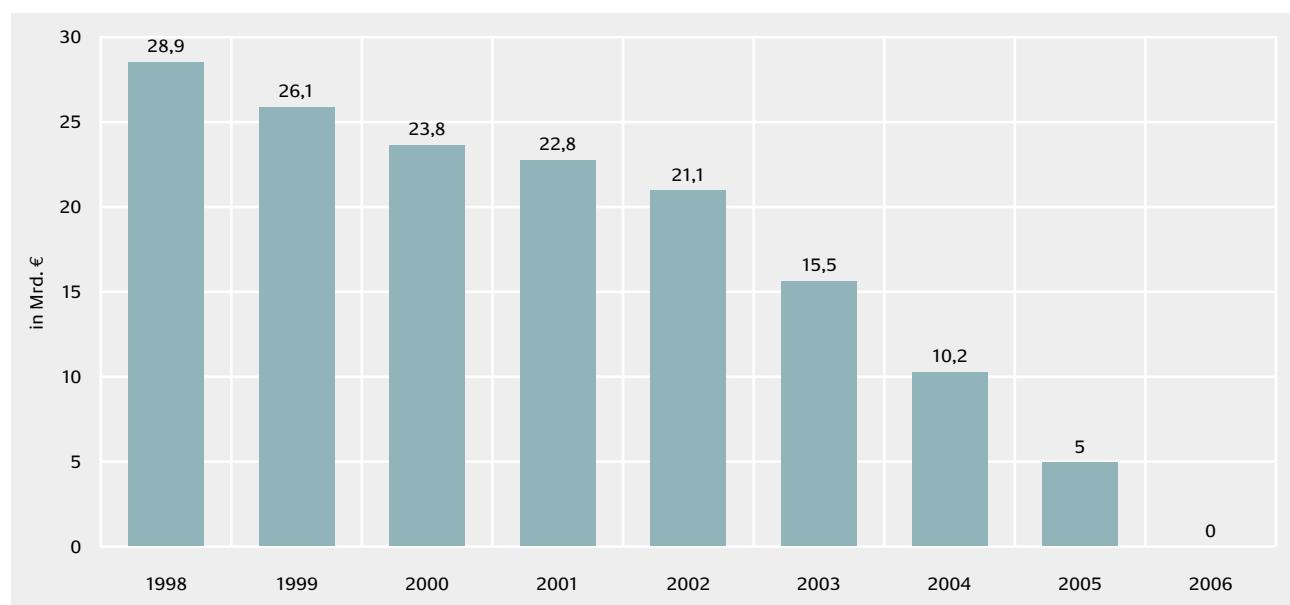
Der Finanzplan des Bundes 2002 bis 2006¹ – nachhaltige Finanzpolitik für einen handlungs- fähigen Staat

Der vorliegende Finanzplan weist für das Jahr 2006 erstmals seit 1970 wieder einen ausgeglichenen Bundeshaushalt ohne neue Schulden aus. Damit steht er für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Politik. Denn wer heute Schulden macht, beeinträchtigt die Zukunftschancen seiner Kinder. Bei einem Verzicht auf die Verschuldungspolitik der Vergangenheit hätte man im nächsten Jahr über 38 Mrd. € mehr für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung – Geld, das nun für Zinsverpflichtungen ausgegeben werden muss.

Die Haushaltsdisziplin zeigt bereits Früchte: Finanzielle Spielräume werden für wichtige Reformvorhaben genutzt, die im vorliegenden Finanzplan vollständig eingeplant sind:

- Die große Steuerreform 2000, die im Jahre 2005 ein jährliches Entlastungsvolumen gegenüber 1998 von 56 Mrd. € erreichen wird, kommt Familien und Unternehmen zugute und wird zu mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung führen.
- Die bereits erreichte finanzielle Entlastung von Familien durch eine dreimalige Erhöhung des Kindergeldes wird von 2003 an durch den Ausbau des Betreuungsangebots ergänzt. Für die Einrichtung von 10 000 zusätzlichen Ganztagschulen stellt der Bund 4 Mrd. € zur Verfügung. Hiermit werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie auch die Bildungsmöglichkeiten der Kinder nachhaltig verbessert.

Nettokreditaufnahme des Bundes 1998 bis 2006



¹ Nach Verabschiedung des Finanzplans ergab sich zur Finanzierung der Hilfen für die von der Hochwasserkatastrophe vom August 2002 betroffenen Regionen die Notwendigkeit, die nächste Stufe der Steuerreform um ein Jahr zu verschieben und die Körperschaftsteuer befristet auf das Jahr 2003 zu erhöhen. Dies ist im Folgenden nicht berücksichtigt.

- Die zukunftsorientierten Investitionen in Bildung und Forschung, in den weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie in die Agrarwende werden weiter verstärkt.

Die deutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs

Die deutsche Wirtschaft steht im Frühjahr 2002 am Beginn eines Aufschwungs. Die Abschwächung der weltwirtschaftlichen Entwicklung war in Deutschland im letzten Jahr besonders deutlich zu spüren. In der zweiten Jahreshälfte ging das Bruttoinlandsprodukt merklich zurück. Dazu haben nicht zuletzt die Nachwirkungen der Ölverteuerung sowie die tierseuchenbedingten Preissteigerungen für Nahrungsmittel beigetragen. Hierdurch wurde die reale Kaufkraft der privaten Haushalte stark belastet. 2002 geht die deutsche Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs. Im ersten Vierteljahr stieg das Bruttoinlandsprodukt saison-, kalender- und preisbereinigt um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal an. Das BIP-Wachstum entsprach damit demjenigen der EU insgesamt. Auch die in die Zukunft weisenden Konjunkturindikatoren – insbesondere Geschäftserwartungen und Auftragseingänge in der Industrie – zeigen die Konjunkturerholung an. Danach dürften sich die wirtschaftlichen Aktivitäten im weiteren Jahresverlauf kräftig beleben. Diese Einschätzung wird von der weit überwiegenden Mehrzahl der nationalen und internationalen Beobachter geteilt. Es ist mit dem für Deutschland typischen Aufschwungmuster zu rechnen: Zunächst starke außenwirtschaftliche Impulse, die dann auch die Binnenkonjunktur stimulieren. Im Jahresdurchschnitt 2002 dürfte der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes real rund $\frac{3}{4}\%$ betragen; die Steigerungsrate wird noch durch die Vorbelastung aus 2001 gedämpft. 2003 wird sich der Aufschwung fortsetzen und an Breite gewinnen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte dann um jahresdurchschnittlich real rund $2\frac{1}{2}\%$ steigen. Für diese Einschätzung sprechen die günstigen Rahmenbedingungen wie z. B. die weltwirtschaftliche

Belebung, nach wie vor niedrige kurz- und langfristige Zinsen, die moderate Entwicklung der Lohnstückkosten, günstige Gewinnerwartungen der Unternehmen, stabile Preise sowie wichtige wirtschafts- und finanzpolitische Weichenstellungen. Von der Belebung der Konjunktur wird auch der Arbeitsmarkt profitieren. In der zweiten Jahreshälfte 2002 rechnet die Bundesregierung mit einer merklichen Beschäftigungsausweitung, die zur Entlastung am Arbeitsmarkt beitragen wird.

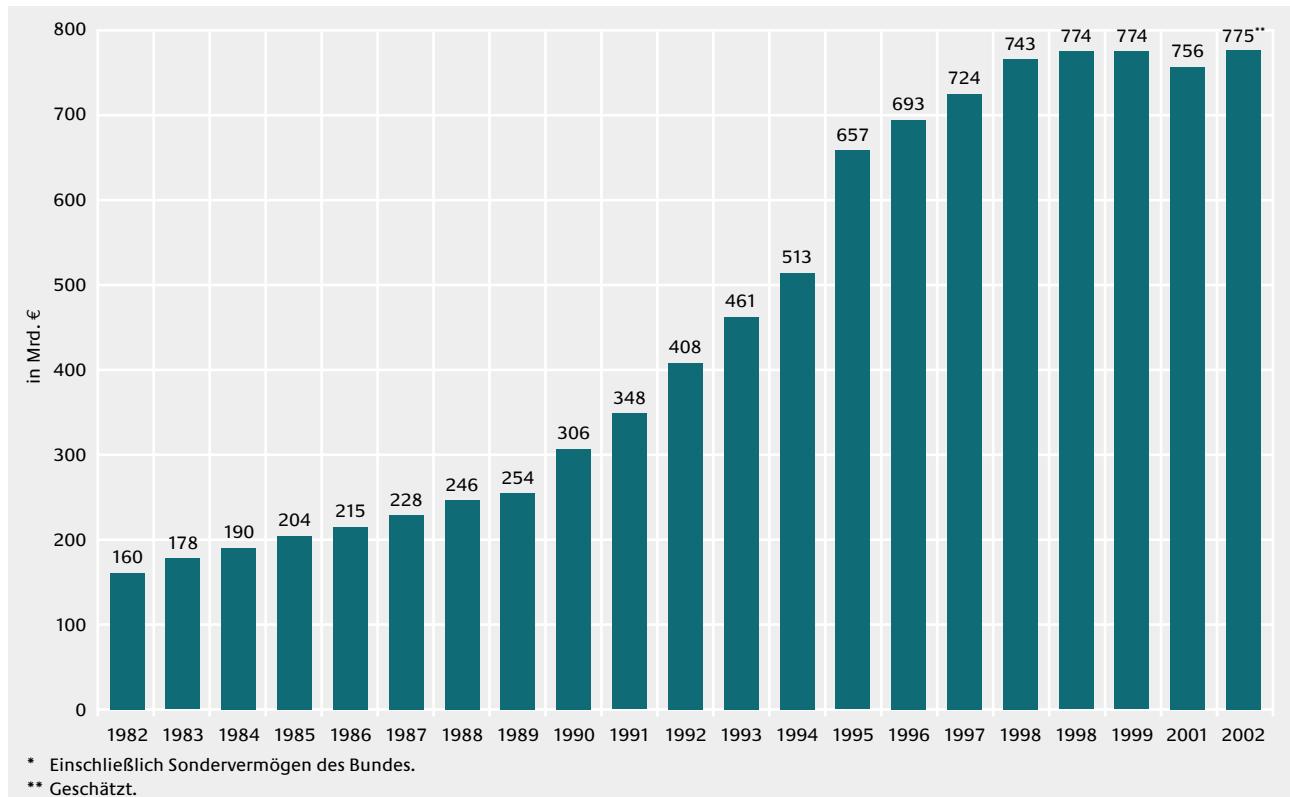
„Finanzpolitische Leitplanken“ als verlässlicher Orientierungsrahmen

Der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, hat im November 2000 zwei entscheidende „finanzpolitische Leitplanken“ vorgestellt. Kernelemente der Finanzpolitik sind:

- Schuldenabbau für nachhaltig solide Staatsfinanzen und mehr Generationengerechtigkeit und
- Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch ein tragfähiges und gerechtes Steuer- und Abgabensystem.

Dieser Kurs behält auch in Zukunft Gültigkeit. Durch eine erfolgreiche Sanierung der Staatsfinanzen werden die staatlichen Zins- und Tilgungsverpflichtungen dauerhaft gesenkt und die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates nachhaltig gesichert. Die wachsenden finanzpolitischen Spielräume werden für wichtige Zukunftsinvestitionen genutzt und tragen zur Erhöhung des Wachstumspotenzials der Wirtschaft bei. Der Schuldenabbau ist überdies ein wesentlicher Beitrag der Finanzpolitik zur Solidarität unter den Generationen. Nachfolgende Generationen müssen ohnehin schon die Lasten einer „alternden“ Bevölkerung tragen. Ein ausufernder Schuldenberg würde durch massive Bindung von Steuereinnahmen und Hemmung von Investitionen und Wachstum eine unzumutbare weitere Belastung bedeuten.

Entwicklung der Schulden des Bundes* 1982 bis 2002



Fortsetzung des strikten Konsolidierungskurses

Die Verschuldung des Bundes (einschließlich seiner Sondervermögen) in Höhe von knapp 780 Mrd. € im Jahre 2002 engt den finanzpolitischen Spielraum nach wie vor zu stark ein. Die damit verbundenen Zinszahlungen binden immer noch rund 20 % der Steuereinnahmen des Bundes. Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2003 und dem Finanzplan 2002 bis 2006 wird daher der mit dem Zukunftsprogramm 2000 eingeleitete Konsolidierungskurs konsequent fortgesetzt. Die Neuverschuldung des Jahres 2003 wird mit 15,5 Mrd. € die niedrigste seit der Wiedervereinigung sein; in den Folgejahren wird die Nettokreditaufnahme weiter planmäßig zurückgeführt. Ist 2006 das Ziel des Bundeshaushalts ohne Neuverschuldung erreicht, können anschließend die Schulden des Bundes schrittweise abgebaut werden.

Aufbauen auf bisherige Erfolge

Die Bundesregierung hat mit ihrem klaren finanzpolitischen Kurs bereits wichtige Erfolge erzielt:

- Das Defizit des Bundes konnte deutlich reduziert werden. Im Jahre 2001 betrug die Neuverschuldung 22,8 Mrd. €. Sie erreichte damit ihren niedrigsten Stand seit 1993. Die Neuverschuldung im Zeitraum 1998 bis 2002 konnte um knapp 8 Mrd. € und damit um 27 % abgesenkt werden.
- Von den umgesetzten Steuerreformmaßnahmen gehen erhebliche, die Konjunktur stützende Impulse aus. Die Angebotsseite der Volkswirtschaft profitiert von international attraktiven Steuersätzen und einer Verbesserung der Investitionsanreize. Das Entlastungsvolumen für private Haushalte und Unternehmen beträgt

allein im Jahre 2002 rund 27 Mrd. €; mittelfristig sind mit den beschlossenen Steuerreformmaßnahmen Entlastungen von jährlich rund 56 Mrd. € verbunden.

- Das Zweite Gesetz zur Familienförderung setzt die Steuerpolitik der Bundesregierung zugunsten von Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen konsequent fort. Mit der spürbaren Erhöhung des Kindergeldes für erste und zweite Kinder um 16 € ab 2002 kann die Bundesregierung auf eine Erhöhung des Kindergeldes um insgesamt 42 € in dieser Legislaturperiode verweisen. Insgesamt werden damit im Jahre 2002 rund 34 Mrd. € an Kindergeldleistungen gewährt. Zudem wird ab 2002 der Erziehungsbedarf angemessen im Steuerrecht berücksichtigt und damit insgesamt ein wirkungsvoller Beitrag zur Sicherung der ökonomischen Basis von Familien geleistet. Insgesamt konnten die familienpolitischen Maßnahmen seit 1998 um rund 13 Mrd. € auf insgesamt rund 53 Mrd. € im Jahre 2002 gesteigert werden.
- Die Bundesregierung hat im Rahmen der ökologischen Steuerreform Maßnahmen umgesetzt, mit denen Anreize zum sparsamen und verantwortungsvollen Umgang mit den knapper werdenden Energieressourcen geschaffen werden. Durch die Verwendung des Ökosteuereraufkommens zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge wird der Faktor Arbeit verbilligt und ein weiterer Beitrag für die Schaffung neuer Arbeitsplätze geleistet.
- Die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunk-Lizenzen (UMTS) sind in vollem Umfang zur Schuldentilgung eingesetzt worden. Hierdurch wurde die Schuldenstandsquote wieder unter den Maastricht-Grenzwert von 60 % des Bruttoinlandsproduktes gesenkt. Die hieraus resultierenden Zinsersparnisse haben den finanzpolitischen Spielraum für zukunftsweisende Investitionen langfristig erweitert. Mit der Verwendung der Zinsersparnisse für die Bereiche Verkehr, Forschung und Bildung sowie Energie hat die Bundesregierung die Qualität der Staatsausgaben nachhaltig verbes-

sert. So stehen im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms beispielsweise in den Jahren 2001 bis 2003 allein für die Verkehrsinfrastruktur jährlich 1,5 Mrd. € zusätzlich zur Verfügung.

Trotz des bereits Erreichten bleibt noch viel zu tun. Die Verschuldung des Bundes wird auch bei sinkender Nettokreditaufnahme zunächst weiter ansteigen, wenn auch in geringerem Maße. Die Herausforderungen der Zukunft – Stärkung von Wachstum und Beschäftigung sowie die wachsende finanzielle Belastung einer „alternden“ Bevölkerung – lassen sich nur mit einem weiterhin strikten Konsolidierungskurs und einer Fortsetzung der „Qualitätsoffensive“ bei den Staatsausgaben meistern. Hierzu gibt es keine ernsthafte Alternative.

Der Auftrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts folgt auch aus der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Um die Vorteile der Euro-Zone voll auszunutzen und den Euro so stabil wie die D-Mark zu halten, haben sich die Staaten der Euro-Zone durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt verpflichtet, mittelfristig ihre Haushalte nahezu auszugleichen oder Überschüsse zu erwirtschaften. Nur eine langfristig tragfähige Finanzlage in der Euro-Zone ist die Basis für eine dauerhafte Geldwertstabilität und für günstige gesamtwirtschaftliche Bedingungen. Mehrere europäische Staaten haben bereits das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erreicht – auch Deutschland wird bald dazugehören. Gegenüber den europäischen Partnerstaaten hat sich Deutschland im Frühjahr 2002 verpflichtet, bis 2004 einen nahezu ausgeglichenen öffentlichen Gesamthaushalt vorzulegen. Vor diesem Hintergrund haben die Finanzminister von Bund und Ländern am 21. März 2002 die wichtigsten Elemente eines Nationalen Stabilitätspakts beschlossen. Während der Bund seine Ausgaben in 2003 und 2004 gegenüber 2002 um durchschnittlich $\frac{1}{2}\%$ pro Jahr verringern wird, werden die Länder ihr jährliches Ausgabenwachstum auf jeweils 1 % im Jahresdurchschnitt begrenzen.

Mit dieser Politik wird Deutschland auch seinen Verpflichtungen aus dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt und den EU-Empfehlungen der „Wirtschaftspolitischen Grundzüge“ für Deutschland in vollem Umfange gerecht.

Die Eckwerte zum Finanzplan 2002 bis 2006

Die Bundesregierung setzt mit dem Bundeshaushalt 2003 und dem Finanzplan 2002 bis 2006 ihren erfolgreichen Konsolidierungskurs konsequent fort. Dies belegen wichtige Kennzahlen:

In den Jahren 2003 und 2004 liegen die Ausgaben des Bundes jeweils $\frac{1}{2}\%$ unter dem entsprechenden Volumen des Vorjahres; die Ausgaben des Jahres 2004 unterschreiten damit die des Jahres 1999 um knapp 2 Mrd. €. Von 2003 bis 2006 beträgt die durchschnittliche Ausgabensteigerung nur 0,2% und liegt damit deutlich unter dem erwarteten Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Durch die nominale Konstanz der Ausgabenhöhe seit Regierungsübernahme bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums sinkt der Anteil der Ausgaben des Bundes am Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum von rund 12,1% (1998) auf rund 10,1% (2006).

Die Bedeutung dieser Ausgabenentwicklung wird erst im Lichte der Zusatzbelastungen und neuen Aufgaben sichtbar, die innerhalb dieses engen Rahmens finanziert werden: Trotz des Rückgangs der Ausgaben gegenüber dem Soll 2002 gibt es Zuwachs in wesentlichen Bereichen: Im Rahmen der Eckwerte sind die Ausgaben für mautfinanzierte Verkehrsinvestitionen und für das Investitionsprogramm Ganztagschulen wie auch die ökosteuerfinanzierten Mehrausgaben der Rentenversicherung enthalten.

Die für das Jahr 2003 vorgesehene Nettokreditaufnahme von 15,5 Mrd. € entspricht exakt der im Zukunftsprogramm 2000 vorgegebenen Zielgröße. Sie unterschreitet die für das laufende Jahr vorgesehene Nettokreditaufnahme um 5,6 Mrd. € und ist die niedrigste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung. Die Quote der über Kredite finanzierten Ausgaben liegt mit 6,3% nochmals deutlich unter dem entsprechenden Wert des Vorjahrs (2002: 8,5%); das ist der niedrigste Wert seit 1974. Gegenüber 1998 (12,3%) wird die Quote nahezu halbiert – dies entspricht einer Verbesserung um 13,4 Mrd. €.

Den Konsolidierungserfolg unterstreicht auch der Blick auf die Verwendung von Privatisierungserlösen zur allgemeinen Haushaltsfinanzierung:

Eckwerte zum Finanzplan des Bundes 2002 bis 2006

	Ist 2001	Soll 2002	Entwurf 2003	2004	Finanzplan 2005	2006
	in Mrd. €					
Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr in %	243,2	247,5 1,8	246,3 - 0,5	245,1 - 0,5	245,5 0,2	249,4 1,6
Einnahmen Steuereinnahmen Sonstige Einnahmen	193,8 26,6	199,2 27,2	204,8 26,0	214,0 20,9	219,5 21,0	231,0 18,4
Nettokreditaufnahme	22,8	21,1	15,5	10,2	5,0	0
nachrichtlich: Investitionen	27,3*	25,0	25,3	26,1	25,4	25,6
Rundungsdifferenzen möglich.						
* Einschließlich Finanzhilfen an die neuen Länder nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (rund 3,4 Mrd. €). Ab dem Haushalt 2002 werden den neuen Ländern diese Mittel über Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zur Verfügung gestellt.						

Standen hier im Haushalt 1998 noch rund 10,2 Mrd. €, so hat die amtierende Bundesregierung in den von ihr verantworteten Haushalten nur noch in deutlich geringerem Umfange Privatisierungserlöse zur allgemeinen Haushaltsfinanzierung eingesetzt; 2003 sind lediglich 0,9 Mrd. € veranschlagt. Hieraus ergibt sich im Vergleich der Jahre 1998 und 2003 per Saldo eine qualitative Verbesserung des Bundeshaushalts um weitere 9,3 Mrd. €. Ab 2004 sind keine Privatisierungserlöse zur Haushaltsfinanzierung mehr eingeplant. Denn die Finanzierung laufender Ausgaben durch einmalige Privatisierungserlöse steht im Widerspruch zu einer nachhaltigen Finanzpolitik.

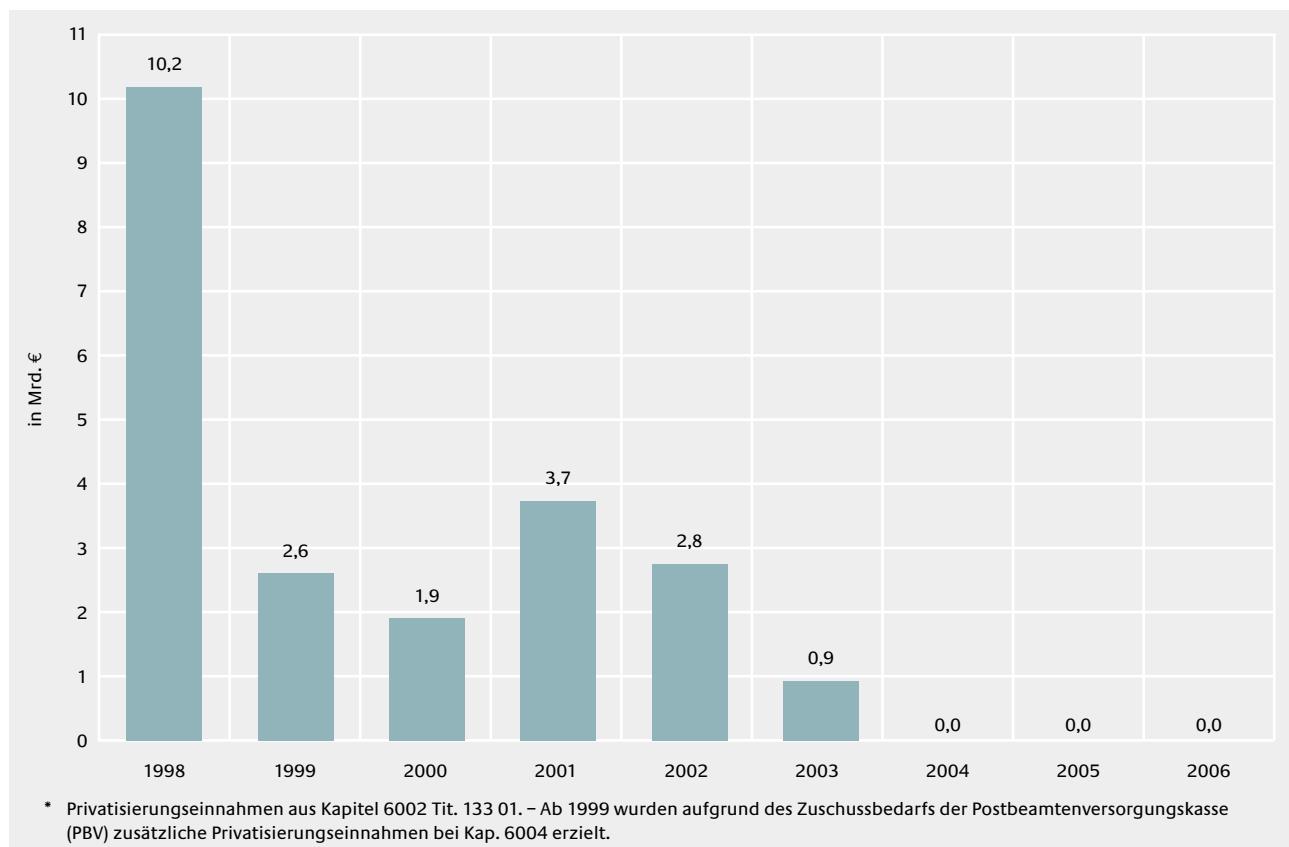
Die Investitionsausgaben des Bundeshaushalts 2003 liegen mit 25,3 Mrd. € deutlich über dem entsprechenden Ansatz des alten Finanzplans für das Jahr 2003 (24,2 Mrd. € – bereinigt um die um-

geschichteten Ausgaben für das Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost in Höhe von rund 3,4 Mrd. €). Im Finanzplanungszeitraum setzt sich der Anstieg der Investitionsausgaben mit 25,7 Mrd. € im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2006 fort. Die Investitionsausgabenquote im Bundeshaushalt steigt von 10,1 % in 2002 auf 10,6 % in 2004. Hier wirken sich vor allem die Verfestigung der Verkehrsinvestitionen und das neue Investitionsprogramm Ganztagschulen aus. Trotz konjunkturbedingter Zusatzbelastungen wird die Qualität der Staatsausgaben zusammen mit den weiteren Reformvorhaben zukunftsorientiert gesteigert.

Konsolidieren und Gestalten

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2003 und der Finanzplan 2002 bis 2006 belegen: Es ist der Bundesregierung erneut gelungen, ein ausgewo-

Privatisierungserlöse des Bundes zur allgemeinen Haushaltsfinanzierung* 1998 bis 2006



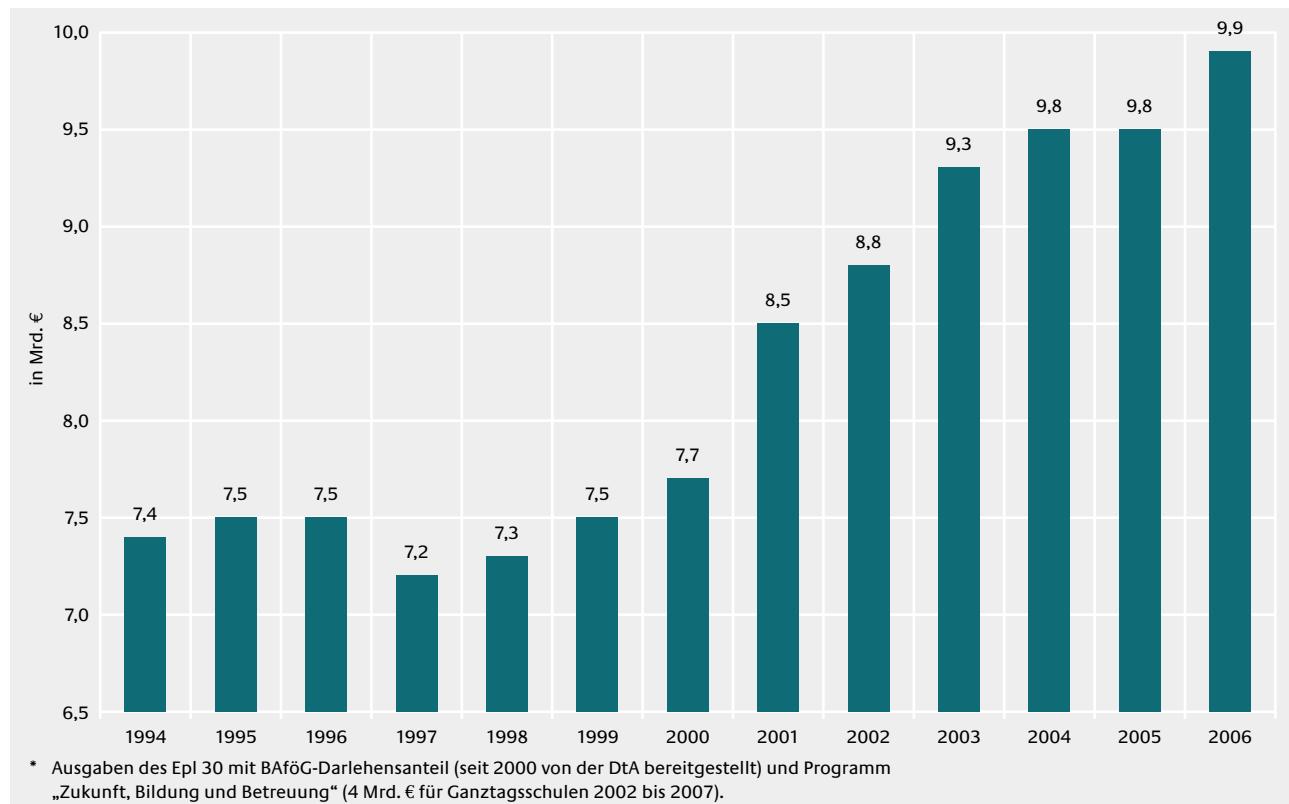
genes Verhältnis zwischen gestalterischer Politik und erforderlicher Konsolidierung herzustellen. Auch bei der notwendigen restriktiven Ausgabenpolitik hat die Bundesregierung nicht nur die bereits begonnenen Reformvorhaben verstetigt, sondern darüber hinaus neue Reformvorhaben auf den Weg gebracht.

- Um die beruflichen Chancen vieler Frauen und Alleinerziehender zu erhöhen, ist es erforderlich, ein anspruchsvolles und verlässliches Betreuungsangebot für Kinder auch in Schulen sicherzustellen. Bis zum Jahre 2007 wird der Bund daher zusätzlich insgesamt 4 Mrd. € für die Einrichtung von zusätzlichen 10 000 Ganztagschulen bereitstellen. Er bietet den Ländern, die sich an dem Programm beteiligen, für jede zusätzlich eingerichtete

Ganztagschule Investitionszuschüsse in Höhe von 400 000 € an. Für das Jahr 2003 sieht der Bundeshaushalt hierfür 0,3 Mrd. € vor, in den Jahren 2004 bis 2006 je 1 Mrd. €, für 2007 noch 0,7 Mrd. €.

- Von zentraler Bedeutung ist es, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu steigern und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu stärken. Die Bundesregierung forciert daher den Mitteleinsatz im Bereich von Bildung und Forschung. Im Jahre 2003 stehen allein im Epl. 30 mit rund 8,6 Mrd. € 2,6 % mehr als im laufenden Jahre zur Verfügung. Unter Einbeziehung auch des BAföG-Darlehensanteils und der Investitionszuschüsse für Ganztagschulen weist der Bundeshaushalt 2003 die Rekordsumme von 9,3 Mrd. € für Bildung und Forschung aus.

Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung* 1994 bis 2006



- Mit einer umfassenden Reform der Rentenversicherung wird dieser Zweig der Sozialversicherung auf die demographische Entwicklung eingestellt und zukunftsfähig gestaltet. So wird ab 2003 erstmals an Bedürftige die Grundsicherung bei Alter und Erwerbsminderung geleistet, die Armut im Alter verhindern soll. Daneben fordert der Bund die zusätzliche private und betriebliche Altersvorsorge mit steuerlichen Entlastungen. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt damit langfristig sicher und bezahlbar. Heutige und künftige Beitragszahler werden nicht überfordert und die Leistungen werden weiterhin auf einem angemessenen Niveau gehalten.
- Die Neuausrichtung der Verbraucher-, Ernährungs-, und Agrarpolitik wird fortgesetzt. Schwerpunkte bilden der vorsorgende Verbraucherschutz mit Lebensmittelsicherheit und Qualitätssicherung, die Förderung einer nachhaltigen, umwelt- und tiergerechten landwirtschaftlichen Erzeugung sowie die Agrarsozialpolitik.
- Mit Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur von jährlich 10,3 Mrd. € ansteigend auf

10,6 Mrd. € in 2006 schafft die Bundesregierung Planungssicherheit für die Verkehrsträger. Das durch das Zukunftsinvestitionsprogramm angestoßene Investitionsvolumen wird auf diese Weise im Finanzplanungszeitraum verstetigt.

- Mit dem Solidarpakt II hat die Bundesregierung im Rahmen der Neuregelung der föderalen Finanzbeziehungen den Aufbau Ost auf eine langfristige und verlässliche finanzielle Grundlage gestellt. In diesem Rahmen überlässt der Bund den ostdeutschen Ländern von 2005 bis 2019 insgesamt rund 156 Mrd. € zum Abbau der teilungsbedingten Sonderlasten. Ab 2005 übernimmt der Bund die Verbindlichkeiten des Fonds „Deutsche Einheit“. Mit Ablauf des Jahres 2019 wird der Fonds dann endgültig aufgelöst.

Bundshaushalt 2003 und Finanzplan bis 2006 setzen die Philosophie des „Konsolidierens und Gestaltens“ konsequent um: Generationengerechtigkeit, Zukunftsähigkeit und kontinuierliche Verbesserung der Qualität der Staatsausgaben.

Die Ausgaben des Bundes 2001 bis 2006 nach Aufgabenbereichen*

	Ist 2001	Soll 2002	Entwurf 2003 Mio. €	2004	Finanzplan** 2005	2006
A. Soziale Sicherung						
A.1 Rentenversicherungsleistungen	69 116	72 179	77 185	78 680	80 390	82 490
A.2 Arbeitsmarkt	15 106	15 316	11 781	11 630	11 470	11 320
A.3 Familienpolitische Leistungen (ohne steuerliche Förderung)	3 751	3 940	3 766	3 770	3 780	3 780
A.4 Wohngeld	2 021	2 100	2 509	2 480	2 450	2 450
A.5 Wohnungsbaurämie	486	500	500	500	500	500
A.6 Kriegsopferleistungen	4 138	3 787	3 664	3 370	3 160	2 920
A.7 Wiedergutmachung, Lastenausgleich	661	661	592	560	530	510
A.8 Landwirtschaftliche Sozialpolitik	4 029	4 103	4 134	4 200	4 260	4 340
A.9 Sonstige Maßnahmen im Sozialbereich	2 763	2 767	2 600	2 560	2 550	2 540
B. Verteidigung						
B.1 Militärische Verteidigung	24 252	23 622	24 389	24 390	24 390	24 390
B.2 Weitere Verteidigungslasten	109	139	133	130	130	130
C. Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft						
C.1 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	802	872	765	740	740	730
C.2 Sonstige Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft	681	578	599	570	550	540
D. Wirtschaftsförderung						
D.1 Energie	3 871	3 276	3 038	2 600	2 290	1 990
D.2 Sonstige sektorale Wirtschaftsförderung	611	640	583	520	500	470
D.3 Mittelstand, Forschung und Technologieförderung	853	793	834	810	800	800
D.4 Regionale Wirtschaftsförderung	4 617	1 021	945	890	840	840
D.5 Gewährleistungen und weitere Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung	1 705	2 567	2 568	2 570	2 170	2 160
E. Verkehr						
E.1 Eisenbahnen des Bundes	8 651	11 368	11 026	10 620	10 520	10 430
E.2 Bundesfernstraßen	5 578	5 519	5 819	6 040	5 990	6 140
E.3 Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden; Personennahverkehr	1 598	1 677	1 677	1 680	1 680	1 680
E.4 Bundeswasserstraßen	1 506	1 588	1 577	1 580	1 570	1 570
E.5 Sonstige Maßnahmen im Verkehrsbereich	753	713	725	850	940	1 010
F. Bauwesen						
F.1 Wohnungs- und Städtebau	2 118	1 990	1 813	1 720	1 640	1 350
F.2 Verlagerung des Parlaments- und Regierungssitzes	769	597	391	360	180	150
G. Forschung, Bildung und Wissenschaft, kulturelle Angelegenheiten						
G.1 Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 313	6 520	6 780	6 780	6 880	6 870
G.2 Hochschulen	1 388	1 427	1 485	1 280	1 280	1 280
G.3 Ausbildungsförderung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	944	1 113	1 124	1 120	1 130	1 140
G.4 Berufliche Bildung sowie sonstige Bereiche des Bildungswesens	576	492	750	1 440	1 420	1 390
G.5 Kulturelle Angelegenheiten	1 446	1 473	1 434	1 430	1 450	1 450
H. Umweltschutz, Gesundheitswesen, Sport						
I. Innere Sicherheit, Asyl						
J. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung						
K. Allgemeine Finanzwirtschaft						
K.1 Nachfolgeeinrichtungen der Treuhänderanstalt	448	485	449	500	440	340
K.2 Sondervermögen	3 394	2 462	2 268	2 680	200	580
K.3 Zinsausgaben	37 675	38 971	38 291	39 850	42 040	43 040
K.4 Versorgungsleistungen	13 012	14 443	14 555	15 010	15 520	16 000
K.5 Sonstiges	9 574	7 857	7 868	7 660	7 640	7 700
K.6 Globale Mehr-/Minderausgaben (-)	-	1 522	- 80	- 4 500	- 4 390	- 3 610

* Abgrenzung und Gliederung der einzelnen Aufgabengebiete entsprechen nicht vollständig dem Funktionenplan, sondern folgen zur besseren Verständlichkeit teils anderer Zuordnung, tieferer Aufgliederung sowie anderer Reihenfolge.

** Finanzplanungsjahre 2004 bis 2006 auf volle 10 Mio. € gerundet.

Belastung von Gering- und Normalverdienern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich

1 Allgemeines	77
2 Alleinstehende ohne und mit Kindern	77
3 Verheiratete ohne und mit Kindern	80
4 Bewertung	82

1 Allgemeines

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlicht¹ regelmäßig einen internationalen Vergleich der Steuer- und Abgabenbelastung für bestimmte Haushaltstypen in ihren 30 Mitgliedstaaten. In diesem Beitrag soll die Position Deutschlands bei einigen repräsentativen Haushaltstypen im Vergleich zu den übrigen 14 EU-Staaten sowie zu Japan, der Schweiz, den USA und Kanada dargestellt und bewertet werden.

In den verwendeten Vergleichsgrafiken wird die **effektive Einkommen-/Lohnsteuerbelastung für**

- a) einen Alleinstehenden ohne Kinder,
- b) einen Alleinstehenden mit zwei Kindern und
- c) ein Ehepaar mit zwei Kindern

mit und ohne Einbeziehung von Sozialabgaben beispielhaft anhand von Modellrechnungen der OECD in den verschiedenen Staaten gegenüber-

gestellt. Das Einkommen, das diesen Berechnungen zugrunde liegt, wird bei Alleinstehenden mit 67 % bzw. 100 % des landestypischen Durchschnittseinkommens eines Arbeiters in der verarbeitenden Industrie (für Deutschland 2001: knapp 64 000 DM) und bei Verheirateten entsprechend mit 100 % (Alleinverdiener-Ehe) bzw. 100 % + 67 % (Doppelverdiener-Ehe) angesetzt. In die Berechnungen fließen neben der Einkommen-/Lohnsteuer und den Sozialabgaben des Arbeitnehmers auch die **kinderbezogenen staatlichen Leistungen** ein, wie z. B. das Kindergeld in Deutschland, der Earned Income Tax Credit in den USA und der Family Tax Credit im Vereinigten Königreich.

2 Alleinstehende ohne und mit Kindern

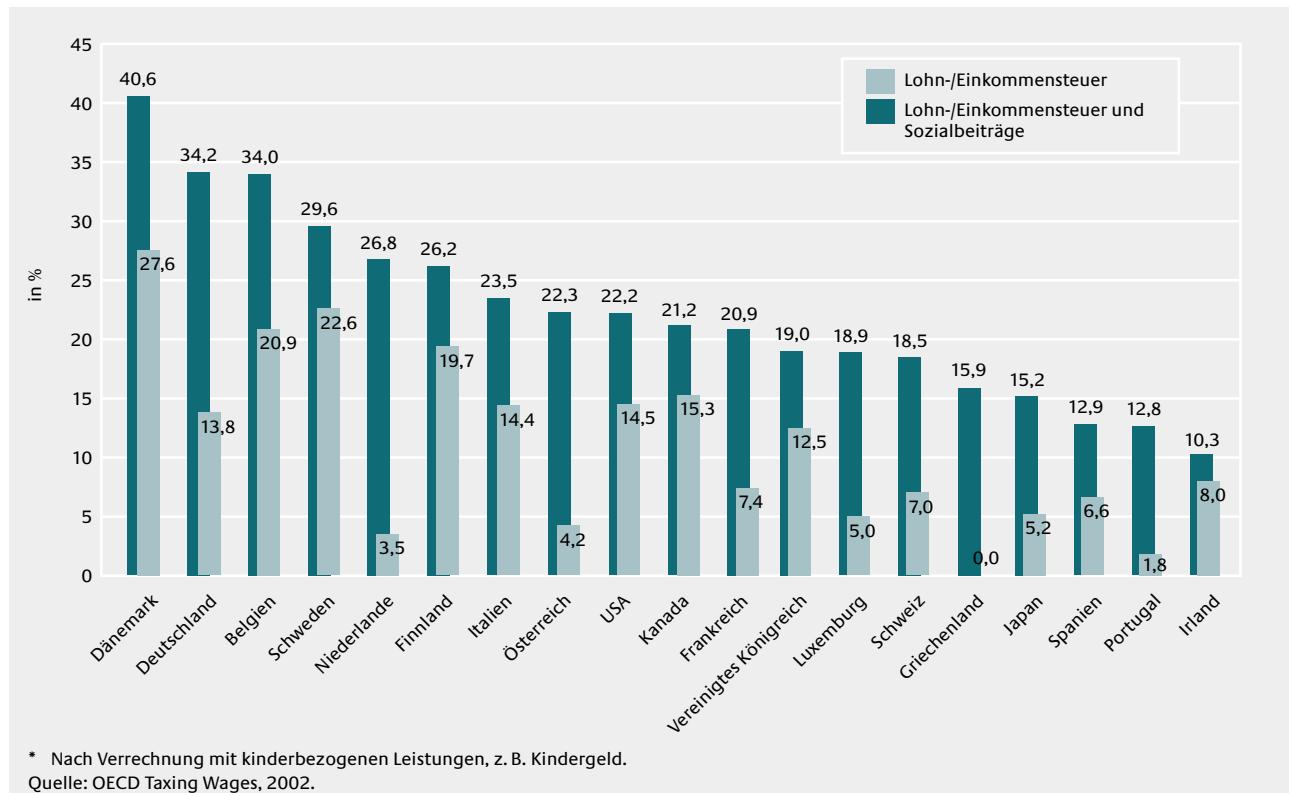
Bei der **effektiven Steuerbelastung** im Jahr 2001 nimmt der ledige deutsche **Geringverdiener** ohne Kinder mit **13,8 %** weiterhin einen **Mittelplatz** ein. Gegenüber dem Jahr 2000 hat sich die Belastung um rund 1 % verringert. Spitzenreiter ist weiterhin Dänemark mit 27,6 % und die niedrigste Steuerbelastung weist weiterhin Griechenland mit 0 % auf (siehe Grafik Seite 78).

Werden die **Sozialabgaben** in den Vergleich **einbezogen** – und damit auch die kinderbezogenen Leistungen verschiedener Staaten, die über das Sozialsystem abgewickelt werden – ändert sich die Position Deutschlands wie auch anderer Staaten erheblich.

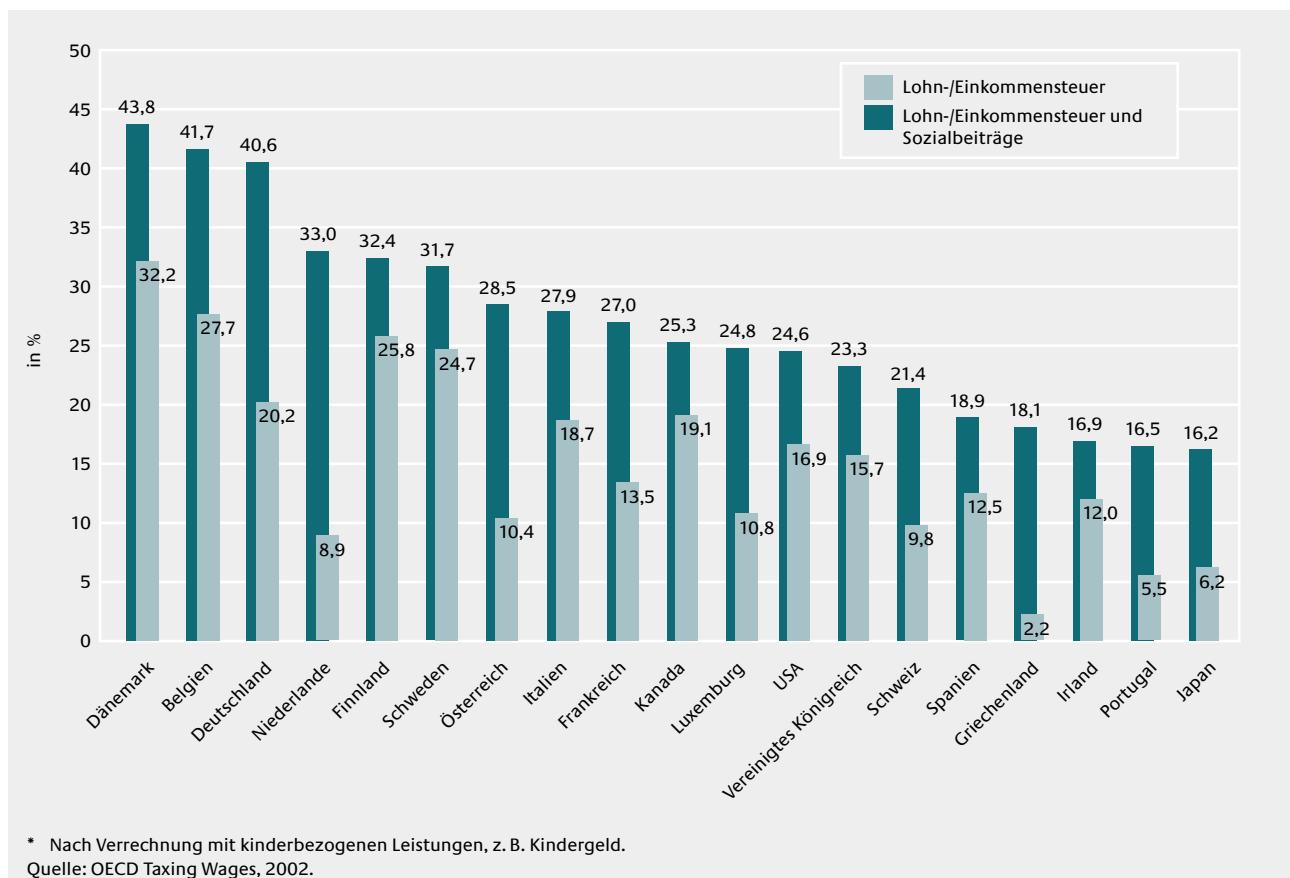
Für den alleinstehenden Geringverdiener ohne Kinder ergibt sich in Deutschland für das Jahr 2001 eine Abgabenbelastung von **34,2 %** (2000 = 35,5 %), die nur noch von Dänemark (40,6 %) übertrffen wird.

¹ Quelle: OECD Taxing Wages 2000–2001, Paris 2002.

Belastung eines Alleinstehenden (67 % des Durchschnittseinkommens) ohne Kinder mit Steuern und Sozialabgaben* 2001



Belastung eines Alleinstehenden (100 % des Durchschnittseinkommens) ohne Kinder mit Steuern und Sozialabgaben* 2001



Der **ledige deutsche Normalverdiener** ohne Kinder liegt mit einer effektiven Steuerbelastung von **20,2 %** (2000 = 21,5 %) an **fünfter Stelle** hinter Dänemark (32,2 %), Belgien (27,7 %), Finnland (25,8 %) und Schweden (24,7 %). Die niedrigste Belastung hat auch hier Griechenland (2,2 %) aufzuweisen (siehe Grafik Seite oben).

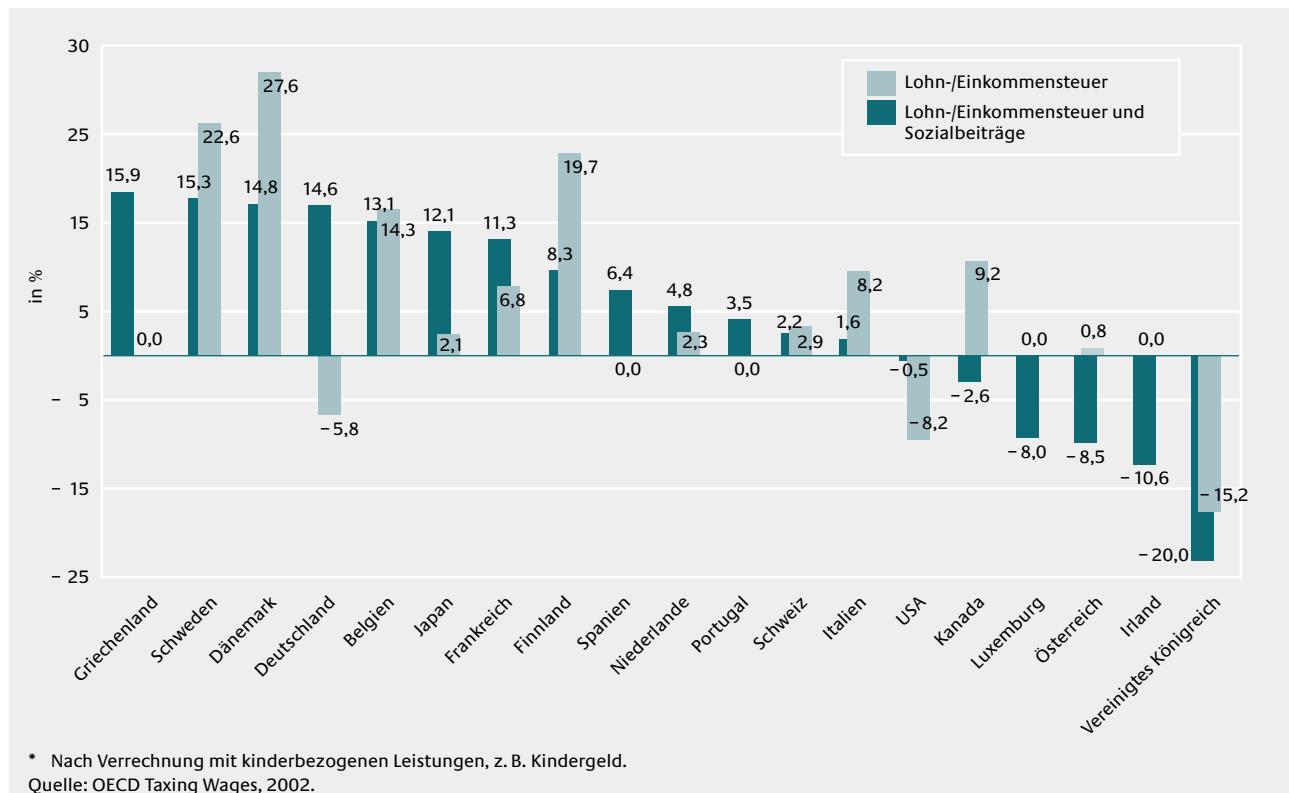
Unter Einbeziehung der Sozialabgaben liegt der ledige deutsche Normalverdiener mit einer Belastung von **40,6 %** (2000 = 42 %) nach Dänemark (43,8 %) und Belgien (41,7 %) an **dritter Position**.

Die effektive Belastung eines **deutschen alleinstehenden Geringverdiener** mit **zwei Kindern** mit Steuern führt wegen der Verrechnung mit Kindergeld zu einer Erhöhung des Bruttoein-

komms um 5,8 % (siehe Grafik Seite 80). Noch vorteilhafter sind die Regelungen nur in den USA und im Vereinigten Königreich (Stichworte: Earned Income Tax Credit; Family Tax Credit).

Einschließlich der Sozialabgaben ist die Position eines deutschen alleinstehenden Geringverdiener mit zwei Kindern im internationalen Vergleich der effektiven Steuerbelastung erwartungsgemäß nicht so günstig. Deutschland liegt hier mit einer Belastung von **14,6 %** an **vierter Position** (2000 = 15,2 %); eine höhere Belastung haben Griechenland mit 15,9 %, Schweden mit 15,3 % und Dänemark mit 14,8 %. Das Vereinigte Königreich bildet für diesen Fall mit – 20 % eine absolute Ausnahme, was auf den Family Tax Credit zurückzuführen ist.

Belastung eines Alleinstehenden (67 % des Durchschnittseinkommens) mit zwei Kindern mit Steuern und Sozialabgaben* 2001



Fazit: Während die Position eines deutschen alleinstehenden Geringverdiener mit und ohne Kinder im internationalen Vergleich der effektiven Steuerbelastung relativ günstig ist, verschlechtert sich die Position Deutschlands bei Einbeziehung der Sozialabgaben. Dies gilt unabhängig davon, ob kinderbezogene Leistungen berücksichtigt werden oder nicht.

3 Verheiratete ohne und mit Kindern

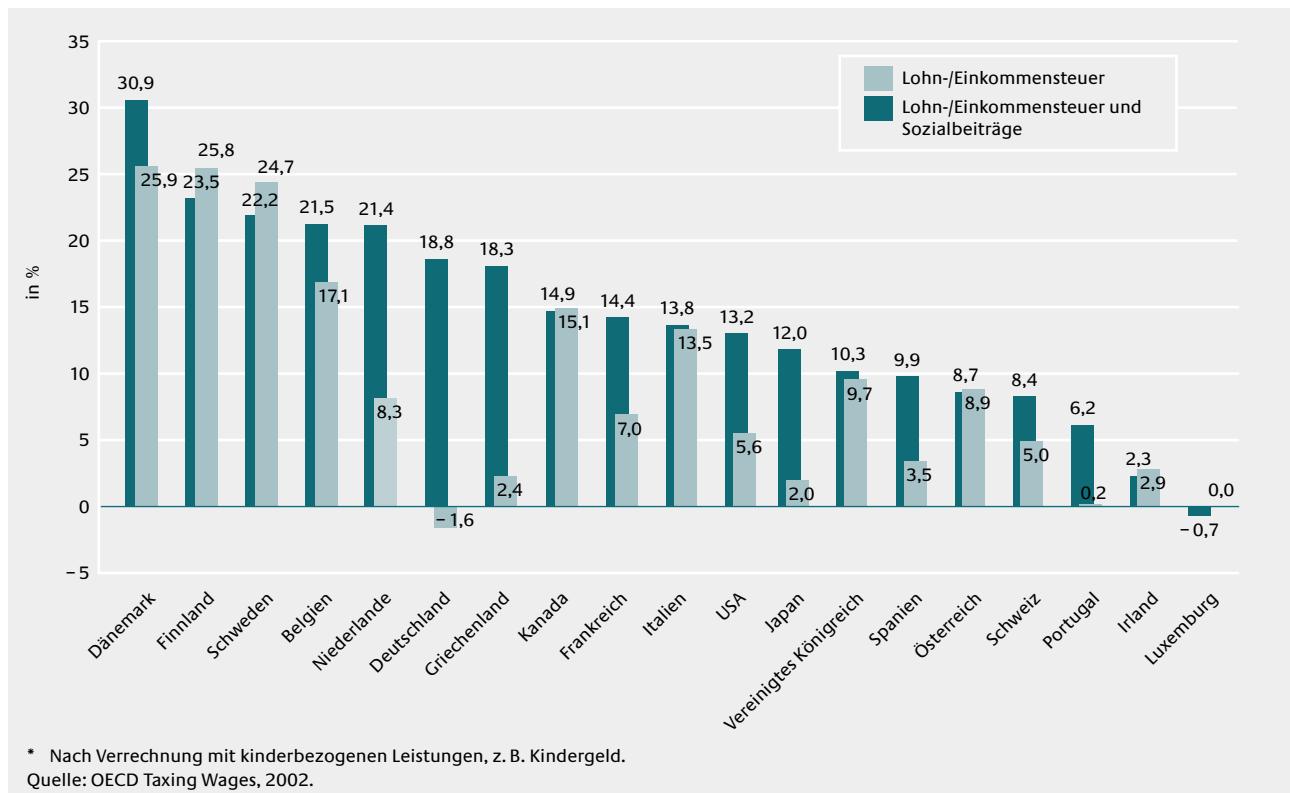
Im internationalen **Steuerbelastungsvergleich** eines **Ehepaars** mit einem Alleinverdiener (Normalverdiener) und **zwei Kindern** nimmt Deutschland mit **-1,6 %** (2000 = -0,9 %) die absolut **günstigste Position** ein (siehe Grafik Seite 81).

Bezieht man die **Sozialabgaben** in die Vergleichsberechnung mit ein, ergibt sich – wie schon bei den Alleinstehenden – ein anderes Bild:

Die deutsche Belastung beträgt in diesem Fall **18,8 %** (2000 = 19,6 %) und befindet sich damit im **Mittelfeld**. Eine höhere Belastung haben Dänemark (30,9 %), Finnland (23,5 %), Schweden (22,2 %), Belgien (21,5 %) und die Niederlande (21,4 %). Die geringste Belastung für diese Personengruppe hat Luxemburg mit **-0,7 %** aufzuweisen.

Bei der **Doppelverdiener-Ehe** (100 % + 67 % des Durchschnittseinkommens) mit **zwei Kindern** liegt die deutsche **effektive Steuerbelastung** mit **10,9 %** (2000 = 12,1 %) im **Mittelfeld** des internationalen Vergleichs. Staaten wie Dänemark (30,3 %), Belgien (24,9 %), Schweden (23,9 %), Finnland (23,4 %), Kanada (17,6 %) und Italien (15,3 %) liegen erheblich über der deutschen Steuerbelastung, während Griechenland (1,5 %), Luxemburg (2,2 %), Portugal (2,4 %) und Japan (4,5 %) deutlich niedrigere Sätze aufweisen (siehe Grafik Seite 82).

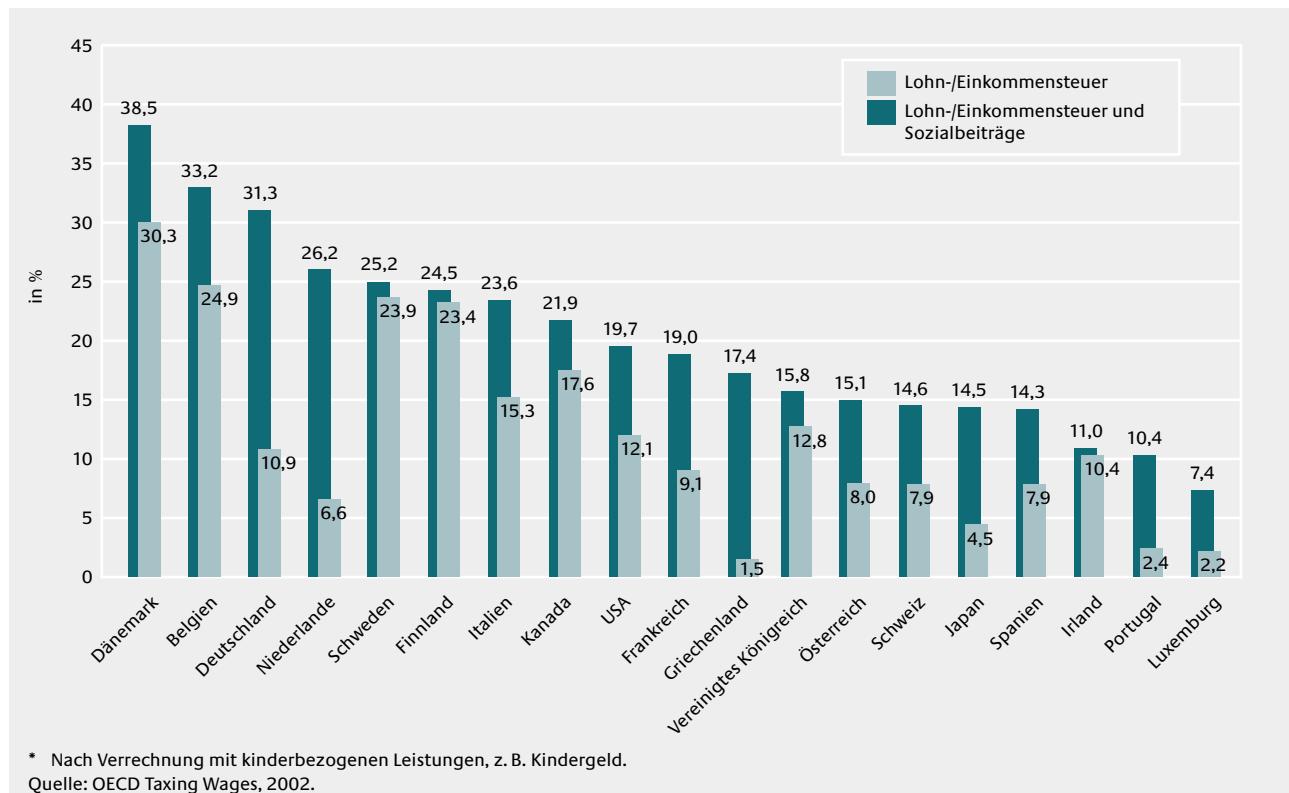
Belastung eines Ehepaars (100 % des Durchschnittseinkommens) mit zwei Kindern mit Steuern und Sozialabgaben* 2001



Betrachtet man die **Doppelverdiener-Ehe mit zwei Kindern** unter Einbeziehung der **Sozialabgaben**, nimmt Deutschland mit 31,3 % (2000 = 32,6 %) die dritte Position ein, nach Dänemark (38,5 %) und Belgien (33,2 %). Die niedrigste Belastung hat auch hier Luxemburg mit 7,4 %.

Fazit: Wie bei den Alleinstehenden nimmt Deutschland auch bei den Ehepaaren mit zwei Kindern hinsichtlich der Steuerbelastung eine sehr günstige, bei einer Einverdiener-Ehe sogar die günstigste Position ein, während sich die relative Position bei Einbeziehung der Sozialabgaben auch für diesen Personenkreis verschlechtert.

Belastung eines Ehepaars (100 % + 67 % des Durchschnittseinkommens) mit zwei Kindern mit Steuern und Sozialabgaben* 2001



* Nach Verrechnung mit kinderbezogenen Leistungen, z. B. Kindergeld.
Quelle: OECD Taxing Wages, 2002.

4 Bewertung

Gegenüber der OECD-Vergleichsstudie für das Jahr 2000 ist die **Steuerbelastung** für die in Rede stehenden Personengruppen **weiter gesunken**. Bei der effektiven Steuerbelastung nimmt Deutschland weiterhin eine günstige Position ein, insbesondere bei den Verheirateten mit einem Normalverdiener und zwei Kindern, während sich Deutschland unter Einbeziehung der Sozialabgaben im oberen Mittelfeld wiederfindet, insbesondere bei der Abgabenbelastung für gering verdienende Alleinstehende ohne Kinder.

Auch wenn in Deutschland die **Abgabenbelastung** von Ledigen ohne Kinder sowie von Verheirateten mit Kindern im internationalen Vergleich zum Teil immer noch relativ hoch ist, werden hierdurch auch die Grenzen solcher Vergleiche

deutlich. In vielen Staaten wird das Sozialsystem über Steuern finanziert (z. B. Dänemark), was im Vergleich der reinen Steuerbelastungsquote erkennbar wird, nach der Deutschland eine erheblich bessere Position aufweist. Außerdem zeigen solche Vergleiche nur die **Finanzierung** des jeweiligen Sozialsystems auf, während seine **Leistungen** unberücksichtigt bleiben. Anders als z. B. in den angelsächsischen Staaten wird mit den relativ höheren Sozialabgaben in Deutschland ein gut ausgebautes System der sozialen Sicherung finanziert, das eine auf das Lebensarbeitseinkommen bezogene Altersversorgung gewährleistet und im Pflege- und Krankheitsfall eine qualitativ hochwertige Versorgung bietet. Für entsprechende Leistungen müssten in anderen Staaten erhebliche Privatmittel eingesetzt werden, die jedoch in internationalen Vergleichen grundsätzlich unberücksichtigt bleiben.

Kapitalverflechtung Deutschlands mit dem Ausland – Zur Bedeutung, Größenordnung und Entwicklung von Direktinvestitionen

1 Einleitung	83
2 Zur Definition und Einordnung von Direktinvestitionen	83
3 Statistische Erfassung der Direktinvestitionen	84
4 Direktinvestitionen – Zahlen und Fakten	85
5 Zu den Motiven für Direktinvestitionen	88
6 Deutschland im internationalen Vergleich	88
7 Fazit	92
Literaturverzeichnis	93

1 Einleitung

Die Höhe und Entwicklung ausländischer Direktinvestitionen stehen immer wieder im Zentrum wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftspolitischer Diskussionen zum Standort Deutschland. Während in einigen Stellungnahmen ein relativ zu anderen Nationen geringerer Zustrom an Direktinvestitionen pauschal als ein Beleg für eine Standortschwäche ausgelegt wird, kommen andere Beobachter zu dem Schluss, dass Deutschland bei den Direktinvestitionen aufholt und sogar zu „dem kommenden internationalen Markt für einen unternehmerischen Beteiligungshandel“¹ werden könnte.²

Nachfolgend wird deshalb der Indikator „Direktinvestitionen“ in einer differenzierten Betrachtung näher beleuchtet. Es zeigt sich dabei, dass von einer allgemeinen Standortschwäche Deutschlands nicht gesprochen werden kann. Ganz im Gegenteil: Die Attraktivität des Standorts Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Dies spiegelt sich auch in steigenden Investitionen aus dem Ausland wider. Der Saldo der ein- und ausfließenden Direktinvestitionsströme ist in Deutschland zwar bei längerfristiger Betrachtung negativ. Dies ist allerdings unter den größeren und entwickelten Volkswirtschaften üblich. In dieser Ländergruppe weisen lediglich die Vereinigten Staaten einen positiven Saldo auf; dies ist jedoch im Zusammenhang mit der Finanzierung des hohen amerikanischen Leistungsbilanzdefizits zu sehen.

2 Zur Definition und Einordnung von Direktinvestitionen

Direktinvestitionen sind grenzüberschreitende Kapitalbeziehungen.³ Sie werden zumeist als Leistungen Gebietsansässiger definiert, welche die Anlage von Vermögen in fremden Wirtschaftsgebieten zur Schaffung dauerhafter Wirtschaftsverbindungen bezoeken.⁴ Die tatsächliche Verwendung des Kapitals, also ob es beispielsweise einer realwirtschaftlichen Investition, der Übernahme eines bestehenden Unternehmens oder der Erhöhung des Eigenkapitalanteils an einer vorhandenen Beteiligung dient, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Dabei werden außer dem Transfer von Beteiligungskapital auch langfristige Kredite der Muttergesellschaft an eine ausländische Tochter zu den Direktinvestitionen gerechnet. Nicht zu den Direktinvestitionen zählen hingegen alle Mittel, die das ausländische Tochterunternehmen am – deutschen oder ausländischen – Kapitalmarkt aufnimmt.

¹ FAZ (2002), S. 25.

² Vergleiche einerseits Gersemann, u. a. (2002) und andererseits FAZ (2002) sowie Handelsblatt (2002).

³ Als Strömungsgröße werden Direktinvestitionen von der Deutschen Bundesbank in der Zahlungsbilanz Deutschlands und in der so genannten Transferstatistik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) erfasst. Die Bestände der Direktinvestitionen werden in Deutschland von der Bundesbank erhoben und in Sonderveröffentlichungen publiziert. Vergleiche aktuell Deutsche Bundesbank (2002a) und (2002b) sowie BMWi (2002).

⁴ Vergleiche z. B. OECD (2002), S. 6.

Hieraus folgt, dass der Begriff der Direktinvestition nicht mit einer realwirtschaftlichen Investition im Sinne der Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung verwechselt werden darf. Keineswegs führt z. B. jede ausländische Direktinvestition dazu, dass im jeweiligen Zielland der Investition Produktivkapital geschaffen wird. Beachtet man umgekehrt, dass z. B. in Deutschland etwa die Hälfte aller Auslandsinvestitionen den Erwerb oder die Beteiligung an bestehenden Unternehmen betrifft, so zeigt dies, dass ein Großteil der Direktinvestitionen im Zielland nicht unmittelbar neue Arbeitsplätze schafft.

Zu berücksichtigen ist zudem, dass die Direktinvestitionen als Stromgröße in die Kapitalbilanz eines Landes eingehen, in der alle Kapitalbewegungen in einer Periode zwischen Inland und Ausland gegenübergestellt werden. Vom Saldo der Devisenbilanz – also der Veränderung der Währungsreserven der Zentralbank – und Vermögensübertragungen abgesehen, steht grundsätzlich einem Defizit (Überschuss) in der Kapitalbilanz eines Landes ein Überschuss (Defizit) in der Leistungsbilanz (Differenz der Exporte und Importe von Waren, Dienst- sowie Faktorleistungen) gegenüber. Auf mittlere Sicht wird deshalb ein Land mit einem Leistungsbilanzüberschuss (Defizit) stets Kapital exportieren (importieren). Dieser Kapitalexport (Import) kann aber nicht nur in Form von Direktinvestitionen, sondern auch als Portfolioinvestitionen⁵ oder als (kurz/langfristiger) Kredit erfolgen.

Empirisch zeigt sich, dass Deutschland seit der Wiedervereinigung in Jahresabgrenzung zumeist einen Nettozufluss an Kapital verzeichnet hat (Kapitalimporteur).⁶ Allerdings nehmen den weit aus größten Anteil die Portfolioinvestitionen ein. Direktinvestitionen umfassen hingegen nur etwa ein Sechstel des gesamten Kapitalverkehrs. Erst im Jahr 2001 verzeichnete Deutschland erstmals seit

1990 wieder einen Leistungsbilanzüberschuss (2,7 Mrd. €), dem ein deutlicher Kapitalexport gegenüberstand (vgl. Abbildung 1). Für das Jahr 2002 deutet sich eine deutliche Ausweitung des Leistungsbilanzüberschusses an. Damit knüpfte Deutschland wieder an die Zeit vor der Wiedervereinigung an, in der das Land regelmäßig Leistungsbilanzüberschüsse aufwies, und per saldo Kapital exportierte. Diese Leistungsbilanzüberschüsse haben in der Vergangenheit wesentlich zu den Wohlstandssteigerungen in Deutschland beigetragen. Sie sind Ausdruck der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland.

3 Statistische Erfassung der Direktinvestitionen

Bereits die Definition und Einordnung der Direktinvestitionen verdeutlicht also, dass eine isolierte Betrachtung von Direktinvestitionen in den meisten Fällen zu kurz greift. Aber auch die statistische Erfassung von Direktinvestitionen ist nicht unproblematisch. Es bestehen erhebliche methodische Schwierigkeiten, die vor allem internationale Vergleiche erschweren:⁷

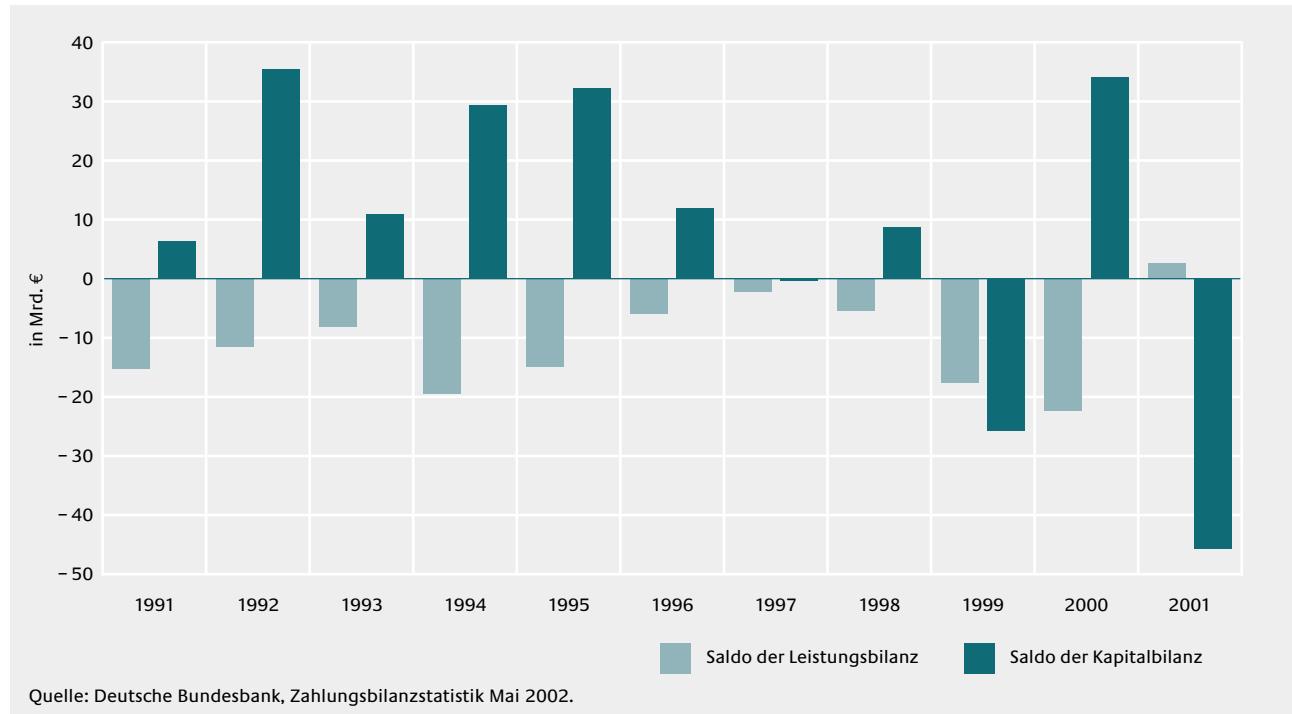
- Direktinvestitionen werden im Rahmen der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank und der Transferstatistik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie nur erhoben, wenn Zahlungsströme zwischen dem In- und Ausland fließen. Dies ist aber nicht zwangsläufig der Fall, z. B. wenn Gewinne re-investiert werden oder wenn Tochterunternehmen Fremdfinanzierungen vor Ort vornehmen. Um solche nicht grenzüberschreitenden Zahlungsströme ebenfalls zu berücksichtigen, werden sie im Rahmen der Zahlungsbilanz auf der Basis von älteren Bestandsstatistiken hinzugeschätzt.
- Die Bestandsstatistik der Deutschen Bundesbank wird auf Grundlage von Unternehmens-

⁵ Die Besonderheit von Portfolioinvestitionen – v. a. Wertpapiertransaktionen und Finanzderivate – liegt darin, dass der Kapitalgeber keine Unternehmenskontrolle anstrebt. Stattdessen steht die Ertragerzielung im Vordergrund.

⁶ Der Strukturwandel in den neuen Ländern erforderte in großem Ausmaß Kapitalimporte, die zum Teil aus den alten Ländern, aber auch aus dem Ausland erfolgten.

⁷ So z. B. auch OECD (2002), S. 6, Enquête-Kommission (2002), S. 134.

Abbildung 1: Kapitalbilanz und Leistungsbilanz Deutschlands



bilanzen erstellt. Da die Erstellung und Auswertung solcher Bilanzen relativ zeitintensiv ist, weist die Bestandsstatistik im Vergleich zur Zahlungsbilanz eine geringe Aktualität auf. Sie ist jedoch aussagekräftiger als die Zahlungsbilanz. Denn in ihr ist das gesamte ausländische Kapital im Inland und das gesamte inländische Kapital im Ausland erfasst, unabhängig davon ob grenzüberschreitende Transaktionen vorliegen oder nicht. Aber bei der Bewertung der Bestandsstatistik ist ebenfalls Vorsicht angebracht. Denn hinter den ausgewiesenen Direktinvestitionen verbergen sich zum Teil lediglich Änderungen der Buchwerte, während das eingesetzte Kapital real gleich bleibt. Zudem werden in ihr die einbehaltenen Gewinne des letzten Jahres berücksichtigt, auch wenn sie im darauf folgenden Jahr repatriert werden.

- Die Werte der Direktinvestitionen müssen in eine einheitliche Währung umgerechnet werden, um international vergleichbar zu sein. Wechselkurschwankungen können die Ergebnisse zum Teil sehr deutlich beeinflussen.

- Es gibt keine einheitlichen Erhebungs-, Bewertungs- und Abgrenzungsverfahren auf internationaler Ebene. Dies gilt z. B. bezüglich des für die Direktinvestitionen konstitutiven Merkmals der „Kontrolle der Unternehmenspolitik“. Auch Unstimmigkeiten in der Zuordnung zu Zeitpunkten oder Perioden können die Ergebnisse verzerrn. Gerade mit der wachsenden Bedeutung von Holdinggesellschaften und indirekten Beteiligungen wird es immer schwieriger, Direktinvestitionen in der Zahlungsbilanz sachgerecht regional und nach Wirtschaftszweigen zuzuordnen.

4 Direktinvestitionen – Zahlen und Fakten

Die jährlichen Direktinvestitionsströme unterliegen oft großen Schwankungen, da sie häufig von wichtigen Sondereinflüssen, wie etwa Großtransaktionen, den konjunkturellen Entwicklungen oder auch Veränderungen des Wechselkurses, entscheidend beeinflusst werden. Beispiel hierfür ist das Jahr 2000 in Deutschland. Dort ergab sich erstmals

seit der Wiedervereinigung ein positiver Saldo der Direktinvestitionen (157,7 Mrd. €). Jedoch hat allein die Übernahme von Mannesmann durch den britischen Telekom-Konzern Vodafone zu einem Zufluss ausländischer Direktinvestitionen in Höhe von rund 150 Mrd. € geführt. Ohne diesen Sondereffekt hätte sich auch im Jahr 2000 nur ein in etwa ausglichener Saldo ergeben.

Auch für die Industrienationen insgesamt ergab sich im Jahr 2000 auf Basis extremer Zuwachsraten bei den Direktinvestitionen in den Jahren 1999 und 2000 ein historischer Höchstwert der Direktinvestitionsflüsse (fast 1 300 Mrd. US-\$). Im Jahr 2001 kam es aber zu einer scharfen Korrektur auf deutlich unter 600 Mrd. US-\$, die einerseits konjunkturell bedingt war (weltwirtschaftlicher Abschwung), andererseits aber auch Ausdruck einer Normalisierung nach übertriebenen Erwartungen im Zusammenhang mit der so genannten „New Economy“ in den Vorjahren war.⁸

Dies verdeutlicht: Beim Blick auf die jährliche Stromgröße „Direktinvestitionen“ müssen besondere Einmaleffekte und die bestehenden gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Vorzuziehen ist es deshalb, bei der Analyse der Direktinvestitionen auf den Bestand der Direktinvestitionen oder auf die mittel- bis langfristige Entwicklung der Zu- und Abflüsse abzustellen, um kurzfristige Einflüsse und Schwankungen auszublenden.

Die längerfristige Statistik zeigt, dass es in den vergangenen Jahren – auch unter Berücksichtigung von „Übertreibungen“, wie sie zum Teil vor allem auf dem Telekommunikationssektor stattgefunden haben – zu einem deutlichen Anstieg der Direktinvestitionen gekommen ist. Während die weltweiten Direktinvestitionsströme zu Beginn der Neunzigerjahre eine Größenordnung von um

die 200 Mrd. US-\$ hatten, summieren sie sich seit 1998 auf jährlich weit über 600 Mrd. US-\$ (mit einem Höchstwert von fast 1 300 Mrd. US-\$ im Jahr 2000). Der wachsende Strom und der zunehmende Bestand an Direktinvestitionen spiegeln die zunehmende internationale Wirtschaftsverflechtung wider. Deren zentrales Element ist, neben ansteigenden Waren- und Dienstleistungsexporten (Globalisierung der Märkte), die zunehmende direkte internationale Unternehmensverflechtung, die ganz wesentlich durch Direktinvestitionen erfolgt.⁹

Gemäß der Bestandstatistik¹⁰ gab es in den letzten Jahren auch hierzulande einen deutlichen Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen nach Deutschland (vgl. Abbildung 2a). Sie wuchsen von insgesamt 176,9 Mrd. € in 1998 auf 277,2 Mrd. € in 2000 an. Dieser Zuwachs geht sowohl auf Unternehmen aus der EU als auch aus den USA zurück: Erstere erhöhten von 1998 bis 2000 ihren Bestand von 98,3 Mrd. € auf 178,5 Mrd. €; US-amerikanische von 43,8 Mrd. € auf 60,6 Mrd. €.

Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland stiegen von 1998 bis 2000 noch stärker an (vgl. Abbildung 2b): von 318,6 Mrd. € (1998) auf 571,8 Mrd. € (2000), sowohl aufgrund der Anlagen in der restlichen EU (sie stiegen von 151,2 Mrd. € auf 234,8 Mrd. €) als auch in den USA (sie wuchsen von 89,9 Mrd. € auf 216,8 Mrd. €).

Gemäß der aktuelleren Zahlungsbilanz¹¹ gab es im Jahr 2001 einen Zustrom ausländischer Direktinvestitionen nach Deutschland in Höhe von 35,6 Mrd. €, die deutschen Direktinvestitionsflüsse ins Ausland beliefen sich auf 48,3 Mrd. €. Das Jahr 2000 war wegen der Großtransaktion „Übernahme Mannesmann durch Vodafone“ ein „Ausreißer“: Es flossen 212 Mrd. € zu und

⁸ Vergleiche OECD (2002).

⁹ Vergleiche Enquête-Kommission (2002), S. 160 ff.; so auch EZB (2002); zurückhaltender äußert sich die OECD (2002).

¹⁰ Vergleiche Bundesbank (2002b).

¹¹ Vergleiche Bundesbank (2002a).

Abbildung 2a: Bestand ausländischer Direktinvestitionen in Deutschland*

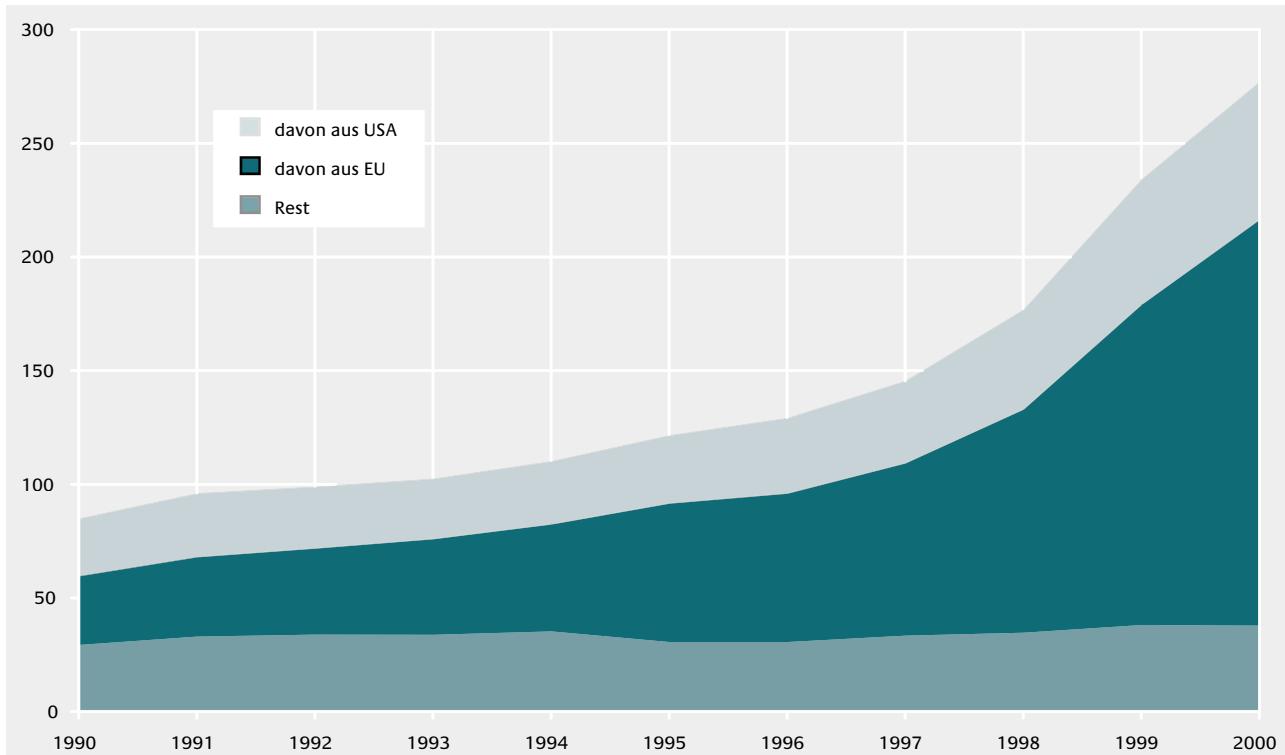
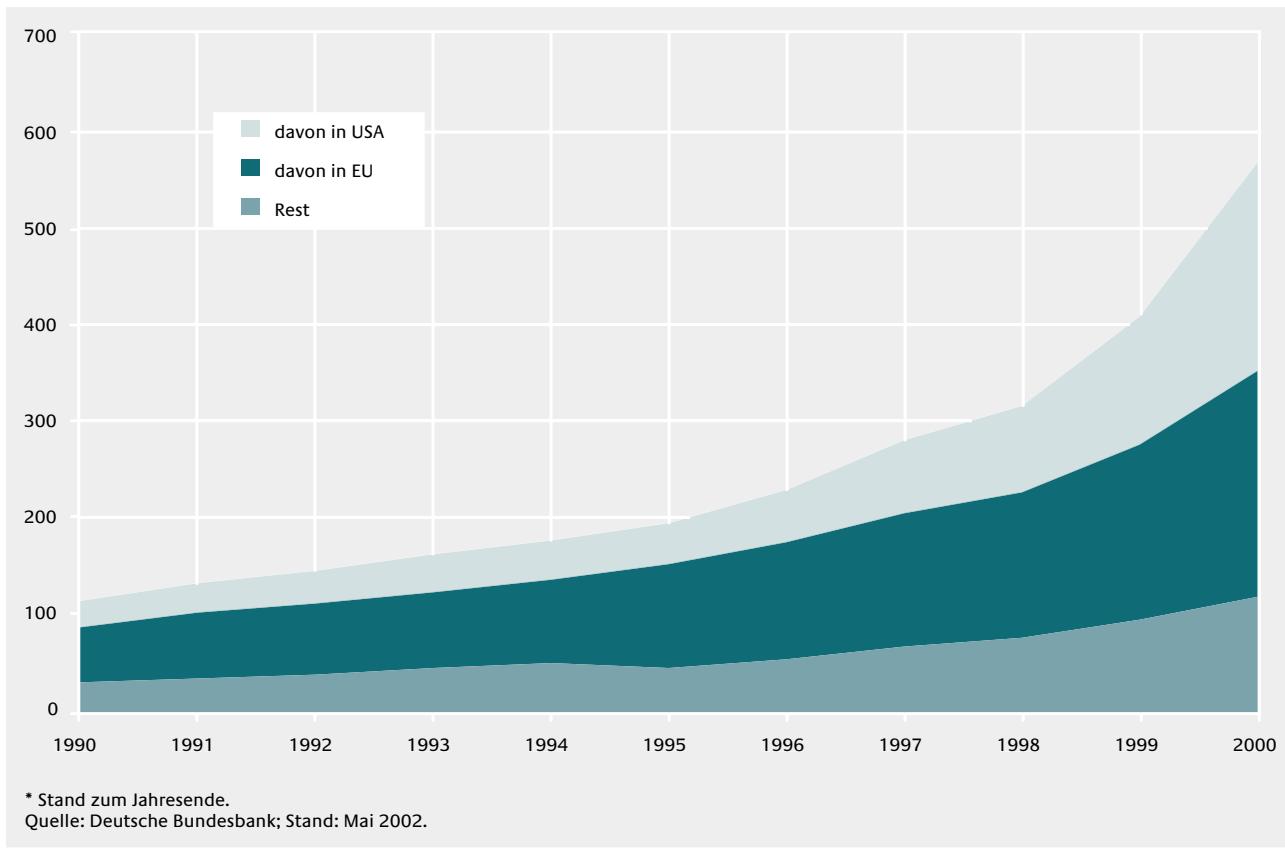


Abbildung 2b: Bestand deutscher Direktinvestitionen im Ausland*



54,0 Mrd. € ab. Insgesamt zeigt sich aber über die Jahre im Trend ein deutlicher Anstieg der Direktinvestitionen. Dies gilt zum einen für die Direktinvestitionen ins Ausland, die im Zeitraum von 1999 bis 2001 durchschnittlich jährlich rund 68,5 Mrd. € betragen (im Vergleich zu durchschnittlich 46 Mrd. € in den vier Jahren zuvor). Es trifft aber zum anderen vor allem für die Direktinvestitionen nach Deutschland zu. Diese waren gemäß der Zahlungsbilanzstatistik von 1999 bis 2001 mit jährlich durchschnittlich 100 Mrd. € rund achteinhalbmal so hoch wie im jährlichen Durchschnitt der vier Jahre (1995 bis 1998) zuvor (durchschnittlich rund 11,7 Mrd. €). Wenn man die außergewöhnliche Übernahme von Mannesmann durch Vodafone mit einem Volumen von rund 150 Mrd. € herausrechnet, waren die Direktinvestitionen nach Deutschland im Durchschnitt in den Jahren 1999 bis 2001 immer noch mehr als viermal so hoch wie in den vier Jahren zuvor. Dies spricht dafür, dass die Attraktivität Deutschlands als Wirtschaftsstandort in den letzten Jahren zugenommen hat.

5 Zu den Motiven für Direktinvestitionen

Die Motive von Auslandsinvestitionen sind außerordentlich vielfältig. Deshalb kann erst auf Basis einer differenzierten Betrachtung ein Urteil über die volkswirtschaftlichen Folgen von Direktinvestitionen getroffen werden. So sind für deutsche Unternehmen im Ausland mit fast 75 % die Markterschließung und -pflege bzw. die Stärkung der Marktstellung und Nutzung von Synergieeffekten eindeutig die wichtigsten Motive. Erst deutlich dahinter (wenngleich im Zeitablauf mit zunehmender Bedeutung) wird das Motiv Kosten senkungen genannt.¹²

Die ausländischen Direktinvestitionen deutscher Unternehmen tragen so in der Mehrzahl der

Fälle langfristig zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland bei. Sie stützen die Exportfähigkeit deutscher Unternehmen. Zudem werden Direktinvestitionen keineswegs vorwiegend von Unternehmen getätigt, die im Inland unter einem besonderen Anpassungsdruck stehen. Vielmehr entwickeln sich Beschäftigung im In- und Ausland weitgehend parallel, d. h. Unternehmen, die im Inland erfolgreich sind, investieren im Ausland und vice versa. Häufig sind es gerade besonders innovative Unternehmen, die ihre Aktivitäten im Ausland ausbauen, da sie nur so die Früchte ihrer Forschungsanstrengungen ernten und Vorsprünge vor der Konkurrenz wahren können. Dadurch erhalten sie auch Arbeitsplätze im Inland.

6 Deutschland im internationalen Vergleich

Die Abbildungen 3a und b verdeutlichen, dass einige Länder bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt deutlich höhere Zu- und Abflüsse an Direktinvestitionen in ihrem Land verzeichnen können als Deutschland oder auch andere große Industriestaaten. Dies kann nicht überraschen, denn bei internationalen Vergleichen von Direktinvestitionen sind im Hinblick auf große Industrieländer einige grundsätzliche Aspekte zu berücksichtigen:¹³

- Grundsätzlich verfügen große Länder bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt über geringere Zu- und Abströme sowie Bestände an Direktinvestitionen (vgl. Abbildung 3a). Als einzige Ausnahme ist hierbei Großbritannien zu nennen, das über die weitaus höchsten Direktinvestitionen im Vergleich der großen Industrieländer verfügt. Hingegen rangieren beispielsweise die USA, die zumeist als Vorbild eines attraktiven Wirtschaftsstandorts angeführt werden, sowohl beim Bestand als auch beim Zustrom von Direktinvestitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt hinter Deutschland.

¹² Vergleiche Döhrn (1997), S. 23: es handelt sich um Angaben der „Unternehmensdatenbank Globalisierung“ für die Jahre 1990 bis 1996. Vergleiche aktuell auch Enquête-Kommission (2002), S. 160 f.

¹³ Vergleiche Löbbecke (2002), S. 27 ff.; Eichhorst u. a. (2001), S. 340 ff.

- In der Tendenz sind hoch entwickelte Industrieländer zudem als typische Kapitalexportländer zu charakterisieren, sodass ein negativer Saldo bei den Direktinvestitionen zu einem gewissen Grad als „normal“ anzusehen ist und neben Deutschland¹⁴ auch für die meisten anderen Industrieländer wie z. B. Frankreich, Großbritannien, Japan oder Italien zutrifft (vgl. Abbildung 3b).¹⁵ Gerade in den Neunzigerjahren haben Kapitalanlagen in den wachsenden Märkten Osteuropas und Südostasiens an Bedeutung gewonnen, deren Länder durch einen hohen Kapitalbedarf gekennzeichnet sind, der durch ausländische Anbieter gedeckt werden muss. Aber auch innerhalb der EU besteht in einigen Mitgliedstaaten ein durch ihren Entwicklungsrückstand bedingter, hoher Kapitalbedarf. Fließt in diese so genannten Kohäsionsländer in relativ großem Umfang Kapital, welches dort einen wirtschaftlichen Aufholprozess begünstigt, so ist dies positiv zu bewerten. Mittel- bis langfristig wird Deutschland hiervon – insbesondere über vermehrte Exporte – auch ökonomisch profitieren.
- Bereits in den 50er- und 60er-Jahren wurde in Deutschland ein recht hoher Bestand an ausländischen Direktinvestitionen aufgebaut, sodass die Entwicklung der Direktinvestitionen vor dem Hintergrund eines relativ hohen Ausgangsniveaus zu sehen ist.
- Deutschland war und ist traditionell wenig protektionistisch, sodass die Überwindung von Handelsbarrieren als Argument für ausländische Direktinvestitionen gering wiegt.
- Die deutsche Währung wertete langfristig stets auf, sodass die Vorsorge vor Wechselkursrisiken Ausländer kaum veranlasste, in Deutschland zu investieren.
- Der Wettbewerb auf den Märkten ist in Deutschland relativ intensiv, was die Ungewissheit über den Ertragsaussichten einer Direktinvestition vergrößert.

Darüber hinaus wurde Deutschland mit der Wiedervereinigung vor erhebliche Strukturprobleme in den neuen Ländern gestellt, deren Bewältigung bis heute andauert. Insbesondere aber war es über viele Jahre nicht ausreichend gelungen, durch sachgerechte Reformen zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft mit der fortschreitenden Globalisierung, aber auch der sich abzeichnenden demographischen Entwicklung Schritt zu halten. So ist nach und nach ein zunehmender Reformstau entstanden, dessen Auflösung inzwischen aktiv angegangen wird. Erste Erfolge dieser langfristig ausgerichteten Politik sind bereits sichtbar, nicht zuletzt in Form zunehmender Direktinvestitionen nach Deutschland.¹⁷

¹⁴ Für Deutschland gilt nach der Wiedervereinigung zunächst jedoch eine Sondersituation, die sich erst nach und nach wieder normalisiert.

¹⁵ Ein Sonderfall sind die USA: Dort ist der Saldo der Direktinvestitionen im Zeitraum der letzten zehn Jahre insgesamt positiv gewesen. Damit konnten die Direktinvestitionen – neben dem enormen Zufluss von Portfolioinvestitionen – einen Beitrag zur „Finanzierung“ des persistenten und hohen Leistungsbilanzdefizits der USA leisten. Insgesamt sind die USA der (absolut betrachtet) größte Kapitalimporteur der Welt.

¹⁶ Vergleiche hierzu z. B. Löbbe u. a. (2002), S. 27 ff.; auch Enquête-Kommission (2002).

¹⁷ Vergleiche zur Reformagenda der Bundesregierung: Jahreswirtschaftsbericht 2002 der Bundesregierung (2002), insbesondere Tz. 25 ff.

Abbildung 3a: Zuflüsse und Abflüsse von Direktinvestitionen im internationalen Vergleich/Kumulierte Direktinvestitionsströme in Prozent des BIP (1992 bis 2001)

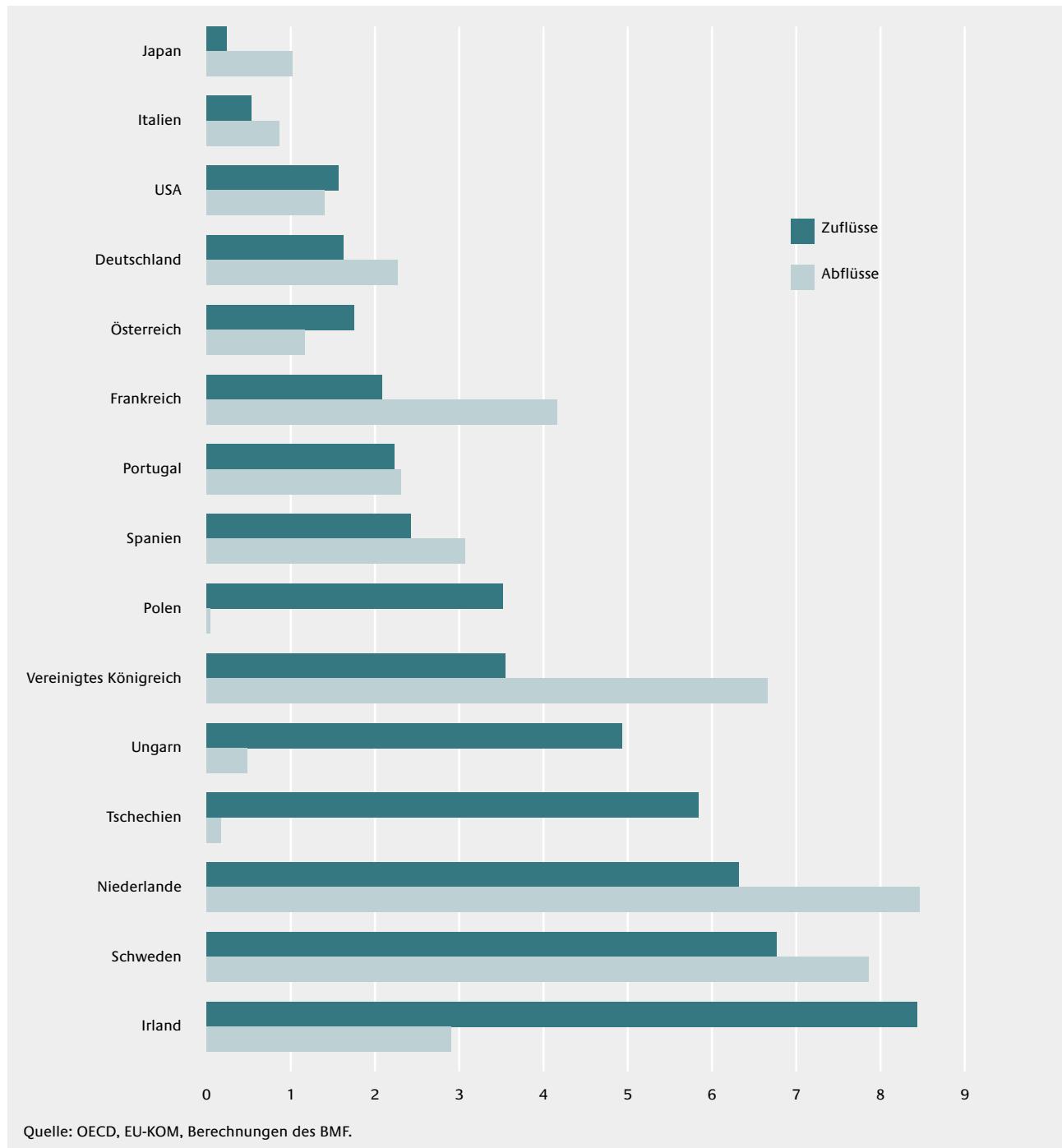
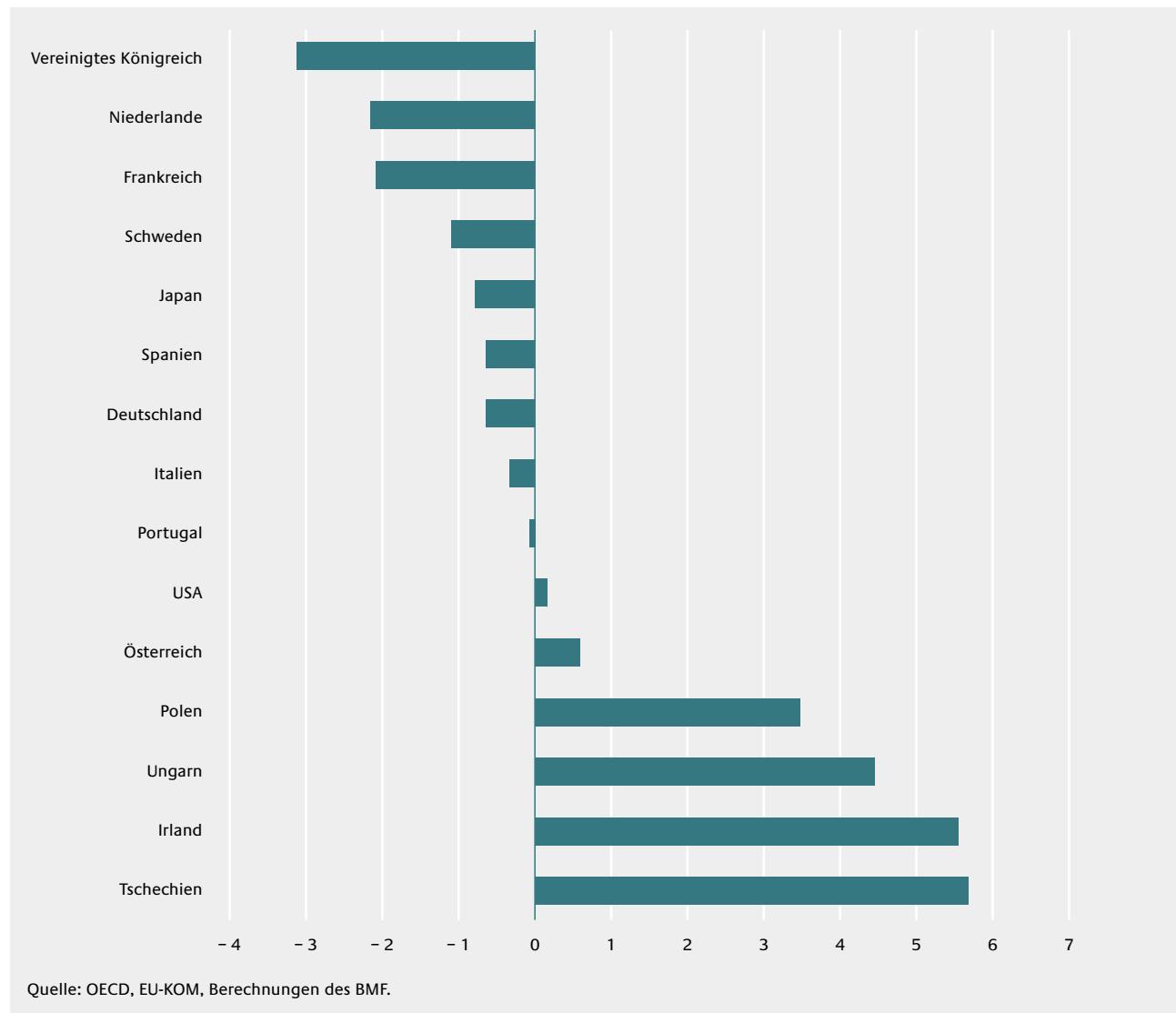


Abbildung 3b: Saldo der kumulierten Direktinvestitionsströme
in Prozent des BIP (1992 bis 2001)



7 Fazit

Der weltweit wachsende Bestand und die weltweit wachsenden Ströme an Direktinvestitionen stehen in engem Zusammenhang zur Globalisierung. Hiermit sind eine zunehmende internationale Arbeitsteilung und eine effizientere Allokation des Kapitals verbunden, die insgesamt zu einem höheren Wohlstandsniveau beitragen.

Deutschland ist an dieser Entwicklung nicht zuletzt dank steigender Direktinvestitionsströme und -bestände aktiv beteiligt. Dennoch fließen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betrachtet weniger Direktinvestitionen nach Deutschland, als zu manch anderen Nationen. Dies gilt aber auch für die meisten mit Deutschland vergleichbaren (großen) Industrienationen. Es gibt hierfür – wie im Text erwähnt – eine Reihe nachvollziehbarer Gründe.

Zudem hat sich die Attraktivität des Standorts Deutschland in den vergangenen Jahren – insbesondere durch die Unternehmensteuerreform, mit der ein international wettbewerbsfähiges, für Investoren anziehendes Steuersystem geschaffen wurde – deutlich verbessert. Dies spiegelt sich – bei aller Vorsicht mit der die Daten zu analysieren sind – auch in den steigenden Direktinvestitionen nach Deutschland wider. Es gilt daher, den eingeschlagenen Reformkurs zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft konsequent fortzusetzen, um für internationale Investoren eine noch größere Anziehungskraft zu entwickeln. Planungssicherheit für langfristig denkende Unternehmer – wie sie die Bundesregierung insbesondere mit ihrer für zwei Legislaturperioden festgelegten Steuerpolitik, aber auch der Entwicklung einer umfassenden nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vermittelt – ist hierbei eine der wichtigsten Leitlinien.¹⁸

¹⁸ Die Bedeutung, den eingeschlagenen Weg insbesondere in der Steuerpolitik fortzusetzen, betont auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2001/2002. Er hat nicht ohne Grund den Titel „Für Stetigkeit – gegen Aktionismus“ gewählt.

Literaturverzeichnis

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (2002): Transferstatistik zu Direktinvestitionen (www.bmwi.de/Homepage/Politikfelder/außenwirtschaft%20%26%20europa/außenwirtschaftspolitik/Service/Direktinvestitionen.jsp)

Deutsche Bundesbank (2002a): Zahlungsbilanzstatistik Mai 2002, Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 3, Frankfurt am Main

Deutsche Bundesbank (2002b): Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Statistische Sonderveröffentlichung 10, Frankfurt am Main

Döhrn, Roland (1997): Die „Unternehmensdatenbank Globalisierung“ – Konzeption und erste Ergebnisse, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, RWI-Papiere, Nr. 49, Essen

Eichhorst, Werner, S. Profit und E. Thode (2001): Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Bericht der Arbeitsgruppe Benchmarking und der Bertelsmann Stiftung

Enquête-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“ (Enquête-Kommission) (2002): Schlussbericht, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/9200

Europäische Zentralbank (EZB) (2002): Entwicklung der Direktinvestitions- und Wertpapierströme zwischen dem Euro-Währungsgebiet und Drittländern, in: Monatsbericht, Juli, S. 69–76

FAZ (o. V.) (2002): Steuerreform lockt Ausländer an, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Februar 2002, S. 25

Gersemann, O., A. Grosse Halbuer, L. Koenen und I. Zöttl (2002): Kranker Mann Europas, in: Wirtschaftswoche vom 21. Februar 2002, S. 26–29

Handelsblatt (o. V.) (2002): Ausländische Unternehmen wollen in Deutschland mehr investieren, in: Handelsblatt vom 17. Januar 2002, S. 6

Jahreswirtschaftsbericht 2002 der Bundesregierung (2002): Vor einem neuen Aufschwung – Verlässliche Wirtschafts- und Finanzpolitik fortsetzen, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/8175

Löbbe, K. u. a. (2002): Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich – Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit, Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 39, Essen

OECD (2002): Trends and Recent Developments in Foreign Direct Investment, Article forthcoming in the OECD International Investment Perspectives, September 2002, Paris

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2001): Jahresgutachten 2001/2002 – Für Stetigkeit – gegen Aktionismus, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/7596

Siebert, Horst (2002): Drei deutsche Schwächen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. März 2002, S. 15

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)

1 Gesetzliche Grundlage	95
2 Zusammensetzung	95
3 Auftrag	96

1 Gesetzliche Grundlage

Der Sachverständigenrat (SVR) wurde durch das Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVRG) vom 14. August 1963 ins Leben gerufen. Die Intention war, ein unabhängiges Expertengremium „zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit“ (§ 1 Abs. 1 SVRG) zu schaffen. Zu diesem Auftrag gehört es, die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland zu analysieren und bei absehbaren Fehlentwicklungen Möglichkeiten zu deren Vermeidung aufzuzeigen.

Seitdem veröffentlicht der SVR alljährlich sein Jahresgutachten auf Grundlage von § 6 Abs. 1 SVRG. Das erste Jahresgutachten wurde der Bundesregierung am 11. Januar 1965 überreicht. Darüber hinaus kann der Rat nach § 6 Abs. 2 SVRG aus eigener Entscheidung oder auf Verlassung der Bundesregierung so genannte Sondergutachten erstellen, wenn die Dringlichkeit der Angelegenheit dies erfordert.

Die sachliche und institutionelle Unabhängigkeit der Sachverständigen wurde vom Gesetzgeber als eine wichtige Voraussetzung für eine effiziente und effektive Politikberatung angesehen. Entsprechend wurden der allgemeine Auftrag, die konkreten Aufgaben, die Organisation und das Berufungsverfahren der Mitglieder des Sachverständigenrates gesetzlich festgeschrie-

ben und damit dem politischen Tagesgeschäft entzogen. Darüber hinaus bestimmt § 3 Abs. 1 SVRG explizit, dass der Sachverständigenrat nur an den durch das SVRG begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig ist.

Mit dem Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 27. Oktober 1998 ist die fachliche Zuständigkeit für den SVR vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie auf den Bundesminister der Finanzen übergegangen.

2 Zusammensetzung

Der SVR besteht aus insgesamt fünf Mitgliedern, die nach § 1 Abs. 2 SVRG „über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.“ Die Mitglieder werden auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten für fünf Jahre berufen. Dabei achtet die Bundesregierung neben der hervorragenden Reputation der Mitglieder stets auch darauf, dass die Mitglieder des SVR in ihrer Gesamtheit ein breites Spektrum der Wirtschaftswissenschaften abdecken. Jedes Jahr steht die Ernennung eines Mitgliedes an. Wiederberufungen sind zulässig. Um die Unabhängigkeit des SVR zu sichern, dürfen die Mitglieder darüber hinaus nicht der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Bundeslandes angehören und nicht im Dienste einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, eines Wirtschaftsverbandes oder einer Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerorganisation stehen. Nach § 8 Abs. 2 SVRG wählt der SVR aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren. Erster Vorsitzender des SVR war Prof. Dr. Wilhelm Bauer.

Derzeitiger Vorsitzender (seit 2002) des SVR ist:

- Prof. Dr. Wolfgang Wiegard, Universität Regensburg, Mitglied seit 2001, Amtszeit bis 28. Februar 2006.

Die weiteren Mitglieder sind:

- Prof. Dr. Jürgen Kromphardt, Technische Universität Berlin, Mitglied seit 1999, Amtszeit bis 29. Februar 2004;
- Prof. Dr. Dr. h. c. Bert Rürup, Technische Universität Darmstadt, Mitglied seit 2000, Amtszeit bis 28. Februar 2005;
- Prof. Dr. Dr. h. c. Horst Siebert, Institut für Weltwirtschaft Kiel, Mitglied seit 1990, Amtszeit bis 28. Februar 2003;
- Prof. Dr. Axel A. Weber, Universität Köln, Mitglied seit 2002, Amtszeit bis 28. Februar 2007.

Seinen Sitz hat der SVR beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. Zur Unterstützung seiner wissenschaftlichen Arbeit verfügt der SVR über einen Stab von derzeit acht wissenschaftlichen Mitarbeitern. Generalsekretär des SVR ist zurzeit Dr. Jens Weidmann.

Die Vorsitzenden des SVR seit 1964

1964 bis 1970	Prof. Dr. Wilhelm Bauer
1970 bis 1976	Prof. Dr. Norbert Kloten
1976 bis 1985	Prof. Dr. Olaf Sievert
1985 bis 1992	Prof. Dr. Hans Karl Schneider
1992 bis 2000	Prof. Dr. Herbert Hax
2000 bis 2002	Prof. Dr. Juergen B. Donges
seit 2002	Prof. Dr. Wolfgang Wiegard

3 Auftrag

§ 2 SVRG formuliert den Auftrag des SVR folgendermaßen: „Der Sachverständigenrat soll in seinem Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig

- Stabilität des Preisniveaus,
- hoher Beschäftigungsstand
- und außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- bei stetigem und angemessenem Wachstum

gewährleistet werden können.“ [Im Gesetzestext ohne Punktation]. Diese vier makroökonomischen Ziele (so genanntes „magisches Viereck“) wurden auch in das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967 als Zielgrößen der Wirtschaftspolitik aufgenommen.

Zur Erfüllung seines Auftrags erstellt der SVR seit 1965 ein Jahresgutachten, das bis zum 15. November eines jeden Jahres der Bundesregierung vorzulegen ist. In Vorbereitung des Jahresgutachtens hat der SVR die gesetzlich fixierte Möglichkeit, die fachlich zuständigen Bundesminister sowie Vertreter der nationalen Zentralbank anzuhören, wovon er auch regelmäßig Gebrauch macht. In dem Jahresgutachten beschreiben die Sachverständigen die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und stellen deren absehbare Entwicklung dar. Dabei zeigen sie zu erwartende Fehlentwicklungen bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Ziele auf, erläutern zugleich Möglichkeiten zu deren Vermeidung und geben Hinweise zu wichtigen ordnungspolitischen Weichenstellungen.

Die Ausführungen des SVR sind ein wesentlicher Bestandteil der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung in Deutschland. Die Bundesregierung ist gehalten, sich mit der Meinung des Rates aktiv auseinander zu setzen und die eigene Wirtschafts- und Finanzpolitik vor dem Hintergrund dieser Aussagen zu erläutern und zu begründen. Gemäß § 2 Abs. 1 Ziff. 1 des StWG nimmt sie im Rahmen ihres Jahreswirtschaftsberichtes, der zu Beginn des darauf folgenden Jahres vorgelegt wird, zum SVR-Gutachten Stellung.

Das Jahresgutachten 2001/2002 vom 14. November 2001 trägt den Titel „Für Stetigkeit – gegen Aktionismus“. Es steht auf den Internetseiten des SVR unter www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de zum Herunterladen bereit. Der Jahreswirtschaftsbericht 2002 ist auf den Internetseiten des BMF unter www.bundesfinanzministerium.de abrufbar.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	102
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	134
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	154
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage	159

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de enthalten.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	102
2	Produzierendes Gewerbe	104
2.1	Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes	104
2.1.1	Bundesrepublik Deutschland	104
2.1.2	Früheres Bundesgebiet	106
2.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	108
2.2	Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes	110
2.2.1	Bundesrepublik Deutschland	110
2.2.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	112
2.3	Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes	114
2.3.1	Bundesrepublik Deutschland	114
2.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	116
3	Privater Konsum	118
4	Außenwirtschaft	120
5	Arbeitsmarkt	122
5.1	Bundesrepublik Deutschland	122
5.2	Früheres Bundesgebiet	124
5.3	Neue Länder und Berlin-Ost	126
6	Preise	128
6.1	Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise	128
6.2	Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise	130
7	Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001	132
7.1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	132
7.2	Preise	132
7.3	Außenwirtschaft	133
7.4	Einkommensverteilung	133

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	134
2	Gewährleistungen	134
3	Bundesaushalt 2001 bis 2006	135
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2001 bis 2006	136
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2003	138
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1997 bis 2003	142
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2003	144
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	146
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	147
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	148

11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden	149
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	150
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	151
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	152
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 1998 bis 2003	153

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2002 im Vergleich zum Jahressoll 2002	154
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2002	154
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder	155
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Juli 2002	156

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de/Monatsbericht-des-BMF-.686.htm enthalten.

①	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	159
②	Produzierendes Gewerbe	160
②.1	Produktion des Produzierenden Gewerbes	160
②.1.1	Bundesrepublik Deutschland	160
②.1.2	Früheres Bundesgebiet	162
②.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	164
②.2	Auftragseingang der Industrie	166
②.2.1	Bundesrepublik Deutschland	166
②.2.1.1	Werte	166
②.2.1.2	Volumen	167
②.2.2	Früheres Bundesgebiet	168
②.2.2.1	Werte	168
②.2.2.2	Volumen	169
②.2.3	Neue Länder und Berlin-Ost	170
②.2.3.1	Werte	170
②.2.3.2	Volumen	171
②.3	Umsatz der Industrie	172
②.3.1	Bundesrepublik Deutschland	172
②.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	173
②.4	Lage in der Bauwirtschaft	174
②.4.1	Bundesrepublik Deutschland	174
②.4.2	Früheres Bundesgebiet	175
②.4.3	Neue Länder und Berlin-Ost	176
③	Löhne und Gehälter	177
④	Außenwirtschaft	178
④.1	Einfuhr nach Warengruppen	178
④.2	Ausfuhr nach Warengruppen	179

@4.3	Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern	180
@4.4	Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern	181
@4.5	Struktur des Außenhandels nach Warengruppen	182
@4.6	Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr	182
@4.7	Handelsbilanzsaldo	182
@4.8	Leistungsbilanzsaldo	183
@4.9	Zahlungsbilanz und Währungsbestände	183
5	Arbeitsmarkt	184
@5.1	Früheres Bundesgebiet	184
@5.2	Neue Länder und Berlin-Ost	185
6	Preise	186
7	Zinssätze	187

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %							
	2000		2001				2002	
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	0	+ 0,1	+ 0,6	0	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Erwerbstätige ²⁾	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2
Produktivität (BIP je Erwerbstädtigen, in Preisen von 1995) ³⁾	- 0,2	+ 0,4	+ 0,9	- 0,6	- 0,4	+ 0,2	.	.
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995								
Bruttoinlandsprodukt	0	+ 0,1	+ 0,6	0	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Inlandsnachfrage	0	0	- 0,4	+ 0,1	- 1,2	- 0,2	- 0,8	+ 0,3
Private Konsumausgaben ⁴⁾	- 0,2	- 0,6	+ 1,4	+ 0,8	- 0,2	- 0,5	- 0,6	+ 0,2
Konsumausgaben des Staates	- 0,2	+ 1,7	- 0,4	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1
Ausrüstungen	+ 3,7	- 0,8	- 2,2	- 3,7	- 3,7	- 2,3	- 1,7	- 1,6
Bauten	- 1,2	- 1,7	- 3,0	- 0,3	- 0,7	- 0,9	- 0,5	- 3,5
Sonstige Anlagen	+ 2,1	+ 3,6	- 0,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	0	+ 0,6
Vorratsveränderung ^{5) 6)}	0	+ 0,3	- 0,5	- 0,1	- 0,7	+ 0,3	- 0,4	+ 0,8
Exporte	+ 2,7	+ 4,7	0	- 0,5	+ 0,9	- 1,0	+ 0,7	+ 1,1
Importe	+ 2,6	+ 5,0	- 2,8	- 0,2	- 2,0	- 0,6	- 2,7	+ 1,5
nachrichtlich: Außenbeitrag ⁶⁾	+ 0,1	0	+ 0,9	- 0,1	+ 1,0	- 0,1	+ 1,1	- 0,1
Preisentwicklung³⁾								
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,4	- 0,1	+ 0,7	+ 0,5	- 0,1	+ 1,2	+ 0,5	0
Inlandsnachfrage	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,4	0	+ 0,6	+ 0,1
Private Konsumausgaben	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^{2) 3)}	+ 0,5	0	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,3
Lohnkosten je Produkteinheit ^{2) 3)}	+ 0,9	- 0,1	- 0,1	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,9	- 1,0

Quellen: Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Saisonbereinigungsverfahren X-12-Arima; der Kalendereinfluss ist, soweit in den Reihen nachweisbar, ebenfalls ausgeschaltet.

²⁾ Inlandskonzept.

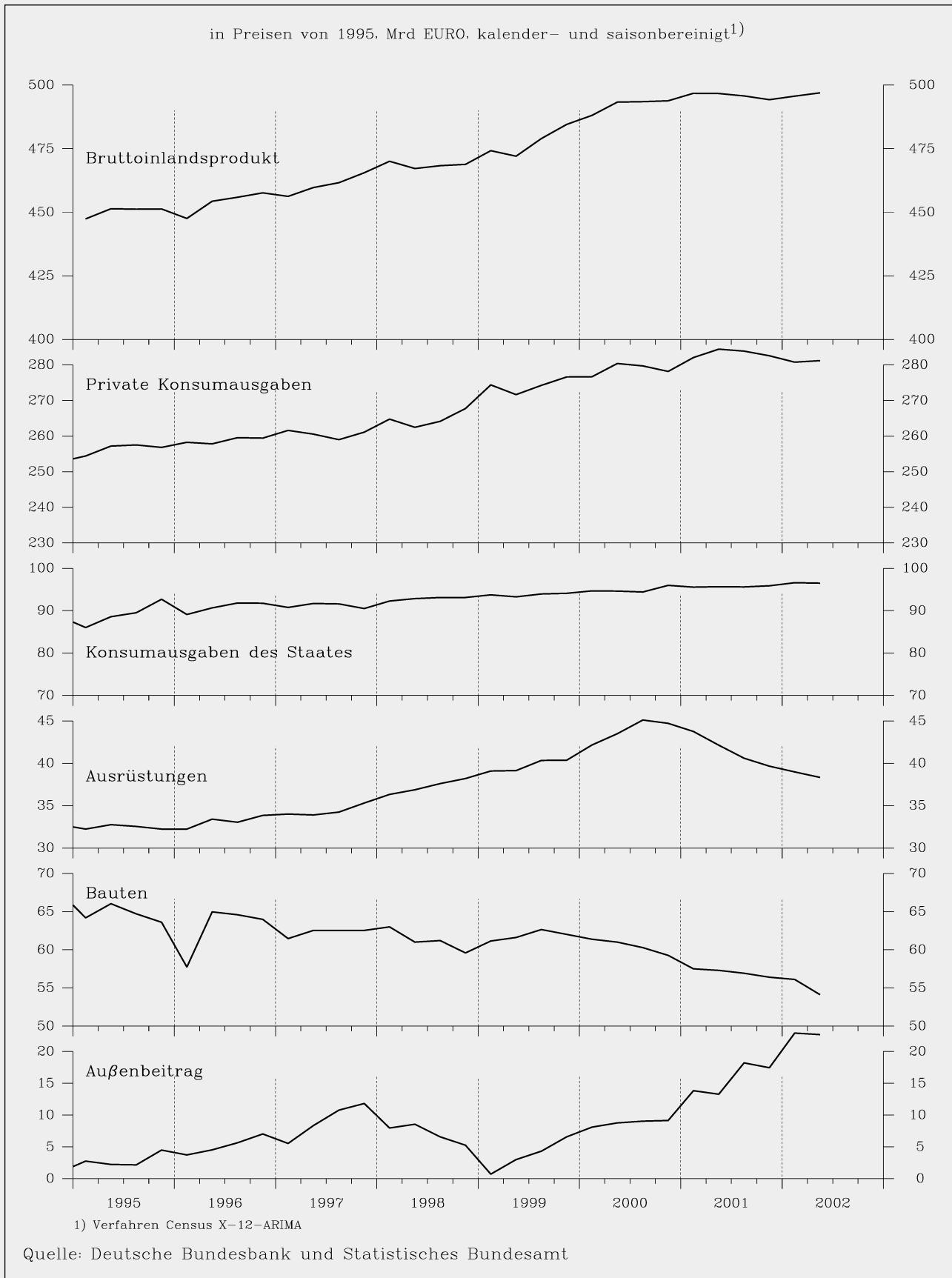
³⁾ Kalendereinfluss nicht ausgeschaltet.

⁴⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

⁵⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁶⁾ Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2002				
	April	Mai	Juni	Juli ^p	Juni/ Juli ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,4	- 1,6	+ 2,0	- 1,0	+ 0,7
Industrie ³	- 0,2	- 1,6	+ 2,4	- 0,9	+ 1,1
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,8	- 0,7	+ 1,4	- 0,7	+ 0,7
- Investitionsgüterproduzenten	+ 0,9	- 3,1	+ 4,2	- 1,4	+ 1,9
- Konsumgüterproduzenten	- 1,2	- 0,8	+ 1,3	- 0,6	+ 0,6
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,8	- 4,2	+ 5,7	+ 3,3	+ 5,2
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 1,2	+ 0,1	+ 0,2	- 1,4	- 0,5
Energie ⁴	+ 1,2	+ 2,3	- 2,2	- 3,5	- 2,8
Bauhauptgewerbe ⁵	- 4,0	- 4,4	+ 1,4	+ 0,6	- 0,7
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2002				
	April	Mai	Juni	Juli ^p	Jan.- Juli ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 1,9	- 4,1	- 2,0	- 1,9	- 3,0
Industrie ³	- 2,0	- 4,1	- 1,8	- 1,3	- 3,2
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,9	- 2,2	- 1,2	- 0,1	- 2,0
- Investitionsgüterproduzenten	- 2,7	- 6,4	- 1,8	- 2,1	- 4,6
- Konsumgüterproduzenten	- 3,2	- 3,3	- 2,6	- 2,2	- 2,5
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 9,7	- 12,8	- 8,0	- 2,0	- 8,0
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 1,5	- 0,9	- 1,2	- 2,3	- 1,2
Energie ⁴	- 1,2	+ 2,1	+ 1,4	- 2,5	- 0,5
Bauhauptgewerbe ⁵	- 1,5	- 8,8	- 7,2	- 7,0	- 4,4
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2001			2002	
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe
	2001	2002			
	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

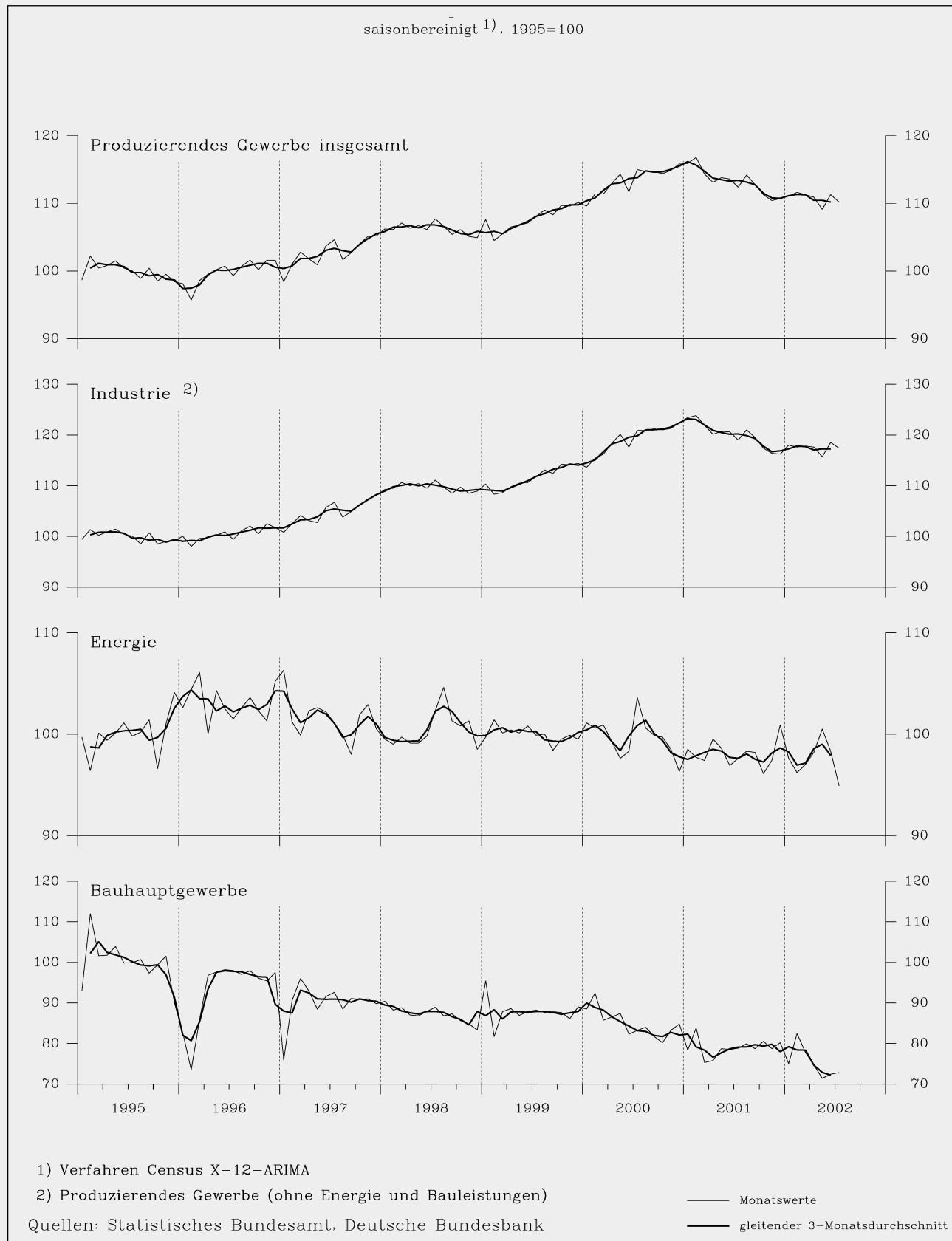
⁷ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.2 Früheres Bundesgebiet

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2 0 0 2				
	April	Mai	Juni	Juli ^p	Juni/Juli ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,2	- 1,7	+ 2,1	- 0,8	+ 0,8
Industrie ³	0	- 1,7	+ 2,5	- 0,7	+ 1,2
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,6	- 0,7	+ 1,5	- 0,4	+ 1,0
- Investitionsgüterproduzenten	+ 1,0	- 3,0	+ 4,2	- 1,2	+ 2,0
- Konsumgüterproduzenten	- 1,0	- 1,0	+ 1,2	- 0,3	+ 0,6
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 2,1	- 4,6	+ 6,0	+ 5,0	+ 6,0
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,8	- 0,1	+ 0,1	- 1,6	- 0,8
Energie ⁴	+ 1,3	+ 2,4	- 2,5	- 3,4	- 2,9
Bauhauptgewerbe ⁵	- 3,9	- 4,7	+ 1,5	+ 1,2	- 0,4
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2 0 0 2				
	April	Mai	Juni	Juli ^p	Jan.-Juli ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 2,0	- 4,2	- 2,1	- 1,8	- 3,2
Industrie ³	- 2,4	- 4,5	- 2,1	- 1,4	- 3,5
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,3	- 2,7	- 1,5	- 0,2	- 2,4
- Investitionsgüterproduzenten	- 3,1	- 6,6	- 2,1	- 1,9	- 4,8
- Konsumgüterproduzenten	- 3,3	- 3,6	- 3,2	- 2,4	- 2,9
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 10,2	- 13,6	- 8,7	- 1,6	- 8,3
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 1,4	- 1,0	- 1,7	- 2,7	- 1,5
Energie ⁴	- 1,3	+ 2,4	+ 1,3	- 2,7	- 0,6
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 0,2	- 7,2	- 5,5	- 5,1	- 2,8
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2001			2002	
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ⁸	85,5	84,6	82,8	83,3	83,8
	2001				
	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	60,8	59,2	57,8	56,6	57,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

⁷ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

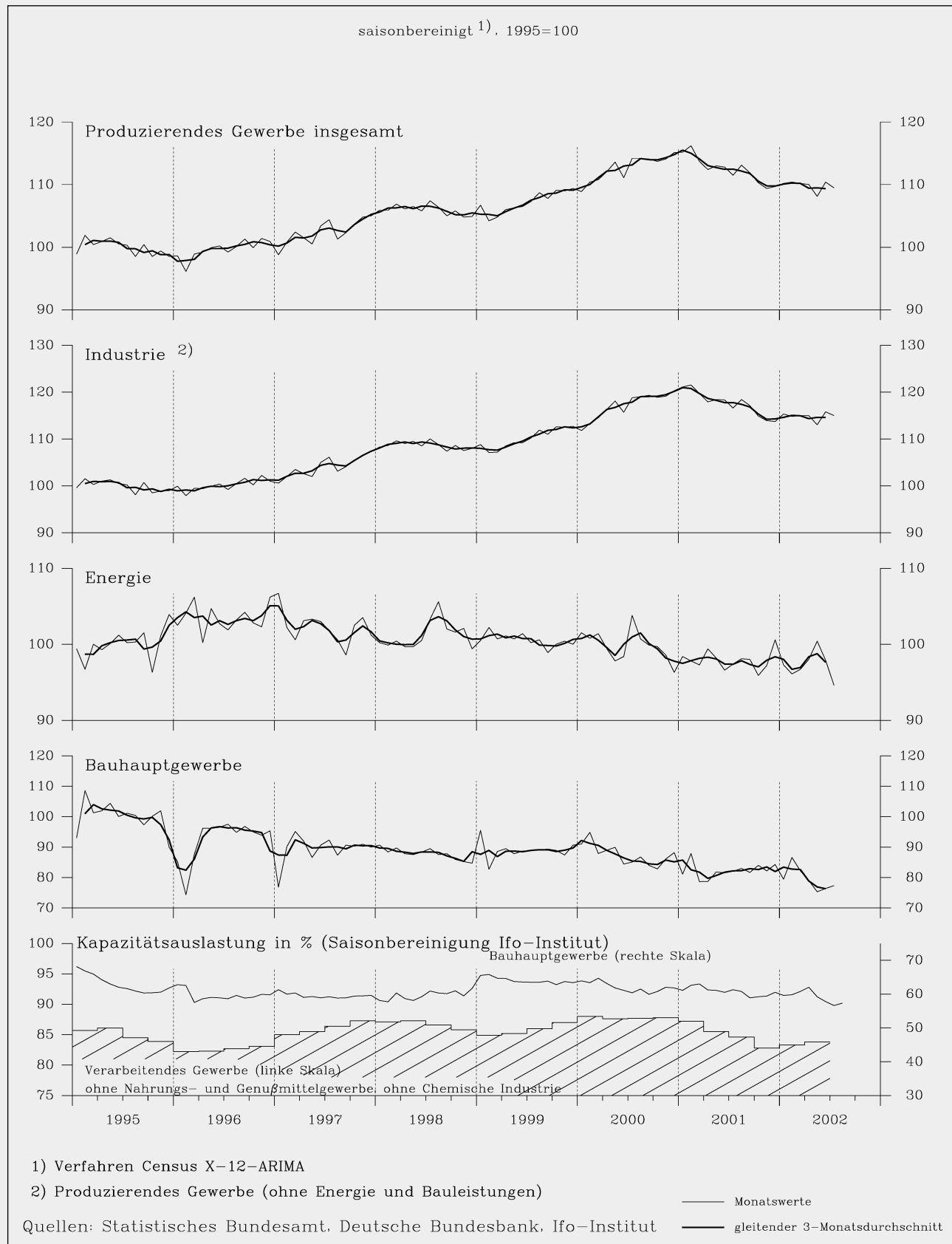
⁸ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.2 Früheres Bundesgebiet



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2002				
	April	Mai	Juni	Juli ^p	Juni/Juli ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 2,6	- 0,7	+ 1,3	- 3,5	- 0,7
Industrie ³	- 2,5	- 0,6	+ 1,6	- 3,6	- 0,5
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,6	- 0,2	- 0,6	- 3,0	- 2,2
- Investitionsgüterproduzenten	- 1,0	- 3,6	+ 5,8	- 5,7	+ 0,9
- Konsumgüterproduzenten	- 4,0	+ 2,1	+ 0,8	- 2,4	+ 0,7
. Gebrauchsgüterproduzenten	+ 2,1	+ 0,8	+ 3,3	- 15,2	- 4,2
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 5,1	+ 2,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,6
Energie ⁴	+ 0,4	+ 1,9	- 0,3	- 3,6	- 1,2
Bauhauptgewerbe ⁵	- 5,0	- 2,9	+ 0,9	- 2,4	- 1,9
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2002				
	April	Mai	Juni	Juli ^p	Jan.-Juli ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	0	- 2,7	- 0,9	- 3,9	- 0,7
Industrie ³	+ 2,4	+ 0,3	+ 2,4	- 0,9	+ 1,5
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,4	+ 3,3	+ 2,3	+ 1,0	+ 3,0
- Investitionsgüterproduzenten	+ 3,6	- 3,9	+ 2,8	- 4,9	0
- Konsumgüterproduzenten	- 2,2	- 0,3	+ 2,3	0	+ 0,8
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 3,3	- 5,1	+ 1,0	- 6,0	- 4,7
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 2,0	+ 0,6	+ 2,6	+ 1,0	+ 2,0
Energie ⁴	- 0,3	+ 0,2	+ 2,4	- 1,0	+ 0,4
Bauhauptgewerbe ⁵	- 9,7	- 15,4	- 14,8	- 15,8	- 11,2
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2001		2002		
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe	82,2	81,0	79,0	77,7	79,7
	2001	2002			
	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	65,2	66,1	65,9	67,1	68,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

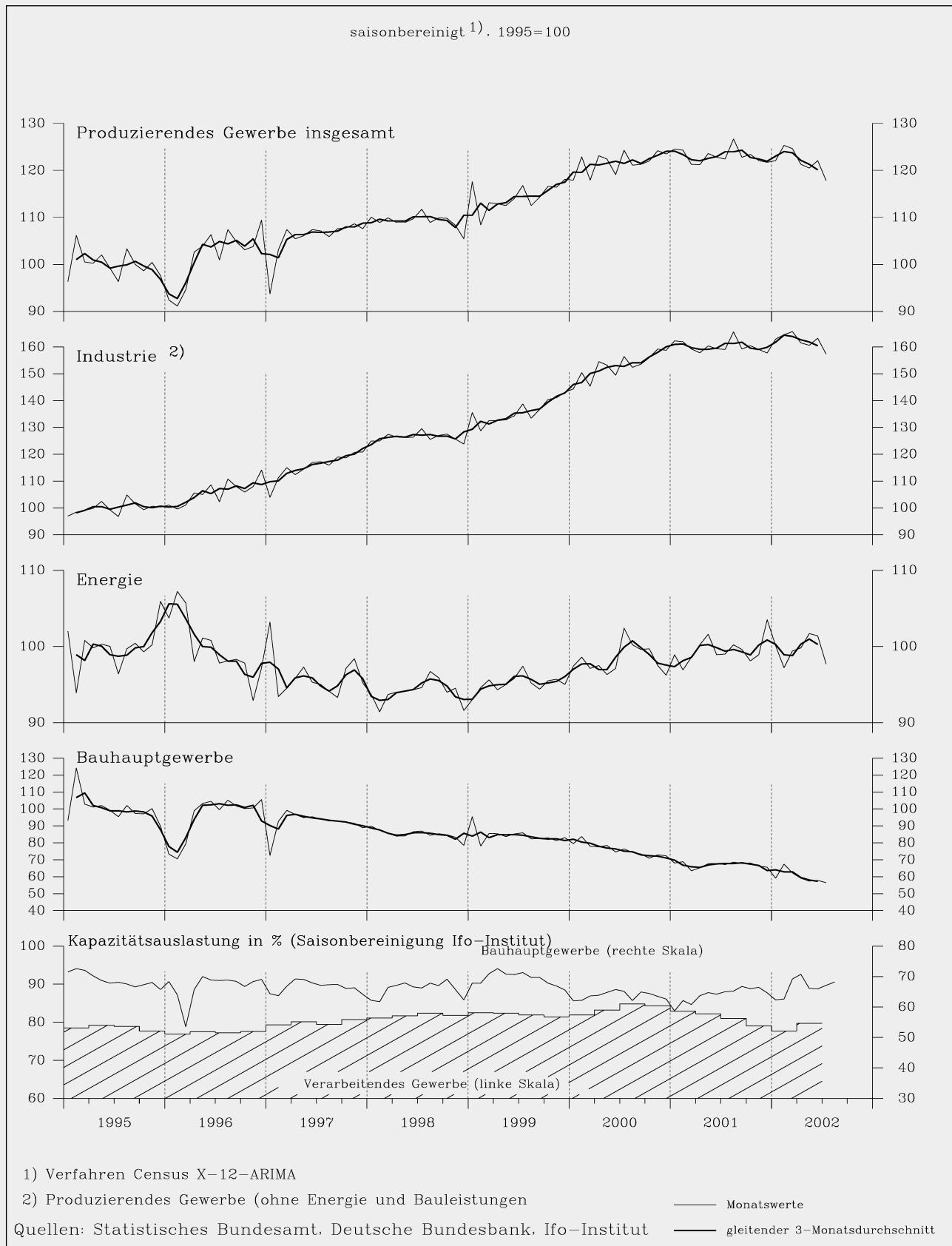
⁷ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost



2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Mai	Juni	Juli ^p	Juni/Juli ^p	Mai	Juni	Juli ^p	Juni/Juli ^p
Industrie insgesamt³	+ 3,4	- 3,3	- 0,9	- 2,1	+ 3,3	- 3,3	- 0,9	- 2,2
Inland	- 2,0	+ 0,7	+ 0,2	- 0,3	- 1,9	+ 0,6	0	- 0,4
Ausland	+ 9,6	- 7,4	- 1,9	- 4,1	+ 9,4	- 7,4	- 2,0	- 4,2
Vorleistungsgüterproduzenten	0	- 0,7	+ 0,3	- 0,5	- 0,1	- 1,1	+ 0,3	- 1,0
Inland	- 0,9	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,5	- 0,9	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1
Ausland	+ 1,3	- 3,0	+ 0,4	- 2,2	+ 1,1	- 3,4	+ 0,5	- 2,6
Investitionsgüterproduzenten	+ 7,3	- 5,9	- 1,3	- 3,2	+ 7,0	- 5,6	- 1,4	- 3,1
Inland	- 3,2	+ 0,9	+ 1,0	- 0,2	- 3,3	+ 1,1	+ 0,7	- 0,2
Ausland	+ 16,3	- 10,8	- 3,1	- 5,5	+ 16,2	- 10,6	- 3,2	- 5,5
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 1,2	- 0,3	- 2,7	- 2,3	- 1,1	- 0,2	- 2,8	- 2,2
Inland	- 1,4	- 0,1	- 2,6	- 2,1	- 1,3	- 0,2	- 2,6	- 2,1
Ausland	- 0,7	- 0,6	- 2,7	- 2,4	- 0,6	- 0,3	- 3,2	- 2,2
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵								
Auftragseingang ²	Werte				Volumen			
	2002							
	Mai	Juni	Juli ^p	Jan.-Juli ^p	Mai	Juni	Juli ^p	Jan.-Juli ^p
Industrie insgesamt³	- 5,1	+ 1,0	+ 3,4	- 2,0	- 5,2	+ 1,0	+ 3,0	- 2,1
Inland	- 10,2	+ 0,3	+ 0,8	- 4,9	- 10,3	+ 0,1	+ 0,5	- 5,0
Ausland	+ 0,9	+ 1,9	+ 6,4	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,0	+ 6,2	+ 1,5
Vorleistungsgüterproduzenten	- 6,7	+ 1,9	+ 5,0	- 2,0	- 5,2	+ 3,1	+ 5,8	- 0,3
Inland	- 9,2	0	+ 2,9	- 4,6	- 7,8	+ 1,1	+ 3,3	- 3,1
Ausland	- 3,1	+ 4,6	+ 8,5	+ 2,0	- 1,1	+ 6,4	+ 9,8	+ 4,2
Investitionsgüterproduzenten	- 3,3	+ 0,5	+ 3,3	- 1,8	- 4,6	- 0,4	+ 2,0	- 3,2
Inland	- 10,9	+ 1,6	+ 0,5	- 5,0	- 12,3	+ 0,5	- 0,9	- 6,4
Ausland	+ 3,2	- 0,2	+ 5,8	+ 0,9	+ 2,1	- 1,2	+ 4,7	- 0,3
Gebrauchsgüterproduzenten	- 6,9	+ 5,4	- 4,6	- 3,9	- 7,1	+ 5,4	- 5,3	- 4,4
Inland	- 11,4	- 3,0	- 5,9	- 7,6	- 11,8	- 3,5	- 6,8	- 8,4
Ausland	+ 3,0	+ 23,5	- 2,0	+ 4,4	+ 3,0	+ 24,1	- 2,2	+ 4,1
Verbrauchsgüterproduzenten	- 8,2	- 3,2	0	- 1,6	- 8,7	- 3,4	- 0,3	- 2,3
Inland	- 11,4	- 3,0	- 2,7	- 4,0	- 11,7	- 3,4	- 3,1	- 4,6
Ausland	- 1,0	- 3,8	+ 5,2	+ 3,1	- 1,5	- 3,6	+ 4,9	+ 2,5
Nachrichtlich:								
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 7,4	+ 2,0	- 2,7	- 3,1	- 7,7	+ 1,9	- 3,2	- 3,6
Inland	- 11,3	- 3,0	- 4,4	- 6,1	- 11,8	- 3,5	- 5,1	- 6,8
Ausland	+ 1,8	+ 14,3	+ 0,6	+ 3,9	+ 1,6	+ 14,8	+ 0,3	+ 3,5
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)								
Auftragsbestand	2000		2001			2002		
	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni

Verarbeitendes Gewerbe insgesamt
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe
Investitionsgüter prod. Gewerbe
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

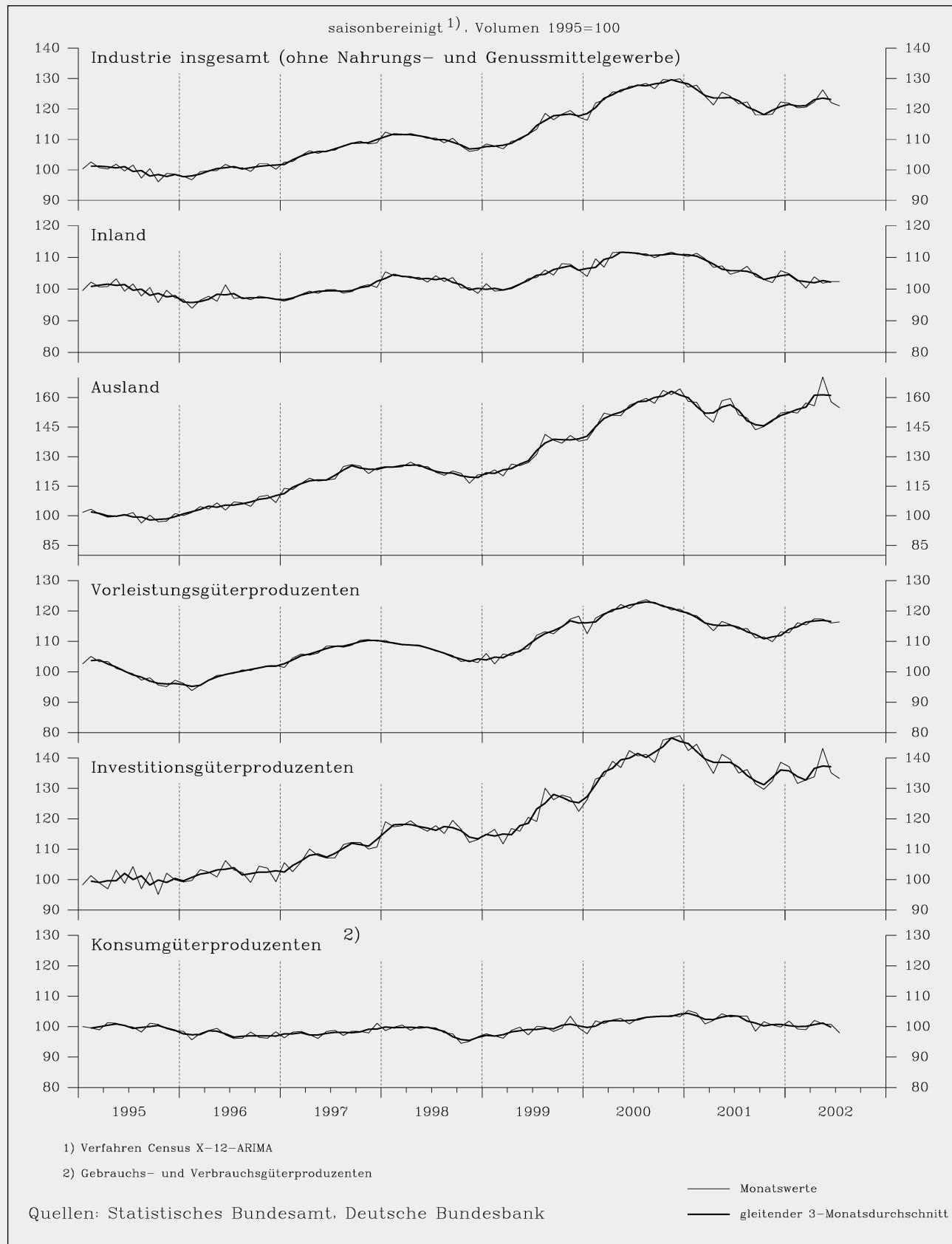
⁶ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Mai	Juni	Juli ^p	Juni/Juli ^p	Mai	Juni	Juli ^p	Juni/Juli ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	+ 3,7	- 3,6	- 0,5	- 2,1	+ 3,5	- 3,5	- 0,6	- 2,1
Inland	- 2,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,4	- 2,3	+ 0,3	+ 0,6	- 0,6
Ausland	+ 10,4	- 7,5	- 1,8	- 3,8	+ 10,1	- 7,4	- 1,9	- 4,0
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,3	- 0,6	0	- 0,5	+ 0,1	- 0,9	- 0,1	- 0,9
Investitionsgüterproduzenten	+ 7,7	- 6,4	- 0,4	- 3,1	+ 7,5	- 6,1	- 0,7	- 3,0
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 1,6	- 0,4	- 2,2	- 2,3	- 1,5	- 0,4	- 2,5	- 2,4
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	- 0,5	+ 0,5	- 5,0	- 2,2	- 0,7	+ 0,3	- 4,5	- 2,3
Inland	+ 1,6	+ 3,6	- 5,8	+ 1,4	+ 1,0	+ 3,5	- 5,5	+ 1,1
Ausland	- 4,4	- 5,8	- 3,3	- 9,5	- 4,4	- 6,4	- 1,9	- 9,4
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,9	- 2,3	+ 3,6	- 1,4	- 1,7	- 2,7	+ 3,7	- 1,8
Investitionsgüterproduzenten	- 0,2	+ 3,4	- 13,9	- 3,9	- 1,0	+ 3,6	- 13,2	- 3,8
Konsumgüterproduzenten ⁴	+ 4,6	+ 2,0	- 7,0	+ 0,6	+ 4,4	+ 2,0	- 6,9	+ 0,6
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Mai	Juni	Juli ^p	Jan.-Juli ^p	Mai	Juni	Juli ^p	Jan.-Juli ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	- 5,1	+ 0,7	+ 3,3	- 2,3	- 5,2	+ 0,7	+ 2,9	- 2,4
Inland	- 10,7	- 0,5	+ 0,8	- 5,3	- 10,8	- 0,5	+ 0,3	- 5,4
Ausland	+ 1,3	+ 2,0	+ 6,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,1	+ 6,1	+ 1,1
Vorleistungsgüterproduzenten	- 7,6	+ 1,8	+ 4,5	- 2,6	- 6,1	+ 3,1	+ 5,3	- 0,9
Investitionsgüterproduzenten	- 2,4	+ 0,1	+ 3,8	- 2,1	- 3,8	- 0,9	+ 2,5	- 3,5
Gebrauchsgüterproduzenten	- 6,9	+ 5,3	- 4,3	- 3,7	- 7,1	+ 5,4	- 4,9	- 4,3
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	- 9,1	- 3,7	- 0,6	- 2,2	- 9,7	- 3,9	- 0,9	- 2,9
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 7,7	+ 1,7	- 2,8	- 3,1	- 8,1	+ 1,7	- 3,3	- 3,8
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	- 5,9	+ 4,9	+ 2,6	+ 2,4	- 5,4	+ 5,3	+ 3,4	+ 3,2
Inland	- 5,7	+ 7,3	+ 1,5	- 1,0	- 5,2	+ 7,5	+ 1,8	- 0,2
Ausland	- 6,6	+ 0,1	+ 5,2	+ 9,6	- 5,7	+ 0,6	+ 7,0	+ 10,7
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,9	+ 2,5	+ 9,3	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,0	+ 10,4	+ 6,2
Investitionsgüterproduzenten	- 15,5	+ 7,6	- 5,2	+ 0,7	- 16,3	+ 6,9	- 5,1	+ 0,1
Gebrauchsgüterproduzenten	- 7,3	+ 7,2	- 8,3	- 6,4	- 8,3	+ 6,6	- 9,0	- 7,2
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	+ 7,3	+ 3,6	+ 11,0	+ 8,5	+ 7,0	+ 3,5	+ 10,9	+ 8,1
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 1,8	+ 5,7	- 0,2	- 0,6	- 2,5	+ 5,3	- 0,6	- 1,2
	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)							
	2000		2001			2002		
	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Auftragsbestand								
Früheres Bundesgebiet								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ^{7b}	3,1	3,0	2,9	3,0	2,8	2,9	2,7	2,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ⁸	2,5	2,5	2,5	2,7	2,5	2,4	2,3	2,2
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,8	3,5	3,6	3,5	3,3	3,4	3,3	3,5
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,1	2,1	1,9	1,9	2,0	1,9	1,8	1,9
Neue Länder und Berlin-Ost								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	3,1	3,0	3,2	3,1	2,8	2,2	2,4	2,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,0	2,0	2,0	2,3	1,8	1,4	1,4	1,6
Investitionsgüter prod. Gewerbe	4,1	4,1	4,4	4,2	3,6	2,9	3,2	2,9
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1,9	1,9	2,1	1,9	1,7	1,9	1,7	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁶ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

⁷ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

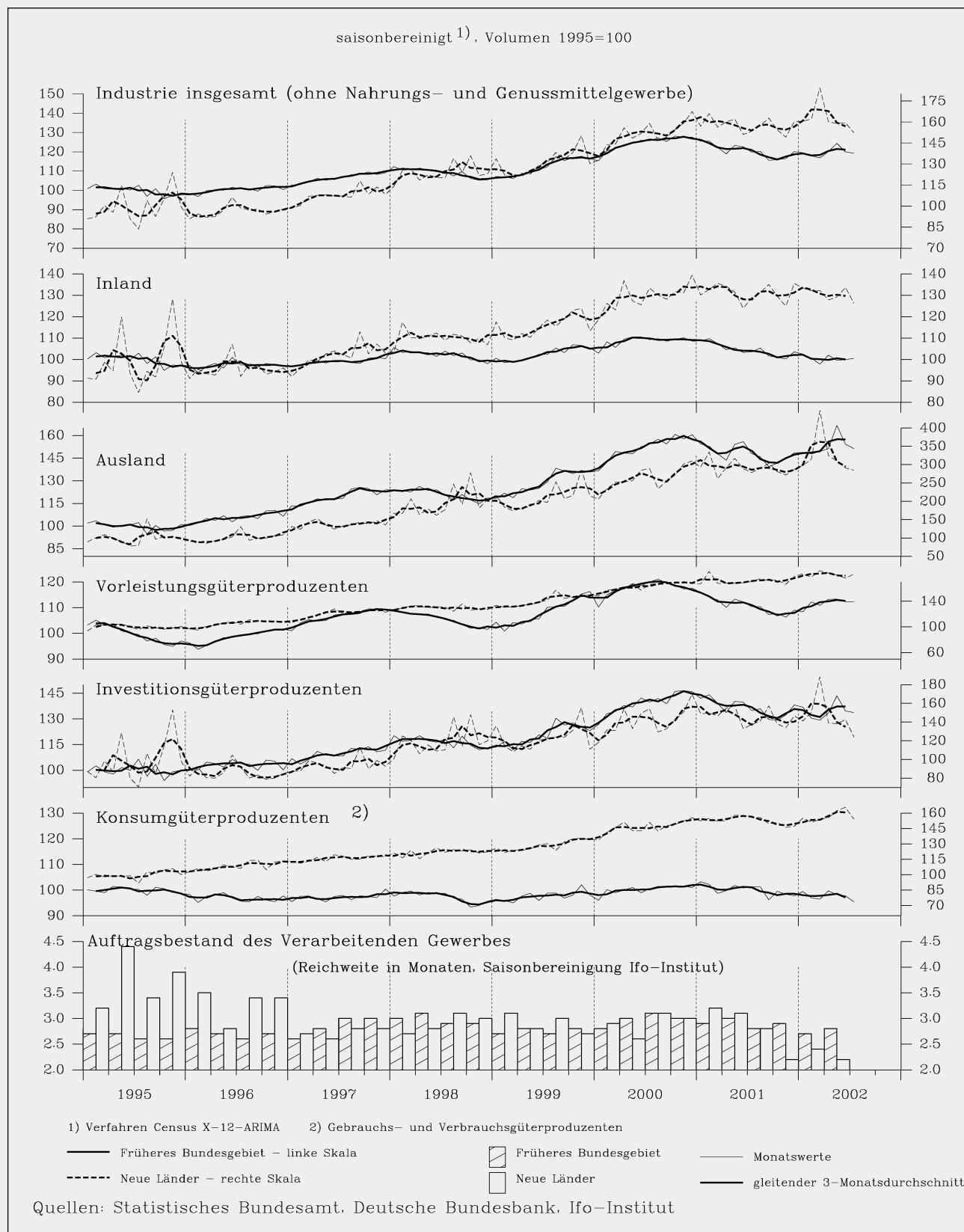
⁸ Ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Mai	Juni	Juli	Juni/Juli	Mai	Juni ^p	Juli ^p	Juni/Juli ^p
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 9,1	+ 5,3	- 3,0	- 1,2	- 9,0	+ 5,1	- 2,8	- 1,3
Hochbau	- 8,0	+ 7,2	- 4,3	+ 0,5	- 7,6	+ 6,8	- 4,3	+ 0,3
Wohnungsbau	- 6,0	- 1,2	- 8,4	- 8,4	- 5,9	- 1,4	- 8,3	- 8,3
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 9,2	+ 12,3	- 2,2	+ 5,6	- 8,7	+ 11,8	- 2,1	+ 5,6
- Gewerblicher Hochbau	- 5,0	+ 8,7	+ 0,6	+ 6,2
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Hochbau	- 22,0	+ 25,5	- 10,9	+ 4,1
Tiefbau	- 10,4	+ 3,3	- 1,6	- 3,1	- 10,4	+ 3,1	- 1,4	- 3,2
Straßenbau	+ 2,5	- 0,8	- 7,5	- 3,3	+ 2,6	- 1,1	- 7,5	- 3,5
Tiefbau ohne Straßenbau	- 16,8	+ 5,8	+ 1,7	- 3,0	- 16,6	+ 5,5	+ 2,0	- 3,1
- Gewerblicher Tiefbau	- 24,7	+ 7,5	+ 1,4	- 6,9
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Tiefbau	- 7,4	+ 4,0	+ 2,2	+ 1,2
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Mai	Juni	Juli	Jan.-Juli	Mai	Juni ^p	Juli ^p	Jan.-Juli ^p
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 16,4	- 10,6	- 3,8	- 6,1	- 16,0	- 10,1	- 3,3	- 5,7
Hochbau	- 21,1	- 16,6	- 10,0	- 11,7	- 20,6	- 16,0	- 9,7	- 11,1
Wohnungsbau	- 19,2	- 22,1	- 13,3	- 17,1	- 18,8	- 21,8	- 12,8	- 16,6
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 22,3	- 13,3	- 8,4	- 8,7	- 21,8	- 12,7	- 7,9	- 8,0
- Gewerblicher Hochbau	- 23,1	- 9,0	- 10,2	- 9,6
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Hochbau	- 18,6	- 23,7	- 1,5	- 4,7
Tiefbau	- 10,5	- 2,7	+ 3,8	+ 1,5	- 10,1	- 2,4	+ 4,4	+ 1,9
Straßenbau	- 8,7	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,5	- 8,6	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,6
Tiefbau ohne Straßenbau	- 11,7	- 4,5	+ 5,6	+ 1,3	- 11,2	- 4,0	+ 6,2	+ 1,9
- Gewerblicher Tiefbau	- 7,3	- 1,1	+ 12,2	+ 9,9
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Tiefbau	- 15,1	- 7,5	- 0,3	- 6,0
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)							
	2001				2002			
	April	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bauhauptgewerbe insgesamt
Hochbau
Tiefbau

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Mai	Juni	Juli	Juni/Juli	Mai	Juni ^p	Juli ^p	Juni/Juli ^p
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 11,0	+ 8,5	- 3,3	+ 0,5	- 10,7	+ 8,3	- 3,2	+ 0,5
Hochbau	- 9,3	+ 9,1	- 3,1	+ 2,3	- 9,0	+ 9,0	- 3,0	+ 2,4
Wohnungsbau	- 7,2	0	- 10,5	- 8,8	- 7,2	0	- 10,5	- 8,7
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 10,5	+ 14,7	+ 1,1	+ 8,9	- 10,1	+ 14,5	+ 1,2	+ 9,1
Tiefbau	- 12,9	+ 7,4	- 3,7	- 1,8	- 12,9	+ 7,4	- 3,6	- 1,8
Straßenbau	- 0,3	+ 3,5	- 7,4	- 0,5	- 0,2	+ 3,5	- 7,3	- 0,3
Tiefbau ohne Straßenbau	- 19,0	+ 9,8	- 1,6	- 2,6	- 18,8	+ 9,6	- 1,6	- 2,5
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 2,7	- 4,4	- 2,1	- 6,7	- 2,9	- 4,6	- 2,1	- 7,0
Hochbau
Wohnungsbau
Hochbau ohne Wohnungsbau
Tiefbau
Straßenbau
Tiefbau ohne Straßenbau
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Mai	Juni	Juli	Jan.-Juli	Mai	Juni ^p	Juli ^p	Jan.-Juli ^p
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 17,7	- 9,0	- 2,6	- 5,9	- 17,3	- 8,6	- 1,9	- 5,4
Hochbau	- 21,5	- 14,5	- 7,2	- 10,3	- 20,9	- 14,0	- 6,6	- 9,7
Wohnungsbau	- 15,0	- 18,9	- 10,3	- 14,4	- 14,3	- 18,3	- 9,8	- 13,8
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 24,8	- 12,0	- 5,7	- 7,9	- 24,4	- 11,5	- 5,2	- 7,4
Tiefbau	- 12,6	- 1,6	+ 3,9	+ 0,3	- 12,2	- 1,1	+ 4,6	+ 0,8
Straßenbau	- 5,8	+ 4,7	+ 3,7	+ 3,5	- 5,2	+ 5,3	+ 4,3	+ 4,0
Tiefbau ohne Straßenbau	- 16,7	- 5,3	+ 4,1	- 1,3	- 16,1	- 4,9	+ 4,6	- 0,7
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 11,4	- 15,2	- 8,1	- 6,7	- 11,2	- 15,2	- 8,2	- 6,5
Hochbau	- 19,3	- 24,6	- 21,9	- 17,8	- 18,7	- 24,1	- 21,5	- 17,3
Wohnungsbau	- 33,6	- 34,1	- 24,5	- 27,6	- 33,2	- 33,8	- 24,2	- 27,3
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 8,3	- 18,5	- 20,5	- 12,0	- 7,4	- 17,8	- 20,0	- 10,9
Tiefbau	- 4,4	- 5,9	+ 3,9	+ 4,5	- 4,7	- 6,3	+ 3,5	+ 4,7
Straßenbau	- 15,9	- 11,5	- 5,3	- 4,0	- 17,0	- 12,9	- 7,3	- 5,2
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 4,1	- 1,9	+ 9,7	+ 9,6	+ 4,6	- 1,5	+ 10,3	+ 10,5
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)							
	2001				2002			
	April	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Früheres Bundesgebiet								
Bauhauptgewerbe insgesamt	2,7	2,6	2,7	2,8	2,5	2,5	2,4	2,3
Hochbau	2,6	2,5	2,7	2,8	2,4	2,4	2,3	2,3
Tiefbau	3,0	2,9	2,9	2,9	2,8	2,8	2,6	2,4
Neue Länder und Berlin-Ost								
Bauindustrie insgesamt	2,1	1,9	1,9	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9
Hochbau	2,2	1,9	2,0	2,0	1,8	1,8	1,8	1,8
Tiefbau	1,9	2,0	1,8	1,9	2,1	2,0	2,1	2,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

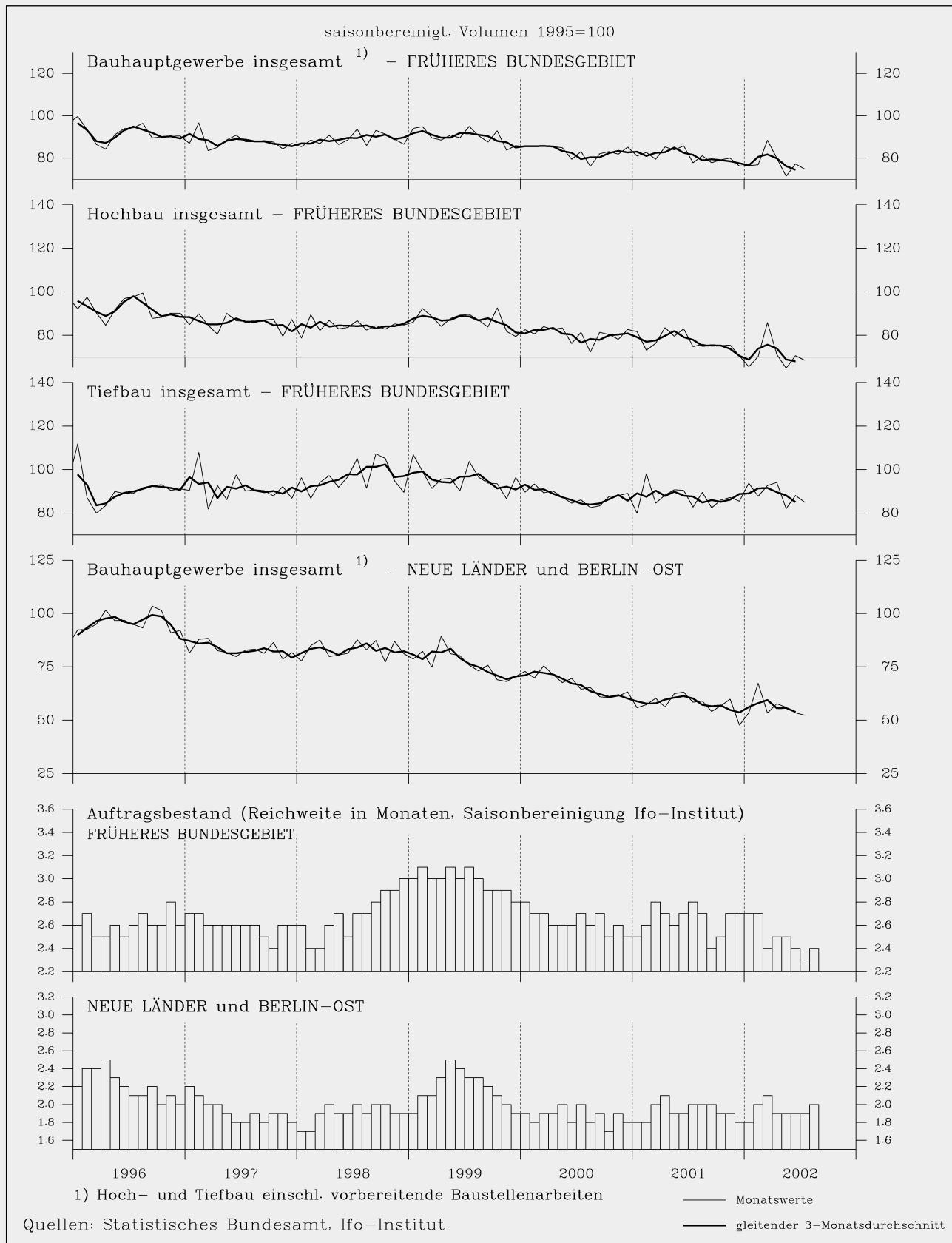
³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des ifo-Instituts.

2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



3 Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

	Veränderung gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Mai	Juni	Juli	Juni/Juli	Mai	Juni	Juli	Juni/Juli
Einzelhandel insgesamt	- 0,8	- 0,3	- 2,7	- 2,1	- 0,7	- 0,3	- 2,4	- 1,9
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	- 0,9	- 0,4	- 3,7	- 2,7	- 0,6	- 0,1	- 3,4	- 2,1
	Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in % ²							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Mai	Juni	Juli	Jan.-Juli	Mai	Juni	Juli	Jan.-Juli
Einzelhandel (EH) insgesamt	- 4,8	- 2,5	- 0,8	- 1,8	- 5,3	- 2,6	- 0,8	- 2,7
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	- 4,5	- 3,6	- 2,4	- 2,5	- 4,8	- 3,4	- 1,7	- 3,1
EH mit Waren verschiedener Art ^{3,4}	- 1,5	- 3,2	- 2,5	- 0,6	- 2,2	- 3,3	- 2,6	- 2,1
Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	- 0,9	- 2,8	- 2,9	+ 0,1	- 1,5	- 3,0	- 2,9	- 1,6
Sonstige Waren verschiedener Art	- 6,3	- 5,4	- 1,1	- 5,4	- 6,9	- 5,9	- 1,4	- 6,4
Fach-Einzelhandel ⁵ mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ³	- 4,4	- 5,2	- 4,7	- 2,7	- 5,5	- 5,8	- 5,1	- 4,5
Apotheken; Fach-Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ³	- 0,2	+ 1,6	- 1,2	+ 2,5	- 0,1	+ 1,9	+ 0,3	+ 2,7
Sonstiger Fach-Einzelhandel ³	- 10,0	- 7,0	- 1,4	- 6,1	- 10,5	- 7,5	- 1,8	- 6,9
darunter: Bekleidung	- 8,8	- 0,7	+ 1,6	- 3,7	- 9,0	- 0,7	+ 2,1	- 4,2
Möbel, Einrichtungsgegenstände und Hausrat a.n.g.	- 13,2	- 13,6	- 2,0	- 9,2	- 14,6	- 15,0	- 3,4	- 10,9
Elektrische Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie Musikinstrumente	- 10,6	- 15,0	- 8,0	- 13,7	- 10,0	- 14,5	- 7,6	- 13,3
Metallwaren, Anstrichmittel, Bau- und Heimwerkerbedarf	- 5,5	- 1,0	+ 3,9	- 0,6	- 5,6	- 1,0	+ 3,8	- 1,0
Fach-Einzelhandel a.n.g. ⁶	- 11,5	- 10,3	- 5,9	- 6,9	- 11,9	- 10,3	- 5,7	- 7,3
Antiquitäten und Gebrauchtwaren ³	+ 13,1	- 19,6	+ 4,4	+ 0,4	+ 12,2	- 20,1	+ 4,0	- 0,5
Nicht in Verkaufsräumen betriebener Einzelhandel ⁷	- 3,9	+ 0,3	- 5,3	- 4,1	- 1,0	+ 7,0	+ 1,8	- 0,1
Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen, Teilen und Zubehör; Tankstellen	- 5,8	+ 1,2	+ 4,7	+ 0,4	- 7,3	- 0,3	+ 3,2	- 1,3

Quellen: Statistisches Bundesamt.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt; Klassifikation WZ 93; 1995 = 100.

³ In Verkaufsräumen.

⁴ Breites bzw. gemischtes Waren sortiment z. B.: Warenhäuser, Supermärkte u. Ä.

⁵ Abgegrenztes Sortiment z. B.: Fachgeschäfte.

⁶ Zum Beispiel feinmechanische und optische Erzeugnisse, Computer, Sport und Freizeitbedarf.

⁷ Zum Beispiel Versandhandel, Verkaufsstände und Märkte.

3 Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

1995 = 100, saisonbereinigt



4 Außenwirtschaft

	Werte in Mrd. €					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	Juni	Juli	Jan.-Juli	Juni	Juli	Jan.-Juli
Einfuhr	46,0	45,9	322,6	45,7	43,0	299,7
Ausfuhr	53,5	55,3	375,6	56,4	55,1	373,4
Saldo der Handelsbilanz	+ 7,5	+ 9,4	+ 53,0	+ 10,8	+ 12,1	+ 73,8
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,4	- 0,4	- 3,3	- 0,2	- 0,6	- 2,8
Dienstleistungen	- 5,2	- 5,0	- 29,7	- 2,8	- 4,3	- 22,6
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 3,9	- 4,1	- 11,9	- 0,7	- 5,0	- 10,5
laufenden Übertragungen	- 3,1	- 2,6	- 16,1	- 3,0	- 1,8	- 15,0
Leistungsbilanz	- 5,0	- 2,7	- 8,0	+ 4,0	+ 0,5	+ 22,9
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum ¹						
2 0 0 2						
	1.Vj.	2.Vj.	Mai	Juni	Juli	Jan.-Juli
in Mrd. €						
Saldo der Handelsbilanz	+ 9,8	+ 8,3	+ 1,7	+ 3,3	+ 2,7	+ 20,8
Ergänzungen zum Warenverkehr	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	+ 0,5
Dienstleistungen	+ 2,0	+ 4,4	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,7	+ 7,1
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 0,9	+ 3,2	+ 0,5	+ 3,2	- 0,9	+ 1,4
laufenden Übertragungen	+ 0,5	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,1
Leistungsbilanz	+ 11,5	+ 16,2	+ 4,3	+ 9,0	+ 3,2	+ 30,9
in %						
Einfuhr	- 9,7	- 4,8	- 12,8	- 0,6	- 6,3	- 7,1
Ausfuhr	- 2,2	+ 1,0	- 7,8	+ 5,6	- 0,4	- 0,6
Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ²)						
2 0 0 2						
	Werte			Volumen ³		
	Juni	Juli	Juni / Juli	Mai	Juni	Mai / Juni
Einfuhr	+ 7,9	- 7,3	+ 0,9	- 7,2	+ 11,4	- 0,3
Ausfuhr	+ 5,2	- 4,4	+ 1,4	- 1,3	+ 5,9	+ 1,2

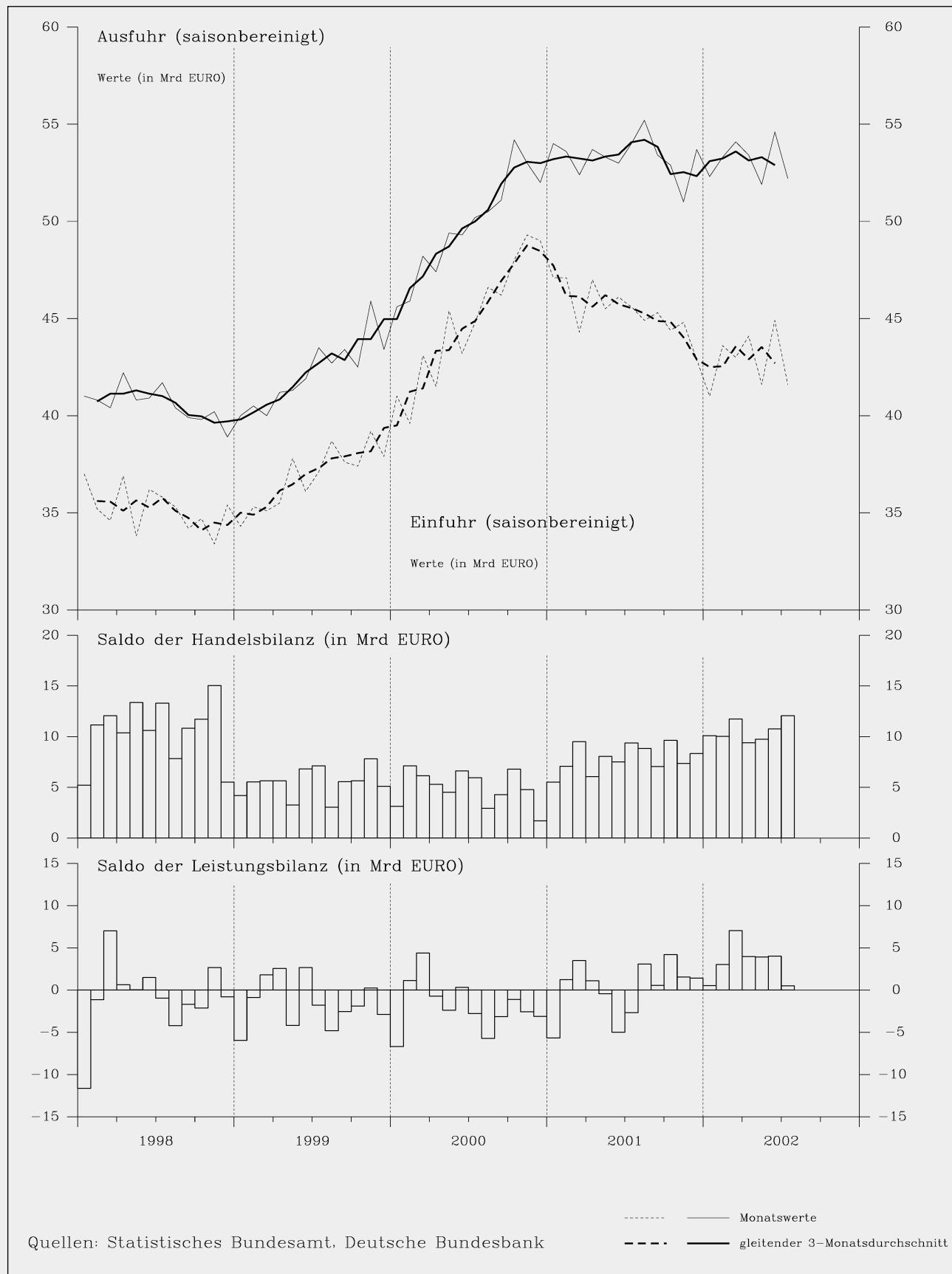
Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.

¹ Ursprungszahlen.

² Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

³ Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1991; Schätzung der Deutschen Bundesbank.

4 Außenwirtschaft



5 Arbeitsmarkt

5.1 Bundesrepublik Deutschland

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	Juni	Juli	Aug.	Juni	Juli	Aug.
Erwerbstätige insgesamt ¹	38 969	38 915	39 002	38 717	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 694	3 799	3 789	3 954	4 047	4 018
Zugänge an Arbeitslosen	526	672	547	561	694	615
Abgänge an Arbeitslosen	552	567	557	554	602	644
Arbeitslosenquote (in % ²)	8,9	9,2	9,2	9,5	9,7	9,6
Kurzarbeiter	109	103	92	202	173	143
Offene Stellen	542	522	508	497	471	458
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 2						
	Juni	Juli	Aug.	Juni	Juli	Aug.
Erwerbstätige insgesamt ¹	- 4	.	.	- 252	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 8	+ 93	- 29	+ 260	+ 248	+ 229
Zugänge an Arbeitslosen	+ 42	+ 133	- 79	+ 36	+ 23	+ 68
Abgänge an Arbeitslosen	- 44	+ 48	+ 42	+ 1	+ 35	+ 86
Kurzarbeiter	+ 1	- 29	- 30	+ 93	+ 70	+ 51
Offene Stellen	- 19	- 26	- 13	- 44	- 50	- 50
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 2						
	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Erwerbstätige insgesamt ¹	38 795	38 790	38 754	38 714	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 974	3 990	4 055	4 095	4 102	4 104
Arbeitslosenquote (in % ²)	9,6	9,6	9,7	9,8	9,8	9,9
Offene Stellen ⁵	0	0	0	0	0	0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 2						
	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Erwerbstätige insgesamt ¹	- 23	- 5	- 36	- 40	.	.
Arbeitslose insgesamt	- 3	+ 16	+ 65	+ 40	+ 7	+ 2
Offene Stellen ⁵	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Inlandskonzept.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

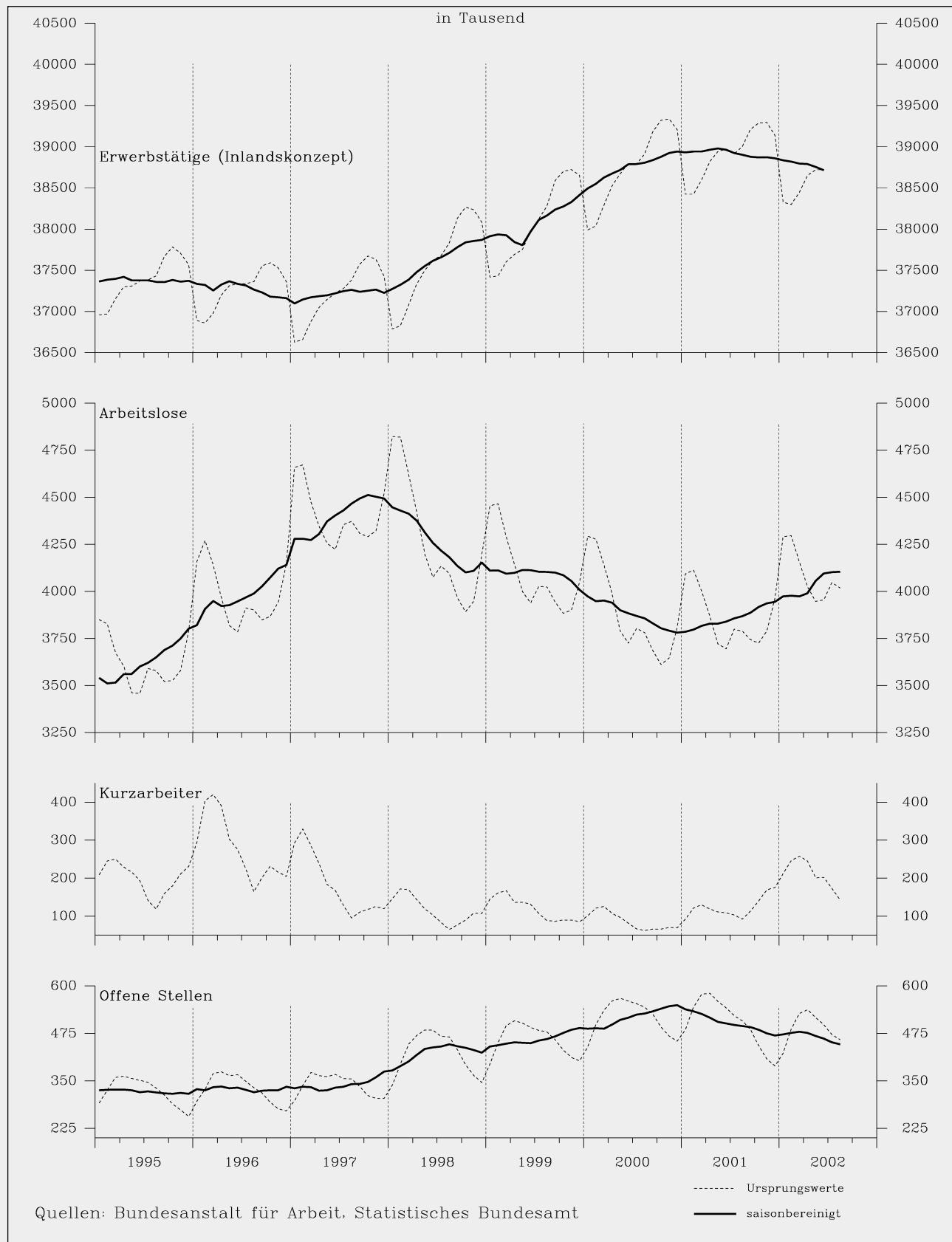
³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

⁵ Offene Stellen in Ostdeutschland nicht saisonbereinigt.

5 Arbeitsmarkt

5.1 Bundesrepublik Deutschland



5 Arbeitsmarkt

5.2 Früheres Bundesgebiet

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	Juni	Juli	Aug.	Juni	Juli	Aug.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 380	2 445	2 446	2 560	2 636	2 631
Zugänge an Arbeitslosen	359	453	388	374	496	439
Abgänge an Arbeitslosen	363	388	386	375	420	444
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,1	7,3	7,3	7,6	7,8	7,8
Kurzarbeiter	83	80	70	168	145	106
Offene Stellen	469	453	440	421	398	379
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 2						
Juni	Juli	Aug.	Juni	Juli	Aug.	
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 1	+ 76	- 5	+ 180	+ 191	+ 185
Zugänge an Arbeitslosen	+ 13	+ 122	- 57	+ 16	+ 43	+ 51
Abgänge an Arbeitslosen	- 28	+ 45	+ 24	+ 12	+ 32	+ 58
Kurzarbeiter	+ 2	- 23	- 38	+ 84	+ 65	+ 37
Offene Stellen	- 18	- 23	- 19	- 48	- 54	- 61
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 2						
März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 587	2 593	2 638	2 654	2 672	2 681
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,7	7,7	7,8	7,8	7,9	7,9
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 2						
März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 4	+ 6	+ 45	+ 16	+ 18	+ 9
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

5 Arbeitsmarkt

5.2 Früheres Bundesgebiet



5 Arbeitsmarkt

5.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	Juni	Juli	Aug.	Juni	Juli	Aug.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 314	1 354	1 342	1 394	1 411	1 387
Zugänge an Arbeitslosen	167	218	160	187	198	176
Abgänge an Arbeitslosen	189	179	171	179	182	199
Arbeitslosenquote (in % ²)	16,8	17,3	17,1	17,8	18,0	17,7
Kurzarbeiter	25	23	23	35	28	37
Offene Stellen	73	69	68	76	73	79
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 2						
	Juni	Juli	Aug.	Juni	Juli	Aug.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 9	+ 17	- 24	+ 80	+ 57	+ 45
Zugänge an Arbeitslosen	+ 29	+ 11	- 23	+ 20	- 20	+ 16
Abgänge an Arbeitslosen	- 16	+ 3	+ 18	- 10	+ 3	+ 28
Kurzarbeiter	- 1	- 6	+ 8	+ 9	+ 5	+ 14
Offene Stellen	- 2	- 3	+ 6	+ 4	+ 4	+ 11
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 2						
	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 387	1 397	1 417	1 441	1 430	1 423
Arbeitslosenquote (in % ²)	17,7	17,8	18,1	18,4	18,3	18,2
Offene Stellen	70	69	69	70	71	75
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 2						
	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 1	+ 10	+ 20	+ 24	- 11	- 7
Offene Stellen	+ 1	- 1	0	+ 1	+ 1	+ 4

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

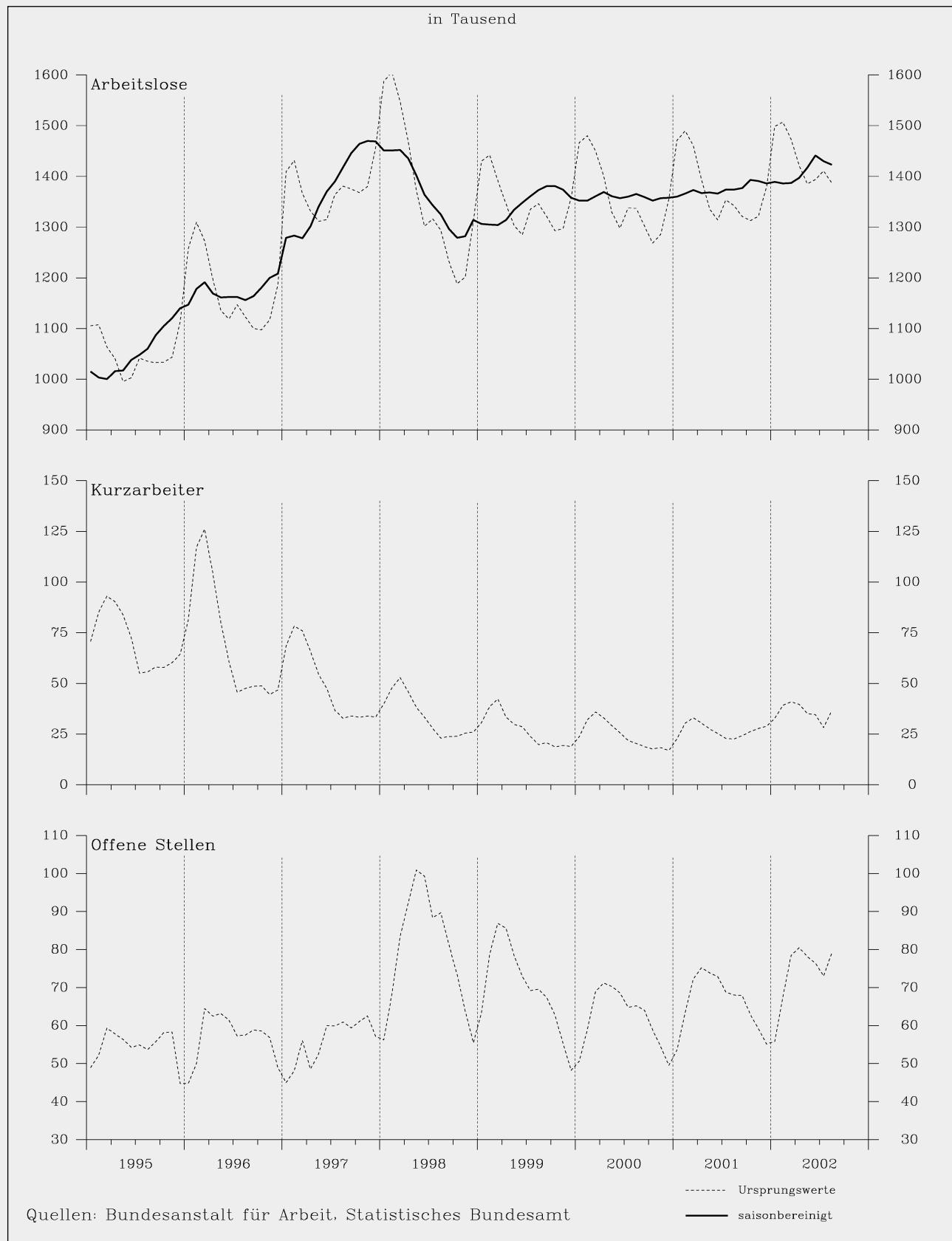
² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

5 Arbeitsmarkt

5.3 Neue Länder und Berlin-Ost



6 Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2002					
	Mai	Juni	Juli	Mai	Juni	Juli
Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾						
Insgesamt	0	- 0,1	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,0
Waren	- 0,3	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	- 0,2	+ 0,2
- Verbrauchsgüter	- 0,3	- 0,6	- 0,3	- 0,1	- 0,6	0
darunter:						
Nahrungsmittel	- 0,1	- 0,9	- 0,6	+ 0,4	- 0,8	- 0,9
darunter:						
Saisonwaren ²⁾	- 0,1	- 3,1	- 2,4	- 2,5	- 4,8	- 4,2
- Gebrauchsgüter mit mittl. Lebensdauer	- 0,2	- 0,1	- 0,5	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,6
- Langlebige Gebrauchsgüter	- 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3
Dienstleistungen	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9
darunter:						
- Wohnungsmiete	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte³⁾						
Insgesamt	0	- 0,1	- 0,3	- 0,9	- 1,1	- 1,0
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	- 0,1	- 0,2	- 0,3	- 2,7	- 3,0	- 2,4
- Energie	- 0,4	- 0,6	- 1,1	- 5,0	- 5,9	- 5,4
- Vorleistungsgüterproduzenten	0	+ 0,2	+ 0,2	- 1,1	- 0,7	- 0,1
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,2	0	0	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1
Konsumgüterproduzenten	0	- 0,1	- 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4
- Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,1	0	0	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,4
- Verbrauchsgüterproduzenten	0	- 0,2	0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte³⁾						
Insgesamt	- 1,6	- 0,6	- 0,2	- 8,9	- 6,4	- 6,8
Pflanzliche Produkte	- 1,5	- 0,4	- 2,5	- 4,3	- 1,4	- 2,6
Tierische Produkte	- 1,7	- 0,8	+ 1,2	- 11,3	- 9,1	- 8,9
2001 / 2002						
Baupreise³⁾	Nov.	Febr.	Mai	Nov.	Febr.	Mai
Wohngebäude						
Straßenbau	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,1
	- 0,1	+ 0,1	0	- 0,3	- 0,2	- 0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt.

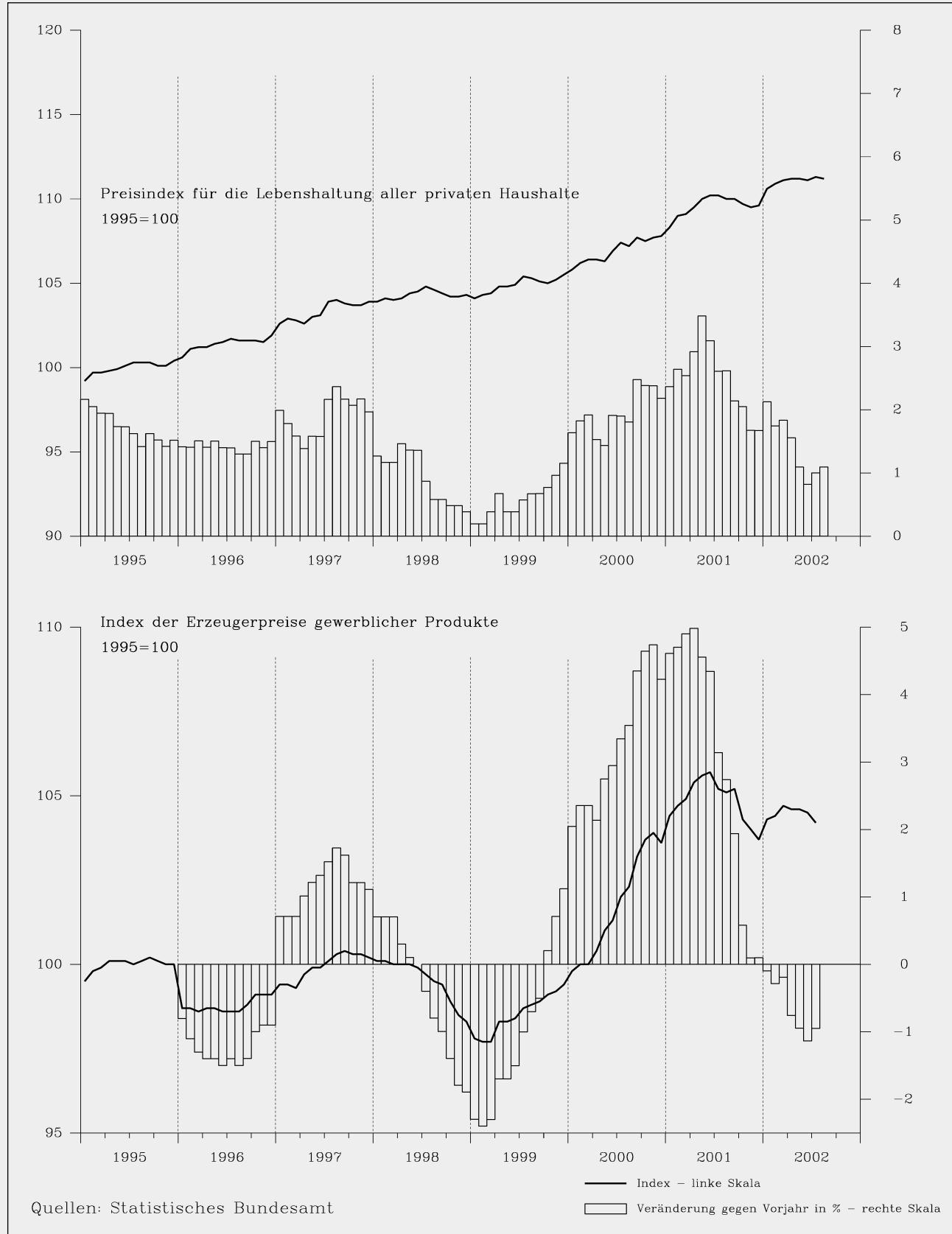
¹⁾ Alle privaten Haushalte, 1995 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose).

²⁾ Obst, Gemüse (einschließlich Kartoffeln), Fische.

³⁾ 1995 = 100.

6 Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise



6 Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2 0 0 2					
	Juni	Juli	Aug.	Juni	Juli	Aug.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹⁾						
Insgesamt	- 2,3	+ 3,4	+ 2,1	- 6,0	+ 2,3	+ 3,1
- Nahrungs- und Genußmittel	+ 1,1	+ 5,8	+ 1,9	+ 4,5	+ 8,5	+ 10,7
- Industrie-Rohstoffe	+ 1,1	+ 1,2	- 1,1	- 3,3	+ 0,1	+ 1,7
- Energierohstoffe (Kohle und Rohöl)	- 3,6	+ 3,7	+ 3,2	- 7,9	+ 2,2	+ 2,7
Entwicklung des Außenwertes des Euro						
Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar ³⁾	+ 4,2	+ 3,9	- 1,5	+ 11,9	+ 15,2	+ 8,5
Effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber den Währungen von 13 Ländern ³⁾	+ 2,3	+ 1,2	.	+ 7,0	+ 7,4	.
Außenhandelspreise²⁾						
Einfuhrpreise insgesamt	- 1,3	- 0,5	.	- 5,2	- 4,2	.
darunter:						
Güter der Ernährungswirtschaft	- 2,7	- 1,0	.	- 3,5	- 3,3	.
Güter der gewerblichen Wirtschaft	- 1,0	- 0,4	.	- 5,5	- 4,3	.
- Rohstoffe und Halbwaren	- 3,0	- 0,4	.	- 16,4	- 11,7	.
- Fertigwaren	- 0,4	- 0,5	.	- 1,6	- 2,0	.
Ausfuhrpreise insgesamt	0	- 0,1	.	- 0,6	- 0,5	.
Terms of Trade	+ 1,3	+ 0,4	.	+ 4,9	+ 3,9	.

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

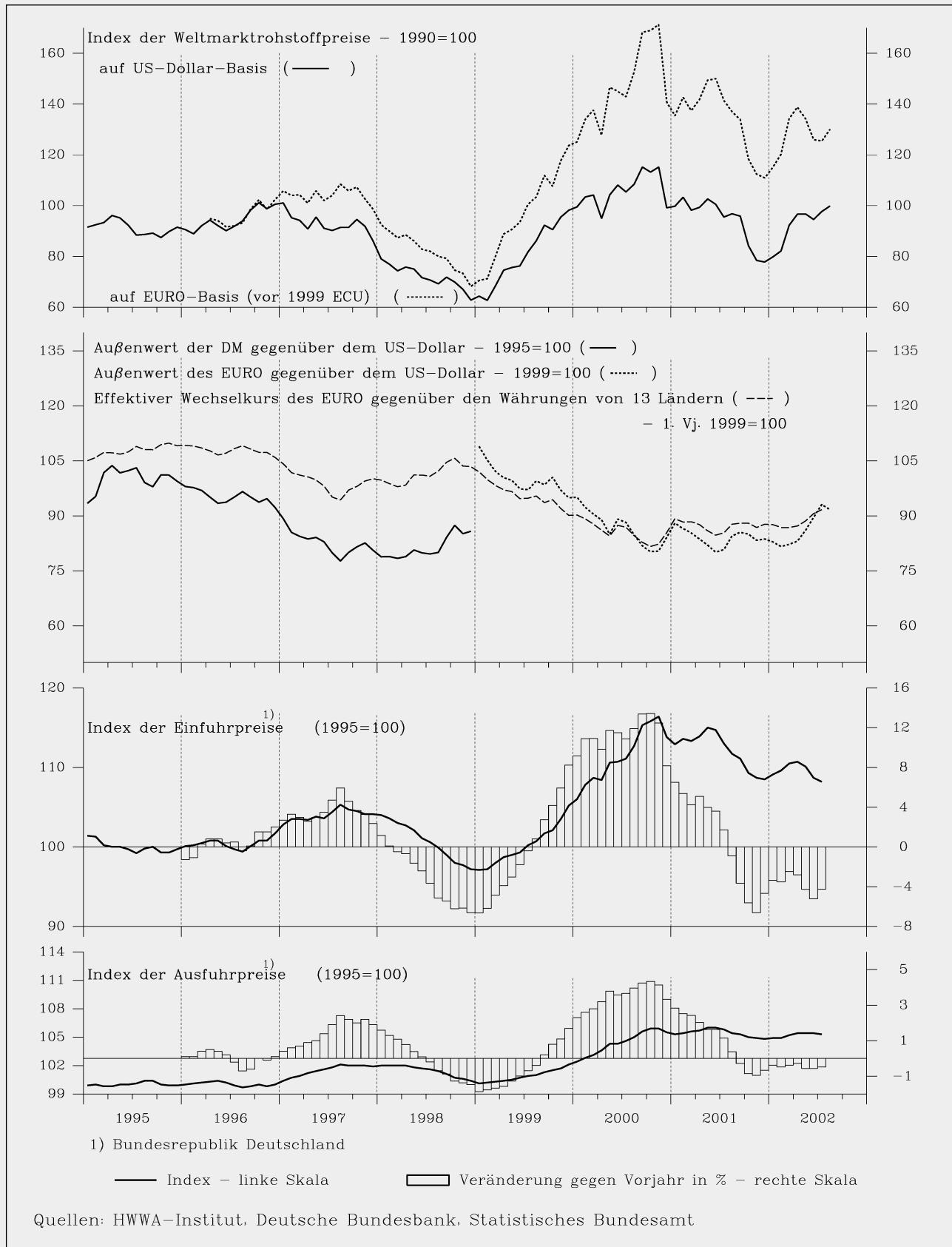
¹⁾ HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, 1990 = 100.

²⁾ 1995 = 100.

³⁾ 1999 = 100.

6 Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise



7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ² in %	Erwerbs- lose Mio.	Erwerbs- losen- quote ³ in %	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen Veränderung in % p. a.	je Stunde	Investitions- quote ⁴ in %
1991	38,5	.	51,3	2,2	5,4	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,7	2,6	6,4	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	50,2	3,1	7,6	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	50,4	3,3	8,1	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	50,2	3,2	7,9	1,7	1,5	2,8	22,4
1996	37,3	- 0,3	50,4	3,5	8,6	0,8	1,1	2,2	21,8
1997	37,2	- 0,2	50,7	3,9	9,5	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	51,1	3,7	8,9	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,3	51,4	3,4	8,2	1,8	0,6	1,3	21,6
2000	38,7	1,6	51,8	3,1	7,5	3,0	1,4	2,3	21,6
2001 ⁵	38,8	0,2	51,8	3,1	7,4	0,6	0,4	1,4	20,3
1996/1991	37,4	- 0,6	50,4	3,1	7,7	1,2	1,8	2,4	22,9
2000/1995	37,8	0,7	51,1	3,5	8,5	1,8	1,1	1,8	21,6

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

² Erwerbstätige im Inland nach + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

⁵ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis); Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.2 Preise¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage	Konsum der privaten Haushalte	Preisindex für die Lebens- haltung ^{2,3} Veränderung in % p. a.	Lohnstück- kosten ⁴	Bruttoinlands- produkt (nominal)		Verdienst je Arbeitnehmer
1991
1992	5,0	2,2	4,5	4,4	5,0	6,4	7,4	10,4	
1993	3,7	1,7	3,2	3,8	4,5	3,8	2,5	4,4	
1994	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5	4,9	2,0	
1995	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1	3,8	3,2	
1996	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2	1,8	1,4	
1997	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7	2,1	0,3	
1998	1,1	2,0	0,6	1,1	1,0	0,2	3,1	1,0	
1999	0,5	0,4	0,4	0,3	0,6	0,6	2,3	1,4	
2000	- 0,4	- 4,5	1,1	1,4	1,9	- 0,2	2,6	1,6	
2001 ⁵	1,3	- 0,1	1,3	1,8	2,5	1,2	1,9	1,8	
1996/1991	2,8	1,0	2,6	2,8	3,1	2,6	4,1	4,2	
2000/1995	0,6	- 0,9	0,9	1,3	1,3	0,0	2,4	1,1	

¹ Preisbasis 1995.

² Gerechnet nach Messzahlen des jeweiligen Originalbasisjahres.

³ Alle privaten Haushalte.

⁴ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

⁵ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis); eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.3 Außenwirtschaft

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,1	7,0	28,08	- 5,21	29,0	27,6	1,5	- 0,3
1999	4,8	7,2	16,81	- 15,39	29,7	28,9	0,9	- 0,8
2000	16,5	18,5	7,97	- 3,92	33,7	33,3	0,4	- 0,2
2001 ¹	5,6	1,0	39,08	9,99	35,0	33,1	1,9	0,5
1996/1991	3,3	2,2	7,02	- 13,90	24,1	23,7	0,4	- 0,8
2000/1995	9,1	9,5	19,52	- 6,73	29,1	28,1	1,0	- 0,3

¹ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.4 Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (netto) ³	Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigen Inland)
	Veränderung in % p. a.			in %	in %	Veränderung in % p. a.		
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1	3,8
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,9	0,3
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3	2,5
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0	1,5
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8	1,1
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,2	1,6
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1	0,9
1999	1,5	- 1,4	2,7	72,3	73,1	1,4	1,5	0,6
2000	2,8	2,6	2,9	72,3	73,1	1,6	0,8	1,4
2001 ⁴	1,7	1,2	1,9	72,5	73,2	1,8	1,3	0,4
1996/1991	3,4	3,2	3,5	73,7	74,3	4,2	0,0	1,8
2000/1995	2,1	2,8	1,8	72,1	73,0	1,1	- 0,5	1,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

⁴ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand 31. Juli 2002 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand 31. August 2002 Mio. €
Anleihen ²	442 633	10 872	10 737	442 633
Bundesobligationen	127 675	41	0	129 462 ^p
Bundesschatzbriefe ³	20 772	166	31	20 055 ^p
Bundesschatzanweisungen	73 180	5 000	0	73 180
Unverzinsliche Schatzanweisungen	19 489	4 805	4 928	24 426
Finanzierungsschätzungen ⁴	1 763	77	100	1 715 ^p
Schuldscheindarlehen ⁵	39 715	610	1 326	39 614
Medium Term Notes Treuhand	445	0	0	445
Gesamte umlaufende Schuld⁶	725 672			731 530

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand 31. Juli 2002 Mio. €	Stand 31. August 2002 Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	158 603	161 692
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	236 386	239 592
langfristig (mehr als 4 Jahre)	330 682	330 246
Gesamte umlaufende Schuld⁶	725 672	731 530

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundesseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

² Anleihen des Bundes, des Bundesseisenbahnvermögens und der Treuhandanstalt.

³ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

⁴ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätzungen.

⁵ Schuldscheindarlehen des Bundes, des Bundesseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds Steinkohle, des Kreditabwicklungsfonds, der Treuhandanstalt und des Erblastentilgungsfonds einschließlich der Vertragskredite des Bundesseisenbahnvermögens; ohne Lastenausgleichsfonds (LAG).

⁶ Einschließlich Eigenbestände.

^p Vorläufig.

2 Gewährleistungen

	Soll 2002 in Mrd. €	Januar bis Juni 2002 in Mrd. €	Januar bis Juni 2001 in Mrd. €
Ausfuhr	118	102,6	105,5
Internationale Finanzinstitute	47	31,6	31,6
Kapitalanlagen	40	27,3	25,0
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen	85	51,1	47,5

3 Bundeshaushalt 2001 bis 2006

Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2001 Ist	2002 Soll	2003 Reg.-Entwurf Mrd. €	2004	2005 Finanzplanung	2006
1. Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	243,1 – 0,5	247,5 1,8	246,3 – 0,5	245,1 – 0,5	245,5 0,2	249,4 1,6
2. Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in % darunter: Steuereinnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	220,2 – 0,1	223,8 1,6	230,4 3,0	234,4 1,7	240,0 2,4	248,9 3,7
3. Finanzierungsdefizit	– 22,9	– 23,7	– 15,9	– 10,7	– 5,5	– 0,5
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (–)	130,0	179,4	203,1	170,4	177,1	150,2
5. Tilgungen (+)	107,2	158,3	187,7	160,4	172,0	150,2
6. Nettokreditaufnahme	– 22,8	– 21,1	– 15,5	– 10,2	– 5,0	0,0
7. Münzeinnahmen	– 0,1	– 2,7	– 0,4	– 0,5	– 0,5	– 0,5
8. Finanzierungsdefizit in % der Ausgaben	– 22,9 9,4	– 23,7 9,6	– 15,9 6,4	– 10,7 4,4	– 5,5 2,2	– 0,5
Nachrichtlich: Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	27,3 – 3,1	25,0 – 8,2	25,3 0,9	26,1 3,2	25,4 – 2,7	25,6 0,9
darunter: Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Stand: August 2002.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2001 bis 2006

Ausgabeart	2001 Ist	2002 Soll	2003 Reg.-Entw. Mio. €	2004	2005 Finanzplanung	2006
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 807	27 132	27 181	27 173	27 333	27 425
Aktivitätsbezüge	20 440	20 620	20 618	20 544	20 607	20 665
Ziviler Bereich	8 414	8 374	8 531	8 558	8 636	8 710
Militärischer Bereich	12 026	12 246	12 087	11 986	11 971	11 955
Versorgung	6 367	6 513	6 563	6 629	6 727	6 760
Ziviler Bereich	2 598	2 591	2 515	2 461	2 431	2 426
Militärischer Bereich	3 770	3 922	4 048	4 167	4 296	4 334
Laufender Sachaufwand	18 503	16 069	16 885	16 622	16 569	16 505
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 619	1 592	1 570	1 564	1 584	1 597
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 985	7 331	8 120	8 347	8 335	8 354
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 899	7 147	7 196	6 711	6 649	6 554
Zinsausgaben	37 627	38 887	38 208	39 771	41 960	42 966
an andere Bereiche	37 627	38 887	38 208	39 771	41 960	42 966
Sonstige	37 627	38 887	38 208	39 771	41 960	42 966
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 582	38 841	38 163	39 726	41 916	42 922
an Ausland	3	4	3	3	3	3
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	132 359	138 443	138 480	139 546	138 233	140 092
an Verwaltungen	13 257	14 859	14 458	14 656	11 794	11 888
Länder	5 580	5 921	6 138	5 971	5 774	5 752
Gemeinden	241	221	199	179	55	31
Sondervermögen	7 435	8 715	8 120	8 504	5 964	6 104
Zweckverbände	2	2	2	1	1	1
an andere Bereiche	119 102	123 584	124 022	124 890	126 439	128 203
Unternehmen	16 674	16 865	16 812	16 529	16 497	16 259
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	20 668	20 651	18 774	18 341	17 961	17 543
an Sozialversicherung	78 143	82 311	84 626	86 375	88 337	90 763
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	672	783	770	750	742	742
an Ausland	2 940	2 965	3 031	2 886	2 894	2 889
an Sonstige	5	9	10	8	8	7
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	215 296	220 532	220 754	223 112	224 095	226 988
Ausgaben der Kapitalrechnung*						
Sachinvestitionen	6 905	6 803	7 195	7 459	7 363	7 411
Baumaßnahmen	5 551	5 586	5 672	5 932	5 863	5 942
Erwerb von beweglichen Sachen	882	787	966	957	933	911
Grunderwerb	473	430	556	570	567	558
Vermögensübertragungen	17 085	14 351	13 946	14 510	14 268	14 316
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 509	13 905	13 544	14 134	13 899	13 964
an Verwaltungen	9 496	5 980	5 556	6 550	6 328	6 367
Länder	9 431	5 878	5 477	6 472	6 250	6 289
Gemeinden und Gemeindeverbände	65	102	80	78	78	78
an andere Bereiche	7 013	7 924	7 988	7 585	7 572	7 598
Sonstige – Inland	5 370	6 028	5 995	5 580	5 526	5 612
Ausland	1 643	1 897	1 993	2 005	2 045	1 985
Sonstige Vermögensübertragungen	577	446	402	376	368	352
an andere Bereiche	577	446	402	376	368	352
Unternehmen – Inland	167	0	0	0	0	0
Sonstige – Inland	183	196	171	166	168	163
Ausland	227	250	231	210	200	189

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2001 bis 2006

Ausgabeart	2001 Ist	2002 Soll	2003 Reg.-Entw. Mio. €	2004	2005 Finanzplanung	2006
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen						
Darlehensgewährung	3 859	4 334	4 520	4 476	4 095	4 201
an Verwaltungen	3 185	3 699	3 954	3 884	3 475	3 494
Länder	166	147	101	63	46	38
Gemeinden	166	147	101	63	46	38
0	0	1	0	0	0	0
an andere Bereiche	3 019	3 552	3 852	3 821	3 429	3 456
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	1 841	2 564	2 852	2 811	2 409	2 406
Ausland	1 178	988	1 000	1 010	1 020	1 050
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	674	634	567	592	620	707
Inland	24	52	10	0	0	0
Ausland	651	583	556	592	620	707
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung*	27 850	25 487	25 661	26 445	25 726	25 928
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	1 481	- 115	- 4 457	- 4 321	- 3 516
Ausgaben zusammen	243 145	247 500	246 300	245 100	245 500	249 400
* Darunter: Investive Ausgaben	27 273	25 041	25 259	26 069	25 357	25 577

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2003

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	48 579	44 467	24 828	13 434	0	6 205
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 566	8 207	4 090	1 387	0	2 730
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 771	2 828	473	109	0	2 245
03 Verteidigung	28 343	27 966	16 135	11 021	0	810
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 574	2 302	1 678	599	0	25
05 Rechtsschutz	324	298	221	68	0	9
06 Finanzverwaltung	3 001	2 867	2 231	250	0	385
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	11 518	8 322	456	679	0	7 188
13 Hochschulen	2 235	1 109	7	4	0	1 097
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 153	1 153	0	0	0	1 153
15 Sonstiges Bildungswesen	451	359	9	82	0	269
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 007	5 449	439	587	0	4 424
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	672	252	1	6	0	245
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	106 518	105 600	170	383	0	105 048
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	82 247	82 247	0	0	0	82 247
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 265	6 255	0	0	0	6 255
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 682	4 439	0	246	0	4 192
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	12 017	11 873	42	66	0	11 764
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	112	112	0	0	0	112
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 196	676	128	70	0	478
3 Gesundheit und Sport	902	620	237	187	0	196
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	330	297	137	95	0	65
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	330	297	137	95	0	65
32 Sport	126	78	0	0	0	78
33 Umwelt- und Naturschutz	215	143	64	39	0	40
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	232	101	36	53	0	13
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 878	832	2	3	0	827
41 Wohnungswesen	1 380	791	0	2	0	789
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	0	1	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	54	41	2	0	0	38
44 Städtebauförderung	443	0	0	0	0	0
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 226	660	25	123	0	512
52 Verbesserung der Agrarstruktur	802	302	0	2	0	300
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	163	163	0	57	0	105
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	163	163	0	57	0	105
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	262	195	25	64	0	106
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	7 312	3 922	47	375	0	3 499
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	379	354	0	230	0	124
621 Kernenergie	124	124	0	0	0	124
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	255	230	0	230	0	0
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	3 038	3 019	0	5	0	3 014
64 Handel	92	92	0	58	0	34
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 095	151	0	0	0	151
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 777	431	47	56	0	327

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2003

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung*	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	4 111	1 098	1 455	1 557	4 064
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	359	358	1	0	359
02 Auswärtige Angelegenheiten	2 943	48	1 338	1 556	2 938
03 Verteidigung	377	262	115	0	335
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	272	272	0	0	272
05 Rechtsschutz	26	26	0	0	26
06 Finanzverwaltung	134	132	1	1	134
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	3 195	118	3 078	0	3 195
13 Hochschulen	1 126	1	1 125	0	1 126
14 Förderung von Schülern, Studenten	0	0	0	0	0
15 Sonstiges Bildungswesen	92	14	78	0	92
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1 558	102	1 455	0	1 558
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	420	0	420	0	420
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolge- aufgaben, Wiedergutmachung	917	13	901	4	566
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosen- versicherung	0	0	0	0	0
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohl- fahrtspflege u. Ä.	10	0	10	0	10
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	244	3	239	2	12
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	144	3	139	3	24
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	0	0	0	0
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	520	7	513	0	520
3 Gesundheit und Sport	283	180	103	0	279
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	32	28	4	0	32
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	32	28	4	0	32
32 Sport	47	0	47	0	47
33 Umwelt- und Naturschutz	72	29	43	0	69
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	131	123	8	0	131
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 046	0	936	110	1 046
41 Wohnungswesen	590	0	479	110	590
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	14	0	14	0	14
44 Städtebauförderung	443	0	443	0	443
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	566	11	553	2	566
52 Verbesserung der Agrarstruktur	500	0	500	0	500
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	0	0	0	0	0
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	66	11	53	2	66
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 390	1	989	2 400	3 390
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	25	0	25	0	25
621 Kernenergie	0	0	0	0	0
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	25	0	25	0	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	19	0	19	0	19
64 Handel	0	0	0	0	0
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	945	0	945	0	945
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 346	1	945	2 400	3 346

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2003

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 325	2 868	1 048	1 179	0	641
72 Straßen	7 261	925	0	778	0	147
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	927	681	455	189	0	37
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	336	1	0	0	0	1
75 Luftfahrt	158	158	45	9	0	104
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 632	1 093	548	200	0	345
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	17 028	12 332	27	210	0	12 095
81 Wirtschaftsunternehmen	10 919	6 314	27	31	0	6 256
832 Eisenbahnen	4 598	90	0	0	0	90
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 320	6 224	27	31	0	6 165
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6 109	6 017	0	178	0	5 839
873 Sondervermögen	5 839	5 839	0	0	0	5 839
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	270	179	0	178	0	1
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	41 015	41 130	341	313	38 208	2 269
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 268	2 268	0	0	0	2 268
92 Schulden	38 275	38 275	0	67	38 208	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	472	587	341	246	0	1
Summe aller Hauptfunktionen	246 300	220 754	27 181	16 885	38 208	138 480

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2003

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung*	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 457	5 681	1 775	1	7 457
72 Straßen	6 336	4 905	1 430	1	6 336
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	246	246	0	0	246
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	335	0	335	0	335
75 Luftfahrt	0	0	0	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	539	530	10	0	539
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	4 696	93	4 157	446	4 695
81 Wirtschaftsunternehmen	4 604	24	4 135	446	4 604
832 Eisenbahnen	4 508	0	4 110	398	4 508
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	96	24	25	48	96
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	92	70	22	0	91
873 Sondervermögen	0	0	0	0	0
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	92	70	22	0	91
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	0	0	0	0	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0	0	0	0	0
92 Schulden	0	0	0	0	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	0	0	0	0	0
Summe aller Hauptfunktionen	25 661	7 195	13 946	4 520	25 259

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1997 bis 2003¹

	1997	1998	1999	2000	2001 ⁴	2002 ⁴	2003 ⁴
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	571,0	580,6	596,9	597,8	603,3	608½	612½
Einnahmen	522,8	551,8	569,0	564,0	556,0	565½	576
Finanzierungssaldo	- 48,1	- 28,8	- 27,9	- 33,7	- 47,3	- 43	- 36½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	226,0	233,6	246,9	244,4	243,1	247½	246½
Einnahmen	193,5	204,7	220,6	220,5	220,2	224	230½
Finanzierungssaldo	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 23½	- 16
Länder (West)							
Ausgaben	186,3	188,3	189,9	193,6	200,1	199½	202
Einnahmen	173,9	179,3	184,4	187,9	179,0	183	190
Finanzierungssaldo	- 12,4	- 8,9	- 5,5	- 5,7	- 21,2	- 16½	- 12
Gemeinden (West)							
Ausgaben	116,2	115,7	117,9	119,8	122,7	123	124½
Einnahmen	114,2	118,3	120,4	121,6	119,3	119½	121½
Finanzierungssaldo	- 2,0	2,6	2,6	1,8	- 3,4	- 3½	- 3
Länder (Ost)							
Ausgaben	61,3	61,1	60,4	60,8	60,1	59½	59½
Einnahmen	54,2	55,8	56,4	56,5	55,7	55	56
Finanzierungssaldo	- 7,1	- 5,3	- 4,0	- 4,4	- 4,4	- 4½	- 4
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	27,7	26,8	26,2	25,3	25,2	25	25
Einnahmen	26,9	26,3	26,0	25,5	24,7	24½	25
Finanzierungssaldo	- 0,8	- 0,4	- 0,2	0,1	- 0,5	- ½	- 0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	- 6,3	1,7	2,8	0,1	0,9	1	½
Einnahmen	- 4,5	5,5	3,1	- 0,9	- 1,4	1½	2
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2	- ½
Einnahmen	0,4	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	1½	3
Länder (West)							
Ausgaben	- 5,5	1,1	0,9	2,0	3,4	- ½	1
Einnahmen	- 3,8	3,1	2,8	1,9	- 4,7	2	4
Gemeinden (West)							
Ausgaben	- 14,5	- 0,4	1,9	1,6	2,5	0	1
Einnahmen	- 14,0	3,6	1,8	0,9	- 1,9	0	1½
Länder (Ost)							
Ausgaben	- 4,4	- 0,3	- 1,1	0,7	- 1,2	- 1	- 0
Einnahmen	- 4,0	3,0	1,1	0,1	- 1,4	- 1	1
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	- 20,2	- 3,2	- 2,2	- 3,3	- 0,7	- 1	½
Einnahmen	- 19,4	- 2,1	- 1,3	- 1,9	- 3,2	0	1½

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1997 bis 2003¹

	1997	1998	1999	2000	2001 ⁴	2002 ⁴	2003 ⁴							
	Mrd. €													
	Anteil in %													
Finanzierungssaldo														
(1) in % des BIP (nominal)														
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,6	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2	- 1½							
darunter:														
Bund	- 1,7	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1	- 1½							
Länder (West)	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 1,0	- 1	- 1½							
Gemeinden (West)	- 0,1	0,1	0,1	0,1	- 0,2	- 0	- 0							
Länder (Ost)	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0	- 0							
Gemeinden (Ost)	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	- 0,0	- 0	- 0							
(2) in % der Ausgaben														
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 8,4	- 5,0	- 4,7	- 5,6	- 7,8	- 7	- 6							
darunter:														
Bund	- 14,4	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 9½	- 6½							
Länder (West)	- 6,7	- 4,8	- 2,9	- 3,0	- 10,6	- 8½	- 6							
Gemeinden (West)	- 1,8	2,2	2,2	1,5	- 2,8	- 3	- 2½							
Länder (Ost)	- 11,6	- 8,7	- 6,6	- 7,2	- 7,3	- 7½	- 6½							
Gemeinden (Ost)	- 2,8	- 1,7	- 0,8	0,6	- 1,9	- 1	- ½							
Ausgaben in % des BIP (nominal)														
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,5	30,1	30,2	29,5	29,2	29	28							
darunter:														
Bund	12,1	12,1	12,5	12,1	11,8	11½	11							
Länder (West)	10,0	9,8	9,6	9,6	9,7	9½	9							
Gemeinden (West)	6,2	6,0	6,0	5,9	5,9	6	5½							
Länder (Ost)	3,3	3,2	3,1	3,0	2,9	3	2½							
Gemeinden (Ost)	1,5	1,4	1,3	1,3	1,2	1	1							

¹ Stand: Finanzplanungsrat Juni 2002: Reg. Entwurf Bund.

² Mit LAF, ERP, EU, FDE, Entsch. F., ELF, BEV, und Vers.-Rücklage.

³ Ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ 2001: Ist; 2002 und 2003 = Schätzung.

Stand: Juli 2002.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2003

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	Ist-Ergebnisse										
I. Gesamtübersicht																					
Ausgaben	Mrd. €	42,1	80,2	140,8	148,2	194,4	205,4	218,4	233,9	240,9											
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	2,4	5,2	.	5,7	6,3	7,1	3,0											
Einnahmen	Mrd. €	42,6	63,3	122,4	137,9	169,8	178,2	198,3	199,7	215,1											
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	- 0,7	12,7	.	5,0	11,3	0,7	7,7											
Finanzierungssaldo	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 18,4	- 10,3	- 24,6	- 27,2	- 20,1	- 34,2	- 25,9											
darunter:																					
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,0	- 15,3	- 18,1	- 9,8	- 23,9	- 26,6 ²	- 19,7	- 33,8	- 25,6											
Münzeinnahmen	Mrd. €	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,3											
Rücklagenbewegung	Mrd. €	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-	-											
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-											
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten																					
Personalausgaben	Mrd. €	6,6	13,0	20,5	21,1	22,1	24,9	26,3	27,0	26,9											
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	2,1	3,0	4,5	12,8	5,7	2,4	- 0,1											
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,6	14,3	11,4	12,1	12,1	11,5	11,2											
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	24,3	21,5	18,7	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8											
Zinsausgaben	Mrd. €	1,1	2,7	16,5	16,4	17,5	20,3	22,4	23,4	27,1											
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	4,0	- 0,6	6,7	15,7	10,6	4,5	15,8											
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	11,7	11,1	9,0	9,9	10,3	10,0	11,3											
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	35,1	35,9	53,5	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,6											
Investive Ausgaben	Mrd. €	7,2	13,1	17,1	18,5	20,1	31,4	33,7	33,3	31,3											
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	0,4	8,4	8,4	56,7	7,0	- 1,1	- 6,0											
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	12,1	12,5	10,3	15,3	15,4	14,2	13,0											
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	34,4	35,4	33,8	34,5	.	37,3	34,7	35,3	34,0											
Steuereinnahmen¹	Mrd. €	40,2	61,0	112,6	126,4	132,3	162,5	180,4	182,0	193,8											
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	1,5	12,2	4,7	22,8	11,0	0,9	6,4											
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	80,0	85,3	68,1	79,1	82,6	77,8	80,4											
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	92,0	91,6	77,9	91,2	91,0	91,2	90,1											
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	54,0	49,2	45,1	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,3											
Nettokreditaufnahme²	Mrd. €	- 0,0	- 15,3	- 18,1	- 9,8	- 23,9	- 26,6	- 19,7	- 33,8	- 25,6											
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,9	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6											
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	106,0	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9											
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	0,0	55,8	63,6	57,2	.	39,6	33,6	47,4	47,2											
nachrichtlich: Schuldenstand⁴																					
öffentliche Haushalte³	Mrd. €	59,2	129,4	459,6	472,8	536,2	595,9	680,8	766,5	841,1											
darunter:																					
Bund	Mrd. €	23,1	54,8	225,2	242,9	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4											

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand August 2002.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2003

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Ist-Ergebnisse									Soll	Entwurf
		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003		
I. Gesamtübersicht												
Ausgaben	Mrd. €	237,6	232,9	225,9	233,6	246,9	244,4	243,1	247,5	246,3		
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,4	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	1,8	- 0,5		
Einnahmen	Mrd. €	211,7	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	220,2	223,8	230,4		
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,5	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	1,6	3,0		
Finanzierungssaldo	Mrd. €	- 25,8	- 40,1	- 32,5	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 23,7	- 15,9		
darunter:												
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 25,6	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 21,1	- 15,5		
Münzeinnahmen	Mrd. €	- 0,2	- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 2,7	- 0,4		
Rücklagenbewegung	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten												
Personalausgaben	Mrd. €	27,1	27,0	26,8	26,7	27,0	26,5	26,8	27,1	27,2		
Veränderung gegen Vorjahr	%	0,5	- 0,1	- 0,7	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	1,2	0,2		
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	11,0	11,0		
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	14,4	14,3	16,2	16,1	16,1	15,8	15,9	15,8	15,7		
Zinsausgaben	Mrd. €	25,4	26,0	27,3	28,7	41,1	39,1	37,6	38,9	38,2		
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 6,2	2,3	4,9	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	3,3	- 1,7		
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	11,2	12,1	12,3	16,6	16,0	15,5	15,7	15,5		
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	38,7	39,0	40,6	42,1	58,9	58,0	57,0	56,8	55,4		
Investive Ausgaben	Mrd. €	34,0	31,2	28,8	29,2	28,6	28,1	27,3	25,0	25,3		
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,8	- 8,3	- 7,6	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 8,2	0,9		
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	10,1	10,3		
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	37,0	36,1	35,2	35,5	36,1	35,5	34,2	33,8	34,4		
Steuereinnahmen¹	Mrd. €	187,2	173,1	169,3	174,6	192,4	198,8	193,8	199,2	204,8		
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 3,4	- 7,5	- 2,2	3,1	10,2	3,3	- 2,5	2,8	2,8		
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,8	74,3	74,9	74,7	77,9	81,3	79,7	80,5	83,1		
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	89,8	87,5	85,3	87,2	90,1	88,0	89,0	88,9		
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	44,9	42,3	41,5	41,0	42,5	42,5	43,4	43,8	43,2		
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 25,6	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 21,1	- 15,5		
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	17,2	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	8,5	6,3		
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	75,3	128,3	113,0	98,8	91,2	84,4	83,7	84,1	61,4		
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	51,2	70,4	64,3	88,6	82,3	81,0	57,9	49,0	41,9		
nachrichtlich: Schuldenstand⁴												
öffentliche Haushalte ³	Mrd. €	1 010,4	1 070,4	1 119,1	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 246,0	1 282,0		
darunter:												
Bund	Mrd. €	364,3	385,7	426,0	488,0	708,3	715,6	697,3	710,5	726,0		

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand August 2002.

8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹

(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
			Anteile am BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	40,0
1993	22,9	41,1	23,2	40,6
1994	22,9	41,5	23,1	40,8
1995	22,5	41,3	23,1	41,2
1996	22,9	42,3	22,3	40,9
1997	22,6	42,3	21,8	40,4
1998 ³	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 ³	24,2	43,2	22,9	40,8
2000 ³	24,6	43,2	23,0	40,7
2001 ³	23,0	41,5	21,6	39,1
2002 ⁴	23	42	21½	39
2003 ⁴	23½	42	21½	39

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2002.

⁴ Schätzung; Stand: Juni 2002, angepasst an die geänderte Basis 2001.

Stand: September 2002.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2000	2001	2002 ⁵	2003 ⁵	2004 ⁵	2005 ⁵	2006 ⁵
Schulden (Mrd. €)¹							
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 198,2	1 203,9	1 246	1 282	1 304	1 323	1 330
Bund	715,6	697,3	710½	726	736	741	740½
Länder (West) ³	278,4	299,8	320	333½	340½	349½	353
Länder (Ost) ³	54,8	57,9	61½	65	67	69	70
Gemeinden (West) ⁴	67,3	67,0	69	70½	71	72½	72½
Gemeinden (Ost) ⁴	15,6	15,6	16	16	16	16	15½
Sonderrechnungen	58,3	59,1	61½	64½	66½	68½	71
Schulden in % der Gesamt-Schulden							
Bund	59,7	57,9	57	56½	56½	56	55½
Länder (West) ³	23,2	24,9	25½	26	26	26½	26½
Länder (Ost) ³	4,6	4,8	5	5	5	5	5½
Gemeinden (West) ⁴	5,6	5,6	5½	5½	5½	5½	5½
Gemeinden (Ost) ⁴	1,3	1,3	1½	1	1	1	1
Sonderrechnungen	4,9	4,9	5	5	5	5	5½
Schulden in % des BIP							
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	59,2	58,4	59	58½	57	55½	53½
Bund	35,3	33,8	33½	33	32	31	30
Länder (West) ³	13,7	14,5	15	15	15	14½	14½
Länder (Ost) ³	2,7	2,8	3	3	3	3	3
Gemeinden (West) ⁴	3,3	3,2	3½	3	3	3	3
Gemeinden (Ost) ⁴	0,8	0,8	1	0½	0½	0½	0½
Sonderrechnungen	2,9	2,9	3	3	3	3	3
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP	60,3	59,8	60½	59½	58	56½	55

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Länder (West) einschließlich Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.

⁴ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁵ Stand: Finanzplanungsrat Juni 2002 (Bund: Soll/RegE/Finanzplan).

Stand: Juli 2002.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	davon				
	insgesamt	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1951	13,5	6,7	6,8	49,5	50,5
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,9	16,1	53,9	46,1
1965	53,9	29,3	24,6	54,4	45,6
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1971	88,2	47,8	40,4	54,2	45,8
1972	100,7	56,2	44,5	55,8	44,2
1973	114,9	67,0	48,0	58,3	41,7
1974	122,5	73,7	48,8	60,2	39,8
1975	123,7	72,8	51,0	58,8	41,2
1976	137,1	82,2	54,8	60,0	40,0
1977	153,1	95,0	58,1	62,0	38,0
1978	163,2	98,1	65,0	60,1	39,9
1979	175,3	102,9	72,4	58,7	41,3
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,7	56,7	43,3
1984	212,0	120,8	91,3	57,0	43,0
1985	223,5	132,0	91,6	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,6	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	110,9	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002 ²	454,8	220,6	234,2	48,5	51,5
2003 ²	474,5	232,5	242,0	49,0	51,0
2004 ²	498,6	250,0	248,6	50,1	49,9
2005 ²	508,4	253,7	254,7	49,9	50,1
2006 ²	535,9	275,4	260,4	51,4	48,6

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Notopfer Berlin für natürliche Personen (30. September 1956) und für Körperschaften (31. Dezember 1957); Baulandsteuer (31. Dezember 1962); Wertpapiersteuer (31. Dezember 1964); Süßstoffsteuer (31. Dezember 1965); Beförderungsteuer (31. Dezember 1967); Speiseeissteuer (31. Dezember 1971); Kreditgewinnabgabe (31. Dezember 1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974) und zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Kuponsteuer (31. Juli 1984); Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschafts- und Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Solidaritätszuschlag (vom 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1994); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992); Vermögensteuer (31. Dezember 1996); Gewerbe(kapital)steuer (31. Dezember 1997).

² Schätzung vom Mai 2002.

Stand: Mai 2002.

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Deutschland*	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,5	- 1,3	- 2,7	- 2,8	- 2,1
Belgien	- 8,6	- 8,9	- 5,4	- 4,4	0,1	0,0	- 0,2	0,2
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	2,5	2,9	2,1	2,4
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 0,8	- 0,4	0,3	0,5
Spanien	- 2,5	- 6,2	- 4,2	- 6,6	- 0,4	- 0,1	- 0,3	0,0
Frankreich**	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,3	- 1,5	- 2,0	- 1,8
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,2	4,5	1,7	0,4	0,2
Italien***	- 8,7	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 1,7	- 1,4	- 1,3	- 1,3
Luxemburg	- 0,4	6,2	4,7	2,7	5,8	5,0	2,0	2,5
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,5	0,2	0,0	- 0,4
Österreich	- 1,7	- 2,4	- 2,4	- 5,3	- 1,9	0,1	- 0,1	0,3
Portugal****	- 8,4	- 10,1	- 4,9	- 4,4	- 1,8	- 2,7	- 2,6	- 2,5
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,7	7,0	4,9	3,3	2,7
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,7	3,7	4,8	1,7	1,9
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,7	0,9	- 0,2	- 0,5
Euro-Zone	- 3,4	- 4,9	- 4,4	- 5,1	- 0,9	- 1,3	- 1,4	- 1,2
EU 15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,2	- 0,1	- 0,6	- 1,1	- 0,9
Japan	- 4,4	- 0,8	2,8	- 4,2	- 7,4	- 6,9	- 6,3	- 6,1
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,7	0,5	- 0,7	- 0,9

* D – Revision des Statistischen Bundesamtes (August 2002) für 2000: - 1,4; für 2001: - 2,8. Das aktualisierte deutsche Stabilitätsprogramm schätzt für 2002: - 2% und für 2003: - 1%.

** F – Revidiertes Haushaltsgesetz (Juli 2002) für 2002: - 2,6.

*** I – Mittelfristige Finanzplanung der italienischen Regierung (Juli 2002) für 2001: - 2,2; für 2002: - 1,1; für 2003: - 0,8.

**** P – Revision des portugiesischen Staatshaushalts (Juli 2002) für 2001: - 4,1; für 2002: - 2,8.

Quelle: Für die Jahre 1980 bis 1995 – Zeitschrift Europäische Wirtschaft, Ausgabe 4/2002 (Anhang) (Herausgeber: EU-Kommission). Für die Jahre 2000 bis 2003 – EU-KOM Frühjahrsprognose, April 2002 (ohne UMTS-Erlöse).

Stand: August 2002.

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Deutschland*	31,7	41,7	43,5	61,0	60,3	59,8	60,8	60,1
Belgien	78,3	121,8	127,7	124,7	109,3	107,5	104,3	99,4
Dänemark	36,4	69,8	57,7	61,2	46,8	44,7	43,2	39,8
Griechenland	27,9	59,9	89,0	108,2	102,8	99,7	97,9	95,2
Spanien	17,0	42,7	44,0	66,6	60,4	57,2	55,5	53,5
Frankreich	20,4	31,8	36,3	59,3	57,4	57,2	57,4	57,2
Irland	72,3	105,3	97,5	65,1	39,0	36,3	33,6	31,4
Italien**	58,3	82,0	97,3	120,2	110,6	109,4	107,8	105,6
Luxemburg	9,3	9,6	4,4	6,0	5,6	5,5	5,2	5,1
Niederlande	46,3	70,5	77,4	69,9	56,0	52,9	50,1	47,4
Österreich	36,4	49,4	57,5	64,7	63,6	61,8	60,2	57,6
Portugal	34,9	66,6	63,0	58,9	53,4	55,4	56,5	57,2
Finnland	11,6	16,4	14,5	54,1	44,0	43,6	43,1	42,9
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,1	55,3	55,9	52,6	49,9
Vereinigtes Königreich	54,9	54,4	35,1	50,8	42,4	39,0	37,6	36,1
Euro-Zone	35,1	52,8	59,1	75,3	70,2	69,1	68,6	67,2
EU 15	38,4	53,8	54,9	71,0	64,2	62,8	61,9	60,5
Japan	k. A.	67,7	64,6	80,4	123,5	132,8	143,3	152,0
USA	k. A.	59,0	66,6	74,5	59,4	59,5	58,9	57,6

* D – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) für 2002: 60%, für 2003: 59%.

** I – Mittelfristige Finanzplanung der italienischen Regierung (Juli 2002) für 2002: 108,5; für 2003: 104,5.

Quelle: EU-KOM – Frühjahrsprognose, April 2002 Japan und USA – OECD Economic Outlook No. 71, Juni 2002.

Stand: August 2002.

13 Steuerquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 ²
Deutschland ^{3,4}	22,4	24,3	23,4	22,7	22,3	22,9	23,0
Deutschland ³	22,9	21,7	20,9	20,4	22,3	22,9	23,0
Belgien	25,1	30,2	31,3	28,8	30,4	31,2	31,8
Dänemark	38,8	43,2	45,7	45,7	48,3	48,3	46,2
Finnland	29,6	29,2	33,0	35,0	35,1	34,4	35,4
Frankreich	22,3	23,3	24,8	24,0	26,2	29,3	29,0
Griechenland	14,6	16,2	18,4	20,5	22,0	25,6	26,5
Irland	27,4	26,9	29,9	28,5	28,5	28,1	27,2
Italien	16,3	18,9	22,5	26,1	28,2	30,9	30,3
Japan	15,3	18,2	19,2	21,8	17,7	16,4	17,1
Kanada	28,2	29,1	29,1	32,2	32,0	33,0	32,1
Luxemburg	18,0	28,3	32,7	29,5	32,0	31,0	31,3
Niederlande	24,0	26,9	23,6	26,8	25,1	25,3	25,3
Norwegen	29,3	33,7	34,3	30,8	31,9	31,4	31,2
Österreich	26,0	27,5	28,6	27,2	28,4	28,9	28,5
Portugal	15,1	17,2	20,0	21,4	23,9	25,6	25,8
Schweden	33,8	33,8	36,4	39,0	34,8	39,0	38,1
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	21,3	22,2	23,7
Spanien	10,6	11,8	16,2	21,3	20,8	22,9	22,9
Vereinigtes Königreich	31,8	29,3	30,9	29,7	28,9	30,1	31,4
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	21,1	22,0	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: August 2002.

14 Abgabenquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 ²
Deutschland ^{3,4}	33,5	39,7	39,2	38,0	41,2	40,8	40,7
Deutschland ³	32,9	33,1	32,9	32,6	38,2	37,7	37,8
Belgien	35,1	42,5	45,8	43,1	44,8	45,7	46,0
Dänemark	40,4	43,9	47,4	47,1	49,4	50,4	48,4
Finnland	32,5	36,2	40,0	44,7	44,9	46,2	46,5
Frankreich	35,1	40,6	43,8	43,0	44,0	45,8	45,5
Griechenland	20,9	24,2	28,6	29,3	31,7	37,1	38,0
Irland	29,9	31,4	35,0	33,5	32,8	32,3	31,5
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	41,2	43,3	42,3
Japan	19,7	25,7	27,5	30,7	27,9	26,2	27,1
Kanada	31,2	32,5	33,6	36,6	36,6	38,2	37,5
Luxemburg	26,0	39,8	44,4	40,5	41,7	41,8	42,0
Niederlande	37,1	43,4	42,4	42,8	41,9	42,1	41,8
Norwegen	34,9	42,7	43,3	41,8	41,5	41,6	40,2
Österreich	34,9	39,8	41,9	40,4	41,6	43,9	43,3
Portugal	19,8	24,4	26,9	29,4	32,5	34,3	34,7
Schweden	39,8	47,5	48,5	53,6	47,6	52,2	53,3
Schweiz	22,5	28,9	30,2	30,6	33,1	34,4	35,9
Spanien	16,9	22,9	27,6	33,0	32,8	35,1	35,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,6	35,9	35,1	36,3	37,7
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,6	28,9	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: August 2002.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1998 bis 2003

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,71	80,31	83,44	79,99	95,66	96,96
davon:						
Agrarpolitik	38,81	39,78	40,51	41,53	44,26	44,83
Strukturpolitik	28,37	26,66	27,59	22,46	32,13	33,01
Interne Politiken	4,88	4,47	5,37	5,30	6,16	6,11
Externe Politiken	4,07	4,59	3,84	4,23	4,67	4,68
Verwaltungsausgaben	4,22	4,51	4,74	4,86	5,18	5,34
Reserven	0,27	0,30	0,19	0,21	0,68	0,43
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,10	0,00	1,20	1,40	2,60	2,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	0,59	- 0,50	3,90	- 4,13	19,59	1,36
davon:						
Agrarpolitik	- 4,46	2,50	1,84	2,52	6,57	1,29
Strukturpolitik	8,86	- 6,03	3,49	- 18,59	43,05	2,74
Interne Politiken	- 1,01	- 8,40	20,13	- 1,30	16,23	- 0,81
Externe Politiken	2,01	12,78	- 16,34	10,16	10,40	0,21
Verwaltungsausgaben	2,18	6,87	5,10	2,53	6,58	3,09
Reserven	- 6,90	11,11	- 36,67	10,53	223,81	- 36,76
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	- 52,38	- 100,00		16,67	85,71	- 1,54
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	48,09	49,53	48,55	51,92	46,27	46,24
Strukturpolitik	35,15	33,20	33,07	28,08	33,59	34,04
Interne Politiken	6,05	5,57	6,44	6,63	6,44	6,30
Externe Politiken	5,04	5,72	4,60	5,29	4,88	4,83
Verwaltungsausgaben	5,23	5,62	5,68	6,08	5,42	5,51
Reserven	0,33	0,37	0,23	0,26	0,71	0,44
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,12	0,00	1,44	1,75	2,72	2,64
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	84,53	86,90	92,72	96,28	95,66	96,96
davon:						
Zölle	12,16	11,71	13,11	12,83	10,30	10,71
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,95	2,15	2,16	1,82	1,42	1,43
MwSt-Eigenmittel	33,09	31,33	35,19	30,69	22,60	24,12
BSP-Eigenmittel	35,03	37,51	37,58	34,46	46,60	59,90
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	4,94	2,80	6,70	3,84	- 0,64	1,36
davon:						
Zölle	- 0,65	- 3,70	11,96	- 2,14	- 19,72	3,98
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,04	10,26	0,47	- 15,74	- 21,98	0,70
MwSt-Eigenmittel	- 3,67	- 5,32	12,32	- 12,79	- 26,36	6,73
BSP-Eigenmittel	30,27	7,08	0,19	- 8,30	35,23	28,54
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	14,39	13,48	14,14	13,33	10,77	11,05
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,31	2,47	2,33	1,89	1,48	1,47
MwSt-Eigenmittel	39,15	36,05	37,95	31,88	23,63	24,88
BSP-Eigenmittel	41,44	43,16	40,53	35,79	48,71	61,78

Bemerkungen:

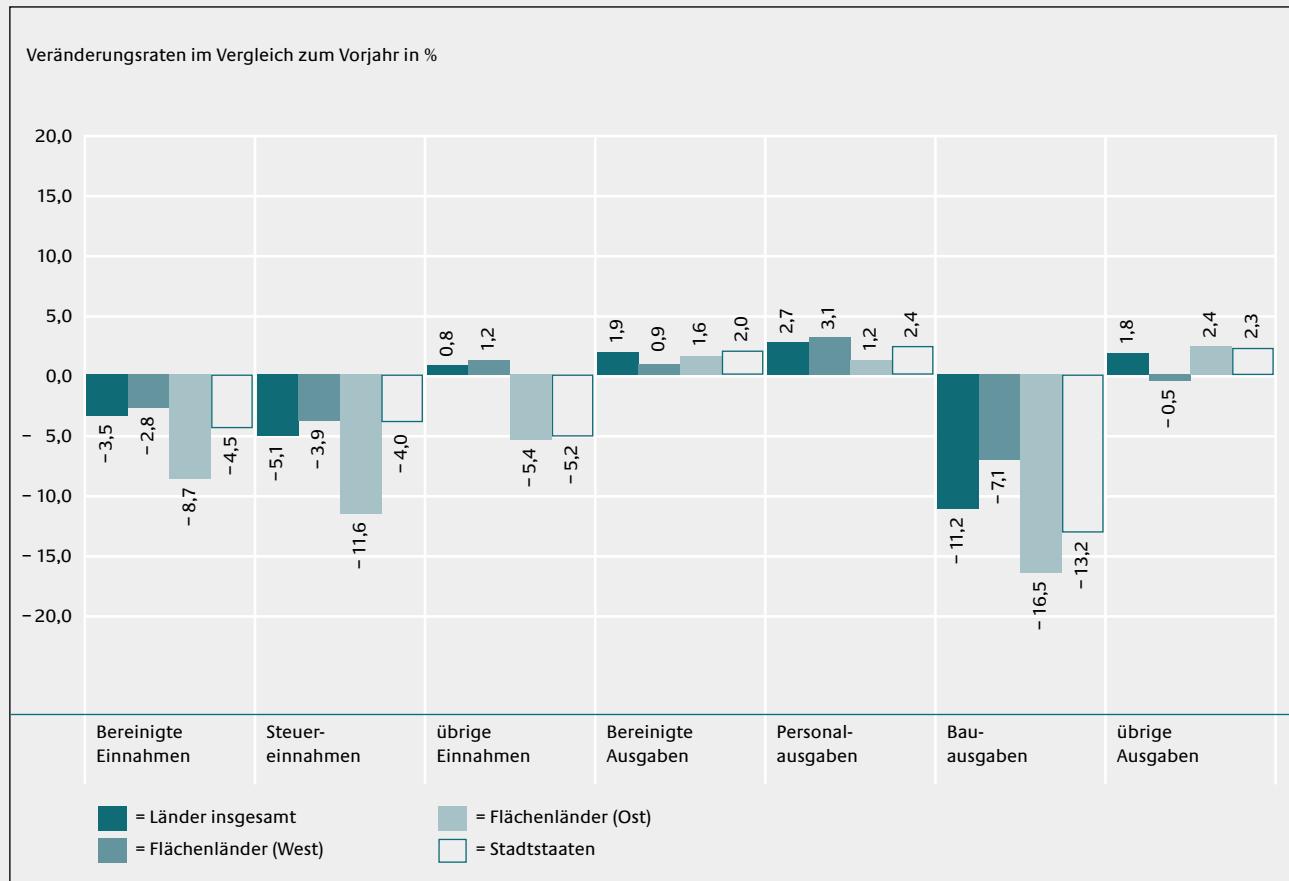
1998 bis 2001 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.
2002 Sollansatz gemäß EU-Haushalt einschließlich Nachtragshaushalte Nr. 1 bis 3/2002.
2003 Haushaltsentwurf des Rates.
Stand: September 2002.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2002 im Vergleich zum Jahressoll 2002

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	163 797	87 660	50 233	24 192	29 342	14 976	237 102	124 155
darunter:								
Steuereinnahmen	129 672	67 889	24 938	12 611	17 147	8 765	171 758	89 265
übrige Einnahmen	34 124	19 771	25 295	11 582	12 195	6 210	65 344	34 890
Bereinigte Ausgaben	175 690	98 227	53 000	28 453	34 628	20 282	257 047	144 289
darunter:								
Personalausgaben	70 916	41 348	13 925	7 957	12 054	7 105	96 896	56 409
Bauausgaben	2 729	1 100	1 652	620	893	386	5 273	2 106
übrige Ausgaben	102 045	55 779	37 422	19 876	21 681	12 792	154 878	85 774
Finanzierungssaldo	- 11 883	- 10 568	- 2 767	- 4 261	- 5 270	- 5 307	- 19 920	- 20 135

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2002



3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder

- Mio. € -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Juli 2001			Juni 2002			Juli 2002		
		Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	120 843	128 664	240 036	93 048	106 187	192 237	111 385	124 155	227 170
111	darunter: Steuereinnahmen	103 160	94 036	197 196	81 572	76 981	158 553	98 278	89 265	187 543
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	79 969	19 787	99 756	69 581	26 105	95 686	96 606	32 962	129 568
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	147 495	141 557	279 581	126 708	123 766	243 477	154 319	144 289	290 240
121	darunter: Personalausbaben (inklusive Versorgung)	14 931	54 910	69 841	13 157	48 447	61 604	15 596	56 409	72 005
122	Bauausgaben	2 349	2 371	4 721	1 808	1 703	3 511	2 379	2 106	4 485
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	281	281	-	665	665	-	158	158
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	100 267	19 022	119 289	64 612	19 171	83 783	81 416	19 311	100 727
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-26 652	-12 893	-39 544	-33 660	-17 580	-51 240	-42 935	-20 135	-63 069
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	18 405	-39	18 366	14 999	6 277	21 276	23 392	12 771	36 163
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	205	205	-	205	205
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-700	-700	-	-1 437	-1 437	-	-1 437	-1 437
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	6 515	5 325	11 840	14 331	9 672	24 002	9 007	8 768	17 775
32	Vorschüsse	-	8 435	8 435	-	12 466	12 466	-	14 248	14 248
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	9 708	9 708	-	8 379	8 379	-	7 569	7 569
34	Saldo (31+32+33)	6 515	6 598	13 114	14 331	5 584	19 915	9 007	2 089	11 095
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-1 731	-7 033	-8 764	-4 331	-6 950	-11 281	-10 536	-6 508	-17 044
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	1 731	5 747	7 478	4 331	4 361	8 692	10 536	5 071	15 607
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	51	51	-	140	140	-	170	170
56	Zusammen	1 731	5 798	7 530	4 331	4 501	8 832	10 536	5 241	15 777
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-1 235	-1 235	0	-2 450	-2 449	0	-1 267	-1 267
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	-	2 354	2 354	-	1 751	1 751	-	1 283	1 283
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	1 919	1 919	-	1 439	1 439	-	955	955

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

³ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

Stand: Juli 2002.

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Juli 2002

– Mio. € –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	15 459,5	18 250,5⁹	4 403,1	8 841,4	3 274,2	11 231,6	23 577,4	5 325,6	1 584,4
111	darunter: Steuereinnahmen	11 797,4	14 352,1	2 355,4	7 209,8	1 631,6	7 429,2	19 714,2	3 712,4	932,3
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	196,0	–	217,5	165,7	–	31,7	68,0
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	2 717,0	1 941,3 ⁷	1 330,7	605,7	610,3	2 209,8	4 725,0	2 388,9	530,8
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	17 411,0	19 261,3⁹	5 458,5	10 356,5	3 876,2	12 334,7	26 185,1	6 647,2	1 956,0
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	7 661,3	8 509,1	1 425,0	4 053,0	1 133,6	4 620,3 ³	10 984,1 ³	2 793,1	817,4
122	Bauausgaben	210,1	385,6	143,3	188,5	69,6	132,2	49,8 ⁴	37,3	31,6
123	Länderfinanzausgleich ¹	976,7	1 354,8	–	1 032,4	–	–	–214,1	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 604,1	653,3 ⁸	984,3	2 139,1	453,1	1 437,5	2 538,3	1 415,9	504,0
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 1 951,5	- 1 010,8⁹	- 1 055,4	- 1 515,1	- 602,0	- 1 103,1	- 2 607,7	- 1 321,6	- 371,6
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen ²	1 105,8	1 289,6	423,0	- 1 350,3	167,5	164,6	2 188,6	954,2	27,3
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	204,6	–	–	–	–	–	–	–	–
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	192,4	- 1 467,3	–	0,7	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 951,6	1 028,3	171,0	779,9	79,1	439,8	2 474,1	1 221,7	230,1
32	Vorschüsse	2 956,6	4 786,6	-53,4	0,7	0,2	1 052,1	2 175,3	857,2	2,8
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	319,2	4 946,8	–	532,4	67,0	955,0	- 321,6	3,6	32,8
34	Saldo (31+32+33)	- 685,8	1 188,5	224,4	1 311,6	145,9	342,7	- 22,8	368,1	260,0
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 1 134,5	0,0	- 408,0	- 1 553,1	- 288,6	- 595,8	- 441,9	0,7	- 84,3
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	330,0	998,1	253,0	–	430,0	–	84,3
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	170,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	330,0	1 168,1	253,0	–	430,0	–	84,3
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 1 134,5 ⁵	0,0	- 78,0 ⁵	- 385,0 ⁵	- 35,6 ⁵	- 595,8 ⁵	- 11,9 ⁵	0,7	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	–	–	930,7	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	955,0	- 324,1	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ Ohne August-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 510,6 Mio. €. – ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 18 139,9 Mio. €, die Ausgaben 19 109,9 Mio. € und der Finanzierungssaldo -970,0 Mio. €.

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Juli 2002

- Mio. € -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thü- ringen	Berlin	Bremen ⁶	Hamburg	Länder ⁶ zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	7 688,3	4 518,4	3 708,1	4 308,4	8 486,3	1 816,5	4 772,6	124 154,5
111	darunter: Steuereinnahmen	4 015,4	2 379,4	2 741,7	2 228,7	4 090,5	862,2	3 812,7	89 265,0
112	Länderfinanzausgleich ¹	534,0	278,8	53,5	273,5	1 093,7	179,4	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	795,2	1 811,9	2 124,7	1 304,9	8 820,9	661,7	383,2	32 962,0
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	8 195,2	5 505,0	4 394,4	5 418,0	12 038,9	2 469,3	5 873,8	144 289,3
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	2 427,7	1 568,2	1 909,8	1 402,0	4 339,2	741,9	2 023,4	56 409,1
122	Bauausgaben	201,2	88,7	64,9	117,2	79,7	71,2	235,2	2 106,1
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	99,9	157,9
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	857,0	647,7	1 255,4	915,2	3 538,9	367,3	0,0	19 311,1
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-506,9	-986,6	-686,3	-1 109,6	-3 552,6	-652,8	-1 101,2	-20 134,8
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen ²	-60,5	1 157,8	882,6	389,7	4 658,8	386,9	385,5	12 771,1
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	204,6
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-	-	-	-	-	-162,9	-1 437,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	756,5	109,3	-	637,7	-1 466,6	212,8	142,7	8 768,0
32	Vorschüsse	488,4	406,1	-	15,5	-	60,3	1 499,5	14 247,9
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	305,0	80,3	-	52,7	121,1	106,0	368,3	7 568,6
34	Saldo (31+32+33)	573,1	-216,6	-	674,9	-1 345,5	258,6	-988,5	2 088,6
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	5,7	-45,4	196,3	-45,0	-239,3	-7,3	-1 867,1	-6 507,6
5	Schwedende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	45,5	-	749,9	268,7	-23,9	1 935,0	5 070,6
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	170,0
56	Zusammen	-	45,5	-	749,9	268,7	-23,9	1 935,0	5 240,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	5,7	0,1	196,3	704,9	29,4	-31,2 ⁵	67,9	-1 267,0 ⁵
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	-	-	-	51,5	-	-	300,4	1 282,6
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	1,2	121,1	-147,8	349,9	955,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. - ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. - ³ Ohne August-Bezüge. - ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. - ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. - ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. - ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. - ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 510,6 Mio. €. - ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 18 139,9 Mio. €, die Ausgaben 19 109,9 Mio. € und der Finanzierungssaldo -970,0 Mio. €.

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

@1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Ursprungszahlen), Deutschland

	1999 1)	2000 1)	2001 1)	2001 1)		2002 1)				
				3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj			
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %										
Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen										
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 2,0	+ 2,9	+ 0,6	+ 0,4	- 0,1	- 1,2	+ 0,5			
Erwerbstätige	+ 1,2	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,6			
Produktivität (BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen)	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,9	+ 1,1			
Verdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer)	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4			
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 2))	9,8	9,8	10,1	8,3	9,0	13,9	9,6			
Nachrichtlich: Erwerbslosenquote (ILO-Abgrenzung) 3)	8,1	7,3	7,3	7,2	7,2	8,1	7,6			
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) 4)	10,5	9,6	9,4	9,1	9,2	10,2	9,7			
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts										
in Preisen von 1995										
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 2,3	+ 3,4	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	- 0,7	+ 1,1			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 3,4	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,8			
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	- 1,8	+ 3,8	+ 0,4	- 0,7	- 2,8	- 5,1	+ 0,2			
Baugewerbe	+ 0,5	- 2,7	- 6,5	- 5,2	- 4,9	- 7,2	- 3,3			
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 6,7	+ 5,3	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,2	+ 0,7	+ 1,3			
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 4,3	+ 4,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,6	+ 2,2			
Öffentliche und private Dienstleister	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,3			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts										
in Preisen von 1995										
Konsum	+ 3,0	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	- 0,6	- 0,6			
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 3,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,8	- 1,2	- 1,2			
Konsumausgaben der privaten Organisationen o.E.	+ 5,9	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,7			
Konsumausgaben des Staates	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,1	- 0,0	+ 1,2	+ 0,8			
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,1	+ 2,5	- 5,3	- 6,2	- 7,4	- 8,8	- 5,0			
Ausrüstungen	+ 7,2	+ 9,5	- 5,8	- 9,6	- 11,8	- 13,2	- 8,0			
Bauten	+ 1,4	- 2,6	- 6,0	- 5,1	- 4,8	- 6,9	- 3,8			
Sonstige Anlagen	+ 13,5	+ 8,4	+ 5,0	+ 5,2	+ 3,0	+ 3,3	+ 2,8			
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	- 0,4	+ 0,2	- 0,6	- 0,8	- 1,0	- 0,8	+ 0,2			
Inlandsnachfrage	+ 2,8	+ 1,8	- 0,8	- 1,4	- 1,7	- 3,0	- 1,5			
Exporte	+ 5,6	+ 13,7	+ 5,0	+ 5,4	- 1,2	- 1,9	+ 2,8			
Gesamtnachfrage	+ 3,4	+ 4,6	+ 0,7	+ 0,3	- 1,6	- 2,7	- 0,3			
Importe	+ 8,5	+ 10,5	+ 1,0	- 0,2	- 6,0	- 7,3	- 3,0			
nachrichtl.: Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	- 0,7	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9			
Preisentwicklung										
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 0,3	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,4			
Inlandsnachfrage	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,1			
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,5	- 0,3	+ 1,4	+ 1,0	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,6			
Verteilung des Bruttonationaleinkommens										
Bruttonationaleinkommen (Brutosozialprodukt)	+ 2,6	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,9	+ 0,3	+ 2,2			
Volkseinkommen	+ 1,9	+ 2,7	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,6	- 0,2	+ 2,6			
Arbeitnehmerentgelt	+ 2,7	+ 3,9	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,9			
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 1,2	+ 2,5	- 3,6	+ 6,8			
Nachrichtlich: Verfügbares Einkommen	+ 2,8	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,8	- 0,1	+ 2,2			
dar. private Haushalte	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,8	+ 3,2	+ 3,9	+ 1,2	+ 0,3			

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. – Rechenstand: August 2002.

²⁾ Einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

³⁾ Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Berechnung in dieser Abgrenzung ist durch EU-Verordnung vorgeschrieben.

⁴⁾ Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit. Vierteljahreszahlen errechnet aus den monatlichen Arbeitslosenquoten der Bundesanstalt für Arbeit in % aller Erwerbspersonen.

⁵⁾ Absolute Veränderung in % des BIP der Vorjahresperiode.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002						
	Juni p)	Juli p)	1. Vj. p)	2. Vj. p)	Juni p)	Juli p)	Jan. - Juli p)
	1995 = 100						
Produzierendes Gewerbe 1).....	107,8	115,0	- 3,8	- 2,8	- 4,1	- 2,4	- 3,3
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	113,6	122,7	- 4,3	- 2,8	- 4,1	- 2,2	- 3,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	114,7	119,6	- 3,2	- 1,6	- 2,2	- 1,7	- 2,4
Investitionsgüterproduzenten.....	122,1	139,1	- 6,3	- 3,9	- 6,4	- 2,7	- 5,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	90,3	100,4	- 7,6	- 10,5	- 12,8	- 9,1	- 8,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	101,5	104,6	- 0,6	- 1,1	- 0,9	- 0,9	- 0,8
Energie.....	94,2	87,9	- 1,0	+ 1,1	+ 2,1	+ 2,7	0,0
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	78,2	83,3	- 0,8	- 5,9	- 8,8	- 6,8	- 3,7
Hochbauleistungen.....	73,9	78,7	- 2,1	- 7,2	- 9,9	- 7,8	- 5,0
Tiefbauleistungen.....	86,2	91,7	+ 1,8	- 3,5	- 6,9	- 5,4	- 1,3
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	74,2	71,6	- 3,3	- 2,4	- 0,9	- 3,5	- 2,9
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	67,4	62,9	- 4,1	0,0	+ 3,2	+ 0,3	- 2,2
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	65,0	61,3	- 5,8	- 1,9	- 0,5	- 0,6	- 3,9
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	96,1	82,7	+ 8,7	+ 20,2	+ 46,3	+ 10,7	+ 13,5
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	93,8	96,9	- 1,4	- 6,5	- 8,7	- 9,2	- 4,5
Verarbeitendes Gewerbe.....	113,6	122,7	- 4,2	- 2,7	- 4,1	- 2,2	- 3,5
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	107,4	106,4	+ 1,9	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,9
Ernährungsgewerbe.....	108,2	106,9	+ 2,8	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,6
Tabakverarbeitung.....	90,0	94,7	- 16,2	- 12,3	- 11,5	- 13,7	- 14,3
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	65,8	72,3	- 10,6	- 9,6	- 9,9	- 10,0	- 10,2
Textilgewerbe.....	83,4	87,4	- 8,5	- 5,9	- 6,3	- 6,6	- 7,3
Bekleidungsgewerbe.....	37,9	48,2	- 15,0	- 19,7	- 20,4	- 18,4	- 16,9
Leidergewerbe.....	80,1	85,6	+ 0,8	+ 6,4	+ 1,1	+ 10,5	+ 3,3
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	91,9	95,3	- 7,4	- 5,6	- 5,4	- 7,4	- 6,4
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	106,1	109,8	- 4,1	- 2,2	- 3,5	- 2,4	- 3,2
Papiergewerbe.....	107,3	109,2	- 0,4	+ 4,3	+ 1,9	+ 3,4	+ 2,0
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	121,8	121,8	- 1,5	+ 9,0	+ 2,9	+ 9,1	+ 3,6
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	97,9	101,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,0	- 0,6	+ 0,6
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	105,6	110,1	- 5,8	- 4,8	- 5,8	- 4,7	- 5,3
Verlagsgewerbe.....	115,9	119,8	- 7,9	- 3,5	- 4,8	- 1,2	- 5,7
Druckgewerbe.....	97,3	103,0	- 4,0	- 6,0	- 7,1	- 7,5	- 5,0
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	95,5	92,9	- 0,8	- 2,0	- 4,4	- 2,4	- 1,4
Chemische Industrie.....	125,4	126,9	+ 6,2	+ 5,1	+ 6,3	+ 5,2	+ 5,7
Chemische Grundstoffe.....	140,6	139,2	+ 8,8	+ 7,7	+ 7,9	+ 8,3	+ 8,2
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	113,4	120,3	+ 5,6	+ 4,2	+ 6,7	+ 3,5	+ 4,9
Chemiefasern.....	91,0	84,0	- 14,7	- 14,6	- 9,7	- 18,4	- 14,7
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	116,7	121,6	- 2,3	+ 0,4	+ 0,7	- 1,0	- 0,9
Gummifiguren.....	121,6	128,9	- 0,9	+ 1,2	- 0,7	+ 1,8	+ 0,1
Kunststoffwaren.....	115,0	119,1	- 2,9	+ 0,1	+ 1,1	- 2,0	- 1,4

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch: @2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002						
	Juni p)	Julii p)	1. Vj. p)	2. Vj. p)	Juni p)	Julii p)	Jan. - Juli p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	90,7	94,4	- 7,6	- 6,7	- 7,3	- 7,5	- 7,1
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	104,8	108,7	- 11,6	- 9,1	- 8,9	- 6,8	- 10,3
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	84,4	88,8	- 7,1	- 5,9	- 7,9	- 8,7	- 6,5
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	111,2	120,8	- 5,1	- 1,8	- 3,8	- 0,2	- 3,4
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	109,8	114,6	- 3,5	+ 2,4	+ 0,3	+ 4,9	- 0,6
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u.							
Ferrolegierungen (EGKS).....	112,1	113,2	- 4,0	+ 6,7	+ 2,9	+ 11,0	+ 1,2
Gießereiindustrie.....	121,7	131,1	- 5,6	+ 1,1	+ 0,7	+ 4,1	- 2,3
Metallerzeugnisse.....	111,9	124,1	- 5,8	- 3,8	- 5,8	- 2,4	- 4,7
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	91,8	102,8	- 6,2	- 3,3	- 5,0	- 5,4	- 4,7
Maschinenbau.....	102,7	122,9	- 5,0	- 5,1	- 8,7	- 4,4	- 5,0
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	104,7	113,5	- 2,9	- 3,5	- 3,8	- 2,2	- 3,2
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	121,1	130,4	+ 11,6	+ 12,5	+ 7,6	+ 8,9	+ 12,1
Werkzeugmaschinen.....	108,5	138,1	- 11,1	- 8,3	- 11,2	- 2,3	- 9,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	122,9	136,3	- 10,0	- 8,7	- 10,4	- 8,9	- 9,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	165,5	171,0	- 18,6	- 16,8	- 18,8	- 19,9	- 17,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	111,8	123,9	- 6,8	- 5,9	- 8,8	- 6,3	- 6,4
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	142,5	154,5	- 20,8	- 17,0	- 16,2	- 14,0	- 19,0
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	127,3	139,6	- 2,0	- 3,5	- 4,2	- 4,9	- 2,7
Fahrzeugbau.....	142,3	159,6	- 4,4	- 0,2	- 2,9	+ 3,6	- 2,4
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	146,9	166,0	- 5,5	- 0,7	- 3,7	+ 3,5	- 3,1
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	142,9	161,7	- 6,1	- 0,3	- 4,0	+ 3,9	- 3,3
Sonstiger Fahrzeugbau.....	108,7	112,6	+ 6,9	+ 5,5	+ 6,3	+ 4,5	+ 6,2
Schiffbau.....	88,0	94,1	+ 4,4	+ 2,7	+ 3,7	+ 0,6	+ 3,5
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	132,3	138,0	+ 10,1	+ 7,0	+ 8,1	+ 7,0	+ 8,6
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	81,5	86,2	- 9,7	- 11,9	- 13,2	- 12,3	- 10,8
Möbel.....	71,8	76,4	- 12,4	- 17,0	- 17,6	- 18,6	- 14,7
Recycling.....	253,1	260,9	- 1,1	+ 8,7	+ 6,3	+ 10,1	+ 3,8
Energieversorgung.....	100,8	93,8	- 0,6	+ 1,6	+ 2,2	+ 3,5	+ 0,4

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2002						
	Juni p)	Juli p)	1. Vj. p)	2. Vj. p)	Juni p)	Juli p)	Jan. - Juli p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	114,4	110,1	- 4,2	- 2,7	- 2,1	- 1,8	- 3,2
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	120,5	115,0	- 4,7	- 3,0	- 2,1	- 1,4	- 3,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	116,7	114,7	- 3,8	- 1,8	- 1,5	- 0,2	- 2,4
Investitionsgüterproduzenten.....	138,6	127,1	- 6,7	- 3,9	- 2,1	- 1,9	- 4,8
Gebrauchsgüterproduzenten.....	97,3	92,0	- 7,6	- 10,7	- 8,7	- 1,6	- 8,3
Verbrauchsgüterproduzenten.....	100,5	98,9	- 1,0	- 1,4	- 1,7	- 2,7	- 1,5
Energie.....	86,4	86,4	- 1,1	+ 0,8	+ 1,3	- 2,7	- 0,6
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	87,9	89,8	+ 0,3	- 4,3	- 5,5	- 5,1	- 2,8
Hochbauleistungen.....	84,5	87,3	- 0,6	- 5,2	- 6,2	- 5,1	- 3,5
Tiefbauleistungen.....	94,2	94,5	+ 2,1	- 2,6	- 4,3	- 5,1	- 1,6
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	70,6	70,4	- 4,7	- 2,7	- 3,7	- 0,7	- 3,2
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Ge- gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	60,2	60,6	- 5,3	- 0,3	0,0	+ 4,3	- 2,0
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	58,0	59,3	- 7,6	- 2,5	- 1,2	+ 5,9	- 3,7
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Er- bring. damit verb. Dienstleistungen.....	84,7	75,4	+ 10,1	+ 20,5	+ 10,1	- 8,3	+ 11,5
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	103,8	101,9	- 3,3	- 7,5	- 9,8	- 8,8	- 6,2
Verarbeitendes Gewerbe.....	120,4	115,7	- 5,4	- 2,9	- 1,7	- 0,4	- 3,6
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	102,0	104,3	+ 1,1	- 0,2	- 0,8	+ 0,6	+ 0,5
Ernährungsgewerbe.....	102,4	104,6	+ 2,2	+ 0,4	- 0,1	+ 1,4	+ 1,3
Tabakverarbeitung.....	95,0	98,2	- 16,7	- 10,7	- 11,5	- 13,8	- 13,7
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	69,2	69,5	- 11,4	- 9,6	- 9,5	- 9,6	- 10,4
Textilgewerbe.....	82,0	79,6	- 9,4	- 6,2	- 6,5	- 2,0	- 7,0
Bekleidungsgewerbe.....	49,5	53,9	- 14,8	- 18,3	- 16,4	- 23,3	- 17,4
Ledergewerbe.....	84,1	75,5	0,0	+ 6,0	+ 9,2	+ 2,4	+ 2,8
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	84,5	80,7	- 11,7	- 8,2	- 10,2	- 9,3	- 9,9
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	106,7	101,3	- 4,7	- 3,0	- 3,6	- 3,5	- 3,8
Papiergewerbe.....	106,5	105,7	- 2,0	+ 3,5	+ 2,9	+ 1,6	+ 0,9
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	122,2	119,6	- 2,0	+ 8,1	+ 7,8	+ 4,0	+ 3,0
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	96,7	97,0	- 1,8	+ 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,7
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Ver- vielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	106,8	99,3	- 5,8	- 5,7	- 6,2	- 5,9	- 5,8
Verlagsgewerbe.....	117,4	109,6	- 7,1	- 5,1	- 4,9	- 4,7	- 6,0
Druckgewerbe.....	99,8	92,4	- 4,6	- 6,2	- 7,2	- 7,0	- 5,7
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	90,5	101,1	- 1,8	- 2,7	- 2,8	+ 2,4	- 1,5
Chemische Industrie.....	122,5	124,0	+ 5,2	+ 5,0	+ 5,6	+ 5,4	+ 5,1
Chemische Grundstoffe.....	135,2	138,5	+ 8,2	+ 8,0	+ 9,8	+ 11,4	+ 8,7
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	113,4	112,9	+ 3,1	+ 3,5	+ 1,3	- 0,4	+ 2,7
Chemiefasern.....	83,6	86,0	- 14,6	- 14,2	- 18,4	- 9,6	- 13,8
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	118,8	114,1	- 2,7	+ 0,4	- 0,8	+ 1,0	- 0,8
Gummiwaren.....	128,3	117,6	- 1,2	+ 2,3	+ 3,6	+ 2,4	+ 0,8
Kunststoffwaren.....	115,4	112,9	- 3,3	- 0,3	- 2,4	+ 0,5	- 1,4

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

²⁾ Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch @2.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2002						
	Juni p)	Juli p)	1. Vj. p)	2. Vj. p)	Juni p)	Juli p)	Jan. - Juli p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	85,9	90,4	- 9,8	- 7,8	- 11,1	- 8,0	- 8,7
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	94,9	98,1	- 14,8	- 10,4	- 15,6	- 7,7	- 12,6
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	81,1	87,3	- 9,4	- 7,2	- 10,9	- 9,3	- 8,1
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	106,9	116,8	- 6,2	- 1,2	- 6,5	+ 1,1	- 3,8
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	106,0	110,7	- 5,8	+ 3,4	- 4,8	+ 7,4	- 1,4
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS).....	111,1	112,1	- 2,7	+ 10,3	+ 3,0	+ 16,2	+ 3,6
Gießereiindustrie.....	115,3	124,1	- 8,5	+ 2,8	- 6,2	+ 8,0	- 3,0
Metallerzeugnisse.....	107,4	120,1	- 6,5	- 3,6	- 7,3	- 1,7	- 5,0
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	86,0	94,5	- 7,5	- 4,3	- 7,0	- 6,3	- 5,8
Maschinenbau.....	100,5	121,9	- 5,8	- 5,0	- 10,1	- 4,1	- 5,4
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	101,4	111,4	- 3,8	- 3,3	- 5,9	- 1,7	- 3,6
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	119,9	129,3	+ 10,9	+ 12,9	+ 5,1	+ 9,1	+ 12,0
Werkzeugmaschinen.....	106,0	137,2	- 11,4	- 8,3	- 12,7	- 1,6	- 9,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	118,3	131,3	- 11,6	- 9,7	- 12,1	- 9,9	- 10,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	156,7	168,2	- 22,0	- 18,9	- 20,1	- 21,5	- 20,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	109,2	122,1	- 8,0	- 6,2	- 10,5	- 6,5	- 7,2
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	130,3	145,6	- 23,6	- 19,7	- 19,0	- 15,8	- 21,7
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	119,1	131,4	- 3,0	- 4,0	- 5,6	- 6,1	- 3,5
Fahrzeugbau.....	138,7	157,7	- 5,4	- 0,3	- 4,3	+ 3,2	- 2,9
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	142,3	162,9	- 6,3	- 0,8	- 5,1	+ 3,1	- 3,6
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	139,9	160,0	- 6,8	- 0,2	- 5,4	+ 3,7	- 3,5
Sonstiger Fahrzeugbau.....	109,5	115,3	+ 7,3	+ 5,2	+ 5,4	+ 4,4	+ 6,3
Schiffbau.....	89,3	96,9	+ 4,0	+ 3,4	+ 2,9	+ 1,8	+ 3,7
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	128,7	135,6	+ 10,2	+ 6,9	+ 8,2	+ 6,6	+ 8,5
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	76,8	81,9	- 11,6	- 13,3	- 15,9	- 13,8	- 12,4
Möbel.....	68,3	73,6	- 13,7	- 17,5	- 19,6	- 19,0	- 15,6
Recycling.....	243,4	248,2	- 10,7	+ 0,6	- 2,4	+ 2,6	- 5,1
Energieversorgung.....	99,6	93,8	- 1,2	+ 2,0	+ 0,7	+ 4,3	+ 0,3

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002						
	Juni p)	Juli p)	1. Vj. p)	2. Vj. p)	Juni p)	Juli p)	Jan. - Juli p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	127,3	119,6	+ 1,0	- 1,2	- 0,9	- 3,9	- 0,7
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	170,7	157,1	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,4	- 0,9	+ 1,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	175,7	168,2	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,3	+ 1,0	+ 3,0
Investitionsgüterproduzenten.....	176,0	149,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 2,8	- 4,9	0,0
Gebrauchsgüterproduzenten.....	195,5	146,7	- 6,5	- 2,4	+ 1,0	- 6,0	- 4,7
Verbrauchsgüterproduzenten.....	152,0	148,0	+ 3,9	+ 0,4	+ 2,6	+ 1,0	+ 2,0
Energie.....	90,3	89,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 2,4	- 1,0	+ 0,4
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	65,1	65,2	- 5,9	- 13,5	- 14,8	- 15,8	- 11,2
Hochbauleistungen.....	54,8	54,3	- 10,3	- 18,5	- 19,5	- 21,2	- 16,0
Tiefbauleistungen.....	84,0	85,0	+ 0,7	- 6,4	- 8,2	- 8,5	- 4,5
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	77,0	76,8	+ 2,2	- 2,3	- 2,7	- 3,4	- 0,3
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	80,8	79,6	+ 2,9	- 0,7	- 0,1	- 0,7	+ 1,1
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	81,6	80,4	+ 3,3	- 1,0	- 0,1	- 0,9	+ 1,3
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	61,0	61,9	- 10,2	+ 10,1	- 0,7	+ 8,8	- 0,5
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	69,8	71,6	- 0,2	- 5,5	- 7,8	- 8,4	- 3,4
Verarbeitendes Gewerbe.....	160,6	172,4	+ 1,6	+ 1,7	- 0,7	+ 2,0	+ 1,6
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	146,9	144,9	+ 4,9	- 1,6	- 1,5	- 0,8	+ 1,5
Ernährungsgewerbe.....	147,9	145,8	+ 5,4	- 1,0	- 0,9	- 0,1	+ 2,0
Tabakverarbeitung.....	76,6	80,2	- 23,1	- 42,4	- 45,5	- 47,2	- 32,7
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	127,8	136,7	- 7,8	- 5,3	- 8,2	- 3,0	- 6,6
Textilgewerbe.....	158,2	168,2	- 6,8	- 2,6	- 6,1	+ 0,1	- 4,7
Bekleidungsgewerbe.....	32,6	38,2	- 15,7	- 32,6	- 31,7	- 31,3	- 23,2
Ledergewerbe.....	97,5	106,1	+ 2,7	+ 6,9	+ 3,6	+ 16,7	+ 4,8
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	188,5	204,5	+ 11,2	+ 8,3	+ 4,8	+ 9,8	+ 9,7
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	151,2	159,2	+ 1,9	+ 4,6	+ 4,8	+ 5,6	+ 3,2
Papiergewerbe.....	163,1	170,0	+ 18,8	+ 16,2	+ 11,0	+ 15,2	+ 17,5
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	134,5	136,2	+ 20,0	+ 15,0	+ 9,3	+ 13,7	+ 17,5
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	200,4	214,1	+ 17,7	+ 17,4	+ 12,5	+ 16,5	+ 17,5
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Ver- vielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern....	147,2	155,6	- 3,5	+ 0,7	+ 2,6	+ 2,5	- 1,3
Verlagsgewerbe.....	121,7	124,0	- 9,1	+ 0,3	+ 0,7	+ 4,1	- 4,5
Druckgewerbe.....	187,6	209,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 4,3	- 1,5	+ 0,4
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	132,8	138,0	+ 10,8	+ 6,1	- 7,8	+ 3,2	+ 8,3
Chemische Industrie.....	200,6	199,9	+ 7,7	+ 10,9	+ 9,6	+ 10,0	+ 9,3
Chemische Grundstoffe.....	195,0	182,8	+ 4,8	+ 8,5	+ 8,6	+ 5,6	+ 6,7
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	185,8	221,5	+ 20,6	+ 13,7	+ 7,7	+ 25,7	+ 17,1
Chemiefasern.....	94,6	95,1	- 19,4	- 21,0	- 24,4	- 15,9	- 20,3
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	168,6	185,0	- 4,6	- 1,0	- 2,9	- 2,5	- 2,7
Gummiwaren.....	150,5	177,9	- 13,5	- 11,5	- 19,1	- 8,7	- 12,5
Kunststoffwaren.....	172,5	186,5	- 2,3	+ 1,4	+ 0,9	- 1,2	- 0,5

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

²⁾ Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch @2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002						
	Juni p)	Juli p)	1. Vj. p)	2. Vj. p)	Juni p)	Juli p)	Jan. - Juli p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	118,2	116,0	- 2,1	- 1,6	- 1,8	- 2,0	- 1,9
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	212,4	211,5	- 3,4	+ 5,0	+ 13,2	+ 6,7	+ 1,6
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	93,9	97,2	- 1,2	- 3,8	- 8,1	- 4,3	- 3,0
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	175,5	167,2	- 4,8	- 2,6	- 3,1	0,0	- 3,2
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	170,7	167,1	- 1,3	+ 2,5	+ 1,7	+ 6,4	+ 1,3
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS).....	116,3	109,5	- 33,7	- 32,9	- 37,3	- 36,7	- 33,8
Gießereiindustrie.....	198,1	179,0	- 6,2	+ 0,6	+ 2,9	+ 6,5	- 1,8
Metallerzeugnisse.....	176,9	167,2	- 5,9	- 4,2	- 4,4	- 1,8	- 4,6
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	157,1	136,0	- 3,2	+ 0,9	+ 2,6	+ 0,9	- 0,8
Maschinenbau.....	143,9	129,9	- 5,6	- 4,4	- 8,3	- 5,9	- 5,1
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	165,8	149,6	- 3,3	- 3,4	- 5,3	- 5,3	- 3,6
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	131,1	119,9	- 5,9	+ 3,7	+ 7,8	+ 43,6	+ 4,6
Werkzeugmaschinen.....	153,8	165,5	- 17,8	- 11,4	- 17,4	- 5,1	- 13,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	251,6	230,6	+ 8,8	+ 5,1	+ 5,8	+ 1,3	+ 6,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	265,0	270,3	+ 26,9	+ 17,3	+ 10,8	- 13,9	+ 18,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	183,8	162,9	+ 5,3	+ 4,1	+ 6,5	+ 2,0	+ 4,3
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	382,3	390,6	+ 15,1	+ 7,5	+ 1,9	+ 5,9	+ 10,4
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	276,0	236,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 7,2	+ 0,8	+ 1,3
Fahrzeugbau.....	214,8	165,4	- 1,4	+ 3,5	+ 11,5	- 6,7	0,0
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	313,8	230,5	- 2,5	+ 2,2	+ 12,7	- 10,2	- 1,6
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	260,7	103,2	- 18,7	- 6,5	+ 10,5	- 51,1	- 17,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	98,1	88,5	+ 2,3	+ 8,4	+ 7,0	+ 6,2	+ 5,5
Schiffbau.....	82,3	79,8	+ 2,9	+ 1,8	- 0,5	+ 11,0	+ 3,5
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	372,8	359,5	+ 11,0	+ 7,2	+ 4,0	+ 4,1	+ 8,4
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	158,7	114,3	+ 2,8	+ 4,0	+ 7,9	- 2,5	+ 2,7
Möbel.....	131,2	79,2	- 8,6	- 9,1	- 6,9	- 19,4	- 10,0
Recycling.....	318,7	270,2	+ 35,6	+ 39,3	+ 43,8	+ 30,0	+ 36,4
Energieversorgung.....	91,6	91,1	- 0,7	+ 1,3	+ 3,3	- 2,4	- 0,1

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

@2.2.1.1 Werte

	2002						
	Juni	Juli p)	1. Vj.	2. Vj.	Juni	Juli p)	Januar - Juli
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	128,6	129,0	- 6,5	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,4	- 2,0
davon: Inland.....	105,5	108,8	- 9,1	- 2,2	+ 0,3	+ 0,8	- 4,9
Ausland.....	170,2	165,2	- 3,4	+ 5,1	+ 1,9	+ 6,4	+ 1,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	119,8	121,6	- 7,1	+ 1,2	+ 1,9	+ 5,0	- 2,0
davon: Inland.....	104,5	109,8	- 9,9	- 1,5	0,0	+ 2,9	- 4,6
Ausland.....	151,2	146,1	- 2,9	+ 5,1	+ 4,6	+ 8,5	+ 2,0
Investitionsgüterproduzenten.....	146,6	145,0	- 6,5	+ 1,3	+ 0,5	+ 3,3	- 1,8
davon: Inland.....	115,3	117,3	- 9,0	- 2,5	+ 1,6	+ 0,5	- 5,0
Ausland.....	189,4	182,8	- 4,3	+ 4,7	- 0,2	+ 5,8	+ 0,9
Gebrauchsgüterproduzenten.....	107,2	95,1	- 8,0	+ 0,9	+ 5,4	- 4,6	- 3,9
davon: Inland.....	90,1	84,7	- 10,7	- 4,8	- 3,0	- 5,9	- 7,6
Ausland.....	156,8	125,3	- 2,2	+ 13,4	+ 23,5	- 2,0	+ 4,4
Verbrauchsgüterproduzenten.....	95,4	105,9	- 2,6	- 1,0	- 3,2	0,0	- 1,6
davon: Inland.....	82,9	88,9	- 5,3	- 3,0	- 3,0	- 2,7	- 4,0
Ausland.....	134,6	159,4	+ 2,6	+ 3,0	- 3,8	+ 5,2	+ 3,1
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	66,7	83,9	- 11,9	- 7,5	- 10,1	- 8,1	- 9,9
Textilgewerbe.....	81,7	83,6	- 9,8	- 4,8	- 6,0	- 0,1	- 6,6
Bekleidungsgewerbe.....	46,1	84,3	- 14,1	- 13,3	- 18,8	- 17,1	- 14,3
Ledergewerbe.....	68,3	82,0	- 6,3	- 0,6	+ 13,1	- 12,5	- 5,1
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	97,6	101,1	- 6,5	- 0,1	- 1,4	+ 3,1	- 2,4
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	113,9	115,3	- 2,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 4,6	- 0,2
Papiergewerbe.....	120,2	123,7	- 0,3	+ 5,1	+ 6,7	+ 8,3	+ 3,2
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	134,7	138,8	+ 1,6	+ 7,7	+ 9,1	+ 14,4	+ 5,9
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	108,6	111,7	- 2,5	+ 2,5	+ 4,4	+ 2,9	+ 0,4
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	104,4	102,3	- 6,1	- 5,4	- 6,5	- 1,8	- 5,2
Chemische Industrie.....	119,7	122,6	- 5,2	+ 2,1	0,0	+ 5,7	- 0,6
Chemische Grundstoffe.....	123,1	123,6	- 11,8	0,0	- 2,2	+ 3,2	- 4,8
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	126,3	136,5	+ 6,6	+ 3,1	- 1,9	+ 8,3	+ 5,4
Gummi- und Kunststoffwaren.....	121,0	124,0	- 2,5	+ 3,5	+ 5,5	+ 7,2	+ 1,4
Kunststoffwaren.....	120,8	123,6	- 3,3	+ 2,9	+ 4,4	+ 5,7	+ 0,6
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	95,9	101,2	- 10,9	- 4,1	- 4,8	+ 3,0	- 5,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	116,6	121,8	- 7,1	+ 1,9	+ 4,7	+ 4,5	- 1,7
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	119,2	122,8	- 6,8	+ 5,5	+ 10,6	+ 5,8	- 0,1
Gießereiindustrie.....	130,6	140,9	- 8,5	+ 4,0	+ 6,2	+ 5,4	- 1,4
Metallerzeugnisse.....	114,6	121,0	- 7,3	- 0,8	+ 0,4	+ 3,4	- 3,0
Stahl- und Leichtmetallbau.....	104,8	110,0	- 7,2	- 1,2	+ 2,2	+ 3,0	- 3,0
Maschinenbau.....	127,0	122,6	- 7,4	+ 5,2	+ 10,5	+ 5,4	- 0,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	134,7	126,7	- 11,1	- 4,0	- 3,6	- 4,0	- 7,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	89,9	91,3	- 18,7	- 11,3	- 14,9	- 18,6	- 15,8
Geräte der Elektrizitätsproduktion, -verteilung u.ä.	121,3	117,0	- 11,1	- 11,7	- 10,6	- 3,8	- 10,4
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	172,1	145,9	- 11,7	+ 6,2	+ 8,3	- 5,8	- 3,7
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	142,9	142,9	- 7,4	+ 2,6	- 0,1	+ 3,0	- 1,8
Fahrzeugbau.....	173,2	174,1	- 3,1	+ 2,6	- 1,5	+ 6,5	+ 0,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	179,3	183,5	- 1,5	+ 3,1	+ 4,1	+ 4,7	+ 1,3
Sonstiger Fahrzeugbau.....	139,8	122,6	- 16,4	- 0,8	- 28,6	+ 24,2	- 4,5
Schiffbau.....	159,4	50,6	- 42,7	+ 67,9	+ 326,2	+ 239,6	+ 27,9
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	147,8	191,9	+ 1,2	- 14,1	- 64,6	- 3,6	- 7,0
Möbel.....	89,2	86,0	- 14,8	- 10,3	- 9,4	- 7,3	- 12,0

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

@2.2.1.2 Volumen

	2002						
	Juni	Juli p)	1. Vj.	2. Vj.	Juni	Juli p)	Januar - Juli
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	123,9	124,1	- 6,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 3,0	- 2,1
davon: Inland.....	103,0	106,2	- 9,1	- 2,3	+ 0,1	+ 0,5	- 5,0
Ausland.....	161,5	156,4	- 3,3	+ 5,1	+ 2,0	+ 6,2	+ 1,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	118,6	120,4	- 4,9	+ 2,7	+ 3,1	+ 5,8	- 0,3
davon: Inland.....	104,4	109,4	- 7,9	- 0,2	+ 1,1	+ 3,3	- 3,1
Ausland.....	148,0	143,0	- 0,2	+ 7,2	+ 6,4	+ 9,8	+ 4,2
Investitionsgüterproduzenten.....	138,7	136,9	- 8,1	+ 0,1	- 0,4	+ 2,0	- 3,2
davon: Inland.....	111,1	112,8	- 10,7	- 3,8	+ 0,5	- 0,9	- 6,4
Ausland.....	176,3	169,6	- 5,6	+ 3,7	- 1,2	+ 4,7	- 0,3
Gebräuchsgüterproduzenten.....	102,0	90,1	- 8,8	+ 0,6	+ 5,4	- 5,3	- 4,4
davon: Inland.....	85,2	79,9	- 11,5	- 5,4	- 3,5	- 6,8	- 8,4
Ausland.....	150,6	119,6	- 2,8	+ 13,6	+ 24,1	- 2,2	+ 4,1
Verbrauchsgüterproduzenten.....	90,8	101,1	- 3,6	- 1,5	- 3,4	- 0,3	- 2,3
davon: Inland.....	79,2	85,2	- 6,2	- 3,4	- 3,4	- 3,1	- 4,6
Ausland.....	127,1	151,2	+ 1,6	+ 2,6	- 3,6	+ 4,9	+ 2,5
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	65,6	82,6	- 12,4	- 8,1	- 10,6	- 8,6	- 10,4
Textilgewerbe.....	80,4	82,2	- 10,2	- 5,2	- 6,4	- 0,6	- 7,0
Bekleidungsgewerbe.....	45,1	83,0	- 14,6	- 14,1	- 19,8	- 17,8	- 15,0
Ledergewerbe.....	63,8	76,6	- 7,7	- 1,9	+ 11,9	- 13,5	- 6,4
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	101,6	105,0	- 4,4	+ 2,5	+ 1,0	+ 5,2	- 0,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	111,3	112,1	- 0,9	+ 2,1	+ 1,6	+ 4,0	+ 1,1
Papiergewerbe.....	117,1	119,6	+ 2,7	+ 7,1	+ 6,9	+ 7,4	+ 5,1
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	134,8	137,4	+ 7,9	+ 11,4	+ 9,7	+ 13,3	+ 10,0
Papier, Karton- und Pappeverarbeitung.....	102,8	105,3	- 2,6	+ 2,5	+ 4,0	+ 1,6	+ 0,2
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	102,5	100,5	- 6,5	- 5,6	- 6,4	- 1,8	- 5,5
Chemische Industrie.....	117,0	119,6	- 2,3	+ 4,1	+ 1,5	+ 6,3	+ 1,6
Chemische Grundstoffe.....	124,9	124,9	- 4,6	+ 4,6	+ 1,1	+ 4,5	+ 0,6
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	115,7	125,3	+ 5,9	+ 3,1	- 1,3	+ 8,7	+ 5,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	119,7	122,2	- 2,1	+ 3,8	+ 5,6	+ 6,7	+ 1,6
Kunststoffwaren.....	119,2	121,5	- 2,8	+ 3,4	+ 4,5	+ 5,2	+ 1,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	97,0	102,6	- 11,2	- 3,5	- 3,9	+ 3,1	- 5,8
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	114,0	119,0	- 5,0	+ 3,3	+ 5,9	+ 5,4	- 0,1
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	120,9	124,5	- 1,2	+ 9,4	+ 14,6	+ 8,9	+ 4,6
Gießereiindustrie.....	128,2	137,9	- 6,4	+ 5,2	+ 6,9	+ 6,3	+ 0,1
Metallerzeugnisse.....	108,7	114,8	- 8,1	- 1,5	- 0,5	+ 2,6	- 3,8
Stahl- und Leichtmetallbau.....	100,2	105,2	- 7,4	- 1,0	+ 2,5	+ 3,1	- 3,1
Maschinenbau.....	117,5	112,9	- 8,5	+ 3,8	+ 9,4	+ 4,0	- 1,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	137,2	129,4	- 11,5	- 3,7	- 3,0	- 3,7	- 7,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	118,8	121,6	- 17,7	- 8,6	- 12,4	- 15,6	- 13,9
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	117,3	113,4	- 11,7	- 12,1	- 10,8	- 4,4	- 10,9
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	188,1	161,3	- 10,9	+ 7,4	+ 10,2	- 2,9	- 2,5
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	132,8	133,0	- 8,6	+ 1,6	- 0,9	+ 2,4	- 2,8
Fahrzeugbau.....	161,1	161,8	- 4,6	+ 1,5	- 2,5	+ 5,5	- 0,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	166,3	170,2	- 3,0	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,7	0,0
Sonstiger Fahrzeugbau.....	132,5	116,1	- 17,2	- 1,6	- 29,1	+ 23,1	- 5,4
Schiffbau.....	150,9	47,9	- 43,4	+ 66,0	+ 320,3	+ 235,0	+ 26,3
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	139,7	181,3	+ 0,1	- 14,9	- 64,9	- 4,4	- 7,9
Möbel.....	78,0	75,1	- 17,1	- 12,2	- 11,1	- 9,1	- 14,0

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.2 Früheres Bundesgebiet

@2.2.2.1 Werte

	2002						
	Juni	Juli p)	1. Vj.	2. Vj.	Juni	Juli p)	Januar - Juli
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	126,3	127,1	- 7,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 3,3	- 2,3
davon: Inland.....	103,1	106,8	- 9,7	- 2,6	- 0,5	+ 0,8	- 5,3
Ausland.....	166,1	161,9	- 4,5	+ 5,1	+ 2,0	+ 6,4	+ 1,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	116,2	117,4	- 7,9	+ 0,6	+ 1,8	+ 4,5	- 2,6
davon: Inland.....	101,0	105,5	- 11,0	- 2,1	0,0	+ 2,3	- 5,5
Ausland.....	146,0	140,9	- 3,2	+ 4,7	+ 4,3	+ 8,2	+ 1,7
Investitionsgüterproduzenten.....	146,0	145,7	- 7,4	+ 1,7	+ 0,1	+ 3,8	- 2,1
davon: Inland.....	115,0	118,4	- 9,0	- 2,4	+ 0,1	+ 1,0	- 4,9
Ausland.....	185,6	180,7	- 6,0	+ 5,1	+ 0,2	+ 6,2	+ 0,4
Gebrauchsgüterproduzenten.....	104,8	93,3	- 7,8	+ 1,0	+ 5,3	- 4,3	- 3,7
davon: Inland.....	87,1	82,9	- 10,6	- 4,9	- 3,3	- 5,1	- 7,5
Ausland.....	153,6	122,5	- 1,7	+ 13,0	+ 22,3	- 2,5	+ 4,4
Verbrauchsgüterproduzenten.....	92,4	103,3	- 3,2	- 1,6	- 3,7	- 0,6	- 2,2
davon: Inland.....	79,6	85,8	- 6,3	- 3,9	- 3,0	- 3,6	- 5,0
Ausland.....	131,9	156,8	+ 2,7	+ 3,0	- 4,8	+ 4,7	+ 3,1
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	63,8	82,0	- 12,2	- 8,2	- 10,4	- 9,0	- 10,4
Textilgewerbe.....	77,4	80,2	- 10,2	- 5,3	- 6,2	- 0,7	- 7,1
Bekleidungsgewerbe.....	45,7	84,3	- 14,1	- 13,5	- 19,0	- 17,6	- 14,5
Ledergewerbe.....	67,1	81,4	- 6,5	- 0,5	+ 13,7	- 12,7	- 5,2
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	84,1	84,9	- 10,6	- 5,5	- 6,0	- 2,5	- 7,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	109,5	111,1	- 3,6	+ 0,5	+ 0,8	+ 4,2	- 0,8
Papiergewerbe.....	116,0	119,2	- 1,4	+ 4,5	+ 5,6	+ 8,0	+ 2,4
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	132,9	137,1	+ 1,4	+ 8,1	+ 9,1	+ 15,0	+ 6,0
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	102,8	105,1	- 4,2	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,4	- 1,2
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	99,8	99,0	- 7,0	- 5,7	- 6,5	- 1,9	- 5,7
Chemische Industrie.....	117,0	119,3	- 5,4	+ 1,6	- 0,1	+ 5,4	- 0,9
Chemische Grundstoffe.....	120,3	119,6	- 12,2	- 0,2	- 1,6	+ 3,1	- 5,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	123,6	132,8	+ 6,4	+ 2,2	- 2,9	+ 7,4	+ 4,8
Gummi- und Kunststoffwaren.....	117,2	119,5	- 2,9	+ 3,5	+ 6,1	+ 7,5	+ 1,2
Kunststoffwaren.....	116,5	118,8	- 3,6	+ 2,8	+ 4,9	+ 5,9	+ 0,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	89,3	93,6	- 12,1	- 5,2	- 6,1	+ 2,7	- 7,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	114,1	118,5	- 8,1	+ 1,8	+ 5,6	+ 4,0	- 2,3
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	116,8	120,6	- 8,0	+ 5,7	+ 12,2	+ 6,4	- 0,4
Gießereiindustrie.....	123,0	134,9	- 8,4	+ 4,7	+ 8,5	+ 6,2	- 0,9
Metallerzeugnisse.....	111,9	116,9	- 8,2	- 1,2	+ 0,5	+ 2,2	- 3,8
Stahl- und Leichtmetallbau.....	101,1	102,6	- 9,6	- 1,3	+ 4,4	+ 1,0	- 4,4
Maschinenbau.....	126,9	122,4	- 7,4	+ 5,5	+ 11,0	+ 6,3	- 0,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	131,6	123,4	- 11,9	- 4,5	- 4,6	- 4,7	- 7,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	85,0	85,9	- 22,0	- 13,7	- 17,1	- 20,8	- 18,6
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.							
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	119,6	115,5	- 11,5	- 12,6	- 12,1	- 4,5	- 11,0
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	167,7	139,9	- 12,9	+ 6,7	+ 8,5	- 7,0	- 4,3
Fahrzeugbau.....	138,0	139,0	- 7,4	+ 2,5	- 0,7	+ 3,3	- 1,8
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	172,9	177,7	- 4,3	+ 3,3	- 2,3	+ 7,4	+ 0,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	175,3	183,3	- 1,2	+ 3,0	+ 3,3	+ 6,1	+ 1,6
Schiffbau.....	156,9	139,8	- 31,8	+ 6,1	- 30,7	+ 19,8	- 8,3
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	206,2	40,6	- 45,4	+ 92,7	+ 337,8	+ 168,9	+ 29,7
Möbel.....	143,2	190,0	- 28,2	- 10,9	- 62,5	- 3,1	- 16,6
	86,7	85,0	- 14,9	- 10,7	- 10,0	- 6,6	- 12,1

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.2 Früheres Bundesgebiet

@2.2.2.2 Volumen

	2002						
	Juni	Juli p)	1. Vj.	2. Vj.	Juni	Juli p)	Januar - Juli
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	121,6	122,2	- 7,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 2,9	- 2,4
davon: Inland.....	100,7	104,1	- 9,8	- 2,6	- 0,5	+ 0,3	- 5,4
Ausland.....	157,5	153,1	- 4,4	+ 5,2	+ 2,1	+ 6,1	+ 1,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	114,9	116,0	- 5,7	+ 2,1	+ 3,1	+ 5,3	- 0,9
davon: Inland.....	100,7	105,0	- 9,1	- 0,8	+ 1,0	+ 2,7	- 4,0
Ausland.....	142,8	137,8	- 0,5	+ 6,7	+ 6,1	+ 9,5	+ 3,9
Investitionsgüterproduzenten.....	138,0	137,4	- 9,0	+ 0,4	- 0,9	+ 2,5	- 3,5
davon: Inland.....	110,9	113,9	- 10,7	- 3,8	- 1,1	- 0,3	- 6,4
Ausland.....	172,8	167,6	- 7,3	+ 4,1	- 0,7	+ 5,0	- 0,8
Gebrauchsgüterproduzenten.....	99,9	88,5	- 8,5	+ 0,7	+ 5,4	- 4,9	- 4,3
davon: Inland.....	82,6	78,2	- 11,4	- 5,4	- 3,6	- 6,1	- 8,2
Ausland.....	147,7	117,0	- 2,2	+ 13,2	+ 22,9	- 2,8	+ 4,1
Verbrauchsgüterproduzenten.....	87,9	98,6	- 4,2	- 2,2	- 3,9	- 0,9	- 2,9
davon: Inland.....	76	82,2	- 7,1	- 4,4	- 3,4	- 4,0	- 5,5
Ausland.....	124,5	148,7	+ 1,6	+ 2,5	- 4,7	+ 4,4	+ 2,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	62,7	80,7	- 12,7	- 8,7	- 10,9	- 9,4	- 10,8
Textilgewerbe.....	76,2	78,9	- 10,5	- 5,8	- 6,5	- 1,1	- 7,4
Bekleidungsgewerbe.....	44,7	83,2	- 14,7	- 14,2	- 19,9	- 18,1	- 15,1
Ledergewerbe.....	62,6	76,0	- 7,8	- 1,7	+ 12,6	- 13,8	- 6,5
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	87,2	87,9	- 8,9	- 3,2	- 4,0	- 0,5	- 5,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	106,9	107,9	- 2,0	+ 1,5	+ 0,9	+ 3,5	+ 0,3
Papiergewerbe.....	112,8	115,0	+ 1,5	+ 6,4	+ 5,8	+ 6,8	+ 4,4
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	132,6	135,4	+ 7,4	+ 11,8	+ 9,6	+ 13,8	+ 10,2
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	97,3	98,9	- 4,4	+ 1,1	+ 2,1	+ 0,1	- 1,4
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	98,1	97,3	- 7,5	- 5,8	- 6,4	- 1,9	- 6,1
Chemische Industrie.....	114,3	116,3	- 2,5	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,9	+ 1,2
Chemische Grundstoffe.....	122,1	120,9	- 5,0	+ 4,3	+ 1,6	+ 4,5	+ 0,2
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	113,2	122,0	+ 5,6	+ 2,1	- 2,4	+ 7,8	+ 4,4
Gummi- und Kunststoffwaren.....	115,9	117,9	- 2,5	+ 3,9	+ 6,1	+ 7,1	+ 1,6
Kunststoffwaren.....	114,9	116,8	- 3,0	+ 3,3	+ 4,9	+ 5,4	+ 0,9
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	90,1	94,3	- 12,7	- 4,8	- 5,2	+ 2,5	- 7,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	111,5	115,8	- 5,9	+ 3,2	+ 6,9	+ 5,1	- 0,5
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	118,4	122,2	- 2,4	+ 9,8	+ 16,3	+ 9,7	+ 4,3
Gießereiindustrie.....	120,8	132,2	- 6,3	+ 5,9	+ 9,2	+ 7,2	+ 0,6
Metallerzeugnisse.....	106,1	110,8	- 8,9	- 2,0	- 0,2	+ 1,4	- 4,5
Stahl- und Leichtmetallbau.....	96,6	98,0	- 10,0	- 1,2	+ 4,4	+ 1,0	- 4,6
Maschinenbau.....	117,4	112,6	- 8,6	+ 4,1	+ 9,9	+ 4,6	- 1,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	134,0	125,9	- 12,4	- 4,2	- 3,9	- 4,5	- 7,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	112,5	114,6	- 21,0	- 11,1	- 14,6	- 17,8	- 16,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.							
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	115,5	111,9	- 12,1	- 13,0	- 12,2	- 4,9	- 11,5
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik,							
Optik.....	183,3	154,6	- 12,2	+ 7,8	+ 10,3	- 4,3	- 3,2
Fahrzeugbau.....	128,4	129,3	- 8,7	+ 1,6	- 1,4	+ 2,6	- 2,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	160,7	165,0	- 5,8	+ 2,2	- 3,4	+ 6,4	- 0,8
Sonstiger Fahrzeugbau.....	162,5	169,8	- 2,7	+ 1,8	+ 2,3	+ 5,1	+ 0,2
Schiffbau.....	148,6	132,3	- 32,5	+ 5,1	- 31,2	+ 18,7	- 9,2
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	195,2	38,5	- 46,1	+ 90,2	+ 333,8	+ 167,4	+ 28,4
Möbel.....	135,3	179,5	- 28,9	- 11,8	- 62,8	- 3,9	- 17,4
	75,8	74,3	- 17,3	- 12,5	- 11,7	- 8,3	- 14,1

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

@2.2.3.1 Werte

	2002						
	Juni	Juli p)	1. Vj.	2. Vj.	Juni	Juli p)	Januar - Juli
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	167,1	159,6	+ 3,1	+ 1,7	+ 4,9	+ 2,6	+ 2,4
davon: Inland.....	135,5	134,2	- 3,4	+ 0,7	+ 7,3	+ 1,5	- 1,0
Ausland.....	326,1	287,5	+ 16,7	+ 3,7	+ 0,1	+ 5,2	+ 9,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	178,3	188,8	+ 0,5	+ 6,1	+ 2,5	+ 9,3	+ 4,1
davon: Inland.....	150,5	164,4	+ 0,3	+ 3,6	+ 0,1	+ 7,7	+ 2,8
Ausland.....	310,5	304,9	+ 1,2	+ 12,2	+ 8,5	+ 13,6	+ 7,3
Investitionsgüterproduzenten.....	157,2	133,1	+ 7,0	- 3,7	+ 7,6	- 5,2	+ 0,7
davon: Inland.....	118,2	104,6	- 9,2	- 3,6	+ 21,4	- 6,0	- 6,3
Ausland.....	344,9	269,3	+ 34,0	- 3,7	- 9,5	- 4,3	+ 12,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	153,9	130,1	- 11,6	- 0,2	+ 7,2	- 8,3	- 6,4
davon: Inland.....	136,1	114,5	- 10,8	- 4,3	- 0,9	- 12,9	- 8,3
Ausland.....	335,9	290,7	- 16,3	+ 22,5	+ 62,2	+ 16,9	+ 3,8
Verbrauchsgüterproduzenten.....	171,3	173,4	+ 7,8	+ 8,5	+ 3,6	+ 11,0	+ 8,5
davon: Inland.....	157	156,4	+ 9,5	+ 8,8	- 1,8	+ 8,5	+ 9,0
Ausland.....	279,4	301,6	- 0,1	+ 6,5	+ 34,5	+ 21,0	+ 5,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	130,7	125,0	- 6,6	0,0	- 5,3	+ 5,8	- 2,5
Textilgewerbe.....	149,4	137,3	- 6,6	+ 0,3	- 4,7	+ 5,6	- 2,3
Bekleidungsgewerbe.....	64,9	81,8	- 7,0	- 2,6	- 9,6	+ 7,2	- 3,8
Ledergewerbe.....	101,2	98,5	- 0,9	- 4,2	+ 1,6	- 7,9	- 3,3
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	280,7	320,5	+ 15,7	+ 29,1	+ 23,1	+ 29,4	+ 23,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	198,9	194,7	+ 10,2	+ 7,1	+ 8,9	+ 9,2	+ 8,7
Papiergewerbe.....	192,2	202,1	+ 11,3	+ 11,6	+ 19,6	+ 14,1	+ 11,8
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	160,6	162,0	+ 4,7	+ 3,2	+ 9,8	+ 8,7	+ 4,6
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	229,2	249,3	+ 17,8	+ 19,6	+ 29,1	+ 18,7	+ 18,7
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	213,0	179,5	+ 7,8	- 1,0	- 6,7	- 0,7	+ 2,6
Chemische Industrie.....	174,6	191,8	- 0,7	+ 9,8	+ 0,5	+ 9,8	+ 5,2
Chemische Grundstoffe.....	166,3	185,1	- 7,0	+ 3,2	- 8,9	+ 2,4	- 1,4
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	198,2	231,6	+ 11,0	+ 22,4	+ 21,7	+ 25,2	+ 17,9
Gummi- und Kunststoffwaren.....	185,8	197,6	+ 1,6	+ 3,0	+ 0,4	+ 4,2	+ 2,6
Kunststoffwaren.....	189,4	198,0	+ 0,1	+ 3,9	+ 1,0	+ 3,9	+ 2,3
Gläsgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	149,3	164,3	- 3,7	+ 2,0	+ 1,7	+ 4,6	+ 0,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	150,7	165,1	+ 2,4	+ 3,3	- 2,7	+ 8,0	+ 3,6
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	154,7	154,2	+ 4,1	+ 3,1	- 3,3	- 1,3	+ 3,0
Gießereiindustrie.....	221,9	212,8	- 9,0	- 0,9	- 7,4	- 0,8	- 4,7
Metallerzeugnisse.....	147,9	172,7	+ 1,0	+ 3,5	- 2,2	+ 14,8	+ 4,1
Stahl- und Leichtmetallbau.....	130,3	161,4	+ 5,9	- 0,4	- 7,9	+ 13,0	+ 4,3
Maschinenbau.....	129,6	126,9	- 6,5	+ 0,4	+ 2,5	- 6,2	- 3,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	195,9	192,7	- 0,8	+ 2,0	+ 9,7	+ 6,5	+ 1,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	233,5	252,0	+ 14,3	+ 18,5	+ 16,5	+ 12,8	+ 15,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.							
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	146,4	138,7	- 6,7	+ 0,6	+ 12,3	+ 4,9	- 2,5
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik,							
Optik.....	306,8	329,9	+ 8,8	- 1,5	+ 4,6	+ 12,8	+ 4,8
Fahrzeugbau.....	259,6	240,1	- 6,0	+ 2,7	+ 8,5	+ 0,4	- 1,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	178,2	119,2	+ 17,2	- 7,5	+ 12,2	- 10,6	+ 2,4
Sonstiger Fahrzeugbau.....	300,4	190,8	- 8,6	+ 7,4	+ 20,7	- 25,2	- 4,2
Schiffbau.....	77,7	60,3	+ 111,9	- 38,6	- 8,4	+ 81,6	+ 21,7
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	7,5	83,0	0,0	- 72,2	+ 23,0	+ 480,4	+ 12,7
Möbel.....	813,7	473,3	+ 358,7	- 49,6	- 85,8	- 25,4	+ 43,9

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

@2.2.3.2 Volumen

	2002						
	Juni	Juli p)	1. Vj.	2. Vj.	Juni	Juli p)	Januar - Juli
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	162,5	156,4	+ 3,9	+ 2,3	+ 5,3	+ 3,4	+ 3,2
davon: Inland.....	133,1	132,4	- 2,4	+ 1,3	+ 7,5	+ 1,8	- 0,2
Ausland.....	311,3	277,9	+ 17,7	+ 4,5	+ 0,6	+ 7,0	+ 10,7
Vorleistungsgüterproduzenten.....	178,4	189,3	+ 3,3	+ 8,0	+ 4,0	+ 10,4	+ 6,3
davon: Inland.....	151,8	165,9	+ 3,1	+ 5,6	+ 1,5	+ 8,6	+ 4,9
Ausland.....	306,4	302,2	+ 3,7	+ 14,6	+ 10,8	+ 15,7	+ 9,7
Investitionsgüterproduzenten.....	149,3	127,5	+ 6,2	- 4,3	+ 6,9	- 5,1	+ 0,1
davon: Inland.....	113,7	101,0	- 9,8	- 4,3	+ 20,4	- 6,6	- 7,0
Ausland.....	320,1	254,3	+ 34,2	- 4,3	- 10,5	- 2,9	+ 12,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	143,3	121,5	- 12,6	- 0,9	+ 6,6	- 9,0	- 7,2
davon: Inland.....	126,5	106,7	- 11,9	- 4,9	- 1,6	- 13,7	- 9,2
Ausland.....	314,7	273,0	- 16,8	+ 22,3	+ 62,8	+ 17,0	+ 3,5
Verbrauchsgüterproduzenten.....	163,6	165,3	+ 7,0	+ 8,2	+ 3,5	+ 10,9	+ 8,1
davon: Inland.....	150,4	149,8	+ 8,7	+ 8,6	- 1,6	+ 8,7	+ 8,7
Ausland.....	263,5	282,8	- 0,6	+ 6,0	+ 33,2	+ 20,1	+ 5,2
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	128,5	122,9	- 7,3	- 0,7	- 5,9	+ 5,3	- 3,0
Textilgewerbe.....	147,2	135,2	- 7,1	- 0,3	- 5,3	+ 5,1	- 2,8
Bekleidungsgewerbe.....	62,8	79,3	- 7,9	- 3,9	- 10,8	+ 6,3	- 4,7
Ledergewerbe.....	95,0	92,4	- 2,0	- 5,1	+ 0,2	- 8,7	- 4,4
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	296,9	337,6	+ 19,3	+ 33,4	+ 26,9	+ 32,0	+ 27,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	195,0	190,3	+ 12,7	+ 8,2	+ 8,9	+ 8,5	+ 10,2
Papiergewerbe.....	189,6	198,3	+ 15,5	+ 13,4	+ 19,4	+ 12,9	+ 14,2
Holzstoff-, Zellstoff-, Papier, Karton und Pappe.....	164,9	165,6	+ 13,1	+ 7,0	+ 10,7	+ 8,2	+ 9,8
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	218,5	236,7	+ 17,7	+ 19,7	+ 28,2	+ 17,1	+ 18,4
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	206,3	173,7	+ 7,2	- 1,1	- 6,6	- 0,7	+ 2,3
Chemische Industrie.....	172,2	189,6	+ 3,0	+ 12,9	+ 3,2	+ 11,7	+ 8,4
Chemische Grundstoffe.....	168,5	187,5	- 0,6	+ 8,3	- 4,5	+ 5,2	+ 4,0
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	181,3	212,1	+ 10,1	+ 22,2	+ 21,8	+ 25,0	+ 17,4
Gummi- und Kunststoffwaren.....	182,9	194,0	+ 1,8	+ 2,9	- 0,1	+ 3,2	+ 2,5
Kunststoffwaren.....	186,1	194,0	+ 0,1	+ 3,8	+ 0,4	+ 2,9	+ 2,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	152,2	168,4	- 4,5	+ 3,7	+ 3,0	+ 5,8	+ 0,7
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	147,2	160,8	+ 5,2	+ 4,6	- 1,8	+ 8,4	+ 5,4
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	155,5	155,0	+ 11,0	+ 6,7	- 0,5	+ 0,8	+ 7,8
Gießereiindustrie.....	217,4	207,8	- 7,3	+ 0,3	- 6,4	0,0	- 3,3
Metallerzeugnisse.....	141,3	165,0	+ 0,2	+ 3,0	- 2,8	+ 14,2	+ 3,4
Stahl- und Leichtmetallbau.....	125,0	154,9	+ 5,8	+ 0,1	- 7,5	+ 13,5	+ 4,4
Maschinenbau.....	119,7	116,9	- 7,5	- 0,8	+ 1,3	- 7,5	- 4,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	200,3	198,3	+ 0,1	+ 3,0	+ 11,0	+ 7,9	+ 2,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	304,9	326,1	+ 14,0	+ 23,0	+ 22,7	+ 17,6	+ 17,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.							
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	144,4	136,7	- 7,2	- 0,1	+ 11,8	+ 4,0	- 3,0
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik,							
Optik.....	334,9	363,6	+ 11,9	+ 1,3	+ 8,7	+ 18,1	+ 8,1
Fahrzeugbau.....	240,0	221,7	- 7,4	+ 1,5	+ 7,3	- 0,6	- 2,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	166,7	113,3	+ 16,3	- 8,6	+ 10,9	- 10,2	+ 1,7
Sonstiger Fahrzeugbau.....	279,6	181,5	- 9,4	+ 6,2	+ 19,2	- 24,7	- 4,9
Schiffbau.....	73,8	57,1	+ 109,3	- 38,8	- 8,8	+ 79,6	+ 20,5
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	7,1	78,5	0,0	- 72,7	+ 20,3	+ 473,0	+ 11,3
Möbel.....	769,9	447,5	+ 372,8	- 50,0	- 85,9	- 26,0	+ 47,1
	109,5	87,1	- 15,9	- 8,5	- 5,0	- 17,9	- 13,1

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.3 Umsatz der Industrie¹⁾

@2.3.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002						
	Juni	Juli p)	1. Vj.	2. Vj.	Juni	Juli p)	Januar - Juli
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	130,4	129,4	- 6,8	- 1,3	+ 0,6	+ 2,5	- 3,2
davon: Inland.....	108,9	108,5	- 8,3	- 3,7	- 1,2	+ 0,9	- 5,1
Ausland.....	169,9	167,7	- 4,9	+ 1,5	+ 2,9	+ 4,4	- 0,9
Vorleistungsgüterproduzenten.....	118,6	120,4	- 8,4	- 1,5	- 0,3	+ 2,7	- 4,0
davon: Inland.....	104,2	107,9	- 9,9	- 3,8	- 1,8	+ 0,7	- 5,8
Ausland.....	148,8	146,4	- 6,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 5,7	- 1,1
Investitionsgüterproduzenten.....	151,5	146,5	- 6,4	- 1,6	+ 1,1	+ 2,8	- 3,1
davon: Inland.....	123,8	118,0	- 7,8	- 3,8	- 0,3	+ 2,0	- 4,7
Ausland.....	189,6	185,8	- 5,1	+ 0,3	+ 2,4	+ 3,6	- 1,6
Gebrauchsgüterproduzenten.....	108,1	95,4	- 6,2	0,0	+ 4,6	- 1,6	- 2,9
davon: Inland.....	91,9	83,5	- 8,2	- 4,7	- 1,7	- 3,6	- 6,2
Ausland.....	156,6	131,2	- 1,5	+ 10,8	+ 18,5	+ 2,5	+ 4,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	100,2	111,3	- 1,4	+ 0,2	- 0,2	+ 1,3	- 0,3
davon: Inland.....	86,1	92,3	- 3,5	- 2,5	- 2,5	- 1,0	- 2,7
Ausland.....	146,6	174,0	+ 3,0	+ 5,6	+ 4,5	+ 5,3	+ 4,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	73,2	90,2	- 9,9	- 6,2	- 8,0	- 7,1	- 8,1
Textilgewerbe.....	84,3	86,0	- 11,7	- 6,0	- 5,3	- 2,6	- 8,1
Bekleidungsgewerbe.....	57,4	96,2	- 7,5	- 6,3	- 13,3	- 12,2	- 7,9
Ledergewerbe.....	95,8	119,8	+ 2,9	- 3,4	- 5,0	+ 2,3	+ 0,6
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	93,4	94,8	- 5,7	- 0,5	0,0	+ 1,9	- 2,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	108,1	110,1	- 4,4	- 1,0	- 0,1	+ 1,4	- 2,2
Papiergewerbe.....	110,8	116,0	- 4,8	+ 0,5	+ 1,8	+ 2,9	- 1,5
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe...	119,5	121,7	- 7,9	0,0	+ 1,5	+ 2,0	- 3,2
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	103,6	111,2	- 1,9	+ 1,3	+ 2,3	+ 3,7	+ 0,3
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	103,9	101,0	- 3,6	- 3,4	- 3,1	- 1,4	- 3,3
Chemische Industrie.....	119,3	123,1	- 5,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 4,3	- 1,5
Chemische Grundstoffe.....	121,2	122,1	- 10,8	- 2,4	- 3,7	+ 1,1	- 5,6
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	130,9	141,5	+ 2,8	+ 4,1	+ 5,1	+ 8,4	+ 4,2
Gummi- und Kunststoffwaren.....	119,9	123,1	- 4,3	+ 2,4	+ 3,5	+ 6,3	0,0
Kunststoffwaren.....	119,0	122,7	- 4,5	+ 1,9	+ 2,3	+ 5,0	- 0,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	97,9	101,9	- 8,9	- 4,4	- 3,7	+ 0,1	- 5,5
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	114,7	117,8	- 8,5	- 2,8	- 1,7	+ 2,3	- 4,5
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	113,4	116,9	- 11,8	- 2,2	- 0,4	+ 3,1	- 5,7
Gießereiindustrie.....	134,9	136,0	- 8,5	- 1,2	+ 0,2	+ 5,1	- 3,6
Metallerzeugnisse.....	115,7	118,5	- 5,6	- 3,3	- 2,8	+ 1,6	- 3,6
Stahl- und Leichtmetallbau.....	98,5	102,0	- 7,2	- 5,3	- 5,7	- 2,0	- 5,6
Maschinenbau.....	131,8	125,4	- 3,0	+ 1,2	+ 2,6	+ 3,8	- 0,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	137,1	133,5	- 8,3	- 4,6	- 2,8	- 4,3	- 6,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	94,4	96,9	- 16,3	- 14,0	- 12,5	- 13,3	- 15,0
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	126,0	123,1	- 6,0	- 4,9	- 5,0	- 2,5	- 5,1
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	175,6	161,5	- 12,0	- 4,2	+ 3,7	- 8,2	- 8,3
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	140,4	143,3	- 4,1	- 1,1	- 3,1	+ 0,5	- 2,1
Fahrzeugbau.....	181,3	173,9	- 7,7	- 0,5	+ 4,4	+ 7,0	- 2,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	183,3	171,9	- 8,4	- 0,7	+ 5,3	+ 4,7	- 3,3
Sonstiger Fahrzeugbau.....	166,7	188,7	- 1,7	+ 1,2	- 2,1	+ 25,2	+ 3,3
Schiffbau.....	75,0	174,9	- 6,0	+ 15,5	+ 2,5	+ 228,1	+ 28,2
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	247,2	220,9	- 5,3	- 2,0	- 1,3	- 5,8	- 3,9
Möbel.....	90,8	83,7	- 13,5	- 11,3	- 9,3	- 4,8	- 11,5

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.3 Umsatz der Industrie¹⁾

@2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

	2002						
	Juni	Juli p)	1. Vj.	2. Vj.	Juni	Juli p)	Januar - Juli
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Früheres Bundesgebiet							
Industrie2).....	127,4	126,8	- 7,2	- 1,8	+ 0,6	+ 2,5	- 3,6
davon: Inland.....	106,0	105,6	- 9,0	- 4,4	- 1,5	+ 0,8	- 5,6
Ausland.....	164,7	163,9	- 5,1	+ 1,1	+ 2,9	+ 4,6	- 1,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	114,6	115,8	- 9,0	- 2,2	- 0,4	+ 2,1	- 4,6
davon: Inland.....	100,2	103,3	- 10,8	- 4,6	- 2,0	+ 0,2	- 6,6
Ausland.....	143,3	140,9	- 6,6	+ 1,5	+ 1,8	+ 5,2	- 1,6
Investitionsgüterproduzenten.....	149,4	145,9	- 6,8	- 2,1	+ 1,2	+ 3,5	- 3,3
davon: Inland.....	122,6	117,3	- 8,4	- 4,3	- 0,6	+ 2,4	- 5,1
Ausland.....	184,1	182,8	- 5,2	- 0,1	+ 2,7	+ 4,3	- 1,6
Gebrauchsgüterproduzenten.....	105,2	94,1	- 5,9	+ 0,3	+ 4,8	- 0,9	- 2,6
davon: Inland.....	88,5	81,8	- 8,0	- 4,7	- 1,8	- 2,7	- 6,0
Ausland.....	152,7	129,2	- 1,3	+ 10,5	+ 17,5	+ 2,2	+ 4,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	97,4	108,5	- 1,7	- 0,2	- 0,7	+ 0,5	- 0,8
davon: Inland.....	83,1	89,2	- 4,1	- 3,2	- 2,8	- 1,7	- 3,3
Ausland.....	143,2	170,6	+ 2,9	+ 5,5	+ 3,5	+ 4,4	+ 4,1
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	70,2	88,6	- 9,8	- 6,5	- 8,5	- 7,5	- 8,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	104,2	105,9	- 5,0	- 1,5	- 0,7	+ 0,9	- 2,8
Chemische Industrie.....	116,3	119,3	- 5,9	+ 0,2	+ 0,8	+ 3,8	- 2,0
Gummi- und Kunststoffwaren.....	115,8	118,5	- 4,6	+ 2,3	+ 3,7	+ 6,4	- 0,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	111,5	114,6	- 9,0	- 3,1	- 1,7	+ 1,8	- 4,9
Maschinenbau.....	131,1	123,6	- 3,2	+ 1,0	+ 3,0	+ 3,3	- 0,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	133,3	129,7	- 9,3	- 5,3	- 3,3	- 5,0	- 7,1
Fahrzeugbau.....	178,0	174,5	- 7,7	- 0,9	+ 4,6	+ 8,9	- 2,5
Neue Länder und Berlin-Ost							
Industrie2).....	183,1	173,6	- 1,6	+ 4,4	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,4
davon: Inland.....	146,4	145,7	- 1,4	+ 2,0	+ 0,9	+ 1,9	+ 0,5
Ausland.....	378,9	322,0	- 2,1	+ 9,8	+ 2,4	+ 1,1	+ 3,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	181,6	191,0	- 1,4	+ 4,7	+ 1,4	+ 7,8	+ 2,6
davon: Inland.....	154,0	165,8	- 2,1	+ 2,6	- 0,1	+ 5,9	+ 1,1
Ausland.....	317,0	314,1	+ 0,2	+ 10,3	+ 5,0	+ 13,0	+ 6,3
Investitionsgüterproduzenten.....	189,3	159,0	- 1,8	+ 4,4	+ 0,3	- 6,4	+ 0,3
davon: Inland.....	137,6	125,8	- 0,3	+ 1,5	+ 2,6	- 2,9	+ 0,1
Ausland.....	457,7	332,3	- 4,3	+ 9,0	- 3,2	- 12,6	+ 0,5
Gebrauchsgüterproduzenten.....	163,7	121,3	- 9,6	- 2,0	+ 4,9	- 9,1	- 6,3
davon: Inland.....	143,2	108,7	- 10,0	- 5,5	- 2,5	- 13,3	- 8,4
Ausland.....	360,8	242,7	- 7,7	+ 18,7	+ 47,0	+ 14,6	+ 5,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	170,3	181,2	+ 5,1	+ 6,8	+ 7,2	+ 13,8	+ 7,2
davon: Inland.....	150,2	159,0	+ 4,8	+ 5,7	+ 1,3	+ 8,3	+ 5,8
Ausland.....	341,0	369,3	+ 6,5	+ 11,6	+ 36,8	+ 38,6	+ 13,6
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	134,1	121,9	- 8,6	- 2,4	- 2,9	- 1,1	- 5,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	183,4	191,6	+ 3,5	+ 6,2	+ 6,9	+ 7,7	+ 5,3
Chemische Industrie.....	177,2	196,4	- 0,8	+ 9,3	+ 2,5	+ 10,5	+ 5,2
Gummi- und Kunststoffwaren.....	186,4	195,8	- 0,7	+ 2,9	+ 1,5	+ 5,7	+ 1,8
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	156,1	159,8	- 4,5	- 0,1	- 1,9	+ 7,4	- 1,0
Maschinenbau.....	146,1	160,2	+ 0,6	+ 4,1	- 4,1	+ 12,4	+ 3,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	210,3	206,9	+ 4,7	+ 4,4	+ 2,6	+ 4,7	+ 4,5
Fahrzeugbau.....	250,5	160,9	- 6,7	+ 5,8	+ 3,4	- 23,8	- 3,5

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.1 Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	2002							
		Juni	Juli	2. VJ	Mai	Juni	Juli	Januar – Juli	
				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Baugenehmigungen 1)									
Wohn- und Nichtwohngebäude									
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes Mill. DM	
Wohngebäude									
Wohnungen Anzahl	
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes Mill. DM	
Nichtwohngebäude									
Öffentliche Bauherren									
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes Mill. DM	
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)									
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes Mill. DM	
Auftrageingang 2)									
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1995 = 100		83,7	...	– 9,3	– 16,0	– 10,1
Hochbau 1995 = 100		70,8	...	– 15,9	– 20,6	– 16,0
Wohnungsbau 1995 = 100		59,0	...	– 16,6	– 18,8	– 21,8
Hochbau ohne Wohnungsbau 1995 = 100		79,2	...	– 15,5	– 21,8	– 12,7
Gewerblicher Hochbau 1995 = 100	
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post 1995 = 100	
Öffentlicher Hochbau 1995 = 100	
Tiefbau 1995 = 100		105,0	...	– 0,9	– 10,1	– 2,4
Straßenbau 1995 = 100		137,6	...	– 2,2	– 8,6	+ 0,1
Tiefbau ohne Straßenbau 1995 = 100		91,2	...	– 0,2	– 11,2	– 4,0
Gewerblicher Tiefbau 1995 = 100	
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post 1995 = 100	
Sonstiger öffentlicher Tiefbau 1995 = 100	
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)									
Insgesamt 1995 = 100		83,0p	84,5p	– 6,0p	– 8,8p	– 7,2p	– 7,0p	– 4,4p	...
Hochbauleistungen 1995 = 100		78,1p	80,2p	– 7,5p	– 9,9p	– 8,5p	– 7,8p	– 5,6p	...
Tiefbauleistungen 1995 = 100		92,0p	92,4p	– 3,4p	– 6,9p	– 5,1p	– 5,8p	– 2,1p	...
Baufertigstellungen 1)									
Wohnungen Anzahl	
Rauminhalt: Wohngebäude 1 000 m ³	
Nichtwohngebäude 1 000 m ³	
Beschäftigte									
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4) 1 000		861,6	– 10,9	– 11,1
Offene Stellen (Bauberufe) 5) 1 000		15,2	15,0	– 4,8	– 6,5	+ 0,2	– 2,4	– 5,4	...
Arbeitslose (Bauberufe) 5) 1 000		250,3	243,0	+ 2,1	+ 4,4	+ 6,3	+ 6,0	+ 3,1	...

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.2 Früheres Bundesgebiet

	Einheit	2002									
		Juni	Juli	2. VJ	Mai	Juni	Juli	Januar – Juli			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Baugenehmigungen 1)											
Wohn- und Nichtwohngebäude											
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100			
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM			
Wohngebäude											
Wohnungen	Anzahl			
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100			
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM			
Nichtwohngebäude											
Öffentliche Bauherren											
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100			
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM			
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)											
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100			
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM			
Auftragseingang 2)											
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	90,6	...	– 9,8	– 17,3	– 8,6			
Hochbau	1995 = 100	80,3	...	– 15,6	– 20,9	– 14,0			
Wohnungsbau	1995 = 100	69,5	...	– 13,0	– 14,3	– 18,3			
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	87,6	+	17,1	– 24,4	– 11,5			
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100			
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100			
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100			
Tiefbau	1995 = 100	107,1	...	– 1,6	– 12,2	– 1,1			
Straßenbau	1995 = 100	137,5	...	+	1,7	– 5,2	+	5,3			
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	93,8	...	– 3,4	– 16,1	– 4,9			
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100			
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100			
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100			
Vorbereitende Baustellenarbeiten, hoch- und Tiefbau 3)											
Insgesamt	1995 = 100	87,9p	89,8p	– 4,3p	– 7,2p	– 5,5p	– 5,1p	– 2,8p			
Hochbauleistungen	1995 = 100	84,5p	87,3p	– 5,2p	– 7,8p	– 6,2p	– 5,1p	– 3,5p			
Tiefbauleistungen	1995 = 100	94,2p	94,5p	– 2,6p	– 6,4p	– 4,3p	– 5,1p	– 1,6p			
Baufertigstellungen 1)											
Wohnungen	Anzahl			
Rauminhalt: Wohngebäude . . . 1 000 m ³				
Nichtwohngebäude	1 000 m ³			
Beschäftigte											
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	641,3	– 8,7	– 9,0			
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	8,5	8,3	– 10,1	– 10,1	– 9,9	– 12,3	– 12,6			
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	112,5	109,5	+	2,0	+	4,8	+	4,9	+	3,6

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Einheit	2002							
		Juni	Juli	2. VJ	Mai	Juni	Juli	Januar – Juli	
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Baugenehmigungen 1)									
Wohn- und Nichtwohngebäude									
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Wohngebäude									
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtwohngebäude									
Öffentliche Bauherren									
Rauminhalt in 1000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)									
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM
Auftragseingang 2)									
Vorbereitende Baustellenarbeiten,									
Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	66,2	...	–	7,9	–	11,2	–	15,2
Hochbau	1995 = 100	47,0	...	–	16,9	–	18,7	–	24,1
Wohnungsbau	1995 = 100	36,1	...	–	29,2	–	33,2	–	33,8
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	56,0	...	–	8,4	–	7,4	–	17,8
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	99,7	...	+	0,5	–	4,7	–	6,3
Straßenbau	1995 = 100	137,7	...	+	12,4	–	17,0	–	12,9
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	84,9	...	+	9,9	+	4,6	–	1,5
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)									
Insgesamt	1995 = 100	65,1p	65,2p	–	13,5p	–	15,4p	–	14,8p
Hochbauleistungen	1995 = 100	54,8p	54,3p	–	18,5p	–	20,2p	–	19,5p
Tiefbauleistungen	1995 = 100	84,0p	85,0p	–	6,4p	–	8,8p	–	8,2p
Baufertigstellungen 1)									
Wohnungen	Anzahl
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m ³
Nichtwohngebäude	1 000 m ³
Beschäftigte									
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	220,3	–	16,7	+	16,6	...
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	6,7	6,7	+	4,4	–	1,1	+	16,8
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	137,8	133,5	+	2,2	+	4,5	+	7,5

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@3 Löhne und Gehälter

	2002									
	März	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
	1995 = 100				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Bundesrepublik Deutschland										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	106,4	106,6	107,9	107,6	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,5		
auf Monatsbasis	105,9	106,0	107,3	107,0	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,5		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	106,7	106,9	110,6	109,5	+ 2,5	+ 2,4	+ 4,4	+ 3,6		
auf Monatsbasis	105,2	105,4	109,1	108,0	+ 2,5	+ 2,4	+ 4,4	+ 3,6		
Früheres Bundesgebiet										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	104,9	105,0	106,4	106,1	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,4		
auf Monatsbasis	104,5	104,6	106,0	105,7	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,4		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	105,4	105,6	109,5	108,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 4,6	+ 3,8		
auf Monatsbasis	104,1	104,4	108,2	107,1	+ 2,5	+ 2,5	+ 4,7	+ 3,8		
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	114,5	114,7	115,2	115,2	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,8		
auf Monatsbasis	113,3	113,4	114,0	114,0	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,7		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	113,3	113,5	115,0	114,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,6		
auf Monatsbasis	111,9	112,1	113,5	113,2	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,8		

¹⁾ Bei der Berechnung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus wurden Pauschalzahlungen sowie lineare Erhöhungssätze zusammengefasst und auf die gesamte Laufzeit der Tarifverträge umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@4 Außenwirtschaft

@4.1 Einfuhr nach Warengruppen^{1), 2)}

Warengruppen	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002					Anteil in %
	Januar - Juni	Januar - Juni		April	Mai	Juni	Januar - Juni		
	Mill. EUR		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
Einfuhr insgesamt	280 769	256 619	- 24 150	- 2,2	- 14,0	- 2,0	- 8,6	100	
Güter der Ernährungswirtschaft.....	19 886	19 927	+ 42	+ 1,0	- 8,2	+ 7,2	+ 0,2	7,8	
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	234 422	215 968	- 18 454	- 0,9	- 12,8	- 1,7	- 7,9	84,2	
Rohstoffe und Halbwaren.....	40 758	34 820	- 5 938	- 9,4	- 14,1	- 11,6	- 14,6	13,6	
Rohstoffe.....	21 998	19 357	- 2 641	- 5,2	- 9,9	- 10,3	- 12,0	7,5	
Halbwaren.....	18 760	15 463	- 3 297	- 14,8	- 18,4	- 13,0	- 17,6	6,0	
Fertigwaren.....	193 665	181 148	- 12 516	+ 1,0	- 12,6	+ 0,4	- 6,5	70,6	
Vorerzeugnisse.....	30 400	25 562	- 4 838	- 13,1	- 20,3	- 12,8	- 15,9	10,0	
Enderzeugnisse.....	163 264	155 586	- 7 678	+ 3,9	- 11,1	+ 3,1	- 4,7	60,6	
Landwirtschaftsgüter	8 010	8 004	- 5	+ 5,1	- 11,6	+ 1,9	- 0,1	3,1	
Vorleistungsgüter.....	81 822	70 593	- 11 229	- 8,8	- 18,2	- 5,6	- 13,7	27,5	
Investitionsgüter.....	84 999	79 471	- 5 528	+ 1,8	- 14,9	+ 3,9	- 6,5	31,0	
Gebrauchsgüter.....	13 427	13 273	- 155	+ 7,6	- 3,3	- 3,5	- 1,2	5,2	
Verbrauchsgüter.....	38 271	40 949	+ 2 678	+ 13,9	- 1,2	+ 13,6	+ 7,0	16,0	
Energie.....	24 160	20 639	- 3 521	- 8,7	- 9,1	- 17,9	- 14,6	8,0	
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	30 081	23 689	- 6 392	- 16,9	- 24,2	- 14,9	- 21,2	9,2	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd.....	7 467	7 555	+ 88	+ 6,7	- 11,5	+ 3,6	+ 1,2	2,9	
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	302	240	- 62	- 9,5	- 19,2	- 32,6	- 20,7	0,1	
Fische und Fischereierzeugnisse.....	241	209	- 31	- 23,7	- 8,2	- 2,8	- 12,9	0,1	
Kohle und Torf.....	724	719	- 5	+ 14,6	- 27,0	- 7,1	- 0,7	0,3	
Erdöl und Erdgas.....	17 649	15 282	- 2 368	- 6,6	- 7,4	- 13,8	- 13,4	6,0	
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Erze.....	1 368	1 279	- 89	- 7,0	- 23,8	+ 8,1	- 6,5	0,5	
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	556	542	- 15	+ 9,5	- 11,2	+ 5,0	- 2,6	0,2	
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	12 302	12 275	- 27	- 2,0	- 5,5	+ 10,9	- 0,2	4,8	
Tabakerzeugnisse.....	346	340	- 6	+ 2,1	+ 4,6	+ 2,9	- 1,7	0,1	
Textilien.....	6 208	5 684	- 524	- 1,4	- 16,4	- 3,9	- 8,4	2,2	
Bekleidung.....	8 744	8 194	- 550	+ 5,3	- 9,9	- 7,1	- 6,3	3,2	
Leder und Lederwaren.....	3 189	3 064	- 125	- 10,3	- 13,3	- 0,1	- 3,9	1,2	
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren,									
Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	2 191	2 075	- 117	- 0,7	- 11,3	- 0,0	- 5,3	0,8	
Papier.....	6 296	6 031	- 265	+ 4,1	- 3,4	+ 19,6	- 4,2	2,4	
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	1 013	1 052	+ 39	+ 20,5	+ 5,5	+ 3,1	+ 3,9	0,4	
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse,									
Spalt- und Brutstoffe.....	5 431	4 299	- 1 132	- 6,8	- 11,7	- 34,0	- 20,8	1,7	
Chemische Erzeugnisse.....	27 664	27 096	- 568	+ 2,2	- 11,5	- 2,1	- 2,1	10,6	
Gummi- und Kunststoffwaren.....	6 403	6 301	- 101	+ 5,7	- 6,6	+ 11,7	- 1,6	2,5	
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	3 258	3 018	- 241	- 1,9	- 15,0	- 1,0	- 7,4	1,2	
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle									
und -erzeugnisse.....	14 718	12 479	- 2 238	- 9,6	- 21,5	- 6,8	- 15,2	4,9	
Metallerzeugnisse.....	5 971	5 800	- 171	+ 2,7	- 10,3	+ 4,6	- 2,9	2,3	
Maschinen.....	19 374	17 912	- 1 462	- 4,5	- 11,0	- 3,4	- 7,5	7,0	
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte									
und -einrichtungen.....	14 577	13 809	- 768	+ 20,6	- 14,5	+ 1,1	- 5,3	5,4	
Geräte der Elektrizitätserzeugung und									
-verteilung u. ä.....	12 253	10 814	- 1 439	- 4,3	- 13,3	- 3,9	- 11,7	4,2	
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernseh-									
geräte sowie elektronische Bauelemente.....	18 235	14 540	- 3 695	- 20,5	- 29,1	+ 0,1	- 20,3	5,7	
Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungs-									
technische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	8 214	7 706	- 508	- 0,8	- 13,5	- 7,3	- 6,2	3,0	
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	25 809	26 143	+ 334	+ 4,4	- 4,1	+ 13,0	+ 1,3	10,2	
Sonstige Fahrzeuge.....	13 343	11 575	- 1 768	+ 9,4	- 25,6	- 2,7	- 13,2	4,5	
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte,									
Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	6 487	6 558	+ 71	+ 13,7	- 2,4	+ 5,3	+ 1,1	2,6	
Energie.....	356	340	- 16	- 67,1	+ 16,4	+ 122,9	- 4,5	0,1	
Sonstige Waren 3) 4).....	30 081	23 689	- 6 392	- 16,9	- 24,2	- 14,9	- 21,2	9,2	

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschließlich nicht aufgelistetes Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

@4 Außenwirtschaft

@4.2 Ausfuhr nach Warengruppen^{1), 2)}

Warengruppen	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002					Anteil in %
	Januar - Juni	Januar - Juni		April	Mai	Juni	Januar - Juni		
	Mill. EUR		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %		
Ausfuhr insgesamt.....	320 266	318 338	- 1 928	+ 5,5	- 7,8	+ 5,6	- 0,6	100	
Güter der Ernährungswirtschaft.....	13 501	14 093	+ 593	+ 13,0	+ 4,0	+ 6,0	+ 4,4	4,4	
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	290 677	288 239	- 2 438	+ 5,2	- 8,4	+ 5,5	- 0,8	90,5	
Rohstoffe und Halbwaren.....	16 279	15 177	- 1 101	- 9,6	- 8,9	+ 2,0	- 6,8	4,8	
Rohstoffe.....	3 863	3 555	- 307	- 10,8	- 20,4	- 4,3	- 8,0	1,1	
Halbwaren.....	12 416	11 622	- 794	- 9,2	- 5,2	+ 3,9	- 6,4	3,7	
Fertigwaren.....	274 399	273 062	- 1 337	+ 6,2	- 8,4	+ 5,7	- 0,5	85,8	
Vorerzeugnisse.....	41 694	40 011	- 1 683	+ 3,9	- 11,7	+ 6,9	- 4,0	12,6	
Enderzeugnisse.....	232 705	233 051	+ 346	+ 6,6	- 7,8	+ 5,4	+ 0,1	73,2	
Landwirtschaftsgüter.....	2 352	2 545	+ 193	+ 32,1	- 6,8	+ 10,9	+ 8,2	0,8	
Vorleistungsgüter.....	98 416	95 330	- 3 087	+ 4,8	- 8,0	+ 5,4	- 3,1	29,9	
Investitionsgüter.....	146 384	145 535	- 849	+ 4,8	- 10,6	+ 5,0	- 0,6	45,7	
Gebrauchsgüter.....	11 514	11 558	+ 44	+ 3,7	- 7,9	+ 11,5	+ 0,4	3,6	
Verbrauchsgüter.....	33 015	34 376	+ 1 361	+ 14,9	- 0,1	+ 4,4	+ 4,1	10,8	
Energie.....	4 811	4 363	- 448	- 20,4	- 3,8	+ 7,2	- 9,3	1,4	
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	23 774	24 631	+ 857	+ 5,9	- 1,0	+ 7,9	+ 3,6	7,7	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd.....	2 030	2 272	+ 242	+ 45,4	- 7,7	+ 12,6	+ 11,9	0,7	
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	239	209	- 30	- 19,2	- 15,5	+ 23,4	- 12,6	0,1	
Fische und Fischereierzeugnisse.....	82	63	- 19	- 39,2	+ 42,2	- 59,9	- 23,0	0,0	
Kohle und Torf.....	119	106	- 13	+ 12,5	- 30,5	- 25,2	- 10,9	0,0	
Erdöl und Erdgas.....	1 588	1 370	- 218	- 24,9	- 38,0	- 14,0	- 13,7	0,4	
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Erze.....	35	38	+ 3	- 18,5	- 55,5	- 30,4	+ 8,3	0,0	
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	408	432	+ 25	- 9,0	+ 15,1	+ 0,3	+ 6,1	0,1	
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	10 651	10 980	+ 329	+ 11,8	+ 2,0	+ 0,7	+ 3,1	3,4	
Tabakerzeugnisse.....	998	1 029	+ 31	- 29,4	+ 36,3	+ 78,2	+ 3,1	0,3	
Textilien.....	5 908	5 745	- 162	+ 5,8	- 12,3	+ 9,7	- 2,7	1,8	
Bekleidung.....	3 263	3 451	+ 188	+ 5,0	+ 2,3	+ 10,5	+ 5,8	1,1	
Leder und Lederwaren.....	1 378	1 570	+ 192	+ 18,1	+ 8,2	+ 13,3	+ 13,9	0,5	
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	1 804	1 964	+ 160	+ 28,6	+ 11,2	+ 20,2	+ 8,8	0,6	
Papier.....	6 834	6 906	+ 72	+ 12,2	- 10,5	+ 14,9	+ 1,1	2,2	
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	1 924	2 110	+ 185	+ 30,8	- 15,8	+ 15,6	+ 9,6	0,7	
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	2 759	2 681	- 79	- 8,4	+ 11,2	+ 17,7	- 2,8	0,8	
Chemische Erzeugnisse.....	39 475	38 586	- 889	+ 6,9	- 11,3	+ 5,3	- 2,3	12,1	
Gummi- und Kunststoffwaren.....	9 671	10 431	+ 760	+ 16,4	+ 2,2	+ 12,5	+ 7,9	3,3	
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	4 070	4 133	+ 63	+ 1,3	- 1,9	+ 8,3	+ 1,5	1,3	
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	15 405	14 221	- 1 183	+ 3,4	- 12,6	+ 0,4	- 7,7	4,5	
Metallerzeugnisse.....	9 277	9 500	+ 223	+ 12,9	- 0,6	+ 8,0	+ 2,4	3,0	
Maschinen.....	45 202	44 803	- 398	+ 4,2	- 10,6	+ 10,0	- 0,9	14,1	
Büromaschinen, Datenvorarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	8 427	8 066	- 361	+ 12,7	- 12,2	- 0,2	- 4,3	2,5	
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.....	16 107	15 279	- 828	+ 4,7	- 9,7	- 2,9	- 5,1	4,8	
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente.....	17 447	15 153	- 2 294	- 18,1	- 21,7	+ 6,3	- 13,1	4,8	
Medizin-, meß-, steuerungs-, Regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	12 199	12 720	+ 521	+ 11,4	- 3,2	+ 10,9	+ 4,3	4,0	
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	58 931	60 063	+ 1 132	+ 13,0	- 8,4	+ 9,0	+ 1,9	18,9	
Sonstige Fahrzeuge.....	14 805	14 208	- 597	- 12,1	- 7,8	- 28,7	- 4,0	4,5	
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	5 113	5 412	+ 299	+ 6,4	+ 11,9	+ 10,7	+ 5,9	1,7	
Energie.....	345	207	- 138	- 74,8	+ 243,7	+ 127,0	- 40,1	0,1	
Sonstige Waren 3) 4).....	23 774	24 631	+ 857	+ 5,9	- 1,0	+ 7,9	+ 3,6	7,7	

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschließlich nicht aufgelisteter Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

@4 Außenwirtschaft

@4.3 Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern^{*}

Ländergruppe Ursprungsland	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002					Anteil in %
	Januar - Juni	Januar - Juni		April	Mai	Juni	Januar - Juni		
	Mill. EUR		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %		
Einfuhr insgesamt	280 769	256 619	- 24 150	- 2,2	- 14,0	- 2,0	- 8,6	100,0	
EU-Länder	147 413	132 071	- 15 342	- 8,4	- 18,6	- 2,3	- 10,4	51,5	
Frankreich	26 694	24 665	- 2 029	- 3,1	- 17,4	- 4,4	- 7,6	9,6	
Niederlande	23 902	20 888	- 3 013	- 8,5	- 14,8	- 3,8	- 12,6	8,1	
Italien	18 282	16 635	- 1 647	- 5,4	- 18,5	- 1,1	- 9,0	6,5	
Vereinigtes Königreich	19 505	16 820	- 2 685	- 18,8	- 15,8	- 3,7	- 13,8	6,6	
Irland	7 716	6 143	- 1 573	- 25,7	- 37,1	- 40,5	- 20,4	2,4	
Dänemark	4 353	4 197	- 156	+ 4,0	- 2,7	+ 3,5	- 3,6	1,6	
Griechenland	913	829	- 83	- 22,8	- 20,4	+ 8,5	- 9,1	0,3	
Portugal	2 773	2 465	- 308	+ 10,9	+ 6,2	- 13,1	- 11,1	1,0	
Spanien	8 574	7 898	- 676	- 0,6	- 20,2	+ 1,0	- 7,9	3,1	
Schweden	4 881	4 365	- 516	- 0,5	- 23,0	+ 17,6	- 10,6	1,7	
Finnland	3 843	2 621	- 1 222	- 37,5	- 63,3	+ 23,3	- 31,8	1,0	
Österreich	10 350	10 287	- 64	- 1,4	- 4,7	+ 15,3	- 0,6	4,0	
Belgien	14 775	13 348	- 1 428	- 4,4	- 17,3	+ 6,7	- 9,7	5,2	
Luxemburg	850	909	+ 59	+ 10,2	+ 7,2	+ 20,4	+ 6,9	0,4	
EFTA-Länder	15 794	15 566	- 228	+ 3,2	+ 0,6	+ 14,6	- 1,4	6,1	
Island	191	227	+ 36	- 0,5	+ 26,6	+ 21,6	+ 19,0	0,1	
Norwegen	5 722	5 552	- 170	+ 2,0	+ 11,0	+ 32,1	- 3,0	2,2	
Liechtenstein	170	151	- 19	- 6,0	- 21,2	+ 0,8	- 11,0	0,1	
Schweiz	9 711	9 636	- 75	+ 4,3	- 5,0	+ 6,4	- 0,8	3,8	
Andere europäische Länder ¹⁾	5 314	5 422	+ 108	+ 10,3	- 1,2	- 0,1	+ 2,0	2,1	
darunter:									
Türkei	3 190	3 294	+ 104	+ 20,1	- 6,9	- 1,1	+ 3,3	1,3	
Russische Föderation	7 490	6 450	- 1 040	+ 17,1	- 20,3	- 19,4	- 13,9	2,5	
Ukraine	389	381	- 8	+ 8,0	- 4,0	- 8,6	- 1,9	0,1	
Belarus	151	153	+ 2	+ 18,2	+ 5,7	+ 20,9	+ 1,4	0,1	
Estland	147	185	+ 38	+ 27,5	+ 36,1	+ 15,9	+ 26,0	0,1	
Lettland	237	200	- 37	- 14,3	- 16,3	- 18,2	- 15,6	0,1	
Litauen	355	344	- 11	+ 11,8	+ 0,1	- 7,9	- 3,1	0,1	
Polen	6 538	6 960	+ 422	+ 18,8	+ 4,5	+ 10,2	+ 6,5	2,7	
Tschechische Republik	6 988	7 941	+ 953	+ 24,7	+ 23,4	+ 1,6	+ 13,6	3,1	
Slowakei	1 994	2 305	+ 311	+ 24,4	+ 57,9	+ 17,4	+ 15,6	0,9	
Ungarn	5 969	6 051	+ 82	+ 5,8	- 9,3	+ 13,8	+ 1,4	2,4	
Rumänien	1 103	1 102	- 1	+ 9,8	+ 3,3	- 1,0	- 0,1	0,4	
Bulgarien	329	362	+ 33	+ 9,2	+ 10,2	+ 19,7	+ 10,1	0,1	
Slowenien	1 284	1 303	+ 19	- 14,2	+ 23,0	- 2,0	+ 1,4	0,5	
Kroatien	342	312	- 30	+ 1,7	- 9,6	- 1,4	- 8,7	0,1	
Außereuropäische Länder	112 249	103 559	- 8 689	+ 4,8	- 10,3	- 3,8	- 7,7	40,4	
darunter:									
Vereinigte Staaten	24 393	20 590	- 3 803	+ 3,2	- 20,4	- 8,7	- 15,6	8,0	
Kanada	1 740	1 543	- 196	+ 52,5	- 28,1	- 5,1	- 11,3	0,6	
Südafrika	1 670	1 555	- 115	- 18,0	+ 18,6	+ 3,3	- 6,9	0,6	
China	9 119	9 631	+ 511	+ 19,6	- 2,0	+ 5,6	+ 5,6	3,8	
Japan	12 308	9 436	- 2 872	- 20,5	- 25,4	- 12,6	- 23,3	3,7	
Australien	652	675	+ 23	+ 13,3	- 3,4	+ 18,4	+ 3,6	0,3	
Neuseeland	270	273	+ 3	- 6,5	- 14,5	+ 5,3	+ 1,0	0,1	
Nachrichtlich:									
Mittel- und osteurop. Länder	32 649	33 159	+ 510	+ 15,2	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,6	12,9	
Entwicklungsländer ²⁾	40 925	38 402	- 2 522	+ 2,5	- 8,6	- 3,1	- 6,2	15,0	
OECD-Länder ³⁾	230 407	209 629	- 20 777	- 3,8	- 15,1	- 1,3	- 9,0	81,7	
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	8 746	8 014	- 732	- 3,8	- 2,7	- 1,3	- 8,4	3,1	
OPEC-Länder ⁵⁾	4 181	3 203	- 979	- 17,8	- 20,5	- 19,3	- 23,4	1,2	
NAFTA-Länder ⁶⁾	26 970	22 782	- 4 188	+ 5,9	- 21,4	- 8,6	- 15,5	8,9	
ASEAN-Länder ⁷⁾	8 118	7 369	- 749	+ 3,1	- 3,2	- 0,7	- 9,2	2,9	

^{*}) Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

¹⁾) Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

²⁾) Gemäß Liste der UN.

³⁾) EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.

⁴⁾) Hongkong, Singapur, Republik Korea, Taiwan.

⁵⁾) Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁶⁾) Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

⁷⁾) Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.4 Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern*)

Ländergruppe Ursprungsland	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002					Anteil in %
	Januar - Juni	Januar - Juni		April	Mai	Juni	Januar - Juni		
	Mill. EUR		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %		
Ausfuhr insgesamt	320 266	318 338	- 1 928	+ 5,5	- 7,8	+ 5,6	- 0,6	100,0	
EU-Länder	179 706	175 878	- 3 828	+ 1,6	- 7,5	+ 6,2	- 2,1	55,2	
Frankreich	36 535	35 207	- 1 328	- 0,3	- 8,2	+ 2,2	- 3,6	11,1	
Niederlande	20 172	19 415	- 757	- 2,5	- 8,2	+ 6,9	- 3,8	6,1	
Italien	24 660	23 822	- 839	+ 5,3	- 9,2	+ 8,1	- 3,4	7,5	
Vereinigtes Königreich	26 528	26 437	- 91	- 1,0	- 15,2	+ 6,7	- 0,3	8,3	
Irland	2 047	2 108	+ 61	+ 9,4	+ 7,1	+ 21,0	+ 3,0	0,7	
Dänemark	5 121	5 304	+ 183	+ 0,6	- 2,9	+ 14,4	+ 3,6	1,7	
Griechenland	2 609	2 502	- 107	- 14,6	- 6,4	- 19,0	- 4,1	0,8	
Portugal	3 222	3 342	+ 119	+ 11,8	+ 5,1	+ 2,7	+ 3,7	1,0	
Spanien	14 493	14 561	+ 68	+ 4,6	- 1,2	+ 15,5	+ 0,5	4,6	
Schweden	6 596	6 558	- 38	+ 4,3	- 0,9	+ 6,6	- 0,6	2,1	
Finnland	3 438	3 197	- 242	- 3,6	- 6,4	+ 9,4	- 7,0	1,0	
Österreich	16 363	16 256	- 107	+ 8,8	- 2,3	+ 4,7	- 0,7	5,1	
Belgien	16 467	15 735	- 732	+ 0,1	- 8,7	+ 4,7	- 4,4	4,9	
Luxemburg	1 455	1 436	- 19	+ 11,9	- 11,6	- 3,1	- 1,3	0,5	
EFTA-Länder	16 762	15 578	- 1 184	+ 2,6	- 16,0	- 7,8	- 7,1	4,9	
Island	148	131	- 17	+ 23,4	- 13,7	+ 7,1	- 11,2	0,0	
Norwegen	2 439	2 148	- 291	+ 0,4	- 9,9	- 27,3	- 11,9	0,7	
Liechtenstein	157	162	+ 6	+ 19,6	- 6,0	+ 1,6	+ 3,5	0,1	
Schweiz	14 019	13 137	- 882	+ 2,6	- 17,2	- 3,5	- 6,3	4,1	
Andere europäische Länder ¹⁾	5 946	6 694	+ 748	+ 33,3	+ 6,3	+ 22,0	+ 12,6	2,1	
darunter:									
Türkei	2 972	3 412	+ 440	+ 50,9	+ 22,0	+ 26,6	+ 14,8	1,1	
Russische Föderation	4 295	5 344	+ 1 049	+ 30,1	+ 4,3	+ 16,7	+ 24,4	1,7	
Ukraine	920	1 071	+ 151	+ 27,3	+ 10,1	+ 6,3	+ 16,4	0,3	
Belarus	323	401	+ 77	+ 63,0	+ 18,7	- 0,8	+ 24,0	0,1	
Estland	252	280	+ 28	+ 10,3	- 1,1	+ 8,0	+ 11,0	0,1	
Lettland	361	409	+ 48	+ 22,0	+ 0,5	- 3,3	+ 13,3	0,1	
Litauen	539	728	+ 189	+ 42,8	+ 29,1	+ 44,0	+ 35,1	0,2	
Polen	7 357	7 868	+ 510	+ 17,5	- 0,9	+ 17,9	+ 6,9	2,5	
Tschechische Republik	7 439	7 790	+ 350	+ 13,5	+ 1,1	+ 8,1	+ 4,7	2,4	
Slowakei	1 947	1 908	- 40	+ 3,5	- 9,8	- 1,7	- 2,0	0,6	
Ungarn	5 328	5 376	+ 48	+ 13,3	- 10,2	+ 7,3	+ 0,9	1,7	
Rumänien	1 444	1 511	+ 66	+ 16,7	- 12,0	+ 11,2	+ 4,6	0,5	
Bulgarien	477	552	+ 74	+ 14,9	- 6,5	+ 22,7	+ 15,6	0,2	
Slowenien	1 199	1 186	- 14	+ 16,3	- 15,2	+ 7,0	- 1,1	0,4	
Kroatien	765	829	+ 65	+ 19,9	- 7,9	+ 24,7	+ 8,5	0,3	
Außereuropäische Länder	117 852	120 188	+ 2 336	+ 11,0	- 7,8	+ 5,8	+ 2,0	37,8	
darunter:									
Vereinigte Staaten	34 098	32 742	- 1 357	+ 5,3	- 11,0	- 4,6	- 4,0	10,3	
Kanada	2 305	2 706	+ 401	+ 45,6	+ 0,8	+ 15,7	+ 17,4	0,9	
Südafrika	2 155	2 185	+ 30	+ 11,1	- 17,4	+ 1,2	+ 1,4	0,7	
China	5 578	6 581	+ 1 004	+ 22,7	- 4,7	+ 29,6	+ 18,0	2,1	
Japan	6 530	5 858	- 672	+ 2,2	- 15,0	- 0,3	- 10,3	1,8	
Australien	1 700	1 797	+ 97	+ 4,6	- 2,9	+ 13,6	+ 5,7	0,6	
Neuseeland	254	258	+ 4	+ 5,7	- 4,5	+ 1,8	+ 1,6	0,1	
Nachrichtlich:									
Mittel- und osteurop. Länder	31 337	34 007	+ 2 671	+ 17,8	- 1,5	+ 11,9	+ 8,5	10,7	
Entwicklungsländer ²⁾	41 746	43 087	+ 1 341	+ 10,2	- 9,6	+ 10,8	+ 3,2	13,5	
OECD-Länder ³⁾	271 383	266 562	- 4 821	+ 4,1	- 7,5	+ 4,6	- 1,8	83,7	
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	8 831	8 848	+ 18	+ 7,5	- 7,8	+ 17,2	+ 0,2	2,8	
OPEC-Länder ⁵⁾	6 250	7 195	+ 945	+ 37,5	- 1,6	+ 14,0	+ 15,1	2,3	
NAFTA-Länder ⁶⁾	39 088	38 066	- 1 022	+ 7,0	- 9,1	- 2,3	- 2,6	12,0	
ASEAN-Länder ⁷⁾	6 037	5 570	- 467	+ 10,8	- 19,6	+ 7,2	- 7,7	1,7	

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

²⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

³⁾ Gemäß Liste der UN.

⁴⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.

⁵⁾ Hongkong, Singapur, Republik Korea, Taiwan.

⁶⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁷⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.5 Struktur des Außenhandels nach Warengruppen (Warenverzeichnis für den Außenhandel)¹⁾

Warengruppen	2001		2002			2001		2002		
	Jahr	Mai	Juni	Januar - Juni	Jahr	Mai	Juni	Januar - Juni		
								Anteil an der gesamten Einfuhr/Ausfuhr in %		
Einfuhr insgesamt	- 15,3	- 14,0	- 2,0	- 8,6	100	100	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	- 2,6	- 8,2	+ 7,2	+ 0,2	7,3	7,9	8,0	7,8	7,8	7,8
Gewerbliche Wirtschaft	- 14,3	- 12,8	- 1,7	- 7,9	83,4	84,3	83,6	84,2	84,2	84,2
Rohstoffe	- 22,2	- 9,9	- 10,3	- 12,0	7,6	7,1	7,1	7,5	7,5	7,5
Halbwaren	- 19,9	- 18,4	- 13,0	- 17,6	6,5	6,4	6,2	6,0	6,0	6,0
Fertigwaren	- 12,7	- 12,6	+ 0,4	- 6,5	69,3	70,9	70,3	70,6	70,6	70,6
Vorzeugnisse	- 8,4	- 20,3	- 12,8	- 15,9	10,9	10,3	10,4	10,0	10,0	10,0
Enderzeugnisse	- 13,4	- 11,1	+ 3,1	- 4,7	58,4	60,5	59,9	60,6	60,6	60,6
Ausfuhr insgesamt	- 3,1	- 7,8	+ 5,6	- 0,6	100	100	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	+ 3,6	+ 4,0	+ 6,0	+ 4,4	4,4	4,7	4,4	4,4	4,4	4,4
Gewerbliche Wirtschaft	- 3,3	- 8,4	+ 5,5	- 0,8	90,6	90,3	90,6	90,5	90,5	90,5
Rohstoffe	- 5,1	- 20,4	- 4,3	- 8,0	1,1	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1
Halbwaren	- 9,8	- 5,2	+ 3,9	- 6,4	3,7	3,8	3,7	3,7	3,7	3,7
Fertigwaren	- 3,0	- 8,4	+ 5,7	- 0,5	85,8	85,4	85,8	85,8	85,8	85,8
Vorzeugnisse	- 13,0	- 11,7	+ 6,9	- 4,0	12,7	12,5	13,2	12,6	12,6	12,6
Enderzeugnisse	- 1,1	- 7,8	+ 5,4	+ 0,1	73,1	72,9	72,7	73,2	73,2	73,2

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4.6 Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr¹⁾

Index	2001			2002			2001			2002		
	Jahr	April	Mai	Juni	Jahr	April	Mai	Juni	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
									1995 = 100			
Einfuhr									+ 2,2	- 2,3	- 14,0	- 2,0
Index der tatsächlichen Werte	102,2	103,1	90,3	101,8								
Index des Volumens	102,4	107,2	94,0	106,4	+ 2,4	+ 3,9	- 8,5	+ 4,7				
Index der Durchschnittswerte	99,8	96,2	96,1	95,7	- 0,2	- 6,0	- 6,0	- 6,4				
Ausfuhr									+ 6,7	+ 5,6	- 7,9	+ 5,6
Index der tatsächlichen Werte	106,7	111,8	100,9	113,4	+ 4,7	+ 6,7	- 5,0	+ 9,7				
Index des Volumens	104,7	111,3	101,1	114,7	+ 4,7	+ 6,7	- 5,0	+ 9,7				
Index der Durchschnittswerte	101,9	100,5	99,8	98,9	+ 1,9	- 1,1	- 3,0	- 3,6				
Terms of Trade ²⁾	102,1	104,5	103,9	103,3	+ 2,1	+ 5,2	+ 3,2	+ 2,9				

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

²⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in % des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4.7 Handelsbilanzsaldo¹⁾ (in Mio. DM)

Monat, Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	1999		2000		2001		2002	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	+ 4 170	x	+ 3 120	x	+ 4 453	x	+ 10 076	x
Februar	+ 5 521	+ 9 691	+ 7 121	+ 10 241	+ 6 463	+ 10 916	+ 10 008	+ 20 084
März	+ 5 628	+ 15 319	+ 6 131	+ 16 372	+ 8 889	+ 19 805	+ 11 738	+ 31 822
1. Vierteljahr	+ 15 319	x	+ 16 372	x	+ 19 805	x	+ 31 822	x
April	+ 5 632	+ 20 952	+ 5 296	+ 21 668	+ 5 404	+ 25 209	+ 9 390	+ 41 213
Mai	+ 3 249	+ 24 200	+ 4 503	+ 26 171	+ 7 418	+ 32 627	+ 9 742	+ 50 954
Juni	+ 6 813	+ 31 014	+ 6 807	+ 32 778	+ 6 870	+ 39 497	+ 10 765	+ 61 719
2. Vierteljahr	+ 15 694	x	+ 16 406	x	+ 19 692	x	+ 29 897	x
Juli	+ 7 103	+ 38 117	+ 5 943	+ 38 721	+ 8 762	+ 48 259		
August	+ 3 025	+ 41 142	+ 2 920	+ 41 640	+ 8 272	+ 56 531		
September	+ 5 545	+ 46 687	+ 4 254	+ 45 894	+ 6 472	+ 63 003		
3. Vierteljahr	+ 15 673	x	+ 13 116	x	+ 23 506	x		
Oktober	5 637	52 324	6 794	52 688	8 999	72 002		
November	7 805	60 129	4 765	57 453	6 717	78 718		
Dezember	5 082	65 211	1 675	59 128	8 333	87 051		
4. Vierteljahr	18 524	x	13 234	x	24 048	x		
2. Halbjahr	34 197	x	26 350	x	47 554	x		
Jahr	65 211	x	59 128	x	87 051	x		

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.8 Leistungsbilanzsaldo (in Mio. Euro)

	1999		2000		2001		2002	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	- 4 419	- 4 419	- 7 943	- 7 943	- 5 309	- 5 309	+ 510	+ 510
Februar	- 264	- 4 683	+ 765	- 7 178	+ 1 336	- 3 973	+ 3 009	+ 3 519
März	+ 1 651	- 3 032	+ 3 913	- 3 265	+ 3 140	- 833	+ 7 013	+ 10 532
1. Vierteljahr	- 3 032	x	- 3 265	x	- 833	x	+ 10 532	x
April	+ 2 681	- 351	- 1 710	- 4 975	+ 1 989	+ 1 156	+ 3 964	+ 14 496
Mai	- 3 778	- 4 129	- 3 241	- 8 216	+ 170	+ 1 326	+ 3 894	+ 18 390
Juni	+ 2 846	- 1 283	+ 191	- 8 025	- 4 592	- 3 266	+ 4 015	+ 22 405
2. Vierteljahr	+ 1 749	x	- 4 760	x	+ 2 433	x	+ 11 873	x
Juli	- 1 158	- 2 441	- 3 027	- 11 052	- 2 418	- 5 684	+ 477	22 882
August	- 4 379	- 6 820	- 5 936	- 16 988	+ 2 936	- 2 748		
September	- 2 585	- 9 405	- 2 035	- 19 023	+ 586	- 2 162		
3. Vierteljahr	- 8 122	x	- 10 998	x	+ 1 104	x		
Oktober	- 1 708	- 11 113	- 591	- 19 614	+ 4 027	+ 1 866		
November	- 179	- 11 292	- 2 313	- 21 927	+ 1 540	+ 3 406		
Dezember	- 3 127	- 14 419	- 6 683	- 28 610	+ 1 384	+ 4 790		
4. Vierteljahr	- 5 014	x	- 10 929	x	+ 6 951	x		
2. Halbjahr	- 13 136	x	- 21 927	x	+ 8 055			
Jahr	- 14 419	X	- 32 856	X	+ 9 655			

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@4.9 Zahlungsbilanz und Währungsbestände

	2001		2002					
	Jahr	Januar	Februar		März	April	Mai	Juni
			Mill. DM	Mill. Euro				
Zahlungsbilanz								
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten ¹⁾ (Zunahme: -)	+ 6 032	+ 67	+ 328	+ 1 657	+ 1 379	- 603	- 548603	
Leistungsbilanz	+ 2 651	+ 3 009	+ 7 013	+ 3 964	+ 3 894	+ 3 747	+ 4773 747	
Außenhandel ²⁾	+ 94 195	+ 10 008	+ 11 738	+ 9 390	+ 9 742	+ 10 858	+ 12 066	
Ergänzungen zum Warenverkehr ³⁾	- 4 887	- 387	- 431	- 360	- 405	- 235	- 568	
Dienstleistungsbilanz	- 47 382	- 3 237	- 3 271	- 2 654	- 2 268	- 3 176	- 4 283	
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 12 609	- 360	+ 1 711	+ 380	- 815	- 702	- 4 971	
Laufende Übertragungen	- 26 665	- 3 015	- 2 734	- 2 792	- 2 360	- 2 996	- 1 767	
Vermögensübertragungen	- 967	- 155	- 162	- 147	+ 50	- 30	- 206	
Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)								
Direktinvestitionen	- 12 766	- 1 471	+ 3 737	+ 9 234	+ 17 641	- 13 561	- 10 222	
Wertpapiere	- 15 762	- 13 111	- 12	- 10 652	+ 1 736	+ 18 250	+ 7 938	
Finanzderivate	- 6 703	+ 988	- 556	+ 1 180	- 638	+ 1 003	- 4 187	
Kreditverkehr	- 22 907	- 1 381	- 12 345	- 1 893	- 23 188	- 30 268	- 5 802	
Sonstige Kapitalanlagen	- 1 353	- 133	- 35	- 258	- 77	- 43	- 186	
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	- 46 084	- 15 109	- 10 688	- 2 389	- 4 526	- 24 618	- 12 460	
Restposten der Zahlungsbilanz	+ 38 369	+ 12 187	- 2 008	+ 3 086	- 796	+ 21 445	+ 12 738	
Bestandsangaben								
Auslandsposition der Deutschen Bundesbank								
Bruttowährungsreserven
Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland
Auslandsverbindlichkeiten
Netto-Auslandpositionen	67 396	88 036	89 410	97 636	92 436	78 979	95 023	
Saldo der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute	- 168 823	- 197 756	- 185 915	- 207 692	- 182 060	- 129 55	- 143 123	

¹⁾ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Ausfuhr (fob.), Einfuhr (cif.).

³⁾ Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@5 Arbeitsmarkt

@5.1 Früheres Bundesgebiet

	2002											
	März	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni				
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Arbeitsmarkt 1)												
Arbeitslose insgesamt	2 682,6	2 602,8	2 561,3	2 560,4p	+	5,7	+	5,2	+	7,4	+	7,6p
Männer	1 562,3	1 492,3	1 462,9	1 455,1p	+	8,3	+	7,9	+	10,6	+	11,0p
Frauen	1 120,3	1 110,5	1 098,4	1 105,3p	+	2,1	+	1,9	+	3,3	+	3,4p
Arbeitslosenq uote												
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	8,9	8,6	8,4	8,4p	–	–	–	–	–	–	–	–
Männer	9,7	9,3	9,1	9,0p	–	–	–	–	–	–	–	–
Frauen	8,0	7,9	7,7	7,8p	–	–	–	–	–	–	–	–
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	8,0	7,8	7,6	7,6p	–	–	–	–	–	–	–	–
Kurzarbeiter insgesamt	216,8	205,5	165,6	167,6p	+	124,6	+	132,5	+	98,3	+	101,0p
Offene Stellen insgesamt	448,7	456,7	438,5	421,0p	–	11,3	–	9,6	–	9,6	–	10,2p
Beschäftigte												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)	5 616p	5 597p	5 585p	5 575p	–	2,7p	–	2,9p	–	3,1p	–	3,4p
Vorleistungsgüterproduzenten	2 515p	2 506p	2 503p	2 498p	–	2,4p	–	2,6p	–	2,7p	–	2,9p
Investitionsgüterproduzenten ..	1 976p	1 969p	1 964p	1 960p	–	1,6p	–	1,9p	–	2,2p	–	2,5p
Gebrauchsgüterproduzenten ..	252p	250p	248p	247p	–	4,5p	–	4,9p	–	5,4p	–	5,4p
Verbrauchsgüterproduzenten ..	874p	872p	870p	870p	–	5,3p	–	5,4p	–	5,5p	–	6,2p
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1000 6)	629,9	644,2	643,2	641,3	–	8,7	–	8,0	–	8,7	–	9,0
Geleistete Arbeitsstunden 4)												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)5)	440 013p	453 632p	418 511p	432 068p	–	11,4p	+	1,1p	–	12,0p	–	3,1p
Vorleistungsgüterproduzenten	212 705p	220 398p	204 051p	209 168p	–	11,1p	+	1,6p	–	11,4p	–	2,8p
Investitionsgüterproduzenten ..	147 380p	151 267p	138 061p	144 427p	–	11,9p	+	0,8p	–	12,7p	–	3,3p
Gebrauchsgüterproduzenten ..	20 557p	21 093p	18 487p	19 647p	–	14,0p	+	2,1p	–	16,9p	–	3,5p
Verbrauchsgüterproduzenten ..	59 371p	60 874p	57 912p	58 826p	–	10,2p	+	0,1p	–	10,3p	–	3,9p
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 6) ..	57,9	69,6	63,1	66,9	–	12,4	+	2,1	–	20,1	–	8,5
darunter:												
Wohnungsbau Mill. Std. 6) ..	23,7	28,8	26,4	27,9	–	14,3	+	0,4	–	20,4	–	9,6
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 6) ..	18,2	20,5	18,5	19,4	–	13,6	+	0,1	–	20,8	–	6,7
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 6) ..	16,1	20,2	18,2	19,5	–	8,1	+	6,9	–	18,8	–	5,9

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

³⁾ Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁴⁾ 1 000 Std.

⁵⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁶⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@5 Arbeitsmarkt

@5.2 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002											
	März	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni				
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Arbeitsmarkt 1)												
Arbeitslose insgesamt	1 473,4	1 421,3	1 385,1	1 394,0p	+	0,9	+	1,9	+	3,7	+	6,1p
Männer	780,8	740,5	715,8	713,3p	+	3,4	+	4,6	+	7,2	+	10,3p
Frauen	692,7	680,8	669,3	680,7p	-	1,8	-	0,8	+	0,2	+	2,0p
Arbeitslosenquote												
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	20,3	19,6	19,1	19,3p	-	-	-	-	-	-	-	-
Männer	20,9	19,8	19,3	19,2p	-	-	-	-	-	-	-	-
Frauen	19,6	19,3	19,0	19,3p	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	18,8	18,1	17,7	17,8p	-	-	-	-	-	-	-	-
Kurzarbeiter insgesamt	40,9	39,7	35,1	34,5p	+	24,0	+	30,3	+	27,5	+	36,6p
Offene Stellen insgesamt	78,4	80,5	78,1	76,4p	+	8,6	+	7,1	+	5,8	+	4,8p
Beschäftigte												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)	621p	622p	622p	623p	+	0,5p	-	0,2p	-	0,5p	-	0,4p
Vorleistungsgüterproduzenten	280p	281p	281p	282p	+	0,9p	+	0,5p	-	0,3p	+	0,4p
Investitionsgüterproduzenten ..	189p	190p	189p	189p	+	0,6p	-	0,2p	-	0,5p	-	0,6p
Gebrauchsgüterproduzenten ..	25p	25p	25p	25p	-	1,9p	-	3,6p	-	4,5p	-	4,8p
Verbrauchsgüterproduzenten ..	126p	126p	126p	127p	+	0,2p	-	0,9p	-	1,2p	-	0,7p
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1 000 6)	215,8	219,1	220,3	220,3	-	16,1	-	16,0	-	16,7	-	16,6
Geleistete Arbeiterstunden 4)												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)5)	59 576p	62 209p	59 253p	58 654p	-	8,3p	+	6,5p	-	6,2p	-	3,0
Vorleistungsgüterproduzenten	28 366p	29 567p	28 221p	27 970p	-	7,4p	+	6,9p	-	5,5p	-	1,7
Investitionsgüterproduzenten ..	17 596p	18 644p	17 442p	17 379p	-	10,2p	+	7,4p	-	7,1p	-	4,2
Gebrauchsgüterproduzenten ..	2 555p	2 616p	2 457p	2 364p	-	10,9p	+	3,2p	-	10,6p	-	8,3
Verbrauchsgüterproduzenten ..	11 059p	11 382p	11 133p	10 941p	-	6,6p	+	5,1p	-	5,3p	-	3,1
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 6) ..	19,7	23,0	22,4	23,2	-	17,9	-	10,0	-	24,6	-	20,5
darunter:												
Wohnungsbau Mill. Std. 5) ..	6,2	7,3	7,4	7,6	-	24,9	-	19,5	-	31,6	-	28,5
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 6) ..	7,0	7,8	7,5	7,6	-	16,9	-	6,3	-	22,0	-	19,2
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 6) ..	6,5	7,9	8,6	8,0	-	11,0	-	3,2	-	19,0	-	12,4

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

³⁾ Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁴⁾ 1 000 Std.

⁵⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁶⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@6 Preise

	2002									
	August	2. Vj.	Juni	Juli	August	2. Vj.	Juni	Juli	August	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr bzw. dem Vormonat in %					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	111,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,1	
Nahrungsmittel, und alkoholfreie Getränke	105,7	- 0,7	- 0,8	- 0,6	- 0,8	+ 0,5	- 0,8	- 0,8	- 0,5	
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	113,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,7	+ 3,8	
Bekleidung und Schuhe	102,6	+ 0,1	- 0,2	- 0,8	- 0,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	115,0	+ 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	
Einrichtungsgegenstände (Möbel, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung)	104,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	
Gesundheitspflege	112,8	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	
Verkehr	119,9	+ 1,8	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,9	+ 2,1	
Nachrichtenübermittlung	82,5	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,4	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	108,4	- 0,9	+ 0,2	+ 2,1	- 0,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,1	
Bildungswesen	124,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,7	
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	114,6	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,9	- 0,3	+ 3,7	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,5	
Andere Waren und Dienstleistungen	112,3	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,4	- 0,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,4	
Index der Einzelhandelspreise	104,9	+ 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	+ 0,1	- 0,1	- 0,3	...	- 0,9	- 1,1	- 1,0	...	
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,0	- 0,2	- 0,3	...	- 2,8	- 3,0	- 2,4	...	
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	...	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1	...	
Konsumgüterproduzenten	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	...	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4	...	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 3,6	- 1,0	- 3,3	...	- 2,8	- 4,6	- 7,6	...	
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 0,5	- 0,1	+ 0,1	...	- 0,1	- 0,2	+ 0,3	...	
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	- 1,8	+ 0,0	- 1,4	...	- 5,4	- 5,8	- 6,5	...	
Preisindex für Wohngebäude	+ 0,1 ³⁾	.	.	.	- 0,1 ³⁾	- 0,1 ³⁾	.	.	
Preisindex für Straßenbau	+ 0,0 ³⁾	.	.	.	- 0,1 ³⁾	- 0,1 ³⁾	.	.	
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	- 4,3	...	- 0,1p	...	- 7,4	- 6,4p	- 6,7p	...	
pflanzlicher Produkte	- 3,1	...	- 2,5	...	- 1,5	- 1,4	- 2,6	...	
tierische Produkte	- 5,0	...	+ 1,2p	...	- 10,4	- 9,1p	- 8,9p	...	
Index der Einfuhrpreise	+ 0,1	- 1,3	- 0,5	...	- 4,1	- 5,2	- 4,2	...	
Güter der Ernährungswirtschaft	- 5,3	- 2,7	- 1,0	...	- 2,8	- 3,5	- 3,3	...	
Güter der gewerblichen Wirtschaft	+ 0,8	- 1,0	- 0,4	...	- 4,3	- 5,5	- 4,3	...	
Rohstoffe und Halbwaren	+ 4,7	- 3,0	- 0,4	...	- 13,5	- 16,4	- 11,7	...	
Fertigwaren	- 0,3	- 0,4	- 0,5	...	- 1,1	- 1,6	- 2,0	...	
Index der Ausfuhrpreise	+ 0,4	+ 0,0	- 0,1	...	- 0,5	- 0,6	- 0,5	...	
dar. Fertigwaren	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	...	- 0,2	- 0,3	- 0,2	...	
HWWA-Index der Weltmarktpreise ²⁾	...	+ 13,1	- 2,3	+ 3,4	...	- 4,9	- 6,0	+ 2,3	...	

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Index des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung; berechnet auf Dollarbasis.

³⁾ Ergebnis für Mai 2002.

p = Vorläufiges Ergebnis.

@7 Zinssätze

	2001				2002			
	April	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
	in % p.a.							
Bundesbankzinsen								
Diskontsatz
Lombardsatz
Pensionssatz ¹⁾
Geldmarktzinsen								
Dreimonatsgeld, Frankfurt/ Main ²⁾	4,66	4,62	4,43	4,45	3,39	3,44	3,45	3,39
Dreimonatsgeld, Fibor ³⁾⁴⁾
Sechsmonatsgeld Fibor ³⁾⁴⁾
Kapitalmarktzinsen ⁵⁾								
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten	4,9	5,1	5,0	5,0	5,1	5,1	4,9	4,8
dar. Anleihen der öffentlichen Hand	4,8	5,0	4,9	4,9	5,0	5,1	4,9	4,7
Sollzinsen der Banken ⁶⁾								
Kontokorrentkredite ⁷⁾	10,07	10,09	10,13	9,99	9,69	9,69	9,76	9,70
Wechseldiskontkredite ⁸⁾	6,96	6,86	6,91	6,91	6,34	6,36	6,42	6,40
Hypothekarkredite auf Wohn- grundstücke ⁹⁾								
Festzinsen 5 Jahre	5,78	5,87	5,84	5,85	5,96	5,96	5,86	5,71
Festzinsen 10 Jahre	6,11	6,20	6,22	6,24	6,30	6,30	6,21	6,10
Gleitzinsen	6,64	6,66	6,64	6,64	6,26	6,22	6,21	6,13
Habenzinsen der Banken ⁶⁾								
Festgelder (1 – 3 Monate) ¹⁰⁾ ..	3,91	3,85	3,73	3,73	2,69	2,70	2,70	2,71
Spareinlagen (mit Mindest-/ Grundverzinsung ¹¹⁾	1,23	1,24	1,21	1,20	1,04	1,04	1,04	1,03

¹⁾ Ungewogener Durchschnitt aus den Zinssätzen der pro Monat getätigten Wertpapierpensionsgeschäfte mit einmonatiger bzw. ab Oktober 1992 mit zweiwöchiger Laufzeit; einheitlicher bzw. ab September 1988 marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) und Festsatz (Mengentender).

²⁾ Ungewichtete Monatsdurchschnitte der täglichen Angaben am Frankfurter Bankplatz.

³⁾ Frankfurt Interbank Offered Rate.

⁴⁾ Seit 2. Juli 1990 von Telerate auf breiterer Basis als früher ermittelter und nach der Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz.

⁵⁾ Tarifbesteuerte Schuldverschreibungen mit längster Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, sofern die mittlere Restlaufzeit noch mehr als 3 Jahre beträgt. Gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen.

⁶⁾ Ungewichtetes arithmetisches Mittel von 90 % der gemeldeten Zinssätze; jeweils 5 % der Meldungen mit den höchsten und niedrigsten Zinssätzen werden ausgeklammert.

⁷⁾ Bis einschließlich Dezember 2001 von 200 000 DM bis unter 1 Mio. DM, ab Januar 2002 von 100 000 € bis unter 500 000 €.

⁸⁾ Bis einschließlich Dezember 2001 bundesbankfähige Abschnitte bis unter 100 000 DM, ab Januar 2002 bis unter 50 000 €.

⁹⁾ Effektivverzinsung.

¹⁰⁾ Bis einschließlich Dezember 2001 von 100 000 DM bis unter 1. Mio. DM, ab Januar 2002 von 50 000 € bis unter 500 000 €.

¹¹⁾ Bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten. Es wird lediglich eine Mindest-/Grundverzinsung aber keine Prämie bzw. kein Bonus gewährt.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Presse und Information
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, September 2002

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz und Druck:

MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.